

**P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagapostamt 1030 Wien**

# Stenographisches Protokoll

## 119. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

**XI. Gesetzgebungsperiode**
**Dienstag, 3. Dezember 1968**
**Tagesordnung**

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969

Spezialdebatte

Beratungsgruppe IV: Inneres

**Inhalt**
**Ausschüsse**

Zuweisung der Regierungsvorlagen 1063 bis 1067 und der Anträge 78/A bis 85/A (S. 9761)

Fristsetzung für Berichterstattung über den Antrag 78/A (S. 9762)

**Verhandlungen**

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (990 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 (1040 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe IV: Inneres

Spezialberichterstatter: Dipl.-Ing. Tschida (S. 9762)

Redner: Dr. van Tongel (S. 9764), Suppan (S. 9766), Eberhard (S. 9771), Dr. Kranzlmayr (S. 9774 und S. 9807), Bundesminister Soronies (S. 9780, S. 9804 und S. 9833), Dr. Tull (S. 9783), Regens-

burger (S. 9788), Czettel (S. 9794), Zeillinger (S. 9807), Hartl (S. 9813), Jungwirth (S. 9819), Landmann (S. 9825), Mondl (S. 9827) und Ulbrich (S. 9829)

Entschließungsanträge Czettel betreffend Wirtschaftspolizei (S. 9802), Jungwirth betreffend Personalmangel bei der Sicherheitswache (S. 9822)

Annahme der Beratungsgruppe IV (S. 9838)

**Eingebracht wurden**
**Anfragen der Abgeordneten**

Haberl, Josef Schlager, Troll und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Ausbau der Pyhrnpaß-Bundesstraße und Umfahrung Liezen (1018/J)

Dr. Scrinzi, Meißl und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, betreffend Beteiligung Österreichs an Boykottmaßnahmen gegen Portugal (1019/J)

**Anfragebeantwortungen**
**Eingelangt sind die Antworten**

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Müller und Genossen (914/A. B. zu 905/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Lukas und Genossen (915/A. B. zu 907/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr 30 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 116. Sitzung vom 26. und 27. November und der 117. Sitzung vom 27. und 28. November 1968 sind in der Kanzlei aufgelegen, unbeanständet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Seit der letzten Haussitzung sind zwei schriftliche Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Anfragstellern übermittelt wurden. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 78/A der Abgeordneten Czettel und Genossen, betreffend Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, und

Antrag 82/A der Abgeordneten Dr. Hetzenauer und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Preisregelungsgesetzes 1957 neuerlich verlängert wird, dem Verfassungsausschuß;

Antrag 79/A der Abgeordneten Grießner und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Landwirtschaftsgesetzes neuerlich verlängert wird,

Antrag 80/A der Abgeordneten Grießner und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Marktordnungsgesetzes 1967 verlängert wird (Marktordnungsgesetz-Novelle 1968), und

Antrag 81/A der Abgeordneten Ing. Hofstetter und Genossen, betreffend ein Bundes-

9762

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Präsident**

gesetz, mit dem die Geltungsdauer des Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes 1952 neuerlich verlängert wird, dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft;

Antrag 83/A der Abgeordneten Dr. Hetzenauer und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Preistreibereigesetzes 1959 neuerlich verlängert wird, dem Justizausschuß;

Antrag 84/A der Abgeordneten Robert Graf und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Rohstofflenkungsgesetzes 1951 neuerlich verlängert wird, dem Handelsausschuß;

Antrag 85/A der Abgeordneten Mayr und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Lastverteilungsgesetzes 1952 neuerlich verlängert wird, dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft.

Die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

1063 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Arbeiterkammergesetz neuerlich abgeändert wird,

1064 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz abgeändert wird, und

1065 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen abgeändert wird, dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

1066 der Beilagen: Bundesgesetz, betreffend die Förderung der Finanzierung von Entwicklungs- und Erneuerungsinvestitionen, dem Finanz- und Budgetausschuß;

1067 der Beilagen: Bundesgesetz über die Ingenieurkammern (Ingenieurkammergesetz), dem Bautenausschuß.

Vor Eingang in die Tagesordnung gebe ich bekannt, daß die Abgeordneten Weikhart und Genossen gemäß § 42 Geschäftsordnungsgesetz den Antrag eingebracht haben, dem Verfassungsausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 78/A eine Frist mit Montag, 9. Dezember 1968 zu stellen. Der Antrag 78/A betrifft die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung von Vorfällen im Bundesministerium für Inneres, die den Verdacht der Spionage begründen. Dieser Antrag wurde soeben dem Verfassungsausschuß zugewiesen.

Ich lasse sofort über den Antrag auf Fristsetzung abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die dafür sind, dem Verfassungsausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 78/A eine Frist bis Montag, 9. De-

zember 1968 zu stellen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

**Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (990 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 (1040 der Beilagen)**

**Spezialdebatte****Beratungsgruppe IV****Kapitel 11: Inneres**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (990 und Zu 990 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 (1040 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe IV. Diese umfaßt: Kapitel 11: Inneres.

Spezialberichterstatter ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida. Ich ersuche um den Bericht.

**Spezialberichterstatter Dipl.-Ing. Tschida:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe IV enthaltene Kapitel 11, Inneres, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1969 in seiner Sitzung vom 8. November 1968 der Vorberatung unterzogen.

Bei Kapitel 11 sind im Bundesvoranschlag 1969 für das Bundesministerium für Inneres insgesamt Ausgaben von 2.653,886.000 S vorgesehen. Hieron entfallen auf den Personalaufwand 2.181,000.000 S und auf den Sachaufwand insgesamt 472,886.000 S.

Trotz Senkung des Dienstpostenstandes um 355 gegenüber dem Jahre 1968 erfuhren die Personalkredite gegenüber dem Vorjahr infolge der durchgeführten Bezugserhöhungen und der Nebengebührenerhöhungen für Wachebeamte eine Steigerung um 263,932.000 S.

Für den Sachaufwand stehen dem Bundesministerium für Inneres im Jahre 1969 472,886.000 S, das ist um 14,810.000 S weniger als 1968, zur Verfügung. Von dieser Veränderung entfallen auf die Anlagenkredite 15,916.000 S, auf Förderungsausgaben 7,416.000 S und auf Aufwandskredite 1,551.000 S, wogegen der Verwaltungsaufwand vor allem auf Grund der Nebengebührenerhöhung der Wachebeamten eine Steigerung um 10,073.000 S erfuhr.

Bei Titel 0 sind 32,544.000 S für den Aufwand der Zentralleitung veranschlagt.

Beim Titel 1 sind für den Zweckaufwand des Bundesministeriums für Inneres 19,857.000 S vorgesehen. Hieron entfallen auf die Flugpolizei und den Flugrettungsdienst 8,190.000 S.

**Dipl.-Ing. Tschida**

Für den Zivilschutz stehen im Jahre 1969 7,472.000 S zur Verfügung. Mit diesen Kreditmitteln sollen die Lehrgänge für alle mit Zivilschutzaufgaben betraut Personen fortgesetzt, die Strahlenspürtrupps weiter ausgebildet und ausgerüstet und Förderungsmittel für den Zivilschutzverband, für die Feuerwehren und das Rote Kreuz bereitgestellt werden. Aus dem vorerwähnten Betrag müssen auch die Aufwendungen anderer Ressorts für Zivilschutzmaßnahmen bestritten werden.

Für Wahlkosten ist im Jahre 1969 ein Betrag von 3,024.000 S vorgesehen. Dieser Kredit dient zur Begleichung des Kostenersatzes an die Gemeinden für die Führung der Wählerevidenz.

Für das Wanderungswesen ist ein Kredit von 204.000 S vorgesehen, der vor allem für die Rückführung mittellos gewordener Österreicher aus dem Ausland vorgesehen ist.

Die Aufwendungen für die Anlagekredite des Entminungsdienstes sind mit 233.000 S und die Aufwendungen für die Kennzeichnung der Staatsgrenzen mit 194.000 S veranschlagt.

Der Sachaufwand für das Österreichische Polizeikontingent in Cypern ist mit 540.000 S vorgesehen. Die Stärke dieses Kontingentes beträgt derzeit 45 Beamte.

Bei Titel 2 sind die Kosten für die nachgeordneten Dienststellen auf Landesebene veranschlagt. Hierzu entfallen auf den Aufwand für die politischen Behörden 7,234.000 S und auf die Kriegsgräberfürsorge 3,511.000 S.

Titel 3 enthält die Aufwendungen für die Bundespolizei im Gesamtbetrag von 185,077.000 S.

Der Ansatz im Verwaltungsaufwand ist um 1,676.000 S höher als im Jahre 1968. Dieser Mehraufwand ist im wesentlichen durch die Erhöhung der Nebengebühren für Exekutivbeamte begründet. Ein Teil dieser Erhöhung konnte durch Einsparung bei anderen Posten bedeckt werden.

Mit dem für Mietzinsvorauszahlungen vorgesehenen Betrag von 3,000.000 S können 1969 insbesondere einige Großraumwachzimmer neu angemietet werden.

Die Anlagenkredite sind gegenüber 1968 um 3,522.000 S niedriger.

Auch im Jahre 1969 soll der Stand an Kraftfahrzeugen und Krafträder weiter erhöht werden. Außerdem ist der Austausch einer Reihe nicht mehr einsatzfähiger Fahrzeuge beabsichtigt. Die weitere Umstellung des UKW-Funksprechnetzes der Bundespolizeibehörden vom 4 m- auf das 2 m-Band wird wesentliche Mittel erfordern. In den westlichen Bundesländern wurde diese Umstellung bereits abgeschlossen, in Wien ist sie derzeit

im Gange. Der Koordinierung mit der Bundesgendarmerie wird hiebei besonderes Augenmerk zugemessen.

Die Aufwandskredite der Bundespolizei bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Nur dem hohen Ausbildungsstand der Bundespolizei ist es zu verdanken, daß trotz energischer Bekämpfung des Verbrechertums im letzten Jahr nur vier Todesopfer in Ausübung des Dienstes zu verzeichnen waren, 13 Beamte erlitten in Ausübung des Dienstes schwere und 181 Beamte leichte Verletzungen.

35 Polizeibeamte sind derzeit dem Österreichischen Polizeikontingent in Cypern dienstzugeteilt.

Bei Titel 4 ist der Sachaufwand der Bundesgendarmerie mit 208,718.000 S veranschlagt.

Die Anlagenkredite belaufen sich im Jahre 1969 auf 19,350.000 S.

Im Bereich der Bundesgendarmerie sind derzeit insgesamt 1926 Kraftfahrzeuge im Einsatz. Hierzu sind 254 Kraftfahrzeuge für den Funkpatrouillendienst bestimmt. Rund 300 Gendarmerieposten verfügen noch nicht über einen eigenen Kraftwagen, sondern sind nur mit Motorfahrrädern ausgerüstet.

Für das Nachrichtenwesen sind im Budget 1969 10,020.000 S vorgesehen. Damit soll die Umstellung des Funksprechnetzes vom 4 m- auf das 2 m-Band im Bereich des Landesgendarmeriekommmandos für Oberösterreich abgeschlossen werden. Außerdem ist diese Umstellung im Jahre 1969 beim Landesgendarmeriekommmando für Salzburg beabsichtigt. Der Ausbau des Gendarmerie-Telephon-Notrufes (133) wird bei den restlichen Bezirksposten abgeschlossen werden.

Die Aufgaben der Bundesgendarmerie zeigen eine von Jahr zu Jahr steigende Tendenz. So ereigneten sich zum Beispiel im Jahre 1967 im Bereich der Bundesgendarmerie 67.351 Verkehrsunfälle, bei denen 1726 Todesopfer zu beklagen waren. Auch der alpine Rettungsdienst erfordert oft den tagelangen Einsatz von Gendarmeriebeamten.

Die Zusammenlegung von kleineren Gendarmerieposten soll weiter fortgesetzt werden.

Mit den für 1969 für Mietzinsvorauszahlungen vorgesehenen Krediten von 5,500.000 S können neuerlich für insgesamt 21 Gendarmerieposten neue zweckentsprechende Unterkünfte angemietet werden.

10 Gendarmeriebeamte sind derzeit dem Österreichischen Polizeikontingent in Cypern dienstzugeteilt.

An Ausgaben für „Einrichtungen für Vertriebene und Asylwerber“ sind bei Titel 5 insgesamt 15,945.000 S veranschlagt.

9764

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Dipl.-Ing. Tschida**

Beim § 0 „Allgemeine Einrichtungen“ sind sachliche Ausgaben von 13,556.000 S präliminiert. Dieser Betrag liegt um 909.000 S höher als im Bundesvoranschlag 1968. Infolge des erhöhten Flüchtlingszustromes, insbesondere aus der ČSSR, wird jedoch voraussichtlich mit dem oben veranschlagten Betrag nicht das Auslangen gefunden werden können. Eine genauere Schätzung der voraussichtlichen Entwicklung ist jedoch derzeit noch nicht möglich.

Beim § 1 ist für Flüchtlingsanstalten im Jahre 1969 ein Betrag von 2,387.000 S vorgesehen. An Anstalten wird nur noch die Pflegeanstalt für chronisch Kranke in Thalham, Oberösterreich, geführt.

Der Ausgabenbetrag ist gegenüber dem Jahre 1968 um 809.000 S niedriger, da in dem bisher bei diesem Ansatz verrechneten Fürsorgeheim Bad Kreuzen in Zukunft Flüchtlingsfamilien aus dem überbelegten Flüchtlingslager Traiskirchen untergebracht werden und die Kosten für dieses Heim somit künftig beim § 0 zu verrechnen sind.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß weiter besonderes Gewicht auf die Verbesserung der technischen Ausstattung der Exekutive gelegt werden wird. Die Kredite des Verwaltungsaufwandes werden trotz ihrer Erhöhung nur dazu ausreichen, die Verwaltung im unbedingt notwendigen Ausmaß unter Beobachtung größter Sparsamkeit weiterzuführen.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen 14 Abgeordnete das Wort. Der Herr Bundesminister für Inneres Soronies nahm zu den aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 21. November 1968 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der gegenständlichen Beratungsgruppe in der Fassung der Regierungsvorlage vom Finanz- und Budgetausschuß mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 11: Inneres, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1969 (990 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Weiters darf ich beantragen, sofort in die Spezialdebatte einzugehen.

**Präsident:** Wir gehen nunmehr in die Debatte ein.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. van Tongel. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser

Vaterland Österreich ist wahrlich nicht arm an Affären. Gegenwärtig wird es von einer großen Affäre beherrscht, die sich täglich ausweitet. Ich spreche von der Spionageaffäre.

Bereits vor einem Jahr hatte ich Gelegenheit gehabt, hier im Hohen Hause in meiner Rede zur Beratungsgruppe Inneres darauf hinzuweisen, daß Österreich ein Spionagezentrum ersten Ranges ist und daß hier ein Herd internationaler Spionageringe besteht. In der letzten Zeit hat sich aber herausgestellt, daß die Spione, die in Österreich ihr Unwesen treiben, bis in die Ministerbüros Zugang haben, daß ein Pressereferent des Innenministers bei einer höchst verdächtigen Tätigkeit entlarvt werden konnte, daß ein Mitarbeiter des Bundespressedienstes Spionagetätigkeit ausübt; von anderen Fällen will ich gar nicht sprechen. Ich möchte auch gewisse Zusammenhänge dieser Personen mit ihrer Tätigkeit in der und für die ÖVP-Parteizentrale hier nicht besprechen.

Was aber geradezu unverständlich ist, das ist die Haltung der zuständigen Stellen. So werden Kommuniqués herausgegeben, die von der Tätigkeit des im Innenministerium als Pressereferent des Bundesministers für Inneres tätigen Redakteurs Alois Euler sprechen und sogar Einzelheiten über die diesem Mann gemachten Vorwürfe strafbarer Handlungen enthalten. Herr Euler aber, über den die Öffentlichkeit bereits am 31. Oktober durch hochoffizielle Verlautbarungen allerhand erfährt, wird zunächst nicht verhaftet. Er bleibt auf freiem Fuß! Und der Herr Innenminister gibt nicht nur in Pressekonferenzen, sondern auch bei der Behandlung seines Ressorts im Finanz- und Budgetausschuß beruhigende Erklärungen ab.

Herr Alois Euler aber gibt auf Einladung des Österreichischen Rundfunks ein Rundfunkinterview, in dem er zunächst höhnisch — und der Hohn stellt sich alsbald als berechtigt heraus! — die Frage stellt, warum man ihn denn eigentlich nicht verhaftet, dann aber gleichzeitig ankündigt, er werde ins Ausland, in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln, eine Ankündigung, die auch noch immer nicht unsere Behörden zum Eingreifen veranlaßt.

Erst am späten Abend des 17. November wird in der Wohnung Eulers eine Hausdurchsuchung durchgeführt und Euler endlich dorthin gebracht, wohin er schon längst gehört hätte: ins Wiener Landesgericht. Siebzehn Tage, meine Damen und Herren, haben ihm die österreichischen Behörden Zeit gelassen, nicht nur ein Rundfunkinterview zu geben, seine Übersiedlung ins Ausland anzukündigen, die Behörde zu verhöhnen, sondern natür-

## Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

9765

**Dr. van Tongel**

lich auch alle Spuren zu verwischen und, was entscheidend ist, alles Belastungsmaterial verschwinden zu lassen!

Was heißt das, meine Damen und Herren? Was geht hier vor? Wir fordern raschste Aufklärung und Mitteilung, wer für diese geradezu grotesken Versäumnisse verantwortlich ist, denn für den Verdacht des Mißbrauches der Amtsgewalt — wegen dieses Deliktes erfolgte ja die Verhaftung Eulers am 17. November — war nach den amtlichen Mitteilungen ein Schriftstück aus dem Ministerbüro des Innenministers Soronies maßgebend, das bereits am 31. Oktober, 17 Tage vorher, bei Euler gefunden wurde! Am 17. November war dann, wie ebenfalls amtlich verlautbart wurde, die Hausdurchsuchung bei Euler ergebnislos, was jedermann, der nicht einer Behörde in Österreich angehört, verständlich ist, nur manchen unserer Behörden anscheinend nicht.

Wir haben daher mit Genugtuung unsere Zustimmung zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegeben. Wir begrüßen es, daß dieser Untersuchungsausschuß in der kommenden Woche, am 9. Dezember, hier vom Hohen Hause eingesetzt werden wird.

Allerdings haben wir bei der Debatte über das Kapitel Inneres im Finanz- und Budgetausschuß schon damals den Herrn Innenminister eingeladen, in einer vertraulichen Sitzung den Abgeordneten Gelegenheit zur Information zu geben. Der Herr Innenminister hat diese meine Anregung allerdings wortlos übergangen, er hat dann mehrfach in der Öffentlichkeit und im Rundfunk beruhigende Erklärungen abgegeben, die den Eindruck erwecken sollten, es handle sich um belanglose und unbedeutende Vorkommnisse.

Jeden Tag lesen wir aber in den Zeitungen von neuen alarmierenden Ausweitungen dieses bisher größten Spionageskandals in unserem Vaterland, in der Ersten und Zweiten Republik. Bei der Art und Weise, meine Damen und Herren, wie die Untersuchung gegen Euler geführt wurde, und bei der Leichtfertigkeit, mit der es dem Beschuldigten ermöglicht wurde, alle für die Untersuchung allenfalls in Betracht kommenden Beweismittel innerhalb von 17 Tagen verschwinden zu lassen, kann man sich nicht wundern, wenn die internationalen Spionageorganisationen, wie ich es bereits vor einem Jahre warnend hier festgestellt habe, unsere Republik geradezu als ein Eldorado für ihre Tätigkeit betrachten.

Die alarmierenden Vorfälle der letzten Zeit beweisen, wie weit, nämlich bis in den Staatsapparat hinein, diese Spionageorganisationen vorgedrungen sind und wie groß die Gefahr

für unser Land geworden ist. Ich darf einige Pressestimmen, die sehr bedeutsame Ausführungen enthalten, zitieren.

So schreibt eine Wiener Tageszeitung: „Interessant ist übrigens, daß die Photokopien, die man in Eulers Amtszimmer in der Herrengasse sicherstellte, genau erkennen lassen, daß sie von Akten gemacht worden sein müssen, die direkt aus dem Büro des Ministers stammten. Der Vorgang ist folgender“ — und das erfährt man jetzt aus der Zeitung —: „Dem Minister wird ein Akt vorgelegt, der ihn einer der Abteilungen des Hauses zuteilen läßt. Wenn der Akt in dieser Abteilung eintrifft, erhält er einen Eingangsstempel, ehe von ihm, falls dies notwendig sein sollte, in der Photokopierstelle des Hauses Kopien angefertigt werden.“ Sogenannte „Offizielle“ Kopien müssen also alle auch die Ablichtung des Eingangsstempels aufweisen.

Jene Kopien von Ministerakten, die im Zimmer Eulers sichergestellt wurden, müssen daher zu einem Zeitpunkt von Akten hergestellt worden sein, zu dem sie noch nicht einer Abteilung zugeteilt worden waren: Es fehlt nämlich der Eingangsstempel“ auf diesen Ablichtungen.

„Die hauseigene Kopierstelle hätte Aktenstücke ohne einen entsprechenden Stempel nicht vervielfältigt, und außerdem verwendet sie ein anderes Kopierpapier als jenes, das sich im Zimmer Eulers fand.“ Am 31. Oktober, wiederhole ich, denn verhaftet wurde er erst am 17. November. „Es wäre ohne weiteres denkbar, daß Aktenstücke zum Zweck der Vervielfältigung vorübergehend außer Haus gebracht wurden, ehe sie wieder in den normalen Aktenlauf gerieten und den Weg vom Ministerbüro in die einzelnen Abteilungen nahmen.“ So stellt diese Zeitung weiter fest. (Abg. Libal: Herr Kollege! In der Kärntner Straße sind die kopiert worden! — Gegenrufe bei der ÖVP.) Wir haben ja Gelegenheit, diese Dinge im Untersuchungsausschuß genau zu durchleuchten. Ich möchte hier im Hohen Hause aus Gründen der Fairneß zunächst dieses Problem nicht besprechen.

„In einer dünnen Presseaussendung“, schreibt eine andere Tageszeitung, „hieß es nämlich, die Kopien seien schon“ früher „bei der ersten Durchsuchung von Eulers Dienstzimmer gefunden worden. Es sei jedoch nicht richtig, daß damals schon ein Haftbefehl beantragt worden sei.“ Auch das bedarf dringend der Aufklärung.

„Ja“ — so schreibt diese Zeitung weiter —, „was um Gottes willen hat man denn im Innenministerium gedacht, als man Kopien fand, aber zwei Wochen mit der Beantragung eines Haftbefehls zuwartete? Viel kann man sich nicht gedacht haben! Die ministerielle

9766

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Dr. van Tongel**

Auslassung zum Fall Euler aber wird noch erheiternder“, fährt die Zeitung fort. „Denn es heißt weiter, daß bei allen künftigen Berichterstattungen, die nicht den Tatsachen entsprechen, das Innenministerium vom gesetzlichen Recht auf Entgegnung Gebrauch machen würde. Das glauben wir dem Minister ... aufs Wort. Das würde so haargenau in die tatkräftige Verfolgung von Spionen passen. Eine entsprechende Unterrichtung der Öffentlichkeit fällt von vornherein ... in der Ministerialbürokratie niemandem ein. Aber nachher entgegnen, das kann man.“ Ich stelle übrigens fest, daß von dieser Drohung bisher kein Gebrauch gemacht wurde, obwohl täglich neue alarmierende Meldungen kommen, deren Wahrheitsgehalt wir ja nicht überprüfen können.

„Eine Behauptung aber“ — so schließt diese Zeitung — „kann der Minister wohl kaum mit einer den Tatsachen entsprechenden Entgegnung beantworten: Der Fall Euler ist von den Sicherheitsbehörden in einer Weise ‚gelöst‘ worden, die jeder Regel Hohn spricht.“

Meine Damen und Herren! Nun zu einigen anderen Problemen des Innenressorts. Wir haben vom Herrn Innenminister im Ausschuß gehört, daß das seit 1920 verheißene, aber immer noch ausständige Polizeiorganisationsgesetz jetzt endlich das Licht der Welt erblicken soll. Wir hoffen, daß diese Ankündigung endlich und bald verwirklicht wird.

Bei den Problemen des Zivilschutzes ergab sich, daß die Funktionäre des Österreichischen Zivilschutzverbandes die gegebene Kompetenzlage als unbefriedigend ansehen und eine übersichtliche Regelung der Kompetenzen für den Zivilschutz für unerlässlich halten. Die Regierung aber scheint der Ansicht zu sein, daß diese Frage nicht so wichtig wäre, denn bei einer Großkundgebung des Zivilschutzverbandes am 10. Oktober 1968 lenkten die Vertreter der Regierung von dem Problem der Kompetenzregelung ebenso ab wie von der viel zu geringen Dotierung des Zivilschutzes. Mit Redewendungen wie: die Bevölkerung solle zunächst einmal selbst mitwirken, und dergleichen kann man aber diese wichtige Frage keiner Lösung zuführen.

Noch ein Problem. In der letzten Zeit hat ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ebensolches Aufsehen wie auch Beunruhigung hervorgerufen. Das Erkenntnis dieses Höchstgerichtes über die Unzulässigkeit von Amtshandlungen der Wiener Wirtschaftspolizei außerhalb Wiens ist nämlich geeignet, die Tätigkeit unserer Polizeibehörden empfindlich einzuzengen und zu stören. Wir sind daher der Meinung, daß ehebaldigst durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen, für welche die

Bundesregierung die Initiative zu ergreifen hätte, eine Klarstellung erfolgen muß, die modernen Erfordernissen Rechnung trägt.

Ebenso wie in vergangenen Jahren muß ich auch heuer wieder die Aufmerksamkeit der Regierung darauf lenken, daß noch immer kein ausreichendes Verkehrskonzept der Bundesregierung vorliegt. Wenn uns auch immer wieder versichert wird, daß man an einem solchen Verkehrskonzept arbeite, so liegt es dem Hohen Hause noch immer nicht vor. Noch immer wenden die Sicherheitsorgane dem fließenden Verkehr weniger Aufmerksamkeit zu als der läppischen Verfolgung von Parksündern und dergleichen. Noch immer werden mit einem riesigen Verwaltungsaufwand, der einer besseren Sache würdig wäre, kleinste und unwichtige Verkehrsdelikte strenge bestraft. Dagegen von den Beteiligten erhobene Vorstellungen werden überhaupt nicht beachtet und einfach abgewiesen, denn es ist völlig zwecklos, zu rekurrieren. Man riskiert dabei nur, daß die verhängte Strafe auf kurzem Wege verdoppelt wird. Durch eine derartige Inkassotätigkeit der Sicherheitsorgane wird aber der viel wichtigeren Frage der Beobachtung und Lenkung des fließenden Verkehrs zuwenig, manchmal sogar überhaupt keine Aufmerksamkeit gewidmet; jedenfalls nicht jene Aufmerksamkeit, die dem fließenden Verkehr zukommt. Wir erwarten dringend, daß hier endlich nach dem Rechten gesehen wird und zielführende Maßnahmen ergriffen werden.

Die freiheitlichen Abgeordneten sind nicht in der Lage, der Beratungsgruppe Inneres des Bundesvoranschlages für 1969 ihre Zustimmung zu geben; sie werden daher gegen diese Ansätze stimmen. (*Beifall bei der FPÖ*.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Suppan. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Suppan** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ein Rückblick auf den bisherigen Verlauf der Budgetdebatte zeigt uns sehr deutlich, daß Sie, meine Damen und Herren der Opposition, in breiter Front zum Angriff gegen unsere Regierung angetreten sind. (*Rufe bei der SPÖ: No na! — Abg. Weikart: Suppan kommt heute erst drauf! — Abg. Skritek: Sonst wärt ihr ja arbeitslos!* — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Ein Abgeordneter der linken Seite hat gestern gemeint, die ÖVP befände sich in einem Stellungskrieg. Würde das stimmen, meine Damen und Herren, so müssen wir feststellen, daß Ihnen bisher weder ein Einbruch noch eine Frontbegradiung gelungen ist. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikart: Die Nazi haben auch von der Frontbegradiung geredet und sind dabei zugrunde ge-*

**Suppan**

gangen!) Aber eines, meine Damen und Herren, haben Sie der Öffentlichkeit sehr deutlich vorgeführt: Mit unserer Regierung ist es so wie mit unserem österreichischen Schilling — sie wird immer besser, sie wird immer stabiler. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Darf ich von dieser Stelle aus zu Beginn der Beratungen zum Kapitel Inneres den Organen des Bundesministeriums für Inneres für ihre Pflichterfüllung den herzlichsten Dank aussprechen. Ich glaube, gerade heuer müssen wir den Organen der österreichischen Bundesgendarmerie, die mit Unterstützung der Zollwache und des Bundesheeres an unserer nördlichen Bundesgrenze Hervorragendes geleistet haben, unseren aufrichtigen Dank sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ohne den Rahmen einer Spezialdebatte über das Kapitel Inneres zu verlassen, möchte ich vorher doch noch einige grundsätzliche Feststellungen treffen.

Das Budget eines Staates ist die finanzielle Voraussetzung für die Staatsgebarung und für die Staatsverwaltung; es ist für die Wirtschaftspolitik von entscheidender Bedeutung. Im April des Jahres 1966 haben Sie, meine Damen und Herren der SPÖ, die Mitverantwortung in dieser Regierung abgelehnt. Aus dieser Tatsache heraus ist es für uns selbstverständlich, daß Sie auch dem Budget dieser Regierung Ihre Zustimmung nicht geben können.

Ihre Mitverantwortung im Jahre 1966 haben Sie aber aus dem Wissen heraus abgelehnt, daß in ganz Europa wirtschaftliche Schwierigkeiten auftreten werden, von denen auch Österreich nicht verschont bleiben wird. Besser als in anderen Staaten Europas ist es der österreichischen Bundesregierung gelungen (Abg. Weikhart: Er kommt mit einer neuen Walze! Szupan-Walze, wie im Zigeunerbaron!), diese Schwierigkeiten zu meistern. Mit Stolz können wir feststellen, daß wir nicht nur das Erreichte halten, sondern weitere wirtschaftliche und soziale Fortschritte erringen konnten. (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Diese Feststellungen erscheinen gerade beim Kapitel Inneres notwendig, weil wir damit dokumentieren können, daß die innere Sicherheit in Österreich aufrechterhalten werden konnte. Diese Tatsachen, meine Damen und Herren von der Opposition, sollen Sie sicherlich nicht nervös oder unsicher machen. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Unserer Regierung ist es in der Zeit der wirtschaftlichen Rezession gelungen, die wirtschaftliche Wachstumsrate um 2,5 Prozent zu erhöhen. Der weitere Konjunkturaufschwung im Jahre 1968 hat auch in

Österreich voll eingesetzt. (Abg. Peter: Was ist mit der Bauwirtschaft?) Wir von der Österreichischen Volkspartei schätzen es, daß unsere Regierung prompt und ohne Schwierigkeiten den Bundesvoranschlag für das Jahr 1969 diesem Hause zugeleitet hat. Diesen Voranschlag können und werden wir mit ruhigem Gewissen vertreten, weil er in der gegebenen Situation die beste Möglichkeit bietet, auf einer soliden Basis weitere Fortschritte in unserem Lande zu erzielen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Wie solid, das beweist der Euler!)

Hohes Haus! Die Gesamtausgaben des Budgets 1969 haben gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 7 Milliarden Schilling oder 8,1 Prozent, die Gesamteinnahmen eine Steigerung von 7,2 Milliarden oder 9,3 Prozent erfahren. Die Ausgaben im Kapitel Inneres weisen eine Steigerung von 249 Millionen oder 10 Prozent auf. (Ruf bei der SPÖ: Das haben wir schon einmal gehört, das hat der Berichterstatter schon gesagt!) Der Herr Berichterstatter hat schon erwähnt, daß von den vorgesehenen Ausgaben im Kapitel Inneres in der Gesamthöhe von zirka 2,6 Milliarden Schilling allein für den Personalaufwand 2,1 Milliarden Schilling, also 82,2 Prozent, erforderlich sind.

Ein Rückblick auf die Entwicklung des Budgets des Kapitels Inneres zeigt uns, daß im Jahre 1964 für den Personalaufwand 79,16 Prozent, im Jahre 1965 78,57, im Jahre 1966 80,07, im Jahre 1967 79,12, im Jahre 1968 79,74 Prozent und — wie erwähnt — im Jahre 1969 82,2 Prozent ausgegeben werden.

Die 18. Gehaltsgesetznovelle beziehungsweise die 14. Vertragsbedienstetengesetznovelle wurden vom Hohen Hause einstimmig beschlossen. Jetzt aber, meine Damen und Herren, wo es darum geht, die finanzielle Bedeckung für diese Bezugsregulierung und die Erhöhung der Nebengebühren für die Exekutivbeamten im Budget sicherzustellen, verweigern Sie Ihre Zustimmung. Darf ich Sie in diesem Zusammenhang sehr offen fragen: Sie haben gesagt, Sie sind gegen diese Regierung. Sind Sie auch gegen die österreichischen Beamten, sind Sie auch gegen die österreichischen Exekutivbeamten? (Abg. Weikhart: Wieder eine neue Fragestellung! Wer hat denn das behauptet? — Abg. Dr. Gorbach: Er hat ja nur gefragt! — Heiterkeit.) Die innere Sicherheit eines Staates setzt voraus, daß sich seine Bürger auch in sozialer Hinsicht sicher fühlen. (Erneute Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Moser: Fragen Sie den Kollegen Glaser über die Personalvertretungswahlen in Salzburg!) Mit Stolz können wir feststellen, daß die Vollbeschäftigung erhalten werden konnte, ja daß das Pro-Kopf-Einkommen der österreichischen Arbeiter ... (Allgemeine Unruhe.)

9768

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Präsident:** Hohes Haus! Ich bitte um ein bißchen weniger Plauderstündchen.

Abgeordneter Suppan (*fortsetzend*): Das Pro-Kopf-Einkommen der österreichischen Arbeiter ist im Durchschnitt auf monatlich 4613 S angestiegen. Gegenüber dem Vorjahr können wir auch auf dem Preissektor — das ist ebenfalls immer Gegenstand einer Propaganda von Ihnen — eine größere Beruhigung feststellen. In den Jahren 1964 und 1965 sind die Preise in Österreich durchschnittlich um 4,4 Prozent, in den Jahren 1966 und 1967 durchschnittlich um 3,1 Prozent und, soweit wir das Jahr 1968 überblicken können, bisher um 2,7 Prozent gestiegen. (*Abg. Dr. Staribacher:* Das stimmt doch gar nicht! Das ist doch 3,1 Prozent! — *Abg. Peter:* Der hat noch keinen Computer, Herr Staribacher, der muß das noch mit der Hand ausrechnen!)

Daß es uns in Österreich besser geht, meine Damen und Herren, bestätigt ja auch Ihr Minderheitsbericht. Auf Seite 9 Ihres Minderheitsberichtes sprechen Sie zwar von einer Benachteiligung der Arbeitnehmer auf dem Gebiete des Lohnsteueraufkommens, geben aber damit zu, daß sich das Einkommen der breiten Masse der österreichischen Bevölkerung wesentlich erhöht hat. (*Abg. Gratz:* Die Steuern haben sich wesentlich erhöht!) Es ist daher in Österreich auf dem sozialen Sektor von einer Bedrohung des inneren Friedens keine Rede. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Sie haben wiederholt versucht, das Gespenst der Arbeitslosigkeit an die Wand zu malen und es der Bevölkerung einzureden; Ihre Jammerei hat Ihnen jedoch niemand abgenommen.

Auch Dr. Otto Habsburg und derzeit seine Kinder sind immer Gegenstand Ihrer Propaganda. Das wird wieder in den Vordergrund gespielt. Der Großteil der österreichischen Bevölkerung nimmt aber seine wiederholten Besuche in Österreich überhaupt nicht zur Kenntnis und sieht darin keine Gefährdung des inneren Friedens. Ich hoffe, daß auch Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen, daß das Gespenst der Vergangenheit auf die jungen Bürger dieses Staates überhaupt keinen Eindruck macht.

Die Ereignisse des 21. August 1968 in unserem Nachbarstaat haben für den österreichischen Staat zwar keine unmittelbare Bedrohung gebracht, allerdings sollten wir in diesem Zusammenhang sehr offen aussprechen, daß wir auf dem Gebiete der Landesverteidigung, vor allem aber auf dem Gebiete der zivilen Landesverteidigung und der damit zusammenhängenden Versorgungsfrage für die Bevölkerung noch zuwenig getan haben. (*Abg. Peter:* Sagen Sie das dem Bundeskanzler!

*Wir warten schon lange auf sein Versprechen!* Gemeinsam sollten wir uns daher in der Zukunft bemühen, innerstaatlich alles vorzukehren, um einem eventuellen Angreifer auf unser Staatsgebiet von vornherein klar vor Augen zu führen, daß die Nichtrespektierung des österreichischen Staates einen hohen Preis erfordert. (*Abg. Peter:* Dann muß man Maßnahmen ergreifen!) Politisch hat uns aber das Ereignis in der Tschechoslowakei deutlich gezeigt, daß jede Verbindung, jede Bruderschaft mit dem Kommunismus in der totalen Unterdrückung endet.

Herr Abgeordneter Czettel hat am vorigen Mittwoch hier gemeint, wir sollten endlich mit der verreckten roten Katze Schluß machen. (*Abg. Peter:* Damit ist der Withalm gemeint!) — Einverstanden, meine Damen und Herren. Sie werden aber gestatten, daß gerade die Ereignisse in der Tschechoslowakei der österreichischen Bevölkerung wieder sehr deutlich in Erinnerung gerufen haben, daß anlässlich der Nationalratswahlen des Jahres 1966 die Kommunistische Partei Österreichs eine Wahlempfehlung für Ihre Partei (*zur SPÖ gewendet*) ausgegeben hat. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Weikart:* Was wollen Sie damit sagen? — *Abg. Hartl:* Daß Ihr um vier Mandate zuviel habt! — Weitere Zwischenrufe. — *Abg. Weikart:* Die Kommunisten sind doch eine Doppelnull! Ist Ihnen das noch nicht aufgefallen? Sie werten sie damit auf!)

Meine Damen und Herren! Wir behaupten nicht, Sie seien Kommunisten, wir behaupten auch nicht ... (*Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Peter:* Herr Suppan, lassen S' die Katze in Ruh'! — Heiterkeit.) Sie ist schon verreckt!

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Ich bitte, sich etwas zurückzuhalten!

Abgeordneter Suppan (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Wir behaupten nicht, Sie seien Kommunisten, wir behaupten auch nicht, Sie hätten sich um diese kommunistischen Stimmen sehr stark beworben. Eines müssen wir allerdings behaupten: Sie haben es im Jahre 1966 verabsäumt, sich mit aller Entschiedenheit von diesen kommunistischen Stimmen zu distanzieren. Wahrscheinlich hätten Sie es sehr gerne gesehen, wenn Sie mit Hilfe dieser kommunistischen Stimmen die Mehrheit in Österreich hätten erringen können. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Weikart:* Ich bitte, davon auch etwas dem Herrn Bundeskanzler mitzuteilen! — *Abg. Gratz:* Eröffnen Sie den Wahlkampf 1970 heute schon?) Den haben ja schon Sie eröffnet! Den Wahlkampf haben Sie bei Beginn dieser Budget-debatte eröffnet! Wenn wir schon vom Krieg sprechen, dann gestatten Sie uns, daß wir

**Suppan**

uns nicht ständig im Stellungskrieg befinden, sondern daß wir auch zum Angriff antreten, Herr Abgeordneter Gratz!

Hohes Haus! Leider waren Sie am 28. Juni des heurigen Jahres nicht bereit, der Regierungsvorlage über die Wiederherstellung der Zuständigkeit des Landeshauptmannes auf dem Gebiete des öffentlichen Sicherheitswesens zuzustimmen. Ich will heute keine neuerliche Debatte über die Sicherheitsdirektionen heraufbeschwören. Bei einer Beratung des Kapitels Inneres scheint es jedoch notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir von der Österreichischen Volkspartei uns auf dem Boden des demokratischen Föderalismus befinden und bereit sind, alle Rechte, die den Ländern zustehen, diesen auch zu übertragen. (Abg. Gratz: *Was ist mit dem Forderungsprogramm der Bundesländer?*) Es ist uns immer noch unverständlich, daß Sie nicht bereit waren, eine Einrichtung zu liquidieren, die in Zeiten entstanden ist, von denen wir nicht immer die positivste Aussage hören (*Ruf bei der SPÖ: Warum erfüllt die ÖVP nicht die Forderungen der Landeshauptleute?*), obwohl auch Ihre Herren Landeshauptleute dies verlangt haben. Sicherlich aus politischen, nicht aber aus sachlichen Gründen sind Sie nicht bereit, dem Schritt der Regierung beizutreten.

Der Herr Bundesminister für Inneres hat im Finanz- und Budgetausschuß erklärt, daß er alle Sicherheitsdirektoren angewiesen hat, mit den zuständigen Landeshauptleuten engstes Einvernehmen zu pflegen, und daß erfreulicherweise diese Zusammenarbeit auch klaglos funktioniert.

Um nicht einen falschen Eindruck zu erwecken, möchte ich hier doch hervorheben, daß die 241 Beamten der Sicherheitsdirektionen in Österreich im abgelaufenen Jahr über 8000 staatspolizeiliche, über 8000 kriminalpolizeiliche und über 24.000 verwaltungspolizeiliche Amtshandlungen durchgeführt haben. (Abg. Peter: *Darunter viele überflüssige!*)

Einen breiten Rahmen — das hat mein Vorredner bewiesen — nimmt in letzter Zeit in Österreich die Debatte über die Spionage ein. Wir haben sehr freudig dem Antrag zugestimmt, diesbezüglich einen parlamentarischen Unterausschuß einzusetzen, der die Vorgänge im Innenministerium untersuchen soll. Wir sollten heute dem Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses nicht vore greifen und die Diskussion um dieses Kapitel vielleicht vorerst zurückstellen. (Abg. Peter: *Aber reden dürfen wir schon darüber!*) Der uneingeweihte Staatsbürger in Österreich gewinnt den Eindruck, Österreich sei das Zentrum von Spio-

nageringen. (Abg. Moser: *Nicht Österreich, die ÖVP!*) Die in letzter Zeit vorgekommenen Spionagefälle sind sicherlich nicht erfreulich; sie sollen aber nicht den Eindruck erwecken, daß die österreichischen Sicherheitsbehörden diesem Treiben macht- und tatenlos gegenüberstehen. (Abg. Peter: *Bis jetzt schon!*)

Der Herr Bundesminister hat im Finanz- und Budgetausschuß in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß in der abgelaufenen Zeit 238 Untersuchungen durchgeführt wurden, wobei festgestellt wurde, daß 76 Personen eine Nachrichtentätigkeit zum Nachteil Österreichs ausübten. Der Verdacht richtet sich vorwiegend gegen Personen, die sich als Angehörige diplomatischer Vertretungen in Österreich aufhalten. Nur in acht Fällen gelang es, den Verdächtigen eine solche Tätigkeit auch nachzuweisen. Zwei Personen — das ist ja bekannt — wurden in der Zwischenzeit gerichtlich verurteilt; in fünf weiteren Fällen ist das strafgerichtliche Verfahren anhängig.

Die Staatspolizei wird immer einer erhöhten Kritik unterliegen. Wir alle erwarten aber, daß sich diese Organe bei ihrer Tätigkeit auf dem Boden der gesetzlichen Vorschriften bewegen. Brieföffnungen, Telefonüberwachungen, Abhörgeräte (Abg. Peter: *Das können Sie!*) und was es auf diesem Gebiet noch alles gibt, sind verfassungswidrig, und niemand würde es verstehen, würde sich die Staatspolizei solcher Methoden bedienen.

Die Presse möchte ich bei dieser Gelegenheit ersuchen, im Zusammenhang mit diesen Vorfällen keine Hysterie zu erzeugen. Vor allen Dingen möchte ich sie aber ersuchen ... (Abg. Weikart: *... nach Möglichkeit nichts zu schreiben!*) O ja; aber keine Verdächtigungen auszusprechen, die nachher nicht bewiesen werden können. Die Ehre eines Menschen ist sehr, sehr schnell genommen. Sie ihm aber wieder zurückzugeben, ist manchmal fast unmöglich. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Mein Vorredner hat schon — so wie er es auch im Vorjahr getan hat — das Polizeiorganisationsgesetz urgirt und auch mitgeteilt, daß der Herr Bundesminister im Finanz- und Budgetausschuß die erfreuliche Mitteilung gemacht hat, daß es mit diesem Gesetz nun endlich Wirklichkeit wird.

Ich darf mir in diesem Zusammenhang den Hinweis gestatten, daß schon seit 31. Mai 1967, also schon weit über ein Jahr, dem Verfassungsausschuß das Waffengebrauchsge setz zugewiesen wurde. Ich darf bitten, dieses Waffengebrauchsgesetz vielleicht doch bald einer Verabschiedung zuzuführen. In diesem Zusammenhang möchte ich schon

9770

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Suppan**

jetzt die Bitte anmelden, daß es dem Polizei-organisationsgesetz dann nicht ähnlich ergeht wie dem Waffengebrauchsgesetz, daß es dann nämlich nicht über ein Jahr hier im Hohen Hause ruht. (Abg. Dr. Broda: *An wen richten Sie die Bitte?*) An den Obmann des Verfassungsausschusses richte ich diese Bitte. (Abg. Dr. Broda: *Nein, nein!*) Ich habe im Vorjahr bei der Budgetdebatte zum Kapitel Inneres ebenfalls den Herrn Obmann des Verfassungsausschusses gebeten. (Abg. Lanc: *Wenn die Regierung zwei Jahre prüfen kann, wird der Verfassungsausschuß noch ein Jahr prüfen können!*) Die Vorlage des Waffengebrauchsgesetzes liegt hier, das Polizeiorganisationsgesetz wird auch bald herkommen. Sie gestatten mir, daß ich den Obmann des Verfassungsausschusses bei dieser Gelegenheit bitte, dieses Gesetz einer baldigen Behandlung zuzuführen. Das wird mir doch noch gestattet sein! (Abg. Dr. Broda: *Waren Sie gestern im Verfassungsausschuß?*) Nein, ich bin nicht Mitglied des Verfassungsausschusses (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weih: *Dann reden Sie nicht darüber!*), aber ich weiß, daß die Verhandlungen zögernd vor sich gehen. Ich hoffe, Herr Abgeordneter Broda, daß das Waffengebrauchsgesetz — mehr habe ich nicht gesagt — bald dem Hohen Hause zur Verabschiedung vorgelegt wird. Es war keine Kritik, es war lediglich eine Bitte an den Obmann des Verfassungsausschusses. (Abg. Dr. Broda: *Da Sie gestern nicht dort waren und nicht Mitglied des Verfassungsausschusses sind, möchte ich klarstellen, daß dies eine Sache des gesamten Ausschusses und der Mehrheit und nicht des Obmannes ist! Das muß endlich einmal gesagt werden!*)

Hohes Haus! Im Zusammenhang mit dem Polizeiorganisationsgesetz sei hier, Herr Minister, noch ein Hinweis gestattet. Ich habe das Gefühl, daß die Gendarmeriedienstinstellung — das ist jene Vorschrift, nach der die Gendarmeriebeamten Österreichs ihren Dienst versehen — schon lange reformbedürftig ist; sie entspricht nicht mehr den Erfordernissen der heutigen Zeit. Denn wenn sie etwa die Bestimmungen enthält, daß der Gendarm Sand- und Schottergruben — die sicherlich in der heutigen Zeit eine wirtschaftliche Bedeutung haben — aufzusuchen muß und am Rückweg einen anderen Weg einzuschlagen hat, dann, Herr Bundesminister und alle Verantwortlichen, glaube ich, daß diese Vorschrift nicht mehr zeitgemäß ist. Ich würde daher bitten, Überlegungen anzustellen, wie man diese Gendarmeriedienstinstellung in eine zeitgemäße Fassung bringen könnte.

Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Republik Österreich beziehungsweise der Sicherheitswache und der Kriminalpolizei ha-

ben Sie, Herr Bundesminister, für die Sicherheitswachebeamten und die Kriminalbeamten einen Jubiläumskurs installiert und, soweit wir informiert sind, nehmen die ersten Frequentanten an diesem Kurs bereits teil. Ich darf Sie, Herr Bundesminister, bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß die österreichische Bundesgendarmerie im nächsten Jahr ihren 120. Geburtstag feiert. Ich habe schon im Finanz- und Budgetausschuß gesagt, ich würde bitten, auch für die Gendarmerie einen derartigen Kurs zu installieren, denn diese Beamten sollen nicht das Gefühl haben, daß ihre Institution, weil sie schon seit 120 Jahren besteht, vielleicht ein Kind aus erster Ehe sei.

Hohes Haus! In diesen Tagen hat einer der erfolgreichsten Rettungsflieger der österreichischen Bundesgendarmerie seinen 50. Geburtstag gefeiert. Ich darf daher Ihre Aufmerksamkeit auf die Männer des Flugrettungsdienstes lenken. Im abgelaufenen Jahr wurden wieder 368 Bergungs- und Krankentransportflüge aus dem Hochgebirge durchgeführt. Wer die Außenlandeplätze annähernd kennt, wird wissen, daß jeder derartige Rettungsflug mit dem vollen Einsatz des Lebens der Rettungsflieger verbunden ist.

Es ist außerordentlich erfreulich, daß die finanziellen Mittel für die Flugrettung im kommenden Jahr ebenfalls sichergestellt sind, und es ist sehr erfreulich, daß so viele Mittel bereitgestellt wurden, daß ein weiterer Hubschrauber angekauft werden kann.

Im vergangenen Jahr, das haben wir im Finanz- und Budgetausschuß gehört, hat die Flugrettung neben ihrer Tätigkeit auch 760 Einsätze zur Verkehrsüberwachung geflogen. Es wird in Zukunft notwendig sein, diese Tätigkeit noch zu verstärken. Der Straßenverkehr fordert immer mehr Tote, vielleicht gelingt es — der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel hat darauf hingewiesen —, durch eine intensivere Luftüberwachung doch die Zahl der Verkehrstoten etwas zu senken, damit nicht, wie Sie kritisiert haben, von den Polizeiorganen ständig nur Parksünder beanstandet werden. (Abg. Peter: *Dem Organmandat rennen sie mit Begeisterung nach!*)

Hohes Haus! Österreich war auch im abgelaufenen Jahr ein begehrtes Land für Flüchtlinge vor allem aus den volksdemokratischen Ländern. Ich glaube, in der Flüchtlingsbetreuung steht Österreich an erster Stelle. Ich kann hier nur die Bitte und die Hoffnung aussprechen, daß die mit dem Flüchtlingswesen betrauten Organe ihre Tätigkeit auch weiterhin voll und ganz ausfüllen.

Hohes Haus! In der Budgetdebatte wurden wiederholt verschiedene Anspielungen gemacht,

**Suppan**

die Nationalratswahlen 1970 würden vorverlegt. Es wurde in diesem Zusammenhang kritisiert, daß im Budget 1969 keine Mittel für Wahlkosten enthalten sind. Es ist schon festgestellt worden, ich darf aber noch einmal feststellen, daß die Regierungspartei überhaupt keine Veranlassung hat, diese Legislaturperiode zu verkürzen. Wenn in einigen Bundesländern Überlegungen angestellt werden, vor allem in Bundesländern mit sozialistischer Mehrheit, die dort mit den Nationalratswahlen 1970 zusammenfallenden Landtagswahlen möglichst weit von diesem Nationalratswahltermin wegzubringen, so ist das für uns ein Beweis, meine Damen und Herren, daß Sie sich vor dem überwiegenden Vertrauen der Bevölkerung, das diese der Österreichischen Volkspartei aussprechen wird, fürchten. (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Das Regierungsprogramm wurde in seinen wesentlichen Punkten verwirklicht. Diese Regierung stützt sich auf das Vertrauen von 2.191.109 Wählern, das ist immerhin um 262.124 Wähler mehr, als Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, im Jahre 1966 an Stimmen erringen konnten. Die österreichische Bevölkerung konnte sich in der Vergangenheit davon überzeugen, daß diese ÖVP-Regierung die Demokratie in Österreich in einer noch nie dagewesenen Weise verlebendigt hat. Die Bevölkerung weiß auch, daß wir gute Arbeit geleistet haben. Wir von der Österreichischen Volkspartei, meine Damen und Herren, sind bereit, die Verantwortung in diesem Staate so wie seit dem Jahre 1945 auch über das Jahr 1970 hinaus zu tragen. Die Bevölkerung weiß, daß wir nicht nur ein besseres Programm für dieses Österreich haben, sie weiß auch, daß hinter diesem Programm bessere Männer stehen, die dieses Programm auch zum Wohle aller Österreicher verwirklichen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

In voller Verantwortung für dieses Österreich werden wir von der Österreichischen Volkspartei auch dem Kapitel Inneres unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Ende der ÖVP-Märchenstunde!)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Eberhard. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Eberhard (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Suppan (Abg. Dr. Gorbach: Ist auch ein Kärntner! — Abg. Peter: Kärnten is lei oans!) — ja, leider —, hat in seinen Ausführungen die Feststellung getroffen, daß wir mit dieser Budgetdebatte den Wahlkampf für die nächsten Nationalratswahlen eröffnet hätten. (Abg. Suppan: Aber, Herr Kollege, das geschieht

doch schon seit vorigem Montag! — Abg. Czettel: Dienstag!) Herr Kollege Suppan! Darf ich Sie an diese Broschüre, an dieses Pamphlet erinnern, das vor ungefähr zwei Wochen als Postwurfsendung den Haushalten zugestellt worden ist. Es ist schon einige Male über diese Postwurfsendung gesprochen worden (Abg. Weikhart: Österreich in guter Auszügler-Hand!), und ich stelle hier in aller Deutlichkeit fest: Wenn jemand den Wahlkampf für die kommende Nationalratswahl eröffnet hat, dann waren es Sie, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei.

Herr Abgeordneter Suppan, darf ich Sie fragen, ob Ihre Ausführungen bezüglich der Roten Katze vielleicht der Euler-Broschüre entnommen worden sind, die im Jahre 1966 auch aus Anlaß der Nationalratswahl von dem nun im Wiener Landesgericht weilenden Pressesekretär des Herrn Innenministers herausgegeben worden ist? (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Abgeordneter Suppan, wenn Sie sagen, wir fürchten uns vor dem Vertrauen, das die Bevölkerung vielleicht Ihrer Partei bei den nächsten Nationalratswahlen aussprechen wird, dann darf ich hier in aller Bescheidenheit nur darauf hinweisen, was die Ergebnisse der letzten Wahlen gezeigt haben (Abg. Guggenberger: Niederösterreich!), ob es sich jetzt um die Gemeinderatswahlen in Klagenfurt, in Salzburg oder Graz gehandelt hat oder um die Landtagswahlen im Burgenland, in Oberösterreich oder, wenn wir in die jüngste Zeit gehen, die Betriebsratswahlen bei den Stickstoffwerken in Linz. (Abg. Suppan: Das sind ja keine Nationalratswahlen!) Herr Kollege Suppan, da kann ich Ihnen sagen: Da braucht uns vor diesem Entscheid in der Zukunft nicht bange zu sein. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Glaser: Bei der Wahl in Klagenfurt seid ihr abgeschwommen!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Heute ist es genau eine Woche, seitdem wir uns täglich in diesem Haus mit Teilen des Budgets 1969 befassen. Die Debatten, die da geführt werden, dauern in der Regel meistens zwölf Stunden (Ruf bei der ÖVP: Länger!) — nein, ich meine täglich zwölf Stunden —, und Sie haben ja gesehen, daß die sozialistische Opposition in ihren Diskussionsbeiträgen in aller Offenheit all das aufzeigt, was Sie als Regierungspartei und was die ÖVP-Alleinregierung von dem, was Herr Bundeskanzler Klaus in seiner Regierungserklärung von 1966 der Öffentlichkeit mitgeteilt hat (Abg. Gratz: Und das war schon wenig!), nicht gehalten haben. Wenn die Diskussionen zum Beispiel über das Schulbudget gleich 18 Stunden in Anspruch genommen haben, so ist das letzten Endes auch ein Beweis dafür, wieviel Stoff Sie der

9772

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Eberhard**

Opposition geliefert haben, alles Negative aufzuzeigen, vor allem das aufzuzeigen, was Sie entgegen Ihren Versprechungen nicht gehalten haben. Wenn heute die Studenten revoltieren, so ist das letzten Endes ein Ausfluß Ihrer Politik, und wenn heute erst die Sozialdebatte in diesem Hohen Haus nach über 20 Stunden beendet werden konnte, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das ja auch nichts anderes als ein Beweis dafür, wie unfähig die Regierung gewesen ist, die Sozialprobleme in diesem Lande zu lösen. (Rufe bei der ÖVP: Aber! Aber! — Abg. Suppan: Die schlechtesten Früchte sind es nicht, an denen Wespen nagen!), und vor allem, daß die Regierung nicht bereit war, die Versprechen, die sie gegeben hat, auch einzulösen. (Zustimmung bei der SPÖ.) Wo bleibt denn die Anhebung der Witwenrente auf 60 Prozent, ein Versprechen, mit dem Sie in den Wahlkampf gezogen sind? (Abg. Guggenberger: Die Beamtengehälter zum Beispiel! Wir sind jetzt beim Inneren! — Abg. Mayr: Reden Sie einmal zum Inneren, Herr Eberhard!)

So geht es weiter. Von Kapitel zu Kapitel, überall haben wir bis jetzt schonungslos aufgezeigt — und werden es auch bei den weiteren Kapiteln aufzeigen —, was Sie entgegen Ihren Versprechungen nicht erfüllt haben.

Wir werden ja jetzt zur Landwirtschaft kommen. Sie werden sehen, was da alles zu sagen sein wird! Wir werden zu anderen Ressorts kommen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Sie brauchen nicht mokiert zu sein in Ihren Bänken. Wir haben Ihnen von allem Anbeginn gesagt: Nehmen Sie zur Kenntnis, die sozialistische Opposition wird die Öffentlichkeit über das informieren, was Sie in dieser Regierung und in diesem Hause schlecht machen. (Abg. Guggenberger: Daher freie Berichterstattung aus dem Parlament!) Dazu haben wir täglich Gelegenheit gehabt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will jetzt zu einem Problem sprechen, das heute schon mein Vorredner, Herr Doktor van Tongel, angezogen hat: zur Verkehrssicherheit in unserem Lande, die immer wieder Anlaß gibt, heftigste Kritik zu üben, Kritik an dem zuständigen Bundesminister, der entgegen seinen Versprechungen auch in dieser Frage bisher faktisch nichts unternommen hat.

Angesichts der vielen Verkehrstoten zu den Osterfeiertagen haben meine Kollegen, die Abgeordneten Czettel, Dr. Broda, Skritek und Genossen, am 19. April dieses Jahres eine dringliche Anfrage an den Bundesminister für Inneres und an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend

die Ausarbeitung eines Verkehrskonzeptes, eingebracht. In dieser dringlichen Anfrage wurde eben auf die vielen Verkehrstoten zu den Osterfeiertagen Bezug genommen. Es steht darin:

„Den immer größer werdenden Gefahren des Straßenverkehrs kann man mit Polizeimaßnahmen allein nicht Herr werden. Angesichts der besorgniserregenden Entwicklung ist vielmehr ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der Gefahren im Straßenverkehr erforderlich, das die Bundesregierung zumindest nach folgenden Gesichtspunkten erstellen müßte:

1. Intensivierung und Koordinierung aller Maßnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden zur Durchführung der Straßenverkehrsordnung und des Kraftfahrgesetzes, zur Überwachung des Straßenverkehrs, zum verkehrssicheren Ausbau des Straßennetzes und zur Verbesserung der Verkehrserziehung im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung.

2. Einleitung einer großen Aufklärungskampagne unter Mitarbeit der Schulen, der Kraftfahrorganisationen, des Kuratoriums für Verkehrssicherheit, der großen Interessenvertretungen sowie anderer Organisationen zur Verbesserung der Verkehrsgesinnung der Bevölkerung, insbesondere der aktiven Verkehrsteilnehmer.

3. Gesetzgeberische Maßnahmen zur Angleichung der Rechtsvorschriften an die heutigen Bedingungen des Straßenverkehrs sowie zur Vereinfachung der Kompetenzlage im Bereich der Vollziehung des Straßenverkehrsrechtes.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 21. März 1968 auf Antrag sozialistischer Mitglieder des Bundesrates den einstimmigen Beschuß gefaßt, die Bundesregierung aufzufordern, ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung des Verkehrstodes auszuarbeiten und darüber den gesetzgebenden Körperschaften zu berichten.“

Diese dringliche Anfrage hat dann letztlich dazu geführt, daß von allen drei in diesem Hause befindlichen Parteien drei gemeinsame Anträge eingebracht worden sind. Der erste Antrag betraf die Ausarbeitung eines Verkehrskonzeptes, der zweite Antrag die Ausarbeitung eines koordinierten Sofortprogramms zur Senkung der Zahl der Verkehrsunfallopfer und der dritte die Vollziehung des Wochenend- und Feiertags-Fahrverbotes für Lastkraftwagen.

Auf Grund dieser drei Entschließungsanträge hat dann der Herr Bundesminister für Inneres im Zusammenwirken mit dem Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie

**Eberhard**

am 27. Juni 1968 einen Bericht an das Hohe Haus erstattet, der sich rückblickend auf Maßnahmen bezieht, die man angesichts des zu erwartenden Pfingstverkehrs gesetzt hat, und in dem weiters versucht wird, nachzuweisen, daß die Maßnahmen, die bisher getroffen worden sind, ein günstigeres Bild in bezug auf Verkehrsunfälle geben, und in dem man auch versucht, nachzuweisen, daß im engsten Einvernehmen mit den Verkehrsreferenten der Landesregierungen Verkehrs-einsatzpläne und so weiter erstellt worden sind. Es heißt dann:

„Entsprechend der Empfehlungen der Ausschüsse der Verkehrssicherheitkonferenz wurden im verstärkten Maße Zivilstreifen eingesetzt und Geschwindigkeitskontrollen vorgenommen.“

Am Schluß dieses Berichtes heißt es dann:

„Die Sommermonate sollen dazu dienen, um auf Grund der bisher getroffenen Maßnahmen weitere Erfahrungen zu sammeln.“ Weiter heißt es: „Im November 1968 ist eine neuerliche Konferenz vorgesehen, die ein langfristiges Konzept zu erarbeiten versuchen wird. Ein Bericht darüber wird dem Parlament nach Fertigstellung vorgelegt werden.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin im Besitze einer Statistik, die bis 30. September dieses Jahres geführt wurde und aus welcher hervorgeht, daß unterdessen die Motorisierung eine weitere beachtliche Ausweitung erfahren hat und wir bereits am 30. September dieses Jahres 2.065.000 zum Verkehr zugelassene Kraftfahrzeuge hatten. Was zeigt uns das? — Eine Entwicklung, die mit einer ungeheuren Rasanz fortschreitet. Es wird nur wenige Jahre dauern, und wir werden die Dreimillionengrenze überschritten haben.

Wenn wir jetzt die Unfallstatistik hernehmen und damit vergleichen, so müssen wir sagen, daß es uns beängstigend erscheint, daß von Seite des Staates, von Seite des zuständigen Ministeriums nicht mehr unternommen wird, um die Unfallzahlen in Österreich herabzusetzen. Gewiß ist die Unfallstatistik bis 30. September etwas günstiger als in den Vorjahren, aber noch ist das Jahr 1968 nicht zu Ende, und wir wissen daher nicht, was noch im letzten Monat auf diesem Gebiete alles geschehen wird.

Was soll geschehen? Es ist an und für sich schon einiges sehr Erfreuliches geschehen. Die beiden großen Kraftfahrorganisationen haben in Verbindung mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit bestimmte Maßnahmen eingeleitet, die alle in ihren Auswirkungen zur Hebung der Verkehrssicherheit in Österreich beitragen.

Was nicht geschehen ist, ist, daß das zuständige Ministerium die notwendigen Schritte unternommen hätte, um zunächst einmal eine Koordinierung mit den einzelnen Bundesländern herbeizuführen. Was weiters nicht geschehen ist, ist, daß Maßnahmen eingeleitet worden wären, die dazu führen, auf dem Sektor des Personalstandes ein günstigeres Bild zu bekommen. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß es notwendig wäre, den Personalstand zu erhöhen, damit es endlich einmal gelingt, vor allem in den Spitzenzeiten und dann an besonders verkehrsgefährdeten Stellen die notwendige Verkehrslenkung zu übernehmen.

Eine weitere vordringliche Aufgabe auf dem Gebiete der Verkehrssicherheit erblicken wir auch darin, daß bestimmte Straßenbenutzer, wie zum Beispiel Tankfahrzeuge, die als besonders gefährliche Straßenbenutzer anzusprechen sind, auf die Schiene verwiesen werden, daß die Verkehrserziehung in den Schulen eine Fortsetzung findet und daß auch dem Ausbau des Straßennetzes in Österreich eine viel, viel größere Aufmerksamkeit zugewendet werden müßte.

Das sind alles Dinge, die auch Angelegenheit des Herrn Innenministers wären. Er müßte mithelfen, daß hier Änderungen vorgenommen werden. Ich weiß, für alles mögliche andere hat man Geld in diesem Lande: man stellt Staatssekretäre ein, die ungeheuer viel kosten, die nichts anderes zu tun haben, als sogenannte Öffentlichkeitsarbeit zu erfüllen und die uns Hunderte und Tausende von Schilling kosten. Man gibt jedem Ressort Millionenbeträge für Öffentlichkeitsarbeit, man stellt Spione ein für die sogenannte Öffentlichkeitsarbeit, die heute im Wiener Landesgericht sitzen. (*Heiterkeit und Zustimmung bei der SPÖ*.) Für all das ist Geld vorhanden, ist sogar viel Geld vorhanden, aber für die wirklich notwendigen Maßnahmen ist eben kein Geld da.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird wiederum so sein, daß zu den kommenden Allerheiligen weitere Tausende weiße Kreuze unsere Straßen säumen müssen, Tausende weiße Kreuze nur deswegen aufgestellt werden müssen, weil der Staat und der zuständige Minister seine Aufgaben in dieser Frage nicht erfüllt haben. (*Ruf bei der ÖVP: Aber das stimmt doch gar nicht!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abschließend darf ich sagen: Unser Parteivorsitzender Kreisky hat bereits vor 14 Tagen in einer Pressekonferenz zu den zu erwartenden Neuwahlen Stellung bezogen. Er hat dabei zum Ausdruck gebracht: Je früher es in Österreich zu Neuwahlen kommt, desto besser wird es für Österreich und für Öster-

9774

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Eberhard**

reichs Bevölkerung sein. Auch ich stehe auf diesem Standpunkt und wiederhole das, was damals Kreisky in dieser Pressekonferenz gesagt hat: Die Regierung soll auf Grund ihrer Unfähigkeit zurücktreten, und es sollen endlich einmal in Österreich Neuwahlen ausgeschrieben werden! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mayr: Immer die alte Walze! — Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Mayr: Die Opposition ist unfähig, eine richtige konstruktive Diskussion zu machen! — Abg. Ing. Häuser: Die von Dr. Hauser gestern war „konstruktiv“!)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kranzlmaier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kranzlmaier (ÖVP): Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Zu den letzten Ausführungen des Kollegen Eberhard möchte ich nur Busch zitieren; er hat gesagt: Dumme Gedanken hat jeder, aber der Weise verschweigt sie. (Heiterkeit und Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Dann dürften Sie jetzt, Herr Kollege, nicht reden!) Herr Kollege Weikhart, Sie werden sehen, ich werde einige Gedanken verschweigen. (Abg. Weikhart: Das war ein Bumerang von Ihnen! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Gertrude Wondrack: Der weise Kranzlmaier!)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als ich mir einige Gedanken zur heutigen Debatte überlegte, ist mir ein Satz aus meiner Rede, ... (Anhaltende Zwischenrufe.)

**Präsident** (das Glockenzeichen gebend): Aber, meine Damen und Herren! Bitte wieder etwas Aufmerksamkeit!

Abgeordneter Dr. Kranzlmaier (fortsetzend): ... die ich 1963 vor Exekutivbeamten der Fraktion christlicher Gewerkschafter gehalten habe, in Erinnerung gekommen. Ich habe damals gesagt: „Die Exekutive kann nur dann Sicherheit ausstrahlen, wenn sie sich selbst sicher fühlt.“ Ich will diesen Satz auch an die Spitze meiner heutigen Ausführungen stellen, weil ich die feste Überzeugung habe, daß diese grundlegenden Bemerkungen heute noch genauso von Bedeutung sind wie damals.

Seien Sie daher bitte überzeugt: Es bereitet uns große Sorge, daß durch den Fall Euler gerade jenes Ressort, das für Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Staate verantwortlich ist, dessen Träger für den Schutz der Einrichtungen des Staates und des einzelnen Staatsbürgers eingesetzt sind, fast über Nacht zum Herd von Spekulationen, Verdächtigungen, Anschuldigungen und Intrigen geworden ist. (Abg. Libal: Zuerst einmal in der Kärntner

Straße durchleuchten, ob noch mehr Spione sind!) Kollege Libal, das Sprichwort von Busch, das ich zitiert habe, gilt auch für dich! (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Sie sind sehr überheblich! — Abg. Mondl: Dann müßte die ganze ÖVP-Fraktion nach Hause gehen!)

Keine Sorge, meine Damen und Herren, keine schlaflosen Nächte bereitet es uns aber, daß durch den Fall Euler die Staatspolizei oder sonst noch welche Einrichtungen des Innenressorts in das Licht der Öffentlichkeit gerückt sind und daß diese durchleuchtet werden sollen. Wir begrüßen diese Vornahme, wie mein Kollege bereits ausgeführt hat. Wenn auch, zumindest nach dem derzeitigen Stand der Erhebungen, nur wenige Beamte strafbarer Handlungen überwiesen und deretwegen teilweise bereits verurteilt wurden, wenn dazu noch eine Anzahl von Beamten im Verdacht steht, strafbare Handlungen begangen zu haben (Abg. Weikhart: Alles ÖVP-Leute!), so ist das Grund genug, den Ursachen nachzuspüren, den Apparat zu überprüfen und — um mich bildlich auszudrücken — den einen oder anderen faulen Apfel aus der Apfelkiste zu entfernen, damit die gesunden nicht gefährdet werden. (Abg. Weikhart: Aber auch innerhalb der ÖVP! — Abg. Dr. Withalm: Wo es notwendig ist, Herr Kollege Weikhart!)

Aber ich glaube, meine Damen und Herren, es muß selbst der Opposition zu billig und zu bequem erscheinen, die Schuld an den sicherlich unliebsamen Vorkommnissen dem derzeitigen Ressortminister, der Österreichischen Volkspartei als Regierung oder Partei zuschieben zu wollen. (Abg. Weikhart: Wer hat Euler dorthin gebracht?)

Ich darf hier jetzt grundlegend eines sagen: Kollege Czettel, Sie haben gestern in den Aufzeichnungen des Fernsehens und Rundfunks die Behauptung aufgestellt, die Spione säßen nicht im Innenministerium, sondern im Generalsekretariat der Österreichischen Volkspartei in der Kärntner Straße! (Abg. Czettel: Bis jetzt alle! — Abg. Mayr: Das ist eine arge Verleumdung! — Zwischenrufe bei der SPÖ.) Ich darf hier in aller Deutlichkeit feststellen: Sie waren sich sicherlich der Tragweite dieser Äußerung nicht bewußt! (Abg. Czettel: Die blonde Helga, Mühlhauser und Euler, alle!) Was würden Sie sagen, wenn einer von uns im Fernsehen, im Rundfunk sagen würde: In der Löwelstraße sitzen Mörder, sitzen Diebe, sitzen Betrüger! (Abg. Czettel: Sie können doch das nicht behaupten! — Abg. Weikhart: Aber mit Euler stimmt es doch! — Abg. Czettel: Auf die armen Beamten schieben Sie es ab! Die Beamten müssen den Kopf hinhalten für eure Taten! — Weitere Zwischenrufe.)

**Präsident (das Glockenzeichen gebend):** Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich wieder etwas zu beruhigen.

Abgeordneter Dr. Kranzlmaier (fortsetzend): Und genauso darf ich Ihnen sagen: Wenn Sie irgendwo behaupten, dort säßen Spione, dann haben Sie ohne den geringsten Beweis zu haben (Abg. Czettel: *Doch — die blonde Helga!*), Personen eines Verbrechens verdächtigt. (Abg. Weikhart: *Da sprechen Sie wider besseres Wissen!*)

**Präsident (das Glockenzeichen gebend):** Bitte, meine Damen und Herren, alle können ja nicht gleichzeitig gemeinsam reden!

Abgeordneter Dr. Kranzlmaier (fortsetzend): Meine Damen und Herren! Wir reden so viel von den Grund- und Freiheitsrechten, wir reden so viel von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, von der Menschenrechtskonvention. Aber handeln tun Sie nicht danach.

In Artikel 11 Abs. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es: „Jeder einer strafbaren Handlung Beschuldigte hat Anspruch darauf, so lange als unschuldig angesehen zu werden, als seine Schuld in einem öffentlichen Verfahren, in dem ihm alle für seine Verteidigung nötigen Sicherheiten gewährleistet waren, nicht den Gesetzen gemäß nachgewiesen ist.“ (Abg. Ing. Kunst: *Wie beim Müllner!*)

Und Sie, Herr Kollege Czettel, erlauben sich im Rundfunk, im Fernsehen ganz allgemein alle Angestellten des Generalsekretariates der Österreichischen Volkspartei zu verdächtigen, ja Sie haben sie bereits als Spione hingestellt. (Abg. Czettel: *Die blonde Helga ist nachgewiesen!*) Ich darf Ihnen sagen: Sie haben den Tatbestand der Verleumdung gesetzt. (Ruf bei der ÖVP: *Sehr richtig!* — Abg. Weikhart: *Die Spionage geht bis in die Spitze hinauf!*)

Ich könnte Ihnen auch noch den § 38 der Strafprozeßordnung vorlesen. Auch daraus werden Sie entnehmen, daß kein Mensch das Recht hat, irgend jemand eines Verbrechens, eines Vergehens oder sonst einer Tat zu beschuldigen, ohne irgendwelche konkrete Beweise zu haben. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mayr: *Das erlaubt sich ein früherer Innenminister!* — Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ. — Abg. Weikhart: *Was war mit der blonden Sekretärin?*)

**Präsident (das Glockenzeichen gebend):** Also, meine Damen und Herren, ich bitte jetzt wieder, sich etwas zurückzuhalten!

Abgeordneter Dr. Kranzlmaier (fortfahrend): Es ist mir jetzt etwas zugerufen worden:

„Die blonde Helga“. Sehr fein. (Abg. Weikhart: *Ich habe gesagt: die blonde Sekretärin!*) Ja, Helga hat sie geheißen. (Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: *Na also!*) Ich darf Ihnen sagen: Auf Ihrer Seite hätten Sie das nicht sagen sollen. (Abg. Czettel: *Warum nicht?*) Denn, Herr Kollege Czettel, Sie wissen, daß einzig und allein durch Ihre vorwitzigen Äußerungen in einer Parteiversammlung (Abg. Weikhart: *Da war sie schon im Ausland!*) es nicht gelungen ist, daß die Staatspolizei die Fäden weiter verfolgt hat. (Abg. Czettel: *Da war sie schon lange fort!*) Aber ich darf sagen: Ich kenne die Vorgänge nicht weiter. Es wird wahrscheinlich der Herr Minister selbst noch ausführlich dazu Stellung nehmen. Aber Sie haben es ja schon zugegeben, auch hier in diesem Haus vor wenigen Tagen. (Abg. Weikhart: *Spionage bis in die ÖVP-Spitze!* — Weitere Zwischenrufe.)

**Präsident (das Glockenzeichen gebend):** Ich bitte jetzt, meine Damen und Herren, um etwas mehr Ruhe!

Abgeordneter Dr. Kranzlmaier (fortsetzend): Meine Damen und Herren! Wer sich der Anfänge des österreichischen Sicherheitswesens in den Tagen und Wochen, ja in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch 1945 erinnernt, der kann nur von einem Wunder reden und den damals Verantwortlichen im Innenressort, aber insbesondere den Pflichtbewußten, der Demokratie und dem österreichischen Vaterland verbundenen Beamten und Angestellten uneingeschränktes Lob zollen, Dank und Anerkennung aussprechen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: *Aber die blonde Helga hat nicht dazugehört!*) Schauen Sie, wenn wir hier ernst reden, dann sollten Sie auch die Zwischenrufe dem ein bißchen anpassen, denn was 1945 hier gemacht wurde, um wiederum eine funktionsfähige Exekutive im Land zu haben, das verdient Lob und Anerkennung. (Beifall bei der ÖVP.) Glauben Sie mir: Vielleicht säßen wir alle heute nicht hier in einem freien Parlament, wenn dies damals nicht gelungen wäre. (Abg. Weikhart: *Aber diese Dame hat mit der Exekutive gar nichts zu tun! Unterstellen Sie uns nicht etwas!* — Abg. Dr. van Tongel: *Kein Mensch hat die Exekutive angegriffen!* — Abg. Weikhart: *Niemand greift die Exekutive an!* — Abg. Czettel: *Auch keine Beamten haben wir angegriffen!*)

Hier hat, die Gefahr erkennend, an der Spitze des Innenressorts ein demokratischer Geist geherrscht (Abg. Ing. Kunst: *Ein sozialistischer Minister!*), der eine Zusammenarbeit über parteipolitische Schranken hinweg aufkommen ließ. Minister und Staatssekretäre

9776

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Dr. Kranzlmayr**

tär, Helmer und Graf teilten sich die Verantwortung und waren tagein, tagaus besorgt, alles vorzukehren, damit dem Staat kein Schaden erwachse und der Staatsbürger ruhig schlafen könne. (*Abg. Ing. Kunst: Wie ist das jetzt anders geworden!*) Warten Sie nur, ich komme schon darauf, Sie werden die Augen aufmachen!

Ich glaube, rückschauend heute sagen zu können: Diese Haltung des Ministers Helmer und des Staatssekretärs Graf resultierte nicht nur aus der Gefahr der Besatzer heraus; es war vielmehr die staatspolitische Gesinnung dieser beiden Männer. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das Gespann Helmer-Graf — ohne daß einer der beiden jemals seine parteipolitische Einstellung nicht deutlich herausgestellt hätte — gab auch der Beamenschaft jenen Grad der Sicherheit und jenen Grad des Vertrauens, der notwendig ist, um verantwortungsvolle schwierige Arbeit, wie sie nun einmal dieses Ressort mit sich bringt, leisten zu können.

Wenn ich auch bei diesem so heiklen Thema keine Zwischenrufe provozieren möchte, so kann ich doch eine Tatsache nicht verschweigen: Immer mehr und mehr drängten Sie, von der Sozialistischen Partei, mehr und mehr parteipolitischen Einfluß insbesondere auf personellem Gebiet in diesem Ressort zu bekommen. (*Ruf bei der ÖVP: Olah!*) Und nur die starke Persönlichkeit Helmers konnte diese Anfänge abwehren. In den ersten Jahren seiner Amtszeit gelang dies auch seinem Amtsnachfolger Afritsch.

Meine Damen und Herren! Ich gebe hier keine Geheimnisse — es waren keine Geheimnisse —, auch keine Gespräche im vertrauten Kreis preis, die mir bekannt geworden sind. Minister Afritsch und ich haben so manches Gespräch von Mensch zu Mensch geführt. Aber als es zur Ablöse Afritschs kam, wußte er, daß er bei denen, die in seiner Partei über Ausscheiden oder Verbleiben des Innenministers zu entscheiden hatten, nicht als der starke Mann galt, der die Parteiwünsche rückrichtslos durchsetzte. Ich weiß, es war ihm persönlich immer schwierig, es hat ihm innerlich widersprochen, ungererechtfertigte, von der Sozialistischen Partei anbefohlene personalpolitische Maßnahmen zu setzen. (*Abg. Robert Weisz: Solange er gelebt hat, haben Sie anders gesprochen!*) Der Ruf nach dem parteipolitisch starken Mann, die Berufung Olahs durch die Sozialistische Partei zum Bundesminister für Inneres dürfte wohl allen hiefür Verantwortlichen schon mehr als eine schlaflose Nacht bereitet haben. Der „frische Wind“, der mit Olah in das Palais Modena einzog, brachte in jeder Hinsicht, um wieder bildlich zu sprechen, nur ein Tief.

Meine Damen und Herren! Ich wage es jetzt zu sagen: Wenn ich das medizinische Wissen eines Psychiaters hätte, würde ich mir trauen, das auszusprechen, was ich mir seit jenem Näherkennenlernen Olahs denke. (*Abg. Haberl: Der Klaus hat ihn damals doch empfangen!* — *Abg. Weikhart: Der Generalsekretär ist mit ihm speisen gegangen!*) Ein bißchen Menschenkenntnis traue ich mir schon zu. Aber, meine Damen und Herren, seien Sie überzeugt: Die Früchte — sie sind wahrhaftig keine süßen —, die jetzt in diesem Ressort auf uns fallen, stammen vielfach aus diesem Samen der politischen Unduldsamkeit, der Verfolgung Andersgesinnter, aus der Zeit, wo sich nicht nur ein Unbehagen ausbreitete, sondern wo auch die Beamenschaft, die Ihrer Partei angehörte, in Furcht und Unruhe versetzt gewesen ist. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Ich will keineswegs verkennen, daß der Scherbenhaufen groß gewesen ist, der dem Nachfolger, dem Kollegen Czettel hinterlassen wurde. Ich will auch gar nicht leugnen, daß er so manches von Olah gesetzte Unrecht wieder gutzumachen versuchte, wenn auch dabei wieder so manche unliebsame, weil sozial harte Entscheidungen gefällt werden mußten. Aber hier bewahrheitet es sich: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.“

Eines steht fest und ist nicht wegzudiskutieren: Die Verantwortung für das Innenressort hat von 1945 bis April 1966 die Sozialistische Partei durch den jeweils von ihr entsandten Minister zu tragen gehabt. (*Abg. Wodica: Aber Euler haben wir nie einen gehabt!*) Lassen Sie sich Zeit! — Sie hätten in den 21 Jahren wohl Zeit und Gelegenheit gehabt, bei jenen Einrichtungen Wandel zu schaffen, die Sie heute als undemokratisch bezeichnen und zum Anlaß nehmen, dem derzeitigen Ressortchef zum Vorwurf zu machen, daß er sie in den zweieinhalb Jahren noch nicht geändert hat. (*Abg. Czettel: Welche Einrichtungen?*)

Es ist heute schon vom Polizeiorganisationsgesetz, vom Waffengebrauchsgesetz und insbesondere vom Polizeibefugnisgesetz gesprochen worden. Denn nicht erst seit April 1966 wartet die Bevölkerung, warten die Exekutivbeamten, wartet das Parlament, solche Vorlagen ins Haus zu bekommen. Wenn der Herr Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ Blau in einem Leitartikel vom Sonntag, dem 1. Dezember meint, eine der Ursachen, aus denen möglicherweise strafbare Handlungen von Beamten in den staatapolizeilichen Abteilungen stammen, sei der bereits festgestellte Mangel an genauen gesetz-

**Dr. Kranzlmayr**

lichen Bestimmungen und Vorschriften, so kann ich — es wird selten vorkommen — da ihm nur restlos beipflichten!

Wo finden sich zum Beispiel Bestimmungen über die sachliche und örtliche Zuständigkeit der Sicherheitsbehörden auf staatspolizeilichem Gebiet? frage ich. Sicher: die staatspolizeilichen Amtshandlungen gehören zur allgemeinen Sicherheitspolizei, also unter den Sammelbegriff: Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Für Ersuchen der Gerichte und der Staatsanwaltschaften an die Sicherheitsbehörden gemäß den zuständigen Paragraphen der Strafprozeßordnung zur Vornahme von Amtshandlungen in staatspolizeilichen Akten im Dienste der Strafjustiz gelten die Grundsätze, die der Verfassungsgerichtshof in seinem Erkenntnis vom 2. Juli 1968 entwickelt hat. Demnach sind die örtlich zuständigen Sicherheitsbehörden zur Vornahme staatspolizeilicher Amtshandlungen zuständig.

Für die Zuständigkeit des Ministeriums argumentiert man: Da aus § 15 des Behörden-Überleitungsgesetzes abzuleiten ist, daß das Bundesministerium für Inneres eine Sicherheitsbehörde ist, können staatspolizeiliche Amtshandlungen auch von diesem Ministerium vorgenommen werden. Dies wird aber nicht die Regel darstellen, denn normalerweise werden die staatspolizeilichen Amtshandlungen von den Sicherheitsbehörden erster und zweiter Instanz vorzunehmen sein.

Die Durchführung von Beobachtungen und die Sammlung von Informationen stellen nach Auffassung des Bundesministeriums für Inneres keine Amtshandlungen dar, für die die eingangs erwähnten örtlichen Zuständigkeitsvorschriften gelten.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wie vage diese Bestimmungen sind, wie anfechtbar die eine oder andere Argumentation ist. Insbesondere was die örtliche Zuständigkeit betrifft, hat ja überhaupt erst das am 2. Juli 1968 erflossene Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes Klarheit geschaffen.

Jedenfalls, verehrte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir hier — wie auch auf manchen Gebieten der Justiz — den Vorwurf auf uns nehmen, daß die Staatsgewalt den Beamten nur die undankbare Aufgabe überläßt, mit überalteten und lückenhaften Gesetzen, ja teilweise sogar überhaupt ohne gesetzliche Grundlagen den modernen Zeitproblemen gerecht zu werden. Hut ab, meine Damen und Herren, vor der österreichischen Beamtenschaft, die trotzdem ihre Aufgaben so hervorragend erfüllt!

Glauben Sie wirklich, meine Damen und Herren von der Linken, daß in den zweieinhalb

Jahren all das seit 1955 Versäumte — ich sage jetzt nicht: das in den letzten 20 Jahren Versäumte — hätte nachgeholt werden können?

(*Abg. Czettel: Sie waren doch in der Regierung!*) Noch dazu, Herr Kollege Dr. Broda, um zu Ihrem Zwischenruf zu kommen, wo man so manchmal spürt, daß von Ihrer Seite schon gar nichts dazu beigetragen wird (*Abg. Doktor Broda: Welcher Zwischenruf bitte?*), die eine oder andere so notwendige Materie auf gesetzlichem Weg zu regeln. Ich habe Verständnis dafür, daß gewichtigere Materien gut und gründlich beraten werden. (*Abg. Dr. Broda: Zum Beispiel das Waffengebrauchsgesetz!*) Sicherlich. Ich sage noch einmal: Wir wollen selbstverständlich gut und gründlich beraten, aber folgendes nehmen Sie bitte — fassen Sie es nicht als Drohung auf — zur Kenntnis: Wir möchten alle diese wichtigen, grundlegenden Gesetze selbstverständlich einstimmig verabschiedet wissen. Warum? Weil natürlich die gesamte Öffentlichkeit, die Betroffenen sich viel mehr dann darauf berufen können, daß das der einstimmige Wille des Parlaments gewesen ist. Aber wir werden von der Mehrheit Gebrauch machen, wenn wir der Überzeugung sind, daß Sie nur verschleppen, schleppen und schleppen wollen! (*Abg. Czettel: Welches Beispiel? — Abg. Dr. Broda: Ein Beispiel! — Abg. Suppan: 31. 5. 1967!*)

Wir tragen Verantwortung, daß diese seit 20 Jahren fehlenden Gesetze endlich gemacht werden. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Sagen Sie ein Beispiel! Was ist verschleppt worden?* — *Abg. Dr. Broda: Herr Kollege, ein konkretes Beispiel!*) Ich habe Ihnen ja gerade gesagt: Das Waffengebrauchsgesetz ... (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Wo haben wir verschleppt? Was haben wir verschleppt?* — *Abg. Dr. Broda: Herr Kollege Kranzlmayr, behaupten Sie, daß wir das Waffengebrauchsgesetz verschleppt haben?*) Nein, das sage ich nicht! (*Abg. Dr. Broda: Danke!*) Ich sage nur, daß wir sehr Obacht geben werden, daß das nicht geschieht!

Was Sie versäumt haben, möchte ich Ihnen sagen: das Polizeiorganisationsgesetz. Wenn sich die Herren Minister vor April 1966 ein bißchen weniger mit personalpolitischen Maßnahmen herumgeschlagen hätten (*Abg. Ing. Kunst: Euler!*) und mehr mit den Materien, die notwendig gewesen wären, beschäftigt hätten — Polizeiorganisationsgesetz und all die Dinge, die ich genannt habe —, dann wären diese Materien wahrscheinlich schon gesetzlich geregelt. Wenn die „AZ“ ... (*Abg. Dr. Broda: Herr Kollege Kranzlmayr, welchen Erfolg hatten Ihre Initiativen als Staatssekretär im Innenministerium?* — *Abg. Czettel: Genau!*)

Herr Kollege Dr. Broda! Wenn Sie mich schon fragen (*Abg. Dr. Broda: Die Initiativen des*

9778

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Dr. Kranzlmaier**

Kollegen Dr. Hetzenauer hatten sehr wohl Erfolg! Fragen Sie Ihn nur! — Gegenruf des Abg. Dr. Withalm — weitere Zwischenrufe), dann nehme ich Sie jetzt beim Wort: Mehr als einmal — und ich glaube, Sie haben ein gutes Gedächtnis — habe ich im Gespräch zu Ihnen gesagt: Helfen Sie mir ein bißchen! Denn Minister Afritsch, aber insbesondere Minister Olah hat ja überhaupt — ohne Rücksicht auf gute Vorschläge — nicht darauf Bedacht genommen. Wenn Sie mich schon herausfordern, dann darf ich Ihnen auch noch etwas sagen. (Abg. Dr. Broda: Ich fordere Sie ja nicht heraus!) Ich erzähle solche Dinge nicht gerne, besonders dann nicht, wenn der Betroffene nicht mehr am Leben ist. Afritsch hat mir mehr als einmal gesagt: Kollege Kranzlmaier! Ich kann ja nicht (Abg. Robak: Jetzt können Sie es erzählen, weil er nicht mehr da ist!), ich bringe das ja bei meiner Partei nicht an, ich habe ja nur Schwierigkeiten, bereiten Sie mir doch diese Schwierigkeiten nicht! (Abg. Eberhard: Das ist eine leichte Rede, wenn er tot ist! — Abg. Dr. Broda: Herr Kollege Kranzlmaier! Lassen wir die Toten ruhen!) Ja, selbstverständlich. Das lieben Sie nicht (Abg. Eberhard: Das ist eine ganz billige Tour, die Sie da reiten! — Abg. Mayr zur SPÖ: Sie haben ihn ja herausgefordert!), aber Sie haben mich ja herausgefordert!

Ich sage es noch einmal: Wenn die „Arbeiterzeitung“ am letzten Samstag geschrieben hat, daß wir stundenlang gerungen hätten, bis wir uns dazu entschlossen haben, einem sozialistischen Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beizutreten, so ist das eine Unwahrheit! Ich habe schon eingangs gesagt: Wir haben nicht nur keine Sorge oder gar Angst davor, wenn die Staatspolizei oder welche Einrichtungen auch sonst immer durchleuchtet werden, weil wir nichts zu verdunkeln haben! Im Gegenteil, meine Damen und Herren: Wir sind davon überzeugt, daß dem Untersuchungsausschuß sehr deutlich zur Kenntnis gebracht werden wird, daß auf manchen Gebieten seit Jahrzehnten jene gesetzlichen Grundlagen fehlen, die zur klaglosen Bewältigung des Dienstes unbedingt erforderlich sind. Wenn es das Ergebnis des Untersuchungsausschusses ist, daß die drei Gesetze, von denen ich gesprochen habe — das Polizeibefugnisgesetz, das Polizeiorganisationsgesetz und das Waffengebrauchsgegesetz —, dem Parlament rasch vorgelegt und vom Parlament dann auch in einer absehbaren Zeit verabschiedet werden, dann, glaube ich, hat dieser parlamentarische Untersuchungsausschuß Sinn und Zweck gehabt.

Aber lassen Sie mich noch ein paar Worte zur Staatspolizei sagen: Entkleiden wir diese Institution von dem Nimbus des Geheimen,

wenn wir auch wissen, daß die Staatspolizei oftmals, wie sich Kollege Hartl einmal ausgedrückt hat, eine „große Schweigerin“ sein muß.

Und nun einiges zu einer anderen Abteilung, die auch schon oftmals Zielscheibe heftiger Kritik war und auch so geheimnisumwittert oft im luftleeren Raum zu schweben scheint, zur sogenannten Wirtschaftspolizei der Bundespolizeidirektion Wien. Insbesondere die Arbeitsmethoden der Wirtschaftspolizei haben oftmals Anlaß zur Kritik gegeben, denn ich habe so das Gefühl, daß sich diese Wirtschaftspolizei so manchmal als Polizei in der Polizei fühlte. (Abg. Czettel: Zum Beispiel? Nennen Sie ein Beispiel!) Büro Hofrat Dr. Wagner? — Keine Antwort. (Abg. Dr. Broda: Kollege Kranzlmaier! Wie lange ist es her, seit Hofrat Wagner gestorben ist? 15 Jahre!) So lange nicht, nein, nein! (Abg. Dr. Broda: 12 Jahre!) Nein, so lange auch nicht! (Abg. Dr. Broda: Na, sollen es 10 Jahre sein!) Das spielt doch keine Rolle. (Abg. Dr. Broda: Wir schreiben heute 1968!)

Es war seit vielen Jahren üblich, daß verschiedene Gerichte außerhalb Wiens bei größeren wirtschaftspolizeilichen Untersuchungen direkt Erhebungsaufträge und dergleichen an die Bundespolizeidirektion Wien, Wirtschaftspolizei, richteten. Man war der Meinung, diese Ersuchen stützten sich in rechtlicher Hinsicht auf den § 26 der Strafprozeßordnung, der keine Bestimmungen über die örtliche Zuständigkeit der von den Gerichten in Anspruch zu nehmenden Sicherheitsbehörden enthält. In praktischer Hinsicht wurden diese Ersuchen damit begründet, daß naturgemäß die Sicherheitsbehörden außerhalb Wiens schon wegen ihres kleineren Umfangs keinen spezialisierten wirtschaftspolizeilichen Apparat hätten.

Es ist ganz klar, meine Damen und Herren: Bei Wirtschaftsdelikten wird ein auch noch so tüchtiger Kriminalist nicht viel weiterkommen, wenn er nicht weiß, wie man zum Beispiel eine Buchhaltung oder eine Bilanz „frisieren“ und manch andere Vorgänge verschleiern kann. Ich habe daher vollstes Verständnis dafür, daß gerade große Wirtschaftsfälle nur von auf diesem Gebiet besonders geschulten Beamten behandelt werden können.

Meine Damen und Herren! Ich habe es oftmals gesagt und geschrieben: Ich zweifelte immer schon an der rechtlichen Zulässigkeit der Heranziehung der Bundespolizeidirektion Wien außerhalb ihres örtlichen Wirkungsbereiches. Meine rechtlichen Zweifel waren darin begründet, daß die Strafprozeßordnung auf der Stufe eines einfachen Gesetzes steht und daher nicht die normalen Bestimmungen über die örtliche Zuständigkeit von Behörden außer

**Dr. Kranzlmayr**

Kraft setzen könne. Und in der Tat wurden auch von verschiedenen Seiten gegen die eingangs erwähnte Praxis Bedenken geltend gemacht, insbesondere auch deshalb, weil ja bei der Inanspruchnahme der Wirtschaftspolizei Wien, die dann die Amtshandlungen durchgeführt hat, die Leitung dieser Amtshandlungen nicht bei der zuständigen Sicherheitsbehörde gelegen war.

Es ist ganz interessant, daß im Zusammenhang mit den Untersuchungen des sogenannten Bauskandals nun das zuständige Gericht die Praxis geübt hat, ausschließlich die Bundespolizeidirektion Wien, Wirtschaftspolizei, unmittelbar und direkt mit Amtshandlungen zu betrauen. Dies hat aber schließlich dazu geführt, daß in dem Land, wo die Verfassung besonders eingehalten und darauf Bedacht genommen wird, daß sie eingehalten wird, nämlich in Vorarlberg, zwei betroffene Personen eine Verfassungsgerichtshofbeschwerde eingebracht haben. Es ist Ihnen ja das Erkenntnis vom 2. Juli 1968 schon bekannt, in dem der Verfassungsgerichtshof zur Auffassung gelangt ist, daß alle Sicherheitsbehörden und daher auch die Bundespolizeidirektion Wien, Wirtschaftspolizei, nur innerhalb ihres örtlichen Wirkungsbereiches Amtshandlungen durchführen dürfen. Der Verfassungsgerichtshof hat gesagt, aus dem § 26 der Strafprozeßordnung könne keine andere Regelung abgeleitet werden.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich wäre es wohl Wahnsinn, nun zu sagen, große Wirtschaftsdelikte könnten nicht mehr erhoben werden, könnten nicht mehr verfolgt werden, weil dieses Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes dies unmöglich macht. Es müssen weiterhin große und wichtige wirtschaftspolizeiliche Amtshandlungen rasch und sorgfältig durchgeführt werden. Es muß daher einerseits — ich glaube, es ist ja bereits hiefür Vorsorge getroffen worden, wofür ich auch danke — eine verstärkte Ausbildung der mit wirtschaftspolizeilichen Angelegenheiten befaßten Beamten des Sicherheitsdienstes in den Bundesländern durchgeführt werden beziehungsweise zumindest für die Zukunft in Aussicht genommen werden. Andererseits muß man sich eben jetzt, solange diese Beamten noch fehlen, damit behelfen, daß Fachleute der Bundespolizeidirektion Wien im Wege der Zuteilung diese Amtshandlungen durchführen.

Seien Sie also überzeugt: Es ist gesichert, daß keine Störung bei der Untersuchung großer wirtschaftspolizeilicher Fälle eintreten wird. Wenn in den Bundesländern genügend geschulte Kräfte vorhanden sind, wird durch das Aufhören von Zuteilungen oder wie vorher durch die Durchführung von Amtshandlungen Wiener Beamter auch eine sehr wesentliche finanzielle Einsparung zu bemerken sein.

Aber nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß meiner Ausführungen nochmals zur Versammlungsgesetz-Novelle 1968, die wir hier im Hohen Hause in der 113. Sitzung am 23. Oktober 1968 gegen die Stimmen der sozialistischen Fraktion beschlossen haben, kurz zurückkommen. Kollege Abgeordneter Probst führte hiezu im Hohen Haus — ich darf, Herr Präsident, aus dem stenographischen Protokoll der 113. Sitzung, Seite 8973, zitieren —, unter anderem aus:

„Meine Damen und Herren! Als vor vielen Jahrzehnten der Parlamentarismus entstand, war auch dieser mit Privilegien ausgestattet, mit Privilegien des vergangenen Jahrhunderts. Sie sind heute alle unzeitgemäß. Denn damals wünschten die Machthaber, sich bei ihren Beratungen in einem privilegierten Parlament, wie wir es aus der Geschichte kennengelernt haben, abzuschirmen und das Volk von Entscheidungen abzuhalten. Sie wünschten, um es noch einfacher zu sagen, nicht gestört zu werden.“

In einem Zwischenruf bei meiner Rede sagte Probst, die Bannmeile sei für uns eine „Angstmeile“.

Kollege Abgeordneter Gratz sagte beim gleichen Punkt, ich lese auf Seite 8982:

„Wir glauben einfach nicht, daß es heutzutage notwendig ist, das Parlament vor dem Volk zu schützen, und deswegen lehnen wir Ihre Formulierung ab!“

So weit, so gut. Aber nicht „vor vielen Jahrzehnten“, meine Damen und Herren, sondern erst am 27. Mai 1963 veröffentlichte die „Parlamentskorrespondenz“ nachfolgenden Appell der Präsidialkonferenz. Ich darf die „Parlamentskorrespondenz“ vom 27. Mai 1963, 2. Bogen, zitieren:

Überschrift: „Gegen Demonstrationen während Parlamentssitzungen — Ein Appell der Präsidialkonferenz“.

Es heißt weiter: „Die Präsidialkonferenz, der die drei Präsidenten des Nationalrates und die Obmänner der parlamentarischen Klubs angehören, richtet aus gegebenem Anlaß an die Bevölkerung folgenden Appell:

„In letzter Zeit haben mehrfach Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel in Parlamentsnähe zu einer Zeit stattgefunden, in der der Nationalrat beziehungsweise der Bundesrat eine geschäftsordnungsmäßige Sitzung abhielten.

Ein solches Vorgehen widerspricht dem § 7 des Versammlungsgesetzes 1953, BGBl. Nr. 98/1953.“

Nun hören Sie bitte die Begründung für diesen Appell der Präsidialkonferenz. Ich zitiere weiter:

9780

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Dr. Kranzlmayr**

„Im Interesse der vollen Beschlußfreiheit des Parlaments verfolgt diese Bestimmung den Zweck, zu verhindern, daß die Volksvertretung durch Demonstrationen und Aufmärsche unter Druck gesetzt und in ihrer Entscheidung beeinträchtigt wird.“

Die Mitglieder der Präsidialkonferenz erachteten es im Interesse der Freiheit und Unabhängigkeit des Parlaments für unerlässlich, daß dieser gesetzlichen Bestimmung Rechnung getragen wird und demnach alle gesetzwidrigen Demonstrationen und Aufmärsche während der Dauer von Sitzungen des National- und Bundesrates ausnahmslos unterbleiben. Sie appellieren zur Wahrung der demokratischen Einrichtungen an alle, solche Aufmärsche und Demonstrationen künftig zu unterlassen.“

Ich weiß nicht, was sich zwischen 1963 und heute in dieser Hinsicht geändert haben soll. Meine Damen und Herren! Sie können selbst die Schlüsse daraus ziehen. Ich gebe dazu keinen Kommentar ab. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister für Inneres Soronics. Ich erteile es ihm.

**Bundesminister für Inneres Soronics:** Hohes Haus! Schon vor der Behandlung des Kapitels Inneres sind diesmal Fragen beim Kapitel Bundeskanzleramt behandelt worden, die das Bundesministerium für Inneres in den Vordergrund der Betrachtungen stellten. (Abg. Dr. van Tongel: *Auf daß er ins Fernsehen kommt!*) Gestatten Sie mir daher, daß ich zuerst auf diese Frage eingehe, weil mir — wie aus dem stenographischen Protokoll ersichtlich ist — der Vorwurf gemacht wurde, daß ich bisher zur Frage der Spionagefälle nicht Stellung genommen hätte.

Zunächst sei folgendes festgestellt: Das Bundesministerium für Inneres hat in allen jenen Fällen, in denen der klare Tatbestand der Spionage vorhanden war, sofort die Öffentlichkeit informiert und — soweit es möglich war — den Sachverhalt bekanntgegeben. Darüber hinaus habe ich sowohl den Ministerrat wie auch im Fernsehen auf Grund dieser Mitteilung im Ministerrat die Öffentlichkeit über die Vorgänge informiert und festgestellt, daß derzeit kein Grund vorhanden ist, von einem Spionagering zu sprechen.

Damit die Sache klargestellt ist, möchte ich zuerst einmal feststellen, daß im § 17 des Staatsschutzgesetzes der geheime Nachrichtendienst zum Nachteil Österreichs festgelegt ist. Ich möchte mir doch gestatten, diesen Passus hier vorzulesen, weil in diesem Hohen Hause soviel von Spionage gesprochen

wird. Ich bitte dann selbst auf Grund meiner weiteren Ausführungen zu urteilen, ob dieser Vorwurf derzeit — ich möchte das ausdrücklich unterstreichen — berechtigt ist.

§ 17 besagt: „Wer vorsätzlich zum Nachteil Österreichs einen geheimen Nachrichtendienst einrichtet oder betreibt oder einen solchen Nachrichtendienst auf welche Art immer unterstützt, wird, wenn die Handlung nicht nach einer anderen Bestimmung strenger strafbar ist, wegen Vergehens mit strengem Arrest von sechs Monaten bis zu zwei Jahren bestraft. Gegen Ausländer ist überdies auf Abschaffung aus dem Bundesgebiet zu erkennen.“

Soweit der § 17 des Staatsschutzgesetzes. In diesem Zusammenhang wäre noch der § 67 des Strafgesetzes interessant. Dort wird aber ausdrücklich von militärischen Geheimnissen gesprochen, daher möchte ich mir die Zitierung dieses Paragraphen ersparen.

Nun zum Fall Euler: Der Fall Euler hat sich zunächst in einem Rahmen abgespielt, der wohl einen gewissen Verdacht der nachrichtendienstlichen Tätigkeit aufkommen ließ, ein Nachweis war aber auch am 31. Oktober 1968 nicht zu erbringen. Trotzdem habe ich die sofortige Enthbung des Redakteurs Euler von seiner bisherigen Tätigkeit im Bundesministerium für Inneres verfügt, der auf Grund eines Werkvertrages im Bundesministerium für Inneres tätig war. Leider ist durch eine Indiskretion zu einem Zeitpunkt die Angelegenheit Euler in die Öffentlichkeit getragen worden, wo sich der Verdacht einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit nicht beweisen ließ; es verstärkte sich dieser Verdacht, aber der Nachweis einer Spionage konnte bis zum heutigen Zeitpunkt nicht eindeutig erbracht werden.

Trotzdem haben am 12. November und insbesondere am 13. November verschiedene Zeitungen von Spionage des Pressereferenten im Bundesministerium für Inneres beziehungsweise des Bundesministers für Inneres gesprochen. Noch am gleichen Tag habe ich eine offizielle Aussendung veranlaßt. Am 14. November habe ich diese offizielle Aussendung und eine Information der Gruppe Staatspolizei des Bundesministeriums für Inneres den drei im Parlament vertretenen Klubs übersandt. Obwohl in der offiziellen Aussendung der Sachverhalt dargestellt wurde, haben verschiedene Pressezeugnisse — ja darüber hinaus das Fernsehen — Kombinationen angestellt, die zumindest zu diesem Zeitpunkt von der Staatspolizei nicht bewiesen werden konnten.

**Bundesminister Soronies**

Am 18. November 1968 wurde Euler auf Grund eines richterlichen Haftbefehls verhaftet. Der Rundfunk hat über diese Tat- sache in den späten Abendstunden des 18. November sofort berichtet. Die diesbezügliche Aussendung des Bundesministeriums für Inneres erfolgte am 19. November 1968. Ich habe daher auch bereits am 19. November eine weitere Information der Gruppe Staats- polizei den Klubs zur Verfügung gestellt.

In einigen Zeitungen wurde von einer Spionagepsychose gesprochen. Wenn dies der Fall war und wenn bedauerlicherweise auch hier im Hohen Haus dieser Eindruck ent- stehen konnte, so liegt dies nicht im Ver- schulden des Bundesministeriums für Inneres, wobei ich ausdrücklich betonen möchte, daß ich die gesamte Entwicklung — und das habe ich auch im Finanzausschuß des National- rates zum Ausdruck gebracht — mit großer Sorge verfolge und gewisse Entwicklungen nicht bagatellisieren möchte.

Dazu gleich eine Bemerkung zu der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. van Tongel. Mir wurde der Vorwurf gemacht, daß ich im Finanzausschuß darüber nichts gesprochen hätte. Ich bitte, die „Parlamentskorrespon- denz“ vom 8. November zur Hand zu nehmen (*Zwischenruf des Abgeordneten Dr. van Tongel*), in der auf fast drei Seiten über meinen Bericht über Spionage berichtet wor- den ist. (Abg. Dr. van Tongel: Sie haben mich falsch zitiert!) Es ist richtig, daß Herr Abgeordneter Dr. van Tongel damals die Frage gestellt hat, ob hier eine vertrauliche Mitteilung erfolgen könne. Es war kein An- trag vorhanden, daher ist diese nicht zur Diskussion gestanden. Aber, Herr Abgeord- neter, ich darf darauf hinweisen, daß ich bei meinem Schlußwort gesagt habe: Sollte ich irgendeine Beantwortung vergessen haben, so bitte ich, mich darauf aufmerksam zu machen; ich bin gern bereit, darüber die ent- sprechende Auskunft zu geben. Die anwesen- den Mitglieder des Finanzausschusses werden bestätigen können, daß sich niemand gerührt hat, als ich diese Worte gesprochen habe.

Wie aber manche Dinge dargestellt werden, beweist ein Artikel in den „Salzburger Nach- richen“ vom 21. November, in dem unter dem Titel „Staatspolizei oder Polizeistaat“ in einer Art und Weise zu diesem Fragen- komplex polemisiert wurde, daß man nur annehmen kann, der Redakteur muß bedauer- licherweise vollkommen uninformatiert gewesen sein.

Euler ist nämlich nicht leistungsfertig ver- haftet worden, so wie es in diesem Artikel behauptet wird. Wenn die Behörde einige Zeit mit der Erwirkung des Haftbefehls wegen

Mißbrauch der Amtsgewalt zugewartet hat, so hat das sicherlich seinen Grund gehabt.

Herr Abgeordneter Dr. van Tongel! Ich kann Ihnen auch diese Frage hier im Hohen Hause ganz offen beantworten: Das ist mit einer bestimmten Absicht geschehen, damit wir nämlich überprüfen können, mit welchen Kreisen sich Euler trifft. Nun ist auch diese Antwort offen ausgesprochen, wenn das nicht schon zwischen den Zeilen zu lesen war. Es ist selbstverständlich, daß wir gerade auf diesem Gebiet unsere Beobachtungen ge- macht haben. Ich bin froh — das möchte ich vorwegnehmen —, daß ich in dem Aus- schuß, der eingesetzt wird, die Möglichkeit haben werde, noch Einzelheiten bekannt- zugeben.

Das Vorgehen der Staatspolizei, die in diesem Artikel angegriffen wird, war nicht nur korrekt, sondern fand auch die Deckung der gerichtlichen Behörden, und selbst die Rats- kammer hat die Verhaftung des Euler als gerechtfertigt bezeichnet.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung — ich weiß, daß ich mir damit nicht die Gunst der Redakteure erwerben werde —: Wenn der Artikelschreiber in seinem Artikel unter anderem ausführt: „Was werden die verantwortlichen Herren der Staats- polizei und der Innenminister tun, wenn Euler unschuldig ist? Werden Sie zurücktreten? Das glaubt doch wohl niemand, man wird sich nicht einmal entschuldigen!“ — das ist die andere Seite von dem, was hier jetzt vor- gebracht wird —, dann möchte ich die Be- merkung anknüpfen: Wenn jeder Chefredakteur zurücktreten müßte für das, was seine Redak- teure oft in den Zeitungen berichten, dann gäbe es wohl keine Chefredakteure mehr. (*Zustimmung bei der ÖVP und bei der Abg. Dr. Hertha Firnberg.*)

Mir wurde auch vom Herrn Abgeordneten Czettel vorgehalten, daß ich seiner Auffassung nach nicht energisch genug durchgegriffen hätte. Laut stenographischem Protokoll führte er wörtlich aus: „Im Jahre 1964 wurde eine Dame, blonde Helga hat sie geheißen, die dann geflohen ist, nachweislich der Spionagetätigkeit für einen östlichen Nachrichtendienst über- führt.“

Es dürfte sicherlich nicht der Aufmerksam- keit des Herrn Abgeordneten Czettel entgangen sein, daß zu dieser Zeit ein Sozialist Innen- minister gewesen ist und er sämtliche Möglich- keiten gehabt hätte. (Abg. Czettel: Aber ich nicht!), diese damals aufgedeckten Spionage- fälle gründlichst zu bereinigen.

Ich habe jedenfalls, als mir diesmal die Fälle bekannt wurden, den Auftrag erteilt, alles zu unternehmen, um hier Klarheit zu schaffen.

9782

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Bundesminister Soronics**

Dazu geben die in Betracht kommenden Beamten folgende Darstellung:

„Die hier versammelten Beamten, nämlich Sektionschef Dr. Peterlunger, Ministerialrat Dr. Häusler, Sektionsrat Dr. Pachernegg und der gefertigte Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Sektionschef Dr. Seidler, erklären hiemit, daß sie den Bundesminister Soronics über die aufgetauchten Verdachtsmomente sowie über den jeweiligen Stand der Ermittlungen pflichtgemäß informiert haben und daß der Herr Bundesminister den strikten Auftrag erteilt hat, die Erhebungen in allen diesen Fällen mit Nachdruck und mit aller möglichen Beschleunigung durchzuführen und — soweit sich Verdachtsmomente in Richtung eines strafbaren Tatbestandes ergeben sollten — mit Anzeige an die Staatsanwaltschaft vorzugehen.“

Ich glaube, es ist ein klipp-klarer Auftrag, der hier erteilt wurde. (*Ruf bei der SPÖ: Brauchen Sie eine Bestätigung Ihrer Beamten?*) Nein. Ich sage es, weil mir der Vorwurf gemacht wurde, daß ich gezögert hätte. Ich kann nur jene Beamte, die den Auftrag gehabt haben, dazu befragen, welchen Auftrag sie hatten. Es steht Ihnen ja frei, auch selbst die Befragung durchzuführen. Die Beamten sind vom Amtsgeheimnis auf diesem Gebiete entbunden.

Nun darf ich zum Schluß dieser Angelegenheit folgendes ausführen: Die Frage der Staatspolizei ist immer wieder ein Angriffsziel. Es wird den Beamten vermutlich nie gelingen, jedem alles recht zu machen. Ich möchte bestätigen, was Abgeordneter Czettel gesagt hat, nämlich daß während seiner Amtszeit auch mit meiner Mitwirkung eine Regelung getroffen wurde. Im Jahre 1965 wurde nämlich über Auftrag des damaligen Bundesministers für Inneres Czettel ein „Organisationsplan und die Geschäftsordnung für die staatspolizeilichen Dienststellen der Sicherheitsbehörden“ ausgearbeitet, der auch die Genehmigung des damaligen Bundesministers gefunden hat. Dies war also zu der Zeit, als ich Staatssekretär im Bundesministerium für Inneres war. Dieser Organisationsplan und die Geschäftsordnung stehen heute noch in Gültigkeit und geben Gewähr dafür, daß die Staatspolizei ihre Aufgaben nach strengen Richtlinien erfüllt. Im übrigen ist es so, daß man gerade über Einzelheiten aus dem staatspolizeilichen Aufgabenbereich nicht viel sprechen kann.

Der Abgeordnete Czettel hat in seinen Ausführungen selbst zugegeben, wie es im stenographischen Protokoll wörtlich heißt: „Uns war damals klar, nachdem einige Leute geflohen waren — auch durch meine Unvorsichtigkeit — das gebe ich ehrlich zu.... Es war uns

doch allen klar, daß man ... damit rechnen kann, daß diese Leute wieder ihre Finger dorthin bringen werden, wo man aus der Essenz der Politik Dinge erfahren kann.“

Ich kann hier im Hohen Haus versichern, daß ich gerade diesen Fehler dem damaligen Minister Czettel nicht zum Vorwurf mache, sondern ich möchte lediglich feststellen, daß ich aus diesen Fehlern gelernt und mir daher gerade auf diesem Gebiet eine derartige Zurückhaltung auferlegt habe, daß ich es in Kauf genommen habe, im Angriff der verschiedenen Presseerzeugnisse zu stehen, weil ich der Auffassung bin, daß gerade auf diesem Gebiet erst dann gesprochen werden soll, wenn die entsprechenden Beweise vorhanden sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich werde auch heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, diesbezüglich keine weiteren Erklärungen mehr abgeben, weil ich glaube, daß das Interesse des Staates höher stehen muß, als durch irgendeine voreilige Erklärung die mühselige Arbeit zunichte zu machen, die bisher getätigt wurde. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Ich begrüße daher die Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, wo die Möglichkeit gegeben sein dürfte, diese Probleme sachlich zu besprechen.

Zum Abschluß dieses Themas sei mir gestattet, noch mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck zu bringen, daß ich es aufrichtig bedaure, daß ein verdienter leitender Beamter der Staatspolizei durch Formulierungen, die vielleicht nchteinmal pressegesetzlich bereinigt werden können, diffamiert wird, wie es bisher vielleicht noch niemals der Fall gewesen ist. (*Abg. R. Weisz: Dann hätte man Euler im Fernsehen nicht sprechen lassen dürfen!*)

Die spontane Resolution der in Betracht kommenden Beamten des Bundesministeriums für Inneres legt Zeugnis dafür ab, wie man über solche Gerüchtemacherei denkt.

Nun, Herr Abgeordneter Weisz, ... (*Abg. Weikhart: Herr Minister! Das haben ja alle im Fernsehen gehört!*) Ich will jetzt gerade auf den Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Weisz zurückkommen. Ich habe bereits in meinen Ausführungen gesagt, daß ich es bedauere, daß auch das Fernsehen Kombinationen angestellt hat. Ich bedauere es noch mehr, daß man Euler die Möglichkeit gegeben hat, im Fernsehen zu sprechen. Ich habe aber auch, glaube ich, Ihnen sofort den Nachweis erbracht, daß ich dies nicht stillschweigend hingenommen habe, da ich den Herrn Generalintendanten Bacher zu mir gebeten habe und ihm Vorhalte machte.

Ich glaube, auch den Herrn Abgeordneten Zeillinger von der anderen Oppositionspartei

**Bundesminister Soronics**

konnte ich jetzt durch den Schriftwechsel davon überzeugen, daß es mir nicht darum ging, den Rundfunk in seiner Berichterstattung einzuschränken, sondern mir ging es darum, daß hier nicht Dinge in die Öffentlichkeit gebracht werden, die nicht beweisbar sind. Sonst müßte man jedem in Österreich, der irgendwie verdächtigt wird, die Möglichkeit geben, im Fernsehen zu sprechen. Das führt meiner Auffassung nach zu weit. Das wollte ich in aller Bescheidenheit feststellen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Das glaube ich schon: Was Ihnen weh tut, möchten Sie gerne korrigiert haben!*)

Herr Abgeordneter Probst! Mir hat nichts weh getan! Weh getan hat es dem Herrn Abgeordneten Weisz! Dem Herrn Abgeordneten Weisz hat es weh getan, daß er gesprochen hat! Mir hat es nicht weh getan, obwohl ich bedaure, daß das geschehen ist. (*Abg. Probst: Sie haben doch Bacher kommen lassen! Peterlunger wurde beschuldigt!*) Jawohl, ganz richtig: Das war auch der Grund, warum wir diese Sache aufgegriffen haben. Wir taten es — das sage ich auch hier —, weil er den leitenden Beamten der Staatspolizei Dr. Peterlunger in aller Öffentlichkeit beschuldigt hat. Herr Abgeordneter Probst! Sie sind ja ein maßgebender Mann der Sozialistischen Partei. Ich bitte Sie, die „Arbeiter-Zeitung“ zur Hand zu nehmen. Sie werden sehen, daß die Beschuldigungen dort noch weiter gingen, als sie im Fernsehen gemacht wurden. (*Abg. Moser: Wenn Sie polemisieren wollen, gehen Sie ans Rednerpult! — Gegenrufe bei der ÖVP.*) Das war ein Zwischenruf, auf den ich antworten mußte! (*Weitere Zwischenrufe.*)

— Herr Abgeordneter! Wenn ich in dieser Richtung angegriffen werde, dann werde ich auch auf diese Zwischenrufe antworten. (*Beifall bei der ÖVP.*) Abgesehen davon, macht es mir gar nichts aus, hinunterzugehen. Wenn mich der Herr Präsident hinunter verweist, werde ich hinuntergehen und dort meine Rede weiter halten.

Ich bin schon am Schluß, ich möchte Ihre Aufmerksamkeit nicht länger in Anspruch nehmen, aber eines noch sagen. Das möchte ich nicht verschweigen, daß bei der Bundespolizeidirektion Wien Vergehen bekannt wurden, für die mich der größte Gegner nicht verantwortlich machen wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht mehr sagen, als daß auch die Gerüchte, die heute in den Zeitungen stehen, bisher nicht bewiesen sind, nicht den Tatsachen entsprechen. Es ist lediglich richtig, daß der Staatsanwalt mit 29. November den Auftrag erteilt hat, daß erforderliche Erhebungen durchgeführt werden

müssen. Wir werden selbstverständlich diese Erhebungen durchführen.

Weil mich der Herr Abgeordnete Eberhard bezüglich der Verkehrskonferenz so heftig angegriffen hat, darf ich zum Schluß hier mit aller Bescheidenheit feststellen, daß ich nicht der zuständige Minister bin. Ich bin froh und ich bin stolz darauf, daß es uns erstmalig gelungen ist, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik, aber auch mit den Bundesländern — hier hat eine Koordinierung stattgefunden — und auch mit den Organisationen, die sich mit diesen Dingen besonders beschäftigten, eine Verkehrssicherheitskonferenz einzuberufen. Diese Konferenz, Herr Abgeordneter, hat am 20. und 21. November bereits getagt, und die nächste Sitzung ist schon festgelegt; sie wird vermutlich im Jänner stattfinden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Tull. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Tull** (SPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst dem Busch-Freund Staatsanwalt Dr. Kranzlmayr mit Busch antworten. Busch sagte einmal, Herr Staatsanwalt: „Dummheit, die man bei andern sieht, wirkt meist erhebend aufs Gemüt.“ (*Beifall bei der SPÖ.*) Herr Staatsanwalt Dr. Kranzlmayr! Sie lesen offenbar Busch sehr gerne. Ich würde Ihnen aber in aller Bescheidenheit empfehlen, nicht nur Busch zu lesen, sondern ab und zu auch in der Heiligen Schrift nachzublättern (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), um dort Erbauung zu finden. Vor allem sollten Sie öfter das Gleichnis vom Pharisäer und vom Zöllner lesen (*Heiterkeit bei der SPÖ*), ehe Sie hier herauskommen und so großspurig Zensuren erteilen, wie Sie das in den letzten Tagen getan haben. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP. Sie nicht, Herr Abgeordneter Tull?* — Abg. Probst: Kranzlmayr, die fromme Helene!)

Meine Damen und Herren! Ich muß aber darüber hinaus feststellen, daß Herr Doktor Kranzlmayr heute ein Meisterstück politischer Heuchelei geliefert hat. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.*) Heute werden Helmer und Afritsch Kränze geflochten; solange sie lebten, waren sie Ziele heftigster Angriffe, Anpöbelungen und Verspottungen. Es ist doch so, wie wir immer sagen: Lebende Sozialisten sind schlechte Menschen, tote Sozialisten sind gute Menschen und werden als Vorbilder hingestellt. (*Abg. Lola Solar: Genau wie bei euch!*)

9784

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Dr. Tull**

Meine Damen und Herren! Ehe ich mit dem Herrn Bundesminister Soronics noch die Klinge kreuze, nur eine Feststellung zu seiner Zwischenrede. Herr Bundesminister Soronics! Für wie dumm halten Sie eigentlich Euler, den Sie ja seinerzeit für besondere Informationsarbeiten in Aussicht genommen haben, daß Sie ihn, obzwar er zeitgerecht gewarnt wurde, in Freiheit beließen beziehungsweise daß er in Freiheit belassen wurde, um, wie Sie jetzt gesagt haben, beschattet zu werden? Ich glaube, das ist eine wirklich beneidenswerte Kindlichkeit, mit der Sie an die Lösung dieses so diffizilen Fragenkomplexes herantreten.

Noch etwas habe ich festgestellt: Schuld ist jeder andere; wenn nicht die Sozialisten, so ab heute pauschal die gesamte österreichische Presse. Alle sind schuld, nur: die Schuldigen werden offenbar doch nicht an den Pranger gestellt. (Abg. Dr. Kranzlmayr: Sie werden ja noch im Untersuchungsausschuß Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen!)

Meine Damen und Herren! Darüber hinaus scheint noch etwas sehr interessant zu sein beim Herrn Bundesminister Soronics. Er scheint selbst überzeugt zu sein, daß seine Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit in den letzten Wochen etwas erschüttert worden ist, denn ansonsten hätte er es ja nicht notwendig, sich hier hilfesuchend an die Beamten zu wenden, die Beamten mögen ihm bescheinigen, daß er die Wahrheit spricht. Herr Bundesminister! Ich muß schon sagen: Sie sind sehr weit gekommen, wenn Sie Beamte brauchen, die Ihnen attestieren müssen, daß Sie die Wahrheit gesprochen haben, daß man Ihnen nun glauben darf. (Abg. Lola Solar: Da gehört schon was dazu! — Abg. Hartl: Das ist eine Heuchelei!)

Meine Damen und Herren! Ich glaube aber auch zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Suppan einiges sagen zu müssen. Er ist zwar, glaube ich, nicht hier, aber man wird es ihm ja sicherlich ausrichten. Er hat sich mit viel Pathos hier hergestellt und in geradezu theatralischer Pose ausgerufen: Hütet euch vor den Kommunisten!

Meine Damen und Herren! Das ist der falsche Platz. Das hätte er in der Klubversammlung der Österreichischen Volkspartei ausrufen müssen! Nämlich deswegen, damit die Minister gewarnt werden und sich keine Ostspione in die Vorzimmer setzen beziehungsweise keine Kontakteute in das Generalsekretariat der Österreichischen Volkspartei. (Abg. Dr. Kranzlmayr: Sie beschuldigen schon wieder, ohne Beweise zu haben!)

In diesem Zusammenhang nur ein Hinweis, Herr Staatssekretär außer Dienst Dr. Kranzlmayr. (Abg. Hartl: Sie haben ja ein kommu-

nietisches *Mandat!*) Erinnern Sie sich an das sehr nette Bild, an die Karikatur in einer österreichischen Zeitung, veröffentlicht vor einigen Tagen: Darauf sieht man einen Bärtigen mit einer Scheibtruhe, auf der sich drei Spione befinden, und diese drei Spione werden aus der Kärntner Straße in die Herengasse befördert, wo der Herr Minister Soronics auf der Straße steht und auf die Ablieferung dieser Spione wartet. (Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren! Wir müssen hier im Zusammenhang mit dem einzusetzenden Untersuchungsausschuß eines feststellen: Wenn der Herr Suppan gemeint hat, wir sollen deswegen, weil ja jetzt ein Untersuchungsausschuß in Aktion tritt, über diese Angelegenheit nicht viel reden, so müssen wir ihn enttäuschen. Wir werden das jetzt nicht tabuieren, wir werden aber auch verhüten, daß vielleicht die ganze Angelegenheit im Untersuchungsausschuß zu einem Begräbnis Erster Klasse wird. Der Herr Bundesminister Soronics möge eines zur Kenntnis nehmen: daß er jetzt keine Schonzeit genießen wird. Die werden wir ihm nicht einräumen. Es kommt auch das nicht, was die Kinder beim Fangerlspiel als „Leo“ bezeichnen, daß man sich hinstellt und sagt: Bis hierher, und hier darfst du mich jetzt nicht mehr berühren! Das kommt nicht, Herr Minister. (Abg. Dr. Kranzlmayr: Halten Sie doch nicht so große Sprüche!) Wir werden uns über diese Angelegenheit heute noch sehr, sehr eingehend unterhalten.

Eines möchte ich jedoch feststellen: Unsere Absicht im Zusammenhang mit der Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses ist eindeutig und klar. Es muß alles, restlos alles durchleuchtet werden, es darf nichts beschönigt, nichts verniedlicht, nichts bagatellisiert und nichts vertuscht werden. (Beifall bei der SPÖ.) Die sozialistische Initiative auf diesem Sektor (Abg. Dr. Kranzlmayr: Das sind solche Phrasen, die Sie bringen, Herr Abgeordneter!) beweist eines, Herr Staatssekretär außer Dienst: nämlich unser Verantwortungsbewußtsein für diesen Staat (Abg. Hartl: Jetzt auf einmal?), für seine Sicherheit, für die Ordnung und Ruhe in diesem Lande, in diesem Staat, der nicht, wie Sie es vielfach hinstellen, Ihr privater Besitzstand ist! (Beifall bei der SPÖ.) Das ist unser Staat, um den wir uns genauso sorgen müssen wie Sie! (Zwischenrufe. — Abg. Dr. Kranzlmayr: Das hätten Sie früher Ihren Ministern sagen sollen! — Abg. Hartl: Eure Reden zu diesem Budget haben bewiesen: Das ist Diffamierung! — Abg. Horr: Du kannst außer dem Gummiknüppel nichts gebrauchen! — Abg. Dr. Kranzlmayr: Nehmen Sie Stellung dazu, warum die Gesetze nicht so gemacht werden, über die ich

**Dr. Tull**

gesprochen habe! Was führen Sie zu Ihrer Entschuldigung an, Kollege Tull?)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (das Glockenzeichen gebend): Lassen Sie den Redner sprechen!

Abgeordneter Dr. Tull (fortsetzend): Meine Damen und Herren! Wir verhehlen nicht: Wir sind in großer Sorge. Es ist uns nicht gleichgültig, ob das, was heutige Zeitungen berichten — und das Gegenteil konnte bisher nicht bewiesen werden —, stimmt, daß es in Österreich nicht 10, 20, nicht 100, sondern Tausende von Spionen gibt, daß Österreich ein Tummelplatz von Spionen ist.

Als wir diese Angelegenheit im Finanz- und Budgetausschuß zur Sprache gebracht haben, hat man versucht, das ganze mehr oder weniger zu bagatellisieren. Obzwar, meine Damen und Herren (Ruf bei der SPÖ: Nehmt den Kranzlmayr statt den Pisa!), bereits am 30. Oktober eine angesehene Wiener Zeitung schreibt: „Während der ČS-Krise saß Spion in Wien am heißen Draht!“, tut man so, als ob das eigentlich alles nicht wäre.

Der Herr Bundesminister für Inneres Soronics hat — ich habe hier den „Kurier“ vom 9. November — im Finanz- und Budgetausschuß gesagt: „Gar nicht so arg!“ Untertitel: „Innenminister Soronics beschwichtigte im Finanz- und Budgetausschuß.“

Meine Damen und Herren! Was soll denn noch geschehen? Genügt es denn nicht, daß während der ČS-Krise ein Spion am heißen Draht sitzt? Ist das eine Bagatelle? (Abg. Dr. Kranzlmayr: Was heißt dieser Satz?) Sie wissen doch ganz genau, worum es damals gegangen ist. Sie sind doch so gut informiert, zumindest tun Sie immer so. (Abg. Doktor Kranzlmayr: Ja, aber was heißt dieser Satz? — Abg. Hartl: Verdächtigungen!)

Meine Damen und Herren! Genügt es nicht, wenn nachweisbar ein der Spionage Verdächtiger, der das angeblich schon sechs Jahre betreibt, im Vorzimmer des Herrn Soronics sitzt, für besondere Öffentlichkeitsarbeit aussersehen ist? (Bundesminister Soronics: Nicht im Vorzimmer!) Nicht im Vorzimmer, vielleicht im Nebenzimmer. Aber eines stimmt: daß er Ihre Post kopiert hat. Eines stimmt: daß er Zutritt zu Akten gehabt hat, die zweifelsohne nicht für die Öffentlichkeit vorgesehen waren. (Abg. Dr. Kranzlmayr: Sonst wäre er wahrscheinlich nicht verhaftet!)

Es ist uns nicht gleichgültig, meine Damen und Herren, wenn eindeutig festgestellt ist, daß viele Spionageverdächtige — ich drücke mich sehr vorsichtig aus, Herr Staatssekretär (Abg. Dr. Kranzlmayr: Wird gut sein!), ich sage: Spionageverdächtige ... (Abg. Dok-

tor Kranzlmayr: Sie haben doch etwas gelernt aus meiner Rede! — Zwischenrufe bei der ÖVP.) Aber nicht von Ihnen, von Ihnen kann ich nichts lernen! (Abg. Dr. Kranzlmayr: So überheblich!)

Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Eines darf ich Ihnen sagen: Es ist uns nicht gleichgültig, wenn viele Spionageverdächtige in einem besonders engen Zusammenhang zur Österreichischen Volkspartei stehen. Es erfüllt uns mit tiefer und großer Sorge, meine Damen und Herren — das müssen Sie von der Regierungspartei doch verstehen —, wenn diese Regierungspartei — die Beweise sind ja offenkundig — spionage- und agentenfällig ist. (Abg. Ofenböck: Also das ist doch die Höhe! Das ist doch lächerlich!) Die Höhe ist das? Ja entschuldigen Sie! Die blonde Helga saß doch nicht, Herr Kollege, in der Löwelstraße, sondern in der Kärtner Straße! (Abg. Ofenböck: Dann ist Czettel auch anfällig! Lächerlich! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das ist die Höhe, sagen Sie? Meine Damen und Herren! So einfach können Sie es sich ja doch nicht machen, wie Sie das gerne tun wollen. Also die blonde Helga saß eindeutig ... (Abg. Ofenböck: Unter Minister Czettel!) Herr Kollege, das stimmt nicht! Damals war Czettel noch nicht Minister! Das ist die Wahrheit! (Abg. Ofenböck: Dann war es ein anderer sozialistischer Minister!) Herr Kollege!

„Du sollst wider deinen Nächsten kein falsches Zeugnis ablegen!“ (Abg. Ofenböck: Ja, das wollen wir von Ihnen hoffen!) Herr Kollege! Er war damals noch kein Minister! Lassen Sie sich das doch gesagt sein. (Abg. Lolar Solar: Sie tun das ununterbrochen, falsches Zeugnis ablegen!)

Oder ein zweiter Fall. Auch der hat mit der Österreichischen Volkspartei „nichts zu tun“. Ein zweiter der Spionage Verdächtiger namens Dr. Mühlhauser, Pressereferent im Wirtschaftsverlag der Österreichischen Volkspartei. (Zwischenruf des Abg. Ströer.) Er befindet sich derzeit auf freiem Fuß und wird verdächtigt, politische Nachrichten an einen ausländischen Nachrichtendienst weitergegeben zu haben. Es handelt sich dabei nicht allein um allgemeine wirtschaftspolitische Fragen, sondern, da Mühlhauser ja an Besprechungen fast aller ÖVP-Wirtschaftsgremien teilgenommen hat, auch um Weitergabe von detaillierten Wirtschaftsmaßnahmen, die in der Bundeskammer besprochen wurden und dann von der Bundesregierung durchgeführt wurden oder werden sollen. Mühlhauser ist verantwortlicher Redakteur der von der Bundeskammer herausgegebenen Zeitung „Die Wirtschaft“. Das wußten Sie vielleicht nicht. (Abg. Doktor Geiscläger: Lauter Vermutungen!) Ein der Spionage Verdächtiger. Natürlich Vermutung.

9786

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Dr. Tull**

Wir hoffen, daß es alsbald bewiesen sein wird, eindeutig bewiesen sein wird. Wir hoffen nur eines, daß Sie nicht wieder alles unternehmen werden, um das zu vertuschen und es im Sande verlaufen zu lassen! (Ruf bei der ÖVP: *Wir hoffen, daß es nicht bewiesen sein wird! Das ist es gerade: Sie hoffen, daß es bewiesen wird, wir hoffen für Österreich, daß es nicht bewiesen wird!*)

Meine Damen und Herren! Diesem Mann wurde auch das Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen. Ist das kein ÖVP-Mann, meine Damen und Herren? Wollen Sie das vielleicht auch einfach wegdiskutieren? Es ist für uns wirklich unverständlich, warum man hier den krampfhaften Versuch unternimmt, alles zu verniedlichen und zu bagatellieren und alles so hinzustellen, als wären das ganz kleine, unbedeutende Menschen, kleine Fische im finsternen Dunkelwasser der internationalen Spionagetätigkeit.

Vielleicht wollen Sie auch behaupten, Herr Kollege Ofenböck, daß es zwischen Euler und Ableitinger überhaupt keinen Zusammenhang gibt. Es war wahrscheinlich ein Zufall, daß beide die gleiche Deckadresse in München benutzt haben. Sie kennen sie vielleicht nicht, ich will sie Ihnen gerne verraten, obzwar die Herren Beamten ihres Dienstgeheimnisses entbunden sind. (Abg. Ofenböck: *Doch, natürlich, ich kenne sie, Herr Kollege! Sie tun so, als ob Sie allwissend wären!*) Das ist die Irmgard Männel, München 42, Postfach 210.164.

Es wird behauptet — ich kann es nicht überprüfen, aber der Herr Minister wird es ja in der Zwischenzeit leicht festgestellt haben, ob es stimmt —, daß die Direktiven für die Exekutive und das Bundesheer für den Fall des Einmarsches fremder Truppen in Österreich während der ČSSR-Krise kopiert und weitergegeben worden sind. Ich weiß nicht, ob es stimmt. Das wird man ja alles im Untersuchungsausschuß eindeutig feststellen können. (Abg. Ing. Kunst: *Wo wurde das kopiert? Das wird auch festgestellt werden müssen!*) Ich vermute, im Innenministerium, wenn dort nicht, dann bestimmt in einem anderen Haus in der Kärtner Straße. (Zwischenruf des Abg. Ofenböck.)

Der Herr Bundesminister Soronies hat dem „Express“ vor einigen Tagen ein sehr interessantes Interview gegeben. Er sprach dort von „undichten Stellen“, von „Indiskretionen“ und so weiter.

Meine Damen und Herren! Wir ersuchen um eines: Man möge nun nicht vielleicht den untauglichen Versuch unternehmen, den Beamten den Schwarzen Peter zuzuspielen und vielleicht unter Umständen eine Kopf-

jägerei unter den Beamten zu betreiben, denn nicht die sind die Schuldigen! (Beifall bei der SPÖ.) Auch das werde ich noch eindeutig hier beweisen können. (Abg. Ofenböck: *Zuvor sind Sie es, die die Beamten angreifen! Und dann reden Sie das!* — Abg. Robert Weisz: *Wer hat die Beamten angegriffen?* — Abg. Ofenböck: *Natürlich!* — Abg. Robert Weisz: *Aber reden Sie nicht so daher!*)

Meine Damen und Herren! Es wird Zeit, und es ist daher erfreulich, daß der Untersuchungsausschuß eingesetzt wurde, daß der Herr Minister einmal auch offen redet.

Sie, Herr Minister, haben sich im Zusammenhang mit der Bereinigung Ihrer Zechaffäre auf dem Welser Volksfest gerühmt, besonders gute Beziehungen zur Burgenländischen Winzergenossenschaft — so ist der offizielle Titel, glaube ich — zu haben. Sie haben ja auch behauptet, daß Sie Ihre Rechnungen in der Großabnehmermanier nur mittels Erlagschein begleichen. (Abg. Hartl: *Das ist doch die Höhe!*) Da Sie vermutlich ein guter Weinkenner sind, rufe ich Sie auf: Schenken Sie endlich reinen Wein ein! Nicht hier, aber im Untersuchungsausschuß. (Abg. Ofenböck: *Diese Polemik reißt Ihnen die Larve vom Gesicht, Herr Kollege!*) Was ist dort vor sich gegangen, worum hat es sich gehandelt? (Zwischenruf des Abg. Dr. Kranzlmayr.) Das tut Ihnen weh. (Abg. Ofenböck: *Nein, das müßte Ihnen weh tun!* — Abg. Dr. Kranzlmayr: *Hoffentlich kann der Untersuchungsausschuß auch in den Akt Einsicht nehmen, wo etwas über Sie drinnensteht!* — Abg. Hartl: *Genau, richtig!* — Zwischenruf der Abg. Doktor Hertha Firnberg.) Ich lade Sie ein! (Abg. Weikhart: *Was ist das wieder für eine Anspielung, Herr Staatsanwalt?* — Abg. Probst: *Stell dich da her und sag das hier im Haus!* — Abg. Libal: *Wie bei der Heimwehr! Heimwehrmethoden sind das!* — Abg. Weikhart: *Heraus mit der Farbe!* — Weitere stürmische Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Lassen Sie doch den Redner sprechen! (Abg. Libal: *Und so was sagt ein Staatsanwalt!* — Abg. Probst: *Kranzlmayr, Sie werden sich da herstellen und das jetzt erklären, sonst ist das eine Verleumdung!* — Abg. Dr. Kranzlmayr: *Entschuldige!* — Abg. Probst: *Nein, Sie werden das erklären!*)

Abgeordneter Dr. Tull (fortsetzend): Doch noch einiges Konkretes zum Fall Alois Euler. (Weitere Zwischenrufe. — Abg. Hartl: *Das geht Sie gar nichts an! Das wird schon kommen!*) Ich muß nun einige sehr harte Fragen an den Herrn Bundesminister stellen und einige ungeschminkte harte Wahrheiten aussprechen.

**Dr. Tull**

(*Abg. Probst: Wir werden den Akt Tull schon verlangen, wenn es einen gibt! Da werden wir wissen, woher du es vorher schon weißt!*)

Am 9. und 10. Februar 1968 fand bekanntlich in der Stiftskaserne eine Pressereferentenklausur statt, übrigens eine rein parteipolitische ÖVP-Tagung auf Staatskosten. Die Gäste, die Teilnehmer wurden vom Herrn Landesverteidigungsminister zu Tisch gebeten, es wurde ihnen auch ein Ordonnanzoffizier zur Verfügung gestellt. Die Tagesordnung, von der angeblich der Herr Bundeskanzler nicht informiert war, umfaßte acht Punkte, unter anderem auch unter Punkt 2 „Das politische Drehbuch für die nächsten Monate“. Einer der Teilnehmer, meine Damen und Herren, war der damalige Bundesparteiangestellte der Österreichischen Volkspartei Alois Euler. (*Abg. Probst: Herr Minister! Das wird Kranzlmayr beweisen müssen, ob es einen Akt über einen sozialistischen Abgeordneten gibt! Das muß hier bewiesen werden!*) Für das Bundesheer — das wurde in der letzten Zeit wiederholt behauptet — sei zuwenig Geld da. Nun, meine Damen und Herren, stellen wir aber fest: Es gibt für das Bundesheer auf der einen Seite zuwenig Geld, auf der anderen Seite hat man aber Mittel, um eine ÖVP-Klausurtagung, die zwar als Dienstbesprechung getarnt wurde, in der Stiftskaserne durchzuführen, die Leute dort zu bewirten und ihnen einen Ordonnanzoffizier zur Verfügung zu stellen.

Herr Bundesminister für Inneres! Ich habe am 14. März dieses Jahres eine parlamentarische Anfrage eingebbracht und Sie gebeten, uns mitzuteilen, warum kein Vertreter Ihres Ministeriums an dieser Tagung teilgenommen hat. Sie haben am 6. 5. 1968 in Ihrer Beantwortung wörtlich folgendes mitgeteilt: „Ich habe keinen Vertreter des Innenministeriums entsandt, weil ich zu diesem Zeitpunkt noch keinen besonderen Referenten für Öffentlichkeitsarbeit für mein Ressort bestellt hatte. Der Leiter der Abteilung 4 des Bundesministeriums für Inneres ist neben einer Reihe anderer Agenden, die sich aus der Geschäftseinteilung des Bundesministeriums für Inneres vom 1. Februar 1968 ergeben, auch mit Presse- und Informationsaufgaben befaßt, doch ist die besondere Öffentlichkeitsarbeit dem inzwischen mit Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen bestellten Konsulenten für Öffentlichkeitsarbeit vorbehalten.“ Soweit die Antwort von damals.

Was war der Grund dafür, daß der offizielle Leiter der Presseabteilung an dieser Aussprache nicht teilgenommen hat? Schlicht und einfach der, daß es sich um einen sozialistischen Beamten gehandelt hat, den man nicht als vertrauenswürdig genug befunden hat, an dieser Tagung teilzunehmen!

Der am 1. März 1968 eingesetzte Alois Euler wurde also mit besonderer Öffentlichkeitsarbeit betraut. Und nun hat der Bundesminister für Inneres, wie er heute schon selbst ausgeführt hat, am 13. November dieses Jahres ein Kommuniqué veröffentlicht. Es heißt darin wörtlich: „Das Bundesministerium für Inneres gibt amtlich bekannt.“ Es folgt die Einleitung, und dann heißt es:

„Seit 1. 3. 1968 wurde der Redakteur Alois Euler mit einem Sondervertrag von 3000 S monatlich für stundenweise Arbeitsverrichtung zur Unterstützung des Leiters der Pressestelle im Bundesministerium für Inneres bei dessen Öffentlichkeitsarbeit durch Herstellung von Kontakten zu Pressediensten und Presseorganen und Mitarbeit bei der Illustrierten Monatszeitschrift ‚Öffentliche Sicherheit‘ verwendet.“

Nun frage ich — und das ist die Gretchenfrage, Herr Bundesminister —: Was stimmt nun? Ist Euler nur ein Unterläufer, wie Sie es jetzt darstellen, einer, der dem Leiter der Pressestelle zugeteilt gewesen ist, oder war das richtig, was Sie mir in einer schriftlichen Anfragebeantwortung mitgeteilt haben, nämlich daß er für besondere Öffentlichkeitsaufgaben vorgesehen ist, was ja eine besondere Auszeichnung darstellt. Ich muß sagen: Einmal wurden wir hier falsch informiert, und die Gretchenfrage ist: Wann wurden wir falsch informiert? Wurde ich und damit das Parlament im Mai falsch informiert, oder stimmt Ihr amtliches Kommuniqué nicht?

Meine Damen und Herren! Euler gehörte also seit dem 1. März 1968 zum engsten Mitarbeiterstab des Herrn Bundesministers. Der der Spionage verdächtigte Euler nahm im Februar in der Stiftskaserne an der Klausurtagung teil und war mit dabei, als das politische Drehbuch der Österreichischen Volkspartei ausgearbeitet wurde. Vielleicht befindet sich eine Abschrift dieses Drehbuches bei einem Nachrichtendienst eines Ostblockstaates. Glaubt man vielleicht, daß wir Abgeordnete uns eine Abschrift dieses Drehbuches nun von einem östlichen Nachrichtendienst um teures Geld kaufen sollen, um zu erfahren, was im Februar in der Stiftskaserne gesprochen wurde?

Meine Damen und Herren! Der der Spionage verdächtigte Alois Euler wurde vom Herrn Bundesminister Prader, dem Chef des Ressorts, zu Tisch gebeten. Er erhielt einen Ordonnanzoffizier zugeteilt. Er hat das besondere Vertrauen des Herrn Ministers genossen und nicht der offizielle Leiter der Presseabteilung, der sozialistische Beamte Aschenbrenner. Anständige österreichische Beamte werden offenbar von einigen Regierungsgliedern derzeit, wenn sie sich zur Sozialistischen Partei be-

9788

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Dr. Tull**

kennen, für nicht vertrauenswürdig befunden, um an Dienstbesprechungen — und als solche wurde ja die Tagung getarnt — teilzunehmen. (Abg. Ing. Kunst: *Das ist das wahre Gesicht der ÖVP!*)

In der amtlichen Bekanntmachung heißt es, daß Euler für den Posten des leitenden Redakteurs der „Öffentlichen Sicherheit“ aussersehen gewesen ist. Nun frage ich eines: Sechs Monate, nachdem Euler bereits verwendet worden war — im März wurde er offiziell eingestellt —, im Oktober, hat der Herr Bundesminister für Inneres Erhebungen über den politischen Leumund Eulers in die Wege geleitet. Beim einfachen Staatsbürger, bei der Bedienerin oder meinewegen bei einem Hausarbeiter, wird, wenn er eingestellt wird, ein Leumundszeugnis verlangt. Bei Euler war das nicht notwendig. Herr Minister, lassen Sie sich eines sagen: Offenbar hat doch das Parteimitgliedsbuch der Österreichischen Volkspartei genügt! Aber ich sage Ihnen: Genausowenig wie der Weg in die ewige Seligkeit durch ein Parteisekretariat der Österreichischen Volkspartei führt, kann ein Parteimitgliedsbuch der ÖVP ein Leumundszeugnis ersetzen, wenn man in den öffentlichen Dienst eintreten will.

Sie haben, Herr Minister, so glauben wir, hier doch eine schwere Unterlassung begangen, nämlich die Erhebungen zeitgerecht durchzuführen, um festzustellen, ob dieser Mann denn wirklich vertrauenswürdig genug ist, eine solche Funktion auszuüben. Von dieser Schuld, Herr Minister, kann man Sie nicht freisprechen. Sechs Monate ist dieser Mann in Ihrer unmittelbaren Umgebung gesessen, hat offenbar, wie die Entwicklung gezeigt hat, Zutritt zu verschiedenen Geheimakten, zu verschiedenen, nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Unterlagen gehabt, und erst nach sechs Monaten hat man feststellen können, daß bei diesem Mann etwas nicht in Ordnung ist; bei jenem Mann, meine Damen und Herren — darüber ist schon einige Male gesprochen worden —, der für diese Schmäh- und Sudelschrift verantwortlich gezeichnet hat, nämlich für die Schrift, in der man wiederum mit der Todesmauer, mit dem Eisernen Vorhang und so weiter augenzwinkernd agiert hat, so, als ob man sagen wollte: Hütet euch vor den Sozialisten, denn die Sozialisten sind in Wirklichkeit nichts anderes als verkappte Kommunisten.

Im Auftrag des Herrn Justizministers Dr. Klecatsky hat Alois Euler ein weiteres Werk geschrieben, betitelt „Recht und Gesetz in Österreich“. Es ist geradezu ein Hohn, wenn ausgerechnet ein Mann, der unter einen so schweren Verdacht geraten ist, Spionage für den Osten betrieben zu haben, ein Buch

oder einen Artikel, betitelt mit „Recht und Gesetz in Österreich“ schreibt.

Meine Damen und Herren! Wir begrüßen es aufrichtig, daß nun in diesem Untersuchungsausschuß Gelegenheit sein wird, die leidige Spionageaffäre, die uns alle so bedrückt, die uns allen große Sorgen bereitet, aufzuklären, Licht in das Dunkel zu bringen. Wenn auf dem Plakat mit dem Konterfei des Herrn Bundeskanzlers Dr. Josef Klaus geschrieben ist: Österreich in Sicherheit — und das mit einem Fragezeichen versehen ist (Abg. Hartl, ein Plakat mit einem großen weißen Fragezeichen auf grünem Grund vorweisend: *Das ist das da!*), so haben nicht wir dieses Fragezeichen hier hingesetzt. Offenbar glauben Sie selbst, daß die Sicherheit nicht gegeben ist. Sorgen wir daher, daß Österreich wirklich ohne Angst, ohne Furcht leben kann, daß die Sicherheit in diesem Lande aufrechterhalten und gewährleistet bleibt. Wir werden unseren positiven Beitrag dazu leisten. Wir haben es nämlich bereits durch unseren Initiativantrag bewiesen. Denn eines, Herr Kollege Ofenböck, müssen Sie zu Kenntnis nehmen: Es gab schon öfter Gelegenheit, solche Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Sie haben das aber immer zu vermeiden gewußt. Wenn Sie dieses Mal doch ja gesagt haben, so unter dem Druck der öffentlichen Meinung, unter dem Druck der Zeitungen, unter dem Druck der allgemeinen Unruhe, die bereits breite Bevölkerungskreise erfaßt hat. Wir begrüßen diesen Ihren Gesinnungswandel (Abg. Ofenböck: *Das ist kein Gesinnungswandel!*) und können nur hoffen und wünschen, daß dieser Ausschuß nicht nur schnell, sondern auch erfolgreich und zielführend arbeiten möge. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: *Sie hätten es kürzer machen können: Sie hätten uns nur das Rezept sagen müssen, wie man einen Spion erkennt, wenn er kein Täferl trägt!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Regensburger das Wort.

Abgeordneter Regensburger (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme heute zum Thema Zivilschutz Stellung, kann aber nicht umhin, doch noch einiges zu den Ausführungen meiner Vorräder zu sagen.

Ich stecke eigentlich in einer unangenehmen Haut, weil ich mich als Abgeordneter hier im Hohen Hause schön langsam nicht mehr auskenne. Stimmt man einer Entschließung, einer Aufforderung zu, so verdächtigt man uns von der Österreichischen Volkspartei schon der Absicht, daß man dadurch der Sache ein Begräbnis Erster Klasse bereiten wolle.

**Regensburger**

Man verdächtigt den Abgeordneten Kranzlmayr der Heuchelei, zitiert aber dann im gleichen Atemzuge und im gleichen Satz die Bibel. Man nennt andere Lügner (*Abg. Dr. Tull: „Lügner“ ist nicht gebraucht worden!*), man bezeichnet sie als solche, die die Unwahrheit sagen, verweist aber dann immer wieder auf die Ausführungen der eigenen Partei und meint, daß nur von dort her das wahre Wort und die Wahrheit komme.

Wenn von Herrn Kollegen Suppan gedankt wird, wenn der Dank an alle Minister und nicht nur dem Minister, sondern auch den dem Ministerium unterstellten Beamten ausgedrückt wird, so kommt der Zwischenruf: Euler!

Mir kommt das direkt vor, als ob das eine beabsichtigte Beleidigung aller gut gesinnten und gut arbeitenden Beamten nicht nur des Innenressorts, sondern der gesamten Bundesdienststellen ist. (*Abg. Haas: Das ist eine Heuchelei ohnegleichen von Ihrer Seite!*) Das ist keine Heuchelei. Es hat mich ehrlich tief betroffen, daß der Zwischenruf „Euler“ gefallen ist. Es soll mir jemand eine Institution auf der Welt oder hier in Österreich nennen, in der noch nie etwas vorgekommen ist. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Aber so eine Spionage bis in die Parteispitze hinein war noch nicht da!*)

Als seinerzeit dem Altkanzler Raab ein Vorhalt bezüglich eines Abgeordneten gemacht wurde, sagte er: Meine Herren, eine politische Partei ist eben keine Allerheiligenlitanei! — Und so sind eben auch die Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst keine Allerheiligenlitanei. (*Abg. Weikhart: Der Euler war ja bei euch! Er war ja Propagandist bei euch!*) Aber wir meinen trotzdem, daß die öffentlich Bediensteten fast zu hundert Prozent tüchtig, gewissenhaft und ehrlich handeln. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wenn dazwischen einmal etwas vorkommt, so kann man doch mit Fug und Recht behaupten, daß eine Ausnahme die Regel bestätigt. (*Abg. Robert Weisz: Kollege Regensburger, vergleichen Sie die Beamten nicht immer mit Euler!* — *Abg. Weikhart: Das ist eine Herabsetzung der öffentlich Bediensteten, wenn Sie sie mit Euler vergleichen!* — *Abg. Horr: Er war nicht Beamter!*)

Und dann wurde behauptet, daß man die Schuldigen nicht an den Pranger stelle. (*Abg. Ulbrich: Die sitzen im ÖVP-Klub!*) Man hat uns sogar vorgeworfen, daß man zu lange mit der Verhaftung gewartet hätte. (*Abg. Ing. Kunst: Wie immer!*) Ich glaube schon, daß es gescheiter und demokratischer ist und dem Sicherheitsprinzip mehr entspricht, wenn man zuwartet, als daß man, wie es bei der

Situation der Fall war, an die ich mich noch dunkel erinnere, vorschnell zugreift; der Betreffende starb damals im Arrest nach mysteriösen Vorfällen. (*Abg. Dr. Broda: Wann war das?*)

Und dann wurde die Presse genannt, daß man die nun als die Schuldigeinstellen wolle. Wir wurden dessen verdächtigt. Ich bin nun elf Jahre im Hohen Hause, aber ich habe noch nie eine Rede von der FPÖ oder von der ÖVP erlebt, die so massiv gegen die Presse gerichtet gewesen wäre. „Präpotente Journaliste“, ich wiederhole es. Und wir wurden wörtlich verdächtigt, daß wir den Stiefel küssen, der uns von dieser Seite in den Hintern getreten wird. Man gab uns die Schuld, daß wir uns in dem Zusammenhang auf die Presse verlassen wollen. Und wenn Österreich schon ein Tummelplatz der Weltspionage sein soll, dann frage ich doch: War das erst seit Hetzenauer? War das erst seit Soronics? Und wenn es schon der Fall sein soll und erst jetzt diese Spione gefaßt werden (*Abg. Gertrude Wondrack: Die haben Sie erst hineingebracht!*), so können wir es uns doch zugute halten, daß sie jetzt unter einem ÖVP-Innenminister gefaßt werden und daß sie früher nicht gefaßt wurden. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Die Spionage reicht bis ins Generalsekretariat der ÖVP!*)

Es ist die Forderung gefallen: Wir wollen warten, bis Bundesminister Soronics offen redet. Er hat richtig gehandelt, daß er noch nicht so offen geredet hat, weil es uns schon einmal passiert ist, daß durch eine offene Rede jemand den Maschen entschlüpft ist.

Ich glaube schon — und hier sind wir doch alle einig —, daß wir solche Vorkommnisse untersuchen müssen, echt untersuchen müssen, weil wir doch alle das Gefühl haben, hier steckt etwas drinnen, hier geht es um das Wohl der Republik Österreich, hier müssen ehrliche Anstrengungen gemacht werden, um den Vorfällen auf den Grund zu kommen.

Hohes Haus! Man soll sich aber in solchen Vorkommnissen nicht baden. Ich glaube, daß jeder das Gefühl hatte, daß sich mein Voredner echt gebadet hat. (*Zwischenrufe.*) Es ist der Zwischenruf gefallen: sich gesuhlt hat! Dieser Ausdruck wäre wohl am ehesten am Platze.

Wenn die Verdächtigung gefallen ist, daß man in einem Ressort sozialistischen Beamten kein Vertrauen schenke, so können wir in der nun ablaufenden Regierungszeit mit Fug und Recht sagen, daß keinem Beamten wegen seiner politischen Einstellung etwas passiert ist (*Abg. Czettel: No na! — Abg. Konir: Haben Sie Gedächtnisschwund?*) oder daß er dadurch einen Schaden erlitten hat. Ich habe von die-

9790

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Regensburger**

ser Stelle aus schon einmal gesagt, man soll mir einen solchen Namen nennen (*Abg. Ulbrich: Dr. Dultinger!*), dann können wir ohne weiters dagegen auftreten und die Begründungen anführen. Nur wenn einer sich als Beamter als Parteimann fühlt, also den Parteimann in den Vordergrund stellt, dann ist vielleicht eine gewisse Vorsicht am Platze. (*Abg. Ulbrich: Es wurde von Ihrer Seite abgelehnt, daß Dr. Dultinger ÖBB-Generaldirektor wird, weil er Sozialist ist!*) Der Zwischenruf „Dultinger“ kann mir nur angenehm sein. Der Direktor und Präsident Dr. Dultinger genießt bei uns in Tirol hohes Ansehen und wurde seinerzeit sogar mit dem Ehrenzeichen des Landes Tirol ausgezeichnet. (*Abg. Ulbrich: Sagen Sie: Was hat er davon, wenn Sie ihn als Generaldirektor abgelehnt haben, nur weil er politisch auf der anderen Seite steht? Bekennen Sie das!* — *Abg. Ing. Spindelegger: Das ist nicht wahr!*) Ich bekenne das eine hier: daß in der Vergangenheit in keinem andern Ressort als im Verkehrsressort ein solcher politischer Terror geherrscht hat. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.* — *Abg. Weikhart: Jetzt beweisen Sie das! Das ist leicht geredet! Aber Beweise haben Sie nicht in Händen!*) Solche Beweise könnte man nicht nur Dutzende, sondern Hunderte bringen. Es waren sogar bei mir persönlich Leute, Eisenbahner selbstverständlich, die sich nicht getrauten, unserer Partei beizutreten, weil sie die Folgerungen und die Schwierigkeiten dann in ihrer Dienststelle gefürchtet haben. (*Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der ÖVP und SPÖ.* — *Zwischenruf des Abg. Fachleutner.* — *Abg. Ing. Kunst: Warum wohl, glauben Sie, haben die Eisenbahner mit überwältigender Mehrheit sozialistisch gewählt?* — *Anhaltende Zwischenrufe.* — *Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.*)

Ich will auf keinen Fall das Ergebnis einer geheimen Wahl anzweifeln, aber mir sind auf jeden Fall Kollegen aus dem Bereich der Bundesbahn bekannt, die aus gewissen Gründen bei der Personalvertretungswahl bei der Bundesbahn der sozialistischen Fraktion ihre Stimmen geben (*Abg. Ing. Kunst: 87 Prozent haben sozialistisch gewählt!* — *Ruf bei der SPÖ: Bei der geheimen Wahl!*), aber bei jeder Landtags- und Nationalratswahl ihre Stimme selbstverständlich der Österreichischen Volkspartei geben, um eben für sich in der eigenen Dienststelle nicht (*Abg. Dr. Pittermann: So selbstverständlich ist das wieder nicht!*), wie sie meinen, sich selbst mit Gewalt Schwierigkeiten zu bereiten. (*Zwischenruf des Abg. Weikhart.*)

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Tull zum Schluß gefordert hat, daß wir für die Österrei-

cher wünschen, daß sie hier ohne Angst und Furcht leben können, so unterstützen wir diesen Ruf selbstverständlich. Aber wo sitzt letzten Endes die Angst? Die Angst sitzt nicht bei denen, die auf Grund ihrer christlichen weltanschaulichen Einstellung (*Abg. Ing. Kunst: Wo die ÖVP herrscht, dort ist die Angst!*) gegen die Furcht und die Angst von Haus aus nicht nur parteipolitisch, sondern gesinnungsmäßig eingestellt sind. Die Furcht wird von dieser Seite her genährt, wie es gestern von Dr. Hauser hier gesagt wurde, die alles und jedes immer in das Negative verkehrt, die nicht nur die Regierung, sondern auch den Staat, das Nützlichste, als dasjenige hinstellt, das der Bevölkerung nur Schaden und Leid bringen wird. Daß hier durch solche Verdächtigungen oder durch solche Formulierungen der Bevölkerung kein gutes Gefühl mitgeteilt und weitergeleitet werden wird, das ist verständlich. (*Abg. Weikhart: Die ÖVP-Regierung ist nicht der Staat, und die ÖVP ist auch nicht der Staat!* — *Weitere Zwischenrufe.*) Die österreichische Bundesregierung repräsentiert selbstverständlich derzeit auch die österreichische demokratische Republik. (*Abg. Weikhart: Aber sie ist nicht der Staat!* — *Abg. Dr. Pittermann: Aber schon das Parlament auch, Herr Regensburger!*) Damit bin ich einverstanden (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weih: Das ist aber lieb, daß Sie einverstanden sind!*), daß auch die Bundesgesetzgebung und der Herr Bundespräsident die Republik Österreich repräsentieren, aber so direkt im Vordergrund steht selbstverständlich die Bundesregierung mit dem Parlament. (*Zwischenruf des Abg. Ing. Kunst.*)

Nun zu meinem eigentlichen Thema, dem ich mich ursprünglich zuwenden wollte. Aber ich konnte eben nicht umhin, zu dem vorher Gesagten doch noch etwas hinzuzufügen.

Mit Ziel, Zweck, notwendigem Umfang und Wirksamkeit eines funktionierenden Zivilschutzes habe ich mich ja von dieser Stelle aus schon des öfteren befaßt. Heute stelle ich einmal eine Untersuchung über den derzeitigen Stand des Zivilschutzes an und berichte über die jüngsten Bemühungen um einen wirksamen Zivilschutz.

Vorausgehend wiederhole ich und erinnere ich an das, was der Zivilschutz eigentlich ist oder sein soll. Der Zivilschutz hat die Aufgabe, der gesamten Bevölkerung durch Maßnahmen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und jedes einzelnen die besten Möglichkeiten zu vermitteln, Notstände und Notstandssituationen zu überstehen. Oder mit anderen Worten: Zivilschutz ist die Gesamtheit aller humanitären Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung. Das heißt also

**Regensburger**

auch, daß wir Vorsorge gegen alle Katastrophen zu treffen haben, und zwar Katastrophen aller Art, aber nicht nur solcher durch die Einwirkung von Waffen.

Ein Konzept für die der geltenden Kompetenzlage entsprechenden behördlichen Organisationen der zivilen Landesverteidigung wurde nach jahrelangen Vorarbeiten am 11. und 12. Juni 1968 des Arbeitsausschusses Z im Bundesministerium für Inneres fertiggestellt und vom Herrn Staatssekretär Minkowitsch, dem derzeitigen Vorsitzenden, der Landeshauptleutekonferenz überreicht. Am 31. Oktober dieses Jahres hat dann der Herr Staatssekretär bei der Landeshauptleutekonferenz über das Konzept referiert; nach Einlangen der Stellungnahmen zu diesem vorgelegten Konzept wird dann noch der Arbeitsausschuß Z weiter darüber Beschuß fassen, und die endgültigen Ergebnisse werden dann in einer Neufassung des zivilen Teiles des Landesverteidigungsplanes dem Landesverteidigungsamt vorgelegt werden.

Erklärungen von seiten des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Bundesministers für Inneres und des Herrn Staatssekretärs bei der Großkundgebung des Österreichischen Zivilschutzverbandes am 10. Oktober 1968 im Niederösterreichischen Landhaus sind für die zukünftigen Aktionen beziehungsweise Maßnahmen im Bereich der österreichischen Landesverteidigung, Sektor Zivilschutz, richtungsweisend. Bundeskanzler Klaus sagte bei dieser Tagung wörtlich:

„Ein kleiner neutraler Staat wie Österreich hat nur dann eine Chance, seine Neutralität zu bewahren, wenn er kompromiß- und bedingungslos und unter allen Umständen zu dieser Neutralität steht und weiters auch glaubwürdig dokumentieren kann, daß die Verletzung dieser Neutralität nur mit größtem Aufwand und Verlusten möglich sein wird.“

„Ausdrücklich möchte ich aber feststellen, daß die Zielsetzung des österreichischen Zivilschutzes in erster Linie nur in der humanitären Aufgabe liegen kann, der Zivilbevölkerung in Bedrohungszeiten größtmögliche Sicherheit und Hilfe zu vermitteln.“

„Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn bei allen Maßnahmen auf diesem Gebiet die Grenze des unbedingt Notwendigen, Vernünftigen und auch wirtschaftlich Tragbaren nicht überschritten wird. Der richtige Weg dazu auf dem Gebiete des Zivilschutzes scheint mir in der Einbeziehung vorhandener Einrichtungen und Institutionen, nicht aber in der Schaffung von neuen, kostspieligen Einrichtungen und Organisationen zu liegen.“

Und er sagt weiter wörtlich:

„So haben wir in Österreich beispielsweise bei den Feuerwehren, dem Österreichischen Roten Kreuz, dem Arbeiter-Samariter-Bund und anderen Organisationen des Hilfs- und Rettungswesens sowie bei der Exekutive eine Hilfsarmee von etwa 240.000 Mann.“

Man sieht hier, wie wichtig es ist, auf die Einbeziehung der vorhandenen Organisationen Bezug zu nehmen.

Ich sagte schon des öfteren von dieser Stelle aus, daß wir in Österreich, wenn die Koordination und das Zusammenführen gelingt, durchaus eine schlagkräftige Zivilschutzorganisation haben.

Ich nannte die Feuerwehren und wiederhole heuer die Zahlen, die uns von seiten der Feuerwehren zur Verfügung stehen. Wenn ich die Feuerwehren als Beispiel anführe, so nicht nur, weil eben das Brandgeschehen in ruhigen Zeiten für die Feuerwehren die besondere Rolle spielt, sondern weil nachgewiesenermaßen im letzten Krieg ca 80 Prozent aller Schäden im Hinterland, also hinter der Front, im Heimatlande, aus der Situation entstanden, daß Brände Verwüstungen dieses Ausmaßes verursachten. Also 80 Prozent der Schäden waren im letzten Krieg auf Brandbeschäden zurückzuführen.

Wir haben in Österreich einen Stand von 180.000 freiwilligen Feuerwehrmännern. Wir haben einen Stand von 459 verschiedenen Sonderfahrzeugen, 963 Tanklösch- und andere Löschfahrzeuge, 392 sonstige Fahrzeuge, 2071 Anhänger, 145 ortsfeste Funkgeräte, 630 fahrbare, 421 tragbare, 346 fahr- und tragbare Funkgeräte, 3224 schwere Atemschutzgeräte, 10.916 Atemmasken.

Lehrgangsbesucher waren im vergangenen Jahr an österreichischen Landesfeuerwehrschulen 3424 festzustellen. Brände waren im vergangenen Jahr 8483 und technische Einsätze 17.610 zu verzeichnen.

Bundesminister Soronies führte bei der beagten Tagung aus, daß trotz der vielen Schwierigkeiten, die dieser Arbeit des Österreichischen Zivilschutzverbandes entgegenstehen, der Zivilschutzgedanke bei der Bevölkerung unseres Landes starken Widerhall gefunden hat. Gerade die Ereignisse der letzten Monate lassen es — so sagte er — notwendiger denn je erscheinen, der Zivilschutzarbeit Vorrang zu gewähren.

Es klingt irgendwie nicht besonders glaubhaft, wenn Bundesminister Soronies sagte, daß der Zivilschutzgedanke mehr und mehr starken Widerhall findet. Die Befragung durch das Bundesministerium für Inneres im vergangenen Jahr brachte noch unterschiedliche Ergebnisse, aber man konnte doch immerhin die Tendenz

9792

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Regensburger**

einer Zunahme der Popularität feststellen. In der Zwischenzeit ist aber in den „Salzburger Nachrichten“ am 19. November 1968 das Ergebnis einer Befragung veröffentlicht worden, die insofern interessant ist, weil die letzte Befragung von Seiten des Bundesministeriums für Inneres herausgefunden hat, daß eigentlich von den Befragten 58 Prozent Männer und nur 48 Prozent Frauen Anhänger des Zivilschutzes sind. 1967 interessierten sich für den Zivilschutz in der Hauptsache jüngere Jahrgänge.

Es haben hier zwei Journalistinnen verschiedene Personenkreise, Frauen, befragt. Unter anderem: „Wären Sie bereit, im Falle eines militärischen Alarms mit dem Auto die Kinder ihres Wohnhauses in Ausweichquartiere auf dem Land zu transportieren?“ Fünf von sechs Befragten waren dazu bereit.

Dann: „Halten Sie eine Wehrausbildung der weiblichen Staatsbürger im Funk- und Nachrichtendienste für richtig?“ Zwei Drittel der Befragten hatten nichts dagegen.

Weiters: „Halten Sie die Einführung einer Militärdienstpflicht der Frauen und Mädchen mit Waffen in Österreich für richtig?“ Eindeutig nein in diesem Falle.

Weiters: „Halten Sie für richtig, daß Frauen und Mädchen im Frieden für den Alarmfall geschult und ausgebildet werden?“ Von drei Befragten sagten hier zwei ja.

Deutlich war zu erkennen, daß die Frauen, die den zweiten Weltkrieg mitgemacht haben, zur Mitarbeit in einer zivilen Verteidigung und auch darüber hinaus bereit sind, also eher bereit sind als die jüngeren Jahrgänge. Das ist doch eine interessante Feststellung.

Herr Staatssekretär Minkowitsch sagte auf der von mir genannten Tagung: „Die primäre Aufgabe sehe ich nicht im Entwurf des Bundeszivilschutzgesetzes — wofür erst eine Bundeskompetenz durch ein Verfassungsgesetz geschaffen werden müßte —, sondern in der Koordinierung der bestehenden Einsatzorganisationen und in deren funktioneller Verbindung zu den vorgesehenen befugten Organen und Behörden.“

Aus diesem Grunde wurde dann am 5. Juli 1968 ein Koordinationskomitee beim Bundesministerium für Inneres gegründet, dem der Zivilschutzverband, der Feuerwehrverband, das Rote Kreuz und der Arbeiter-Samariter-Bund bereits die freiwillige Mitarbeit zugesagt haben.

Da, wie bekannt, Katastrophenhilfe aller Art Ländersache ist, wurde in den letzten Wochen auch noch ein Kontaktkomitee ins Leben gerufen, dem unter anderem auch drei Landeshauptleute und zwei Landesamtsdirektoren angehören.

Sicherlich besteht die Forderung nach einem Katastrophenhilfsdienstgesetz zu Recht. Aber wenn man die Gesetzeslage, die Bundesgesetzeslage und die Landesgesetzeslage, in den einzelnen Bundesländern durchsieht und sie zusammenführt, dann staunt man, daß wir auch in der Legislative schon eine breite Basis der Wirksamkeit haben.

Wir wissen, daß nur der Herr Bundespräsident und ein Bürgermeister in gewissen Fällen und Situationen ein Notverordnungsrecht besitzen und nun die Möglichkeit einer Notverordnung auch für den Landeshauptmann eingeführt werden soll; aber das wichtigste, so glaube ich schon, ist die Koordination.

Wenn ich nun das Land Tirol als Beispiel der bereits vorhandenen legislativen Voraussetzungen anführe, so glaube ich sicher mit Recht behaupten zu können, daß es so ähnlich auch in anderen Bundesländern ist.

Schon im § 1 des Landesfeuerwehrgesetzes des Landes Tirol heißt es: „Die Feuerwehren sind einheitlich gestaltete, von geschulten Kräften geführte und unter Aufsicht der Landesregierung stehende Gemeinschaften, die den Gemeinden oder bestimmten Betrieben zur Hilfeleistung bei Notständen aller Art zur Verfügung stehen.“

Und im § 5 ist sogar die Möglichkeit eröffnet, wenn auf der freiwilligen Basis eine solche Schutzorganisation nicht aufgestellt werden kann, auch eine Pflichtorganisation, also in diesem Falle eine Pflichtfeuerwehr, zu schaffen.

Dann können herangezogen werden: das Wehrgesetz, das Reichssanitätsgesetz, das Wasserrechtsgesetz, das Forstrechtsbereinigungsgezetz, das Bundesstraßengesetz, das Gemeindesanitätsgesetz, die Feuerpolizeiordnung und das Tiroler Straßengesetz.

Ich will die Passagen in den einzelnen Paragraphen nun nicht zitieren, um meine Ausführungen nicht allzu sehr in die Länge zu ziehen, aber ich kann hier die Feststellung treffen, daß es bei einer Koordinierung und Zusammenführung, also einer Sache, die vom Land Tirol bereits in einer Broschüre vorgenommen wurde, bereits möglich ist, auf der legislativen Basis schon jetzt die Befehlsübermittlung, die Anordnung und alle Maßnahmen für einen Einsatz größeren Umfanges sicherzustellen.

Von den finanziellen Aufwendungen wird immer wieder gesagt, daß sie zu niedrig seien. Ich bin auch der Meinung, daß wir hier mehr Geld vertragen, verbrauchen und anwenden könnten, aber auch diese Klage allein ist nicht ganz berechtigt. Wir haben wohl im Budget 1969 für den Zivilschutz nur 7,4 Millionen Schilling. Wir müssen aber wissen, daß da-

**Regensburger**

durch, daß Katastrophenhilfe eben Ländersache ist, auch von den Ländern her diesen Institutionen und Organisationen eine Menge Geld zufließt. Vom Lande Tirol zum Beispiel wurden von den Jahren 1945 bis 1965, also in 20 Jahren, allein für Gerätehäuser 46 Millionen Schilling aufgewendet, für die Ausrüstung der Feuerwehr 48 Millionen Schilling und von 1955 bis 1964 aus dem Landesfeuerwehrfonds zur Förderung aller Maßnahmen zur Brandbekämpfung und Brandverhütung 33 Millionen. Man muß dabei auch wissen, daß schon im Jahre 1961 den Bundesländern aus der Feuerschutzsteuer 50 Millionen Schilling zugeflossen sind und daß es heuer, im Jahre 1968, 90 Millionen sein werden. Allein die Bundeshauptstadt Wien hat bereits im Jahre 1961 für ihre Feuerwehr bei 99 Millionen Schilling aufgewendet, und im Jahre 1967 waren es über 101 Millionen Schilling.

Würde man nun alle diese Beträge von Gemeinden, Ländern und Bund summieren, ich glaube, Herr Abgeordneter Mondl, dann kämen wir auf die Forderung dieser 10 Prozent vom Verteidigungsbudget, das heißt, daß wir mindestens rund 350 Millionen bis 400 Millionen Schilling pro Jahr zusammenbringen würden, wenn wir in der Lage wären, alle diese Aufwendungen zu addieren. Man könnte vielleicht einen Vorschlag machen, der nicht allzusehr wehtäte und doch weitere finanzielle Mittel bringen würde, indem man nämlich die Feuerschutzsteuer, die ich nannte, unter Umständen in Katastrophensteuer oder Zivilschutzsteuer umbenennen könnte — das ist nur ein Vorschlag — und daß man diese Steuer eventuell auch erhöhen könnte.

Zu den Hauptproblemkreisen eines wirk samen Zivilschutzes gehören selbstverständlich auch der Alarmdienst, die baulichen Schutzmaßnahmen, der Selbstschutz und die behördlichen Maßnahmen. Ich will nur noch stenogrammatisch auf die Forderungen und Notwendigkeiten eingehen.

Es ist selbstverständlich, daß der Alarm- und Warndienst eine Voraussetzung für einen funktionierenden Zivilschutz ist. Man glaubt, daß gerade hier sehr viel Geld benötigt werden würde. Die Untersuchungen des Bundesministeriums für Inneres haben aber ergeben, daß man in den rund 3600 Gemeinden Österreichs jetzt schon 5060 funktionierende Sirenen hat. Es ist selbstverständlich, daß dabei auch Rundfunk und Fernsehen und die privaten postalischen Fernsprech-, Fernschreib- und Funknetze mit einbezogen werden müßten.

Auch die baulichen Schutzmaßnahmen sind ein Problem, das den Ländern und auch dem Bund schon jahrelang Kopfzerbrechen bereitet.

Aber auch hier haben die Erhebungen ergeben, daß wir mehr haben, als wir eigentlich von der Seite her gesehen glaubten. Das Bundesministerium für Bauten und Technik hat Richtlinien erlassen; einige Bundesländer haben bereits die Richtlinien übernommen. Bei der letzten Baudirektorenkonferenz wurde der § 12 der steirischen Landesbauordnung als Vorbild hingestellt. Es wurde der Beschuß gefaßt, diesen Paragraphen als Vorbild bei eventuellen Novellierungen, was den Schutzausbau betrifft, zu übernehmen.

Aber man höre und staune! Wir sind schon jetzt in der Lage, rund 75 Prozent der österreichischen Bevölkerung schutzraummäßig wenigstens behelfsmäßig unterzubringen. Von Österreichs Hausbestand von rund 1,100.000 Häusern sind 40 Prozent Althäuser, deren Kellerräume und Kellerdecken trümmer sicher sind und wo die Ausstattung und Adaptierung zu einem ordentlichen Grundschutz nicht allzu teuer käme. Wir können also in Österreich bereits 75 Prozent, das sind 4,5 Millionen Menschen, behelfsmäßig bezüglich des Schutzraumes bedienen; könnten — Gott sei Dank! Die Kostenfrage wäre nicht so schlimm und nicht so gravierend, wenn der Schutzraum vorzeitig in Neubauten eingeplant ist. Die Mehrkosten betragen nur zwischen 1 und 2 Prozent, bei Einfamilienhäusern zwischen 2 und 3 Prozent; aber ein nachträglicher Einbau, wenn bei dem Haus kein Schutzraum eingeplant ist, stellt sich selbstverständlich in den Kosten bedeutend höher.

Es ist ganz klar, daß der Selbstschutz, dem gerade Staatssekretär Minkowitsch eine besondere Bedeutung beimißt, das Wichtigste ist. Denn allein die Kenntnisse des Selbstschutzes bieten schon in der Verhaltensweise einen gewissen Schutz, und das Überleben bietet dann auch die Möglichkeit des sogenannten behördlichen Einsatzes. Zu den Maßnahmen gehört die Ausbildung in Erster Hilfe, Bergung, Rettung, Bekämpfung von Bränden, Entstrahlung und Entseuchung. Daß weiters auch die Haushaltsbevorratung zum Selbstschutz gehört, ist wohl auch noch eine Selbstverständlichkeit.

Es besteht bereits ein Selbstschutzkonzept, aber dieses Konzept geht von der Annahme aus, daß der Ausbau des gesamten österreichischen Zivilschutzes nur stufenweise erfolgen kann. Wenn dann die Gefährdung Schwerpunkte erreicht, reicht der Selbstschutz nicht mehr aus, und es tritt dann eben der behördlich organisierte Einsatz in Kraft. Dort müssen dann die vorhandenen oder noch auszubildenden Einheiten des Hilfs- und Rettungsdienstes sowie der Exekutive in Aktion treten.

9794

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Regensburger**

Vielleicht auch im Zusammenhang mit dem Selbstschutz und auch mit dem behördlich organisierten Zivilschutz ein Vorschlag, der sich überlegen ließe, daß man nämlich am Beginn oder am Ende des Schuljahres im Zuge des Polytechnischen Lehrganges vielleicht die Burschen in eine Landesfeuerwehrschule oder in eine Zivilschutzschule und die Mädchen zum Roten Kreuz oder in ein Krankenhaus schickt, damit sie eine Woche in ihrer Ausbildung die Möglichkeit hätten, nicht nur hinsichtlich des Selbstschutzes, sondern auch im Hinblick auf einen organisierten Einsatz in irgendeiner Organisation die nötige Vorbildung mitzubekommen, um sich dann auch in ihrer Entscheidung bezüglich des freiwilligen Beitrettes zu einer Hilfsorganisation leichter zu tun.

Nun zum Schluß noch drei Feststellungen: Beim Aufbau und bei den Bemühungen um einen wirksamen Zivilschutz dürfen wir uns nicht vom Trauma der Atombombe leiten lassen. Ferner sei auch festgestellt, daß ein Zivilschutzsystem nach dem Vorbild des zweiten Weltkrieges, nach dem Luftschutz organisiert, im Hinblick auf die technische Entwicklung in der Zwischenzeit auch nicht mehr zur Gänze entsprechen würde. Außerdem steht aber auf jeden Fall auch noch fest, daß man für die Komplettierung — wir haben ja schon sehr viele Maßnahmen gesetzt, wie ich bereit sagte — eines wirksamen österreichischen Zivilschutzes noch ein großes Maß an freiwilliger Mitarbeit braucht. Die Demokratie zählt eben auf die freiwillige Mitarbeit aller, aber auch auf die Bereitschaft eines jeden, der Gemeinschaft, je nach dem Ausmaß seiner Gaben und Güter, zu dienen.

Kürzlich las ich einmal, daß in Österreich ein neuer Adel im Entstehen sei (*Abg. Hartl: Was, ein Adel? Wo?*) und daß dieser Adel demjenigen zukomme, der der Allgemeinheit mehr gibt, als er von ihr will. (*Abg. Hartl: Sehr gut!*) Ich glaube, daß gerade dieses Sprichwort in meinem Thema seinen Platz findet. Ich danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Czettel das Wort.

**Abgeordneter Czettel (SPÖ):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Kranzlmayr hat während der Rede meines Klubkollegen Dr. Tull laut stenographischem Protokoll folgenden Zwischenruf gemacht: „Hoffentlich kann der Untersuchungsausschuß auch in den Akt Einsicht nehmen, wo etwas über Sie drinnensteht!“ Und der Herr Abgeordnete Hartl hat nach dem Protokoll gesagt: „Genau, richtig!“

**Herr Dr. Kranzlmayr!** Es ist ja Ihre Art, beim Beginn einer jeden Rede so zu tun, als

seien Sie das Musterbeispiel der Objektivität und als seien nur Sie der, der wisse, was er sage. Ich nehme also an, Sie haben gewußt, was Sie gesagt haben. Ich muß Sie jetzt aus Gründen, die ich dann erläutern werde, bitten, sich gegebenenfalls doch zu Wort zu melden, um näher zu erklären, was Sie damit gemeint haben.

Das ist jetzt keine I-Tüpfel-Reiterei: Die dunkelste Zeit in der jüngeren Geschichte des Innenministeriums war doch, als die Öffentlichkeit davon erfuhr, daß in diesem Ministerium zu Tausenden und Zehntausenden Aufzeichnungen über Staatsbürger dieser Republik bestehen. Ich will jetzt auch, Herr Staatsanwalt, in aller Bescheidenheit für mich das Recht in Anspruch nehmen, daß ich überdiesen Tatbestand einen Bericht an die Regierung gegeben und verlangt habe, daß ein Ministerkomitee einberufen werde, an dem unser Kollege Dr. Broda und der damalige Staatssekretär Dr. Hetzenauer teilgenommen haben. Wir haben im Zusammenhang mit einer großen Kommission veranlaßt, daß alle diese Aufzeichnungen überprüft werden. Das Ergebnis dieser Untersuchung wurde dem Ministerrat berichtet. Im Auftrag des Ministerrates habe ich dann Auftrag gegeben, Herr Staatsanwalt, etwa 36.000 solcher festgestellter Spitzelakten zu verbrennen. Wir waren damals in der Bundesregierung der Meinung, daß mit diesem Akt ein erheblicher Teil des Mißtrauens, das im Zusammenhang mit diesen Spitzelakten gegen das Innenministerium bestand, doch abgebaut werden konnte.

Wenn Sie nun, Herr Staatsanwalt, durch Ihren Zwischenruf, von dem ich annehme, daß Sie ihn bewußt gemacht haben, bei uns und in der Öffentlichkeit den Eindruck hinterlassen — es muß ein solcher Eindruck sein —, daß jetzt in der Zeit der Alleinregierung der ÖVP wieder solche Spitzelakten existieren — bei einem Akt Tull kann es sich nur um einen solchen handeln —, dann frage ich Sie, Herr Staatsanwalt: Welche Ursache haben Sie, das hier zu sagen? Ich frage auch den Herrn Innenminister, was er zu diesem Zwischenruf zu sagen hat.

Ich gehe noch weiter, Herr Staatsanwalt, weil Sie heute den Lehrmeister gespielt haben. Ich halte allerhand aus, und ich stehe auch für das gerade, was immer ich in meiner politischen Funktion getan habe. Aber, Herr Staatsanwalt Dr. Kranzlmayr, wenn wir schon hart miteinander reden — und das gehört zu einem Parlament —: Sie sind zwei Jahre als Staatssekretär in dem Ministerium gesessen und haben gewußt, daß es diese Akten gibt. Sie haben dazu geschwiegen, und heute stehen Sie hier und spielen den Anwalt der Republik, der

**Czettel**

damals versagt hat! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Mit diesem Feuer sollen wir uns nicht spielen! Das ist vielleicht das heikelste Gebiet der Sicherheitsverwaltung, nämlich das Gebiet des staatspolizeilichen Dienstes. Ich gebe allen recht, die sagen, daß mit dieser Geheimnis-krämerei Schluß gemacht werden muß und daß man unentwegt prüfen muß, welchen Platz ein solches Organ in einer modernen demokratischen Staatsverwaltung hat, und daß man unentwegt bemüht sein muß, natürliche Erscheinungen des Erweiterns, des Außer-die-Kompetenzen-Springens unter Kontrolle zu bekommen. Jawohl, das ist die heikelste Aufgabe!

Aber wenn jetzt wieder gemunkelt wird, und heute ist es — das hätte ich nie geglaubt — auch im Parlament zur Sprache gekommen, wenn zu den Spionagegeschichten jetzt auch noch dieser Verdacht kommt, dann kann ich nur sagen: Armes Innenministerium, wo bist du in den letzten zwei Jahren hingekommen? Gestatten Sie mir diese Bemerkung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Staatsanwalt! Sie haben auf Oskar Helmer hingewiesen, was wir würdigen. Bei uns war Oskar Helmer immer der große Innenminister Österreichs. Das war nie bestritten. Er war vor allem deshalb der große Innenminister — das weiß man auch in ganz Österreich —, weil er und mit ihm die Sozialistische Partei mutig gegen die Gefahr des Kommunismus aufgetreten ist. Wenn Sie jetzt Oskar Helmer so loben, was wir würdigen, und die Dinge so darstellen, als wäre es damals anders gewesen als heute, weil damals andere Leute bei der SPÖ waren, dann muß ich Ihnen sagen: Es war noch Oskar Helmer Innenminister, Herr Staatssekretär und Herr Staatsanwalt Dr. Kranzlmayr, es war damals bekannt, daß Helmer und seine Partei den Kommunismus in Österreich bekämpft haben, und damals, 1956, hat Ihre Partei Plakate wie dieses (*das „Rote Katze“-Plakat entfaltend*) herausgegeben. (*Zwischenrufe.*)

Nein, so ist es nicht, daß es heute anders bei den Sozialisten ist, als es damals war. Ich habe noch einige solche Blüten. Trotz Helmer und trotz allem, was die Bevölkerung über Helmer und seine Politik gewußt hat, haben Sie die Partei eines Oskar Helmer der Kommunistenfreundlichkeit bezichtigt, obwohl Sie gewußt haben, wie diese Partei zum Kommunismus gestanden ist. (*Abg. Doktor Kranzlmayr: Aber mit Herrn Minister Helmer hat das gar nichts zu tun!*)

Herr Staatsanwalt! Was für eine Politik ist denn das? Ich vertrage mich mit Ihnen, wenn wir auf Urlaub fahren, wahrscheinlich auch ganz gut. Wir sind einander doch als

Menschen, auch wenn wir hart miteinander sprechen, zugetan. Bei uns geht die Politik doch nicht so weit, daß wir uns als Menschen gleich hassen müssen, wenn wir verschiedener Auffassungen sind. Ich habe mich auch mit Ihren Parteifreunden in den letzten Jahren menschlich ganz gut vertragen. Das hat nichts daran gehindert, daß wir uns hier aus-einandergesetzt haben. Aber wenn Sie heute hier tun, als wäre mit Helmer die Partei damals anders gewesen, bringen wir Ihnen den Nachweis, daß Sie damals genauso verdächtigt haben wie heute, daß Sie sich also nicht geändert haben!

Ich möchte das deshalb gesagt haben, weil diese „rote Katze“ auch in der Rede des Kollegen Suppan durchgeklungen ist. Wenn ich Ihnen auch auf die Nerven gehe, meine Damen und Herren: Bei den nächsten Wahlen wird Ihnen nicht das gelingen, was Ihnen im Jahre 1966 gelungen ist. Wir werden Ihnen bei jeder Gelegenheit, bei der Sie diese krepiente „rote Katze“ hervorheben, auf die Finger klopfen. Glauben Sie uns das! Vielleicht haben wir die Chance, daß uns jener Teil der Bevölkerung, den Sie mit dieser Walze noch vor zweieinhalb Jahren beeinflussen konnten, diesmal besser versteht.

Ich möchte aber doch vor allem zum Kapitel Inneres kommen und zunächst, weil die Budgetdebatte in den ersten Tagen — auch bei der ersten Lesung — doch im wesentlichen die wirtschaftspolitischen Probleme behandelt hat, auf eine Behauptung, die heute wieder vom Kollegen Suppan aufgestellt worden ist, eingehen. Er hat gemeint, wir seien in die Opposition gegangen, weil wir gewußt haben, was für eine wirtschaftliche Rezession in Europa eintreten werde. Herr Kollege Suppan! Auch hier soll man nicht bewußt oder unbewußt versuchen, die Geschichte zu verfälschen.

Nicht nur wir, sondern die Fachleute — auch Ihre Fachleute!, das haben wir wiederholt hier erklärt — haben im Jahre 1965 deutlich gesehen, wie sich die Wirtschaft Österreichs und Europas in den nächsten zwei oder drei Jahren entwickeln wird. Es ist ja auch deshalb zu den Neuwahlen am 6. März 1966 gekommen, weil wir uns im Oktober 1965 nicht über das Budget für das Jahr 1966 einigen konnten, da Ihre Partei damals eine Investitionspolitik durchführen wollte, die nach unserer Auffassung gerade das Gegenteil von dem erreicht hätte, was wir erreichen wollten, nämlich dieser drohenden Wirtschaftsge-gefahr entgegenzuwirken. Wir sind deshalb dann nicht in die Regierung gegangen, weil Sie uns als Mehrheit Bedingungen stellen wollten, die — was auch schon von diesem Platz in den letzten Tagen wiederholt erklärt wurde — eine so große Partei, auch wenn sie

9796

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Czettel**

zur Minderheit geworden ist, einfach nicht annehmen konnte. Daher sagen Sie nicht, wir hätten Fahnenflucht begangen.

Jetzt regieren Sie allein, und jetzt müssen Sie das, was Sie machen, allein verantworten. Was in den letzten Tagen immer durchgeklungen ist, kommt mir so vor: Sie sehen Ihre Erfolge in dieser sehr interessanten Auseinandersetzung in der Regel dort, wo es Ihnen so recht und schlecht gelungen ist, das jetzt einigermaßen zu erhalten, was wir in der Koalition an Erfolgen errungen haben. Das sind Ihre größten Erfolge: was wir uns in der Koalitionszeit geschaffen haben, zu erhalten. Wir weisen nach, daß das nicht genügt. Sie haben nämlich auch vieles von dem, was wir in der Koalition geschaffen haben, wieder verspielt und preisgegeben. Kollege Suppan, blasen wir nicht in dieses Horn! Sie werden bei den kommenden Wahlen — ganz gleich, wann sie stattfinden werden — als alleinverantwortliche Regierungspartei dem österreichischen Volk Rede und Antwort stehen müssen.

Sehr interessant ist auch: Der Herr Finanzminister, der im Parlament sehr wortkarg ist und nur selten auf konkrete Vorwürfe antwortet, hat am vergangenen Wochenende in Oberösterreich laut einer Mitteilung in der Presse erklärt, diese Regierung habe mit ihrem Budget, also mit diesem Voranschlag, bereits die Weichen bis weit über das Jahr 1970 hinaus gestellt. — Phantastisch klingt das! Wenn man sich diese Weichenstellungen anschaut und den gleichen Finanzminister Koren und seine revidierte Budgetvorschau hennimmt, dann hat man eine konkrete Vorstellung, wohin diese Weichen gestellt sind, nämlich dahin, daß wir nach den Angaben des Herrn Professor Koren im Jahre 1970 mit einem Budgetdefizit von 15,8 und im Jahre 1971 mit einem solchen von 18,2 Milliarden rechnen müssen. Eine solche Weichenstellung für die Zukunft hätte sich das österreichische Volk bestimmt ersparen können. Darüber noch froh zu sein und dann zu sagen, den Minderheitsbericht der SPÖ könne man als „bequemen Schlagwortkatalog“ bezeichnen, nimmt uns nur wunder.

Unsere Alternative war heuer eindeutig unser Ökonomisches Programm, unser Wirtschaftsprogramm. Ich gebe zu, da kann man jetzt sagen, das sei ein Schlagwortkatalog. Dr. Staribacher hat aber in der Generaldebatte ziemlich überzeugend dargestellt, (Abg. Dr. Haider: „Ziemlich“ überzeugend!), wie sehr es die lebendige Politik betrifft.

Wenn dieses Wirtschaftsprogramm unter der Parole „Leistung, Aufstieg, Sicherheit“ steht, so verstehen wir Sozialisten unter „Leistung“ in diesem gesamtökonomischen Zusammenhang die bewußte, die planmäßige

Erschließung des wirtschaftlichen Reichtums unseres Landes, an dem jeder einzelne entsprechend seinen Fähigkeiten teilnehmen soll.

Wenn wir vom „Aufstieg“ reden, dann meinen wir — das geht aus dem Programm hervor — tatsächlich ein dynamisches Wachstum der Wirtschaft und somit auch der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages und eine Verwendung dieses Arbeitsertrages im Rahmen einer Politik, die dem kulturellen und sozialen Aufstieg der Menschen dienen soll.

Wenn wir in diesem Zusammenhang von „Sicherheit“ reden, meinen wir natürlich die Beseitigung aller Gefahren, die die schöpferische Leistungsfähigkeit, den wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aufstieg der Menschen bedrohen können.

Wenn wir derzeit an einem Human-Programm arbeiten, in dem der Versuch unternommen werden wird, die neuen Felder der Sozial-, der Bildungs- und der Kulturpolitik zu erschließen, in die die Politik noch nicht so bewußt zum Wohle der Menschen eingedrungen ist, werden wir auch über dieses Programm zu einem gewissen Stadium der Sicherheit der Menschen kommen, weil wir der Meinung sind, die Menschen unserer Zeit wollen sowohl in Freiheit als auch in Sicherheit leben. Es muß doch Aufgabe der Gesamt-politik sein, diesen natürlichen menschlichen Bedürfnissen entgegenzukommen.

Ich möchte heute über einen ergänzenden Begriff der Sicherheit reden, nämlich über die öffentliche Sicherheit. Dieser verfassungsrechtliche Titel ist nicht schön. Damit man aber die Bedeutung dieses Sicherheitsbegriffes einigermaßen erfassen kann, dürfte es doch am besten sein, darauf hinzuweisen, wo derzeit die öffentliche Unsicherheit herrscht und wie diese Unsicherheit aussieht.

Dazu möchte ich nur ein paar Zahlen nennen, die ich aus der Kriminalstatistik für das Jahr 1966 herausgeschrieben habe. Wir haben in Österreich im Jahre 1966 49 Morde gehabt, 72 Mordversuche, 18 Kindesmorde und 14 Totschläge. An leichten und schweren körperlichen Beschädigungen weist die Statistik für 1966 mehr als 31.000 aus. Einbruchsdiebstähle, Kraftfahrzeugdiebstähle und andere Diebstähle wurden rund 51.000 begangen; auch über 461 Raubfälle, 205 Brandstiftungen und 926 Delikte gegen das Waffengesetz berichtet die Kriminalstatistik. Und, was wir heute schon gehört haben: rund 2000 Tote, die jährlich der Straßenverkehr mit sich bringt.

Diese paar Zahlen — die Statistik geht ja noch viel weiter — beleuchten doch die Notwendigkeit, das Gebiet der öffentlichen Sicher-

**Czettel**

heit ernst zu nehmen. Andererseits dürfen wir aber nicht zulassen, daß unser Land jetzt ein kleiner Polizeistaat wird. Es ist notwendig, unentwegt an echten Reformen der Sicherheitsorganisation zu arbeiten, die den neuen Erfordernissen der Sicherheitsverwaltung entsprechen.

Ich möchte, bevor ich zu den konkreten und auch umstrittenen Problemen etwas sagen will, doch vorweg feststellen: Man wird die neuen Gefahren der öffentlichen Sicherheit — das haben wir immer vertreten — nicht allein mit Methoden und Aktionen der Polizei überwinden können. Ich bin persönlich der Meinung, daß angesichts dieser Zahlen, angesichts dieser Fakten vor allem auf dem Gebiet des Erziehungswesens mehr als bisher geschehen müßte. Ein Kind, das zu Hause oder in der Schule nicht lernt, vor dem anderen Menschen Achtung zu haben, wird später zwischen Dein und Mein nicht unterscheiden können, und der Weg vom kleinen Diebstahl zum Raub und von der kleinen Gewalttätigkeit zum Mord ist oft ein viel kürzerer, als viele von uns annehmen.

Ich möchte jetzt keinen Moralapostel spielen, aber ich meine: Solange der Playboy, das arbeitsscheue und verhätschelte Gespenst einer Jugendwelt, in den Illustrierten als das Idol der jungen Generation dargestellt wird, soll man sich nicht wundern, daß es in vielen Familien, in denen junge Menschen leben, zu Spannungen kommt, deren Entartungen unter Umständen Verbrechen sein könnten.

Wer nach einer faszinierenden Sportsendung im Fernsehen via Bildschirm aufgefordert wird, aus Dankbarkeit für die gute Sendung Schnaps zu trinken, wird gegebenenfalls schwer begreifen, daß er für eine böse Tat, in Trunkenheit begangen, bestraft werden muß. Ich möchte damit nur andeuten, daß die Erziehung im Zusammenhang mit der Überwindung der öffentlichen Unsicherheit eine große Rolle spielt und daß ihr in der gesamten Politik mehr Gewicht als bisher verliehen werden soll.

Warum sage ich Ihnen das? Weil wir Sozialisten nachweisen können — und damit komme ich zur Widerlegung einiger heute vorgebrachter konkreter Vorwürfe —, daß wir auch als Opposition, immer dann, wenn wir überzeugt worden sind, daß Maßnahmen beabsichtigt wurden, die zur Bekämpfung dieser großen Gefahren auf dem Sektor der öffentlichen Sicherheit notwendig waren, nicht nur mitgestimmt, sondern auch selber eine Reihe von Initiativen ergriffen haben und vielfach auch Vorlagen vorlagen, die die Regierung ins Haus gebracht hat, durch unsere konstruktive parlamentarische Tätigkeit verbesserten.

Herr Dr. Kranzlmaier und Herr Kollege Suppan! Welchen Sinn hat es denn, dem Obmann des Verfassungsausschusses, den Sie heute mehrmals zitiert haben, Vorwürfe zu machen? Die wichtigsten Vorlagen, die in den Verfassungsausschuß gekommen sind und von denen auch Sie wissen mußten, das sie die Zustimmung der Sozialisten erhalten könnten, wurden doch gerade durch die Mitarbeit der Sozialisten im Verfassungsausschuß erst gute, brauchbare Gesetze.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, weil das auch in das Gebiet der Sicherheitsverwaltung fällt, an das Waffengesetz erinnern. Das Waffengesetz ist gekommen, und da sind bei Ihnen einige Herren aufgetaucht — ich nenne jetzt keine Namen —, haben Veränderungen der Vorlage verlangt und in Ihrer Partei auch durchgesetzt. Wir haben damals diese Bemühungen als Anliegen der Waffenhändler qualifiziert, also jener Leute, die mit den Waffen in Österreich ein Geschäft machen wollen. Wir haben uns gegen diesen Geist gewendet, selber Vorschläge gemacht und im Zuge einer Enquête damals auch die Mithilfe vieler Experten, der Elternvereinigungen und der Kirchen erreicht. Es ist ein Gesetz zustande gekommen, mit dem man etwas anfangen kann, jedenfalls ein viel besseres Gesetz, als es ursprünglich ausgesehen hat, und zwar dank der Mitarbeit der Sozialisten.

Meine Damen und Herren! Sie haben uns ein Computergesetz vorgelegt, das die Datenverarbeitung bei der Strafregisterführung einführen soll. Wir haben an dem Gesetz mitgearbeitet, weil wir uns davon überzeugen ließen, daß eine moderne Sicherheitsverwaltung ein solches Elektronengehirn braucht.

Wir haben derzeit die Beratungen über das Waffengebrauchsgesetz. Wir werden nichthudeln, Kollege Suppan! Das Gesetz wird gründlich beraten werden müssen. Ob es vier oder fünf Wochen früher oder später fertig werden wird, ist wirklich nicht entscheidend. Aber haben Sie nicht auch das Gefühl, daß die Gesetzesbestimmungen durch unsere Initiative, eine Enquête durchzuführen, produktiver und konstruktiver geworden sind, als sie es gewesen wären, hätten wir das alles, was wir vorgeschlagen hatten, nicht durchgeführt?

Welchen Sinn hat es, uns so herzustellen, als würden wir aus Boshaftigkeit oder ganz gleich aus welchen Gründen in den wichtigen Fragen, die entschieden werden sollen, Schwierigkeiten machen?

Wir haben allerdings — und das geben wir gerne zu — einer Reihe von Gesetzen, die Sie eingebracht haben, keine Zustimmung gegeben, wir haben dagegen gestimmt, und waren

9798

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Czettel**

es Verfassungsgesetze, haben wir die Gesetz-  
wendung verhindert.

Meine Damen und Herren! Alles, was nach unserer Meinung zur Hebung der öffentlichen Sicherheit beitragen könnte, haben wir unterstützt und alles, was unserer Ansicht nach die öffentliche Sicherheit verschlechtern könnte, haben wir abgelehnt.

Wir haben das Kompetenzgesetz, das Sie 1966 eingebracht haben, abgelehnt. Meine Damen und Herren! Wo sind denn jetzt ein paar Bauern? — Ich bitte Sie: Geben Sie mir jetzt recht oder nicht: Wir haben Ihnen damals zum Beispiel nicht nur gesagt, daß es sinnlos ist, jetzt wichtige Sicherheitskompetenzen des Innenministers an die Landeshauptleute und an die Bezirkshauptleute abzugeben. Das haben Sie mit einem einfachen Gesetz zustandegebracht, Sie spüren heute selber, wohin das führt. Aber Sie haben damals auch dem Innenministerium die Ernährungskompetenz weggenommen, und zwar mit der Begründung: Die Zeit ist vorbei, in der die Konsumenten einen eigenen Schutz im Innenministerium brauchen. Die Konsumenten bei Ihnen haben sich nicht durchgesetzt, und das Landwirtschaftsministerium hat allein diese Kompetenzen bekommen.

Jetzt erinnere ich Sie an folgendes: Die ganze Zeit, solange es einen roten Innenminister gegeben hat, hat Ihr „Bauernbündler“, haben Sie, die Sprecher in den Bauernversammlungen, den Bauern eingeredet: Ihr kriegt ja deshalb nicht mehr für euer Schlachtvieh, weil der rote Innenminister derartigen Wünschen nicht zustimmt!, was sachlich völlig falsch und sinnlos war. Aber das war damals Ihre Ausrede. Jetzt hat diese Kompetenz nur die ÖVP und nur ein Minister, und noch dazu der Landwirtschaftsminister, von dem man doch annehmen könnte, er werde jetzt allein, ohne das Vetorecht eines „roten“ Innenministers, leichter mit diesen Problemen fertig werden. Ich darf nur ein paar Zahlen nennen: 1965 haben die Bauern für das Einstellvieh pro Kilo Lebendgewicht 17 S bekommen, weil der rote Innenminister angeblich nicht zugestimmt hat, daß die Preise steigen dürfen. Jetzt, nach zweieinhalb Jahren ÖVP-Alleinregierung, kriegen die gleichen Bauern 15 S! Ich frage Sie: Wer hat jetzt die Schuld? Im Jahre 1955 hat der Bauer ... (Widerspruch bei der ÖVP.) In Lassee habe ich mir am Samstag das alles aufgeschrieben. (Ruf bei der ÖVP: Herr Abgeordneter! Da hat es ja keine Abschöpfung gegeben!) Wichtig ist, was der Bauer kriegt, nicht die Abschöpfung. Im Jahre 1955 hat der Bauer für das Kuhfleisch 11 bis 12 S bekommen. Stimmt's? Die dürre Wurst hat also damals 15, 16, 17 S per Kilo gekostet.

Am Samstag haben mir die großen und die kleinen Bauern bei einer Versammlung in Lassee gesagt, jetzt kriegen sie für das Kilo Kuhfleisch 12 S, aber die dürre Wurst kostet 24 S. Ich habe den ganzen Katalog dieser Preise da.

Ich wollte nur sagen: Dieses Kompetenzgesetz haben Sie geändert, ich weiß schon; es heißt, davon verstehen wir nichts. Sie haben immer die Bauern mit dem Schmäh von den wirklichen Problemen abgelenkt, ihnen gehe es deshalb so schlecht, weil die Sozialisten den Innenminister haben. Diese Zeit ist vorbei. Die Kompetenz haben Sie jetzt demjenigen gegeben, der versprochen hat, er werde es besser machen. Schlechter ist es geworden.

Wir haben dem Gesetz zur Auflösung der Sicherheitsdirektionen, das nur ein Verfassungsgesetz sein konnte, nicht zugestimmt. Ich will jetzt keine lange Debatte über die Sicherheitsdirektionen führen. Wir haben das schon wiederholt in diesem Haus gemacht. Nur noch eine kleine Rückblendung: Der einzige und ausschließliche Grund, warum wir diesem Gesetz nicht zugestimmt haben, war, daß wir nicht mitschuldig werden wollten an einer Zersplitterung des Sicherheitswesens in Österreich. Das wissen Sie ganz genau. Daher tun Sie jetzt nicht so, als hätten wir in dieser Entscheidung keine Bereitschaft gezeigt, den Grundsätzen des Föderalismus gerecht zu werden!

Wir haben dem Bannmeilengesetz nicht zugestimmt; Sie haben es allein beschlossen. Herr Dr. Kranzlmaier, auch wenn Sie jetzt Beschlüsse der Präsidialkonferenz aus dem Jahre 1963 zitieren, wissen Sie ganz genau: Als wir uns dann zusammengesetzt und gemeint haben: Jetzt prüfen wir das alles bis ins letzte!, haben wir sehr bald gesagt, es könnte keine Bannmeile, die realisierbar ist, zustandekommen. Wir Sozialisten haben gemeint, auf der einen Seite solle es durch ein solches Gesetz zu keiner Einschränkung der Versammlungsfreiheit kommen, und auf der anderen Seite solle es doch nicht für die Sicherheitsbehörde, noch dazu auf dem Wiener Boden, wo die Sicherheitswache in der Zweiten Republik einen international anerkannten Stil entwickelt hat, zu Fallen kommen, die doch letzten Endes wieder nur der Sicherheitsbehörde Schaden können. Sie haben dieses Gesetz beschlossen, wir haben nicht zugestimmt.

Wir haben — das ist auch schon wiederholt zum Ausdruck gebracht worden — durch eine Reihe von Entschließungen unseren Beitrag geleistet. So haben wir die Bundesregierung aufgefordert, ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung des Verkehrstodes auszuarbeiten. Es hat heute mein Parteifreund

**Czettel**

Eberhard sehr eindrucksvoll darüber gesprochen. Wir warten auf das Konzept der Regierung, das dem Parlament vorgelegt werden soll. Das geschah nicht aus parteipolitischem Hader, sondern angesichts 2000 Verkehrstoter im Jahr — das ist ein kleiner Kriegsschauplatz in Europa, über den man viel zuwenig redet.

Wir haben gegen den Einsatz des Bundesheeres an der österreichisch-italienischen Grenze Stellung bezogen. Kollege Hetzenauer! Ich darf Sie daran erinnern, daß Sie damals mit aller Vehemenz in dem in der Sommerzeit einberufenen Parlamentsausschuß Ihre Auffassung vertreten haben. Jetzt haben wir einen anderen Innenminister, der sagt: Es geht ja anders auch, es kann ja auch die Polizei, die Gendarmerie diese Aufgaben übernehmen. Wir haben, glaube ich, auch in dieser Sache recht gehabt.

Jetzt stehen alle diese Spionagefälle zur Debatte. Heute wurde viel darüber gesprochen, ich habe auch schon in der Generaldebatte dazu Stellung genommen. Ich möchte daher nur ein grundsätzliches Wort dazu sagen: Wir werden nie als Partei und als öffentliche Funktionäre von den Bemühungen ausländischer Agentengruppen verschont bleiben. Darüber soll es keinen Streit geben. Ich will nur klarstellen: Wir waren es nicht, die gesagt haben: Die Beamten des Innenministeriums werden verdächtigt! — Wir haben immer bestritten, daß Euler ein Beamter des Innenministeriums war. Wenn heute behauptet worden ist — Dr. Kranzlmayr, es tut mir leid, daß ich Sie wieder widerlegen muß —, daß der Fall der heute schon mehrfach zitierten „blonden Helga“, oder wie sie heißen hat, unter meiner Ressortführung stattgefunden hat, so möchte ich dazu sagen: Glauben Sie mir — das wird auch von den Fachleuten bestätigt —, dieser Fall war zu einer Zeit, da war ich noch gar nicht im Innenministerium. (Abg. Dr. Kranzlmayr: *Habe ich nicht behauptet!*) Freilich, das ist doch heute wiederholt da gesagt worden. (Abg. Dr. Kranzlmayr: *Ich habe nicht behauptet, als Innenminister, sondern in einer Parteiversammlung!*) Das war etwas anderes, ich weiß auch, was Sie meinen, aber ich will nur klarstellen: Die „blonde Helga“ war eine Angestellte des ÖVP-Generalsekretariats; sie ist geflohen. Wir wissen, welche Absichten und Aufgaben die „blonde Helga“ und mit ihr die anderen gehabt haben. Aber damit nicht der Eindruck entsteht, der Czettel hätte da einer schönen Frau zur Flucht verholfen, möchte ich feststellen: Ich habe wirklich nichts mit dieser Frau zu tun gehabt, ob Sie es mir jetzt glauben oder nicht! (Heiterkeit.)

Ich habe diese paar Beispiele nur erwähnt, um Ihnen darzustellen, daß es nicht so ist, wie Sie immer sagen: Weil wir in Opposition sind, stehen wir im Winkel. Nein, dort, wo wir davon überzeugt waren, daß etwas Gutes beabsichtigt ist, haben wir mitgearbeitet, selber Initiativen entwickelt, haben uns mitunter auch durchgesetzt. Jawohl, das möchte ich hier offenherzig sagen. Und wir haben bei dem, wovon wir überzeugt gewesen sind, daß es falsch ist, nicht mitgemacht. Das ist unser gutes Recht. Aber es steht fest, daß natürlich alle Probleme der öffentlichen Sicherheit in dem Maße, in dem neue Gefahren auf die Menschen zukommen, auch mit anderen Augen gesehen werden müssen und mit anderen Methoden gehört werden müssen als bisher.

Es ist zum Beispiel überraschend, Herr Innenminister: Da weiß jetzt ganz Österreich, daß mit Jahresende der höchste Chef, der höchste Beamte der Sicherheitsverwaltung, der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit in den Ruhestand treten wird. Das weiß man. Jetzt werden Sie wiederholt gefragt: Wer wird denn sein Nachfolger? Das ist nicht Neugier wie bei einem kleinen Buben. Meine Damen und Herren! Ich frage Sie: Fällt Ihnen nicht auf, daß das unmöglich ist? Da geht der höchste Beamte, der für die Aufrechterhaltung von Ordnung, Ruhe und Sicherheit verantwortlich ist, in Pension, und vier Wochen vor diesem Zeitpunkt hört man: Wir werden eine Lösung bringen, die alle überraschen wird! Und dann hört man wieder: Mit dem geht's nicht! Dann hören wir wieder: Für den gegenwärtigen Chef ist ein Antrag auf Verlängerung seiner Dienstzeit im Ministerrat eingelangt. — Ja was wäre denn dabei — ich bettele jetzt nicht darum —, das bekannt zu geben? (Bundesminister Soronics: *Ich sage es gleich!*) Die Macht, diesen Mann zu bestellen, haben ohnehin nur Sie. Aber wenn Sie es gewußt haben und nicht rechtzeitig den Parteien dieses Hauses Informationen gegeben haben, dann muß ich sagen: Mit dieser Methode leisten Sie der Geheimniskrämerei in diesem Land Vorschub. Denn der Generaldirektor für die Sicherheit wird wahrscheinlich auch existieren, wenn es in Österreich wieder andere Machtverhältnisse gibt, da müssen ja auch wir mit diesem Menschen zusammenarbeiten können. Oder soll es so weitergehen, daß jede Partei immer die Beamten hinausschmeißt oder auswechselt?

Die zweite Alternative könnte lauten: Sie wissen es bis heute noch nicht, oder Sie haben bis heute keinen Beamten dafür. — Da muß ich sagen: Dazu haben Sie aber zweieinhalb Jahre Zeit gehabt. Wenn Sie in diesen zweieinhalb Jahren nicht in der Lage waren, klar

9800

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Czettel**

zu sehen, wer mit Ende des Jahres 1968 den Herrn Sektionschef Dr. Seidler ablösen soll, dann stellen Sie sich doch ein Armutzeugnis aus. Kommt Ihnen das nicht zum Bewußtsein? Wir sind ja neugierig, welche „überraschende Lösung“, die der Herr Innenminister angekündigt hat, nun der Öffentlichkeit mitgeteilt werden wird.

Ich möchte nun, weil derartige Fragen zur Diskussion stehen, zu einigen konkreten Dingen, die sich in den letzten Tagen ereignet haben und die teilweise der Herr Innenminister auch heute von der Regierungsbank aus angekündigt hat, Stellung nehmen.

Herr Innenminister! Sie haben heute eine Resolution verlesen und haben gesagt, das sei eine spontane Resolution der Beamten des Innenministeriums. Geben Sie mir 5 Minuten Zeit, um Ihnen den Sachverhalt darzustellen, damit das Hohe Haus sieht, was es in Österreich alles gibt.

Hier im Parlament gibt es eine Auseinandersetzung, der Abgeordnete Weikhart steht da und sagt: Ich habe gehört, Herr Innenminister, Sie haben einen Schreibtisch aufgebrochen, und wenn Sie mir jetzt sagen .... Inzwischen ruft der Innenminister: Nein! Darauf sagt Kollege Weikhart: Ich nehme es zur Kenntnis. — Damit war eigentlich eine Klarstellung erfolgt. Ich war auch der Meinung, das ist erledigt.

Am 28. November — also zwei Tage später — bekommen alle A-Beamten, also die leitenden Beamten des Innenministeriums, die Einladung zu einer Dienstbesprechung; es kann sich ja nur um eine solche handeln, wenn der höchste Beamte des Hauses zu einer solchen einlädt. Dort wird ihnen eine Darstellung des Sachverhaltes gegeben, nach der Weikhart oder andere Abgeordnete gesagt haben sollen, sie hätten diese Information über den Schreibtisch von höheren Beamten. Da wird jetzt in einer Dienstbesprechung, an der die höchsten Beamten teilgenommen haben, Solidarität mobilisiert: Das können wir uns nicht gefallen lassen, da steht mehr auf dem Spiel.

Und die sogenannte spontane Resolution, Herr Innenminister, beginnt mit den Worten: „Die Konzeptsbeamten des Bundesministeriums für Inneres haben sich in einer am 28. November 1968 stattgefundenen Besprechung einstimmig und entschieden gegen die in der Öffentlichkeit vorgebrachte Behauptung verwahrt, leitende Beamte des Ministeriums hätten Mitteilungen über Vorgänge aus dem internen Geschäftsbetrieb des Ministeriums an außenstehende Personen gelangen lassen“.

Nachdem man die Resolution vorgeschlagen hat — und jetzt kommt etwas, was eigentlich vom Stil her ganz interessant ist und was

20 Jahre in diesem Ministerium nicht möglich war —, wird abgestimmt. Und das bei einer Dienstbesprechung unter dem Vorsitz des höchsten Beamten dieses Hauses. Schön, vielleicht erleben wir eine Zeit, in der die Verwaltung auch diese Art der Demokratie praktiziert. Vielleicht, ein bißchen können wir ja Träumer sein.

Aber jetzt stellen wir uns vor: Es kommen die Beamten zu uns ins Parlament, was doch ihr gutes Recht ist, wenn sie zu einer Versammlung eingeladen werden, auf der ihnen mitgeteilt wird, was im Nationalrat los ist, ohne daß man ihnen die Unterlagen, das Protokoll gibt. Wir sagen: Am besten ist, ihr schaut euch das Protokoll an. Die Beamten schauen sich das Protokoll an und stellen fest: Ja, das stimmt ja gar nicht, was man uns gesagt hat! Die Versammlung war vorbei. Es ist keiner von den Einberufern dieser Versammlung auf die Idee gekommen, das Protokoll hinzulegen, was doch gerade bei den höchsten Beamten des öffentlichen Dienstes als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt werden müßte. Diese Beamten schauen sich jetzt das Protokoll an und kommen zu der Auffassung: Das stimmt nicht. Da gibt es dann drüber ein paar Männer, die gesagt haben: Da sind wir ums Bein gehauen worden! Sie setzen sich hin und verfassen etwas als sozialistische Akademiker, die auch eingeladen worden sind und auch mitstimmen sollten. Ein paar haben zwar nicht mitgestimmt; aber ich nehme es keinem übel, der mitgestimmt hat. Wenn der höchste Vorgesetzte zu einer Besprechung einlädt, und dann wird abgestimmt, wer soll denn da zurückbleiben? Und nun erklären die sozialistischen Beamten, die sich über den wahren Sachverhalt erkundigt haben, wörtlich:

„Die Sozialistischen Akademiker im Bundesministerium für Inneres erklären, daß sie an der am 28. November 1968 im Auftrage des Herrn Bundesministers einberufenen und vom Herrn Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Sektionschef Dr. Seidler geleiteten Zusammenkunft der Konzeptsbeamten des Bundesministeriums für Inneres durch eine unrichtige Darstellung einer Erklärung des sozialistischen Abgeordneten Weikhart in der Parlamentsdebatte vom 26. November veranlaßt worden sind, dem diesbezüglichen Teil der bei dieser Zusammenkunft gefaßten Resolution zuzustimmen“, den ich da genannt habe.

Diese Beamten haben noch die Anständigkeit und gehen mit diesem Entwurf, den zwei Vertreter dieser Gruppe der Beamenschaft unterzeichnet haben, zum Herrn Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit und sagen: So, Herr Generaldirektor, das ist jetzt unsere Erklärung, wir verlangen jetzt —

**Czettel**

das steht auch drinnen —, daß Sie das, was Sie gestern offenbar falsch dargestellt haben, vor dem gleichen Teilnehmerkreis dieser Veranstaltung richtigstellen. — Na klar, anders geht es doch bei der Beamtenchaft nicht. Und sie sagen: Bitte, nehmen Sie zur Kenntnis, wir gehen jetzt zu unseren Abgeordneten ins Parlament! Sie sind gekommen, haben uns das mitgeteilt und haben mich auch ermächtigt, das hier vorzulesen.

Drei Fragen! Die erste, die ich auch schriftlich in einer Anfrage an den Herrn Innenminister gestellt habe: Hat der Herr Innenminister von dieser Veranstaltung und von der Art, wie diese Veranstaltung vor sich gegangen ist, etwas gewußt?

Die zweite: Hat er erfahren, daß dort abgestimmt worden ist, nachdem er selber hier an der umstrittenen Auseinandersetzung teilgenommen hat, und hat er etwas unternommen, um diese bewußt oder unbewußt irregeführte Beamtenchaft über den wahren Sachverhalt aufzuklären? Denn wenn in meinem Hause eine Dienstbesprechung stattfindet, bei der falsche Mitteilungen gemacht werden, muß ich als Chef, wenn ich von diesem Tatbestand Kenntnis bekomme, dafür sorgen, daß das in Ordnung gebracht wird.

Und drittens möchte ich sagen: Meine Damen und Herren! Ich hoffe, ich bekomme eine schriftliche Beantwortung, die den Sachverhalt darstellt. Aber eines bitte nehmen Sie jetzt zur Kenntnis: Wenn wir draufkommen, daß Sie jetzt einen Beamten, der den Mut gehabt hat ... (Abg. Krottendorfer: Schon wieder einmal!) Seien Sie mir nicht bös, ich achte diese Menschen, die zu uns gekommen sind, um uns zu ermächtigen, das so darzustellen. Wenn wir das Gefühl haben, daß nur einem Beamten seiner Haltung wegen irgendetwas an Drohungen entgegengesetzt wird — ich formuliere das sehr vorsichtig —, dann nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir mit diesen Fällen genauso wie mit den bisherigen, Herr Kollege Regensburger — zum Beispiel dem Bezirksinspektor von Baden, ich erinnere an diesen ganzen Katalog der vier, fünf Fälle, die ich selber hier zur Sprache gebracht habe —, ins Parlament kommen.

Ich habe das ganz leidenschaftslos vorgebracht, weil ich es für unmöglich finde, daß die höchsten Beamten durch eine falsche Darstellung in einen Gegensatz zum Haus der Gesetzgebung kommen; denn das, was diesmal dem Weikart passiert ist, passiert übermorgen in einem anderen Ministerium dem Weisz und so weiter. Ja sollen wir uns so, ganz gleich aus welchen Motiven, von einigen Menschen, die offenbar nicht wissen, was sie zu tun haben, in einen Gegensatz zu einer Beamten-

schaft treiben lassen, von der wir wissen, daß sie fleißig gearbeitet hat, der wir unseren Dank aussprechen wollen und mit der wir auch zusammenarbeiten wollen? (Beifall bei der SPÖ.)

Das nächste Kapitel — Dr. Kranzlmayr, Sie haben auch dazu Stellung genommen — betrifft die Wirtschaftspolizei. Wir haben heute schon — ich bin Ihnen dankbar, daß Sie den Anlaß dieser neuen Situation geschildert haben — von dem Verfassungsgerichtshof erkenntnis gehört, das ich auch hier habe, und das sagt: Es ist nicht möglich, daß eine Behörde eines ihrer Organe in einem fremden Behördenbereich tätig werden läßt. Ausgelöst wurde dieses Erkenntnis durch eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof im Zusammenhang mit Amtshandlungen der Wirtschaftspolizei in Vorarlberg, in Bregenz. Und jetzt sagt der Herr Innenminister und sagen Sie: Gut, wir nehmen das zur Kenntnis — was auch richtig ist —, aber wir werden jetzt in jedem einzelnen Fall, wo eine andere Behörde die Wirtschaftspolizei, die ja nur eine Abteilung der Wiener Polizeidirektion ist, in Anspruch nehmen will, Dienstzuweisungen vornehmen.

Ich kann mir jetzt folgendes vorstellen und bin ein bissel boshaft, das sage ich gleich, aber mißtrauisch muß man sein. Ich habe auch meine Erfahrungen. Jetzt steht auch fest, daß solche Dienstzuweisungen für Amtshandlungen der Wirtschaftspolizei zur Sicherheitsbehörde erster Instanz erfolgen werden. Der große Teil der Sicherheitsbehörden erster Instanz sind die Bezirkshauptleute. Also dort, wo es keine Polizeibehörde gibt, sind die Bezirkshauptleute Sicherheitsbehörde erster Instanz.

Es gibt Korruptionsfälle oder sonstige Wirtschaftsdelikte. Wir sind ja nicht gefeit davor, wir wissen auch, wie manche Dinge behandelt werden. Sooft ich an den Fall Viktor Müllner denke, kriege ich heute noch eine Ganslhaut, auch über das Verhalten der Leute, die damals alle Ursachen gehabt hätten, mitzuhelfen. Denn als ich noch in den Jahren 1965 und 1966 die Wirtschaftspolizei beauftragt habe, den Fall Müllner zu untersuchen, hat Ihr Generalsekretär in einer Presseaussendung erklärt, das sei nur ein Wahlmanöver, man mißbrauche hier die Wirtschaftspolizei. Das war doch Ihre bisherige Einstellung in den entscheidenden Dingen.

So kann ich mir jetzt vorstellen: Ein Bezirkshauptmann bekommt die Fachleute, und über den Bezirkshauptmann erfolgt der Einsatz dieser Experten, also der Beamten der Wirtschaftspolizei. Bisher war es nämlich — und das soll das Hohe Haus wissen — eigentlich unter jedem Minister so: Wenn ein Gericht,

9802

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Czettel**

ein Untersuchungsrichter, eine Justizbehörde, ganz gleich, in welchem Teil Österreichs, ein Wirtschaftsdelikt behandeln mußte, dann hat man eben die Organe der Wiener Wirtschaftspolizei angefordert. Es hat keinen Innenminister gegeben, glaube ich, der für diese Tätigkeit der Organe der Wirtschaftspolizei im Auftrage und nach Ersuchen von gerichtlichen oder Justizorganen gesagt hätte: Ihr müßt das und das machen! Für mich und, ich glaube, auch für andere Innenminister war es daher klar, daß in dem Augenblick, in dem solche Begehren gestellt wurden, die Beamten unmittelbar der anfordernden Stelle unterlagen, also was die Amtshandlungen anlangt, nicht dienstrechtlich und gehaltsrechtlich natürlich.

Und nun wird gesagt: Wir werden in jedem einzelnen Fall, in dem diese Organe angefordert werden, entscheiden, daß wir den Beamten dienstzuteilen. Jetzt übernimmt das der Innenminister de facto und de jure; es ist ja klar, er muß ja entscheiden. (*Abg. Doktor Kranzlmayr: Wie wollen Sie es sonst machen?*) Ich danke für den Zwischenruf. Das ist immer bei einer Diskussion das entscheidende, daß man zu einer Schlußfolgerung kommt.

Das Übergangsgesetz 1929 gibt ja dem Innenminister zunächst einmal die Möglichkeit, durch Verordnung generell festzulegen. Ich weiß schon, wir haben es bis jetzt nicht gebraucht, weil der andere Weg der praktikablere und der erfolgreicher war. Ich frage zunächst einmal: Warum macht man von dieser Verordnungsermächtigung nicht Gebrauch, die das gleiche erreicht wie die jeweilige konkrete Dienstzuweisung? Der Herr Innenminister hat bei einer diesbezüglichen Auseinandersetzung im Finanzausschuß bei dem Kapitel Inneres auf die Frage, was er denn jetzt machen wird, um von dem Verdacht frei zu werden, daß es in seiner Hand liegt, ob ein Fall durch Organe der Wirtschaftspolizei untersucht wird oder nicht — denn theoretisch, das müssen wir sagen, besteht die Möglichkeit, daß irgendein Innenminister einmal sagt: Nein, ich weise jetzt niemand zu, denn der Fall interessiert mich nicht!; derjenige, der die Organe beansprucht, hat ja kein Zwangsmittel —, gesagt, daß er jetzt kein Verfassungsgesetz vorlegt, denn angeblich haben die Sozialisten erklärt, daß sie Regierungsvorlagen mit verfassungsändernden Wünschen keine Zustimmung geben werden. Ich möchte daher zu diesem Sachverhalt folgende Entschließungsantrag einbringen:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Im Hinblick darauf, daß gemäß der Erklärung des Herrn Bundesministers für Inneres nach der derzeitigen Rechtslage die bei der Bundespolizeidirektion Wien einge-

richtete Wirtschaftspolizei selbständige (also der Bundespolizeidirektion zurechenbare) Amtshandlungen außerhalb des Bundeslandes Wien nicht vornehmen darf, wird die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich eine Regierungsvorlage einzubringen, durch welche eine gesetzmäßige Basis für selbständige Amtshandlungen der Wirtschaftspolizei im gesamten Bundesgebiet geschaffen wird.

Sollen sich jetzt einmal die Juristen den Kopf zerbrechen. Ich bin überzeugt, daß das wichtig ist, denn, meine Damen und Herren, das müssen wir zur Kenntnis nehmen: In einer Wirtschaft, die allmählich Formen annimmt, die mit den Entwicklungen vergangener Jahrzehnte nicht zu vergleichen sind, gibt es auch die Gefahr der Wirtschaftsdelikte, und dieses Feld ist viel zuwenig von den Sicherheitsbehörden zu durchschauen. Wir haben tatsächlich in den Bundesländern viel zuwenig geschulte Beamte und Organe. Wir haben zurzeit nur in Wien diese Abteilung der Wiener Polizeidirektion. Man soll also zunächst als Übergang, bis zu jener Zeit, in der wir vielleicht in allen Behördenbereichen solche Abteilungen mit Fachleuten haben, ein Gesetz vorlegen, das den Einsatz der derzeit bestehenden Abteilung im ganzen Bundesgebiet sicherstellt und gewährleistet.

Ich bitte das Hohe Haus, auch dieser Entschließung zuzustimmen. Sie wird sicherlich die Sicherheitsbehörde und, ich glaube, auch den Innenminister in die Lage versetzen, mit den immer stärker werdenden Problemen auf diesem Gebiet leichter fertig zu werden, als das nach seiner geäußerten Absicht möglich sein wird.

Ich habe noch einen konkreten Fall, meine Damen und Herren, der mich als Niederösterreicher besonders interessiert. Gestatten Sie mir daher, daß ich auch dazu etwas sage.

Das größte Bundesland der Republik mit seinen besonderen Sorgen — das darf ich wahrscheinlich auch im Namen der Niederösterreicher von der anderen Seite sagen — hat Gott sei Dank jetzt die Chance, durch die Aktivität der Sozialistischen Partei, hinter der jetzt auch die ÖVP nachhinkt ... (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Ing. K. Hofstetter: Gut gesagt!*) Das ist ja bitter wahr, aber Sie wollen es nicht wahrhaben, ich verstehe Sie schon, Sie werden gleich sehen, meine Herren, worauf ich hinwill. Das ist ja auch ein kleiner Schandfleck, der Sie trifft und nur Sie trifft. Jetzt ist endlich die Politik in Niederösterreich in einem Gleis, von dem man annehmen kann, daß sie konzeptiv geführt werden kann. Der Müllner-Skandal ist jetzt einigermaßen überwunden.

**Czettel**

Nun haben die Sozialisten in diesem Land seit drei Jahren ihre Raumplanungstätigkeit, sie haben jetzt auch den Niederösterreich-Plan erarbeitet, den ich Ihnen in den nächsten Tagen zuschicken will. Ich hoffe, Sie werden ihn lesen. Diese Arbeit haben die Sozialisten mit Hilfe von Wissenschaftlern und Experten in mühevoller Kleinarbeit geleistet. Das Forum, das diese Arbeiten eingeleitet und durchgeführt hat, war ja groß, es waren immerhin 400 bis 500 Leute: Bürgermeister, Industrielle, Gewerbetreibende und so weiter. Dieses Forum haben wir schon vor drei Jahren „Niederösterreichische Raumplanungskonferenz“ genannt. Es ist das ein seriöser Name.

Als wir jetzt den Niederösterreich-Plan fertigstellten, haben wir gesagt: Es wird gut sein, nachdem sich diese Einrichtung bewährt hat, diese Einrichtung auch als Verein anzumelden. Warum denn nicht? Wir haben, wie es üblich ist, den Antrag bei der Vereinsbehörde gestellt. Und dann bekommen wir von der zuständigen Sicherheitsdirektion den Bescheid, daß leider diese Vereinsbildung nicht möglich sei, weil es in Niederösterreich im Zuge eines Raumordnungsgesetzes, das der Landtag beschlossen hat, einen Raumordnungsbeirat gibt, der die Aktivitäten, die dieses Gesetz ermöglicht, unterstützen soll. Es könnte nun jemand die „Niederösterreichische Raumplanungskonferenz“ mit dem „Niederösterreichischen Raumordnungsbeirat“ verwechseln. Weil diese Verwechslung doch zum Schaden der Bemühungen des Landes gehen könnte, könne der Verein mit diesem Titel nicht genehmigt werden. (Abg. Steininger: Das ist Willkür! Das ist ja faschistisch!)

Ich habe mir den ganzen Schriftwechsel zur Hand genommen. (Abg. Dr. Gruber: Fast wie bei der „Sozialdemokratischen“ Partei!) Aber, Dr. Gruber, Sie reden von den Rüben, während ich von den Erdäpfeln rede. (Beifall bei der SPÖ.) Warum lenken Sie von einem Problem ab, das wirklich eine Bedeutung hat?

Meine Damen und Herren! Hier ist die Weisung des Herrn Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, Dr. Seidler, an die zuständige Sicherheitsdirektion, dieses Ansuchen abzulehnen und die Vereinsbildung mit diesem Namen zu untersagen. (Abg. Steininger: Die Sorgen möchte ich haben, die der hat!) Ich habe auch ein Schriftstück, in dem der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich den Anstoß gibt: Das können wir uns nicht leisten, daß jetzt neben dem Raumordnungsbeirat, einem kleinen Kreis, jetzt eine Raumplanungskonferenz existiert, die allerdings schon bestanden hat, bevor es noch den Raumordnungsbeirat gegeben hat. Wir haben Berufung eingelegt.

Warum sage ich Ihnen das? Meine Damen und Herren! Ich sage hier, daß es sehr verdächtig ausschaut, wenn so etwas die höchste Sicherheitsbehörde, nicht die Wiener Polizeidirektion, die die schriftliche Weisung bekommen hat, sondern die höchste Sicherheitsbehörde Österreichs, die Generaldirektion macht. Natürlich hat die ÖVP Niederösterreichs alles Interesse daran, uns umzubringen. Das wissen wir doch. Das Gewicht der Behörde soll eingelegt werden.

Haben Sie das notwendig, Herr Innenminister? Hätte es Ihnen etwas ausgemacht, da Sie ja gewußt haben, wozu es hier kommt, wenn Sie gesagt hätten: Meine Herren, diese Spaßetteln erlauben wir uns nicht! Genau dasselbe könnten wir von den „Raumpflegestationen“ sagen. Ich habe in der Silbergasse ein Geschäft gesehen, auf dem in großen Lettern gestanden ist: „Raumpflegeeinrichtungen“. Ja wohin führt denn das, wenn man alles, was mit „Raum“, mit „Pflege“ und mit „Ordnung“ zusammenhängt, jetzt verboten wird, damit fünf Leute in einem Raumordnungsbeirat angeblich rechtlich genug geschützt sind?

Ich glaube, hier kommt das Ministerium in den Verdacht, sich parteipolitisch zu engagieren. Ich möchte Sie rechtzeitig bitten, meine Damen und Herren von der ÖVP: Hören Sie in Niederösterreich endlich mit dem Spiel auf, ehrliche Bemühungen einer großen Bewegung in diesem Land zur Behebung der nachweislichen Strukturschwächen jetzt mit solchen Giftspritzern zu behindern! Was hat das für einen Sinn, wenn man weiß, daß in diesem Niederösterreich, meine Damen und Herren, 42 Prozent der Menschen in Betrieben arbeiten, die zum Schrumpfen verurteilt sind? Wenn man weiß, daß 80 Prozent aller gewerblichen Betriebe Niederösterreichs nach dem EWG-Muster als Kleinst- und Kleinbetriebe zu qualifizieren sind! Wenn man weiß, daß 80 Prozent der Agrarbetriebe unter 20 ha groß sind und 47 Prozent dieser Agrarbetriebe kleiner als 5 ha sind! Wenn man weiß, meine Damen und Herren, daß nur 0,78 Prozent aller nichtlandwirtschaftlichen Betriebe in Niederösterreich 100 und mehr Beschäftigte haben! Wenn man in diesem größten Land jetzt endlich nach den Jahren der Müllner-Korruption, die dem Land und den 1,3 Millionen Niederösterreichern soviel Schaden gebracht hat, darangeht, die Ärmel aufzusticken, dann soll man jetzt nicht eifersüchtig sein, weil wir die Schnelleren, die Produktiveren und die, wie ich auch glaube, Überzeugenderen gewesen sind! Nein, man soll jetzt — das ist ein Appell an alle guten Geister, an alle Demokraten guten Willens aus Niederösterreich, die auch

9804

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Czettel**

in diesem Parlament sind — diese kleinlichen Eitelkeiten und Eifersüchtelein weglassen! Man soll dem Kanzler allen Ernstes sagen: Misch dich du jetzt nicht in die Probleme dieses großen Landes!

Helfen wir im produktiven Sinn zusammen, die Probleme Niederösterreichs zu lösen, und hören wir auf mit Sticheleien wie diesen, die dazu beitragen könnten, das ohnehin angeschlagene Gesicht des Innenministeriums noch mehr zu lädieren! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Der vom Herrn Abgeordneten Czettel eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Innenminister Soronics. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Inneres Soronics: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Czettel hat neben einer Reihe von Fragen, die er an mich gerichtet hat, auch einige grundsätzlicher Natur angeschnitten. Ich möchte auf diese Fragen sofort eingehen, weil es mir wichtig erscheint, daß die sofort klargestellt werden.

Zunächst einmal zur Frage Spitzelakte — neuerliches Mißtrauen.

Herr Abgeordneter! Ich versichere Ihnen, daß die von Ihnen und mit meiner Mitwirkung damals beschlossene Geschäftsordnung heute noch in Kraft ist. Ich kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß sich die Beamten strikte an diese Richtlinien halten. (Rufe bei der SPÖ: Wo ist der Kranzlmayr? Das ist die Antwort an Kranzlmayr!) Ich meine daher, daß auf diesem Gebiete nicht neues Mißtrauen gesät werden soll, denn ich glaube mit ruhigem Gewissen sagen zu können (Abg. Steininger: Reden Sie da hinüber! — Abg. Libal: Das sagen Sie Herrn Kranzlmayr!), daß wir uns damals ehrlich und redlich bemüht haben, diese Dinge zu bereinigen.

Allerdings, Herr Abgeordneter, muß ich Ihnen sagen, daß selbstverständlich eine Reihe von Akten übriggeblieben sind, die jetzt verschlossen sind. Ich habe von dem Bestehen irgend eines Aktes — ob der vorhanden ist oder nicht vorhanden ist — keine Ahnung! (Abg. Weikhart: Aber der Kranzlmayr? Der schon! — Abg. Jungwirth: Hat der Kranzlmayr Zutritt zu den Akten? — Weitere Zwischenrufe.) Ich habe gesagt, daß nach den Richtlinien, die der Herr Minister Czettel damals ausarbeiten ließ und die unsere Richtschnur sind, niemand Zutritt hat! Ich habe diese Erklärung abgegeben, und ich bitte Sie, mir diese Erklärung zu glauben! (Zwischenruf des Abg. Robak. — Abg. Moser: Was soll dann die Erklärung Kranzlmayrs? — Abg. Weikhart: Dann soll sich der Herr Staats-

anwalt noch einmal zum Wort melden!) Herr Abgeordneter Moser! Ich kann auch nicht jede Antwort und jeden Zwischenruf, der von Ihrer Seite kommt, überprüfen und kann dem nicht nachgehen. (Abg. Libal: Das war kein Zwischenruf, das war eine Drohung! — Zwischenruf des Abg. Steininger. — Abg. Probst: Kranzlmayr wird das hier tun!)

Ich möchte also klarstellen, damit nicht neues Mißtrauen entsteht (anhaltende Zwischenrufe — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen), daß aus diesen Dingen nichts geschehen ist. Ich kann Ihnen auch erklären, daß über sozialistische Abgeordnete oder andere Abgeordnete oder Persönlichkeiten während meiner Amtstätigkeit keinerlei Akten angelegt wurden! (Abg. Weikhart: Gut, das ist eine Erklärung!)

Zur Reform der Sicherheitsorgane. Herr Abgeordneter Czettel! Sie wissen, daß wir bemüht sind, etwas zu tun. Ich muß nur mit Bedauern feststellen, daß die einen Reformen verlangen — tut man dann irgend etwas, dann steht man wieder vor dem Problem: Der eine reformiert das, der andere jenes. Jedenfalls werden wir uns von dem nicht beeindrucken lassen, sondern wir werden uns bemühen, einen gangbaren Weg zu finden, der auch vertretbar ist und der vor allem auch — und das sage ich immer wieder, wenn das auch manche einfach nicht wahrhaben wollen — den Bediensteten zugemutet werden kann; eine solche Regelung wird durchgeführt werden müssen. Ich glaube, daß Wichtigste sind nicht die Nummernschilder der Polizei; sondern es sind viel wichtigere Dinge, die im Vordergrund stehen und die wir durcharbeiten wollen. Ich möchte allerdings bitten, daß man wirklich versucht, daß wir alle zusammenhelfen, damit wir diese Probleme lösen können.

Herr Abgeordneter Czettel! Ich möchte über das Verkehrsproblem nicht viele Worte verlieren. Ich glaube, man muß die Bemühungen, die im Gange sind, anerkennen. Daß es natürlich nicht möglich ist, alle diese Dinge über Nacht in Ordnung zu bringen, das wissen Sie am besten, weil Sie sich ja mit der Aktion „Leben hat Vorrang“ bemüht haben, gewisse Dinge zu machen. Aber daß auch wir versuchen, vorbeugend diese Arbeit fortzusetzen, beweist die Verkehrsübel, die wir herauszugeben versucht haben, und so weiter. Wir versuchen vor allem auch, das Fernsehen und die anderen Massenmedien einzusetzen.

Nun möchte ich das große Geheimnis verraten: Sie haben verlangt, ich solle klipp und klar bekanntgeben, wer der Nachfolger des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit sein wird. Herr Abgeordneter Czettel! Sie werden verstehen, daß ich einem Beschlüsse des Ministerrates nicht vorgeifen möchte.

**Bundesminister Soronics**

Heute hat der Ministerrat beschlossen, daß Dr. Seidler als Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit bis 30. Juni 1969 verlängert werden soll. Ich werde Ihnen auch begründen, warum. Nicht deshalb, weil ich nicht wußte, wer Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit werden soll, habe ich dies bisher nicht bekanntgegeben, sondern weil ich glaube, daß keine Änderung zu einem solchen Zeitpunkt vorgenommen werden soll, wo ein Beamter, der an der Spitze des Ministeriums steht oder stehen soll, in verschiedenen Presseerzeugnissen angegriffen wird. Ich glaube, daß hier nicht der gegebene Augenblick ist, diesen Mann mit einem solchen Posten zu betrauen. Er selbst hat gebeten und hat eingesehen, daß man ruhig die ganze Gerichtsverhandlung abwarten soll. Es wird dann durch ein unabhängiges Gericht festgestellt werden: Ist etwas Wahres daran — ja oder nein? Wenn nicht, werde ich nicht zögern, jenen Beamten, der nicht durch mich in das Ministerium gekommen ist, für diesen Posten vorzuschlagen. Ich darf Sie an unser beiderseitiges Gespräch erinnern, bevor Sie aus dem Amt geschieden sind, daß wir Dr. Peterlunger damals in das Ministerium noch berufen wollten.

Ich glaube also, daß damit auch diese Frage geklärt ist. Daß ich hier um eine Entscheidung gerungen habe, das werden gerade Sie, der eine Zeitlang die Verantwortung in diesem Ministerium zu tragen gehabt hat, auch verstehen. Ich glaube, daß nun die Möglichkeit vorhanden ist, in einer ruhigen Atmosphäre diese wichtige Frage einer Lösung zuzuführen.

Im heutigen Ministerrat war also dieser mein Antrag. Das möchte ich hier auch sagen: Das war keine Geheimnistuerei von mir. Aber die Herren, die in der Regierung waren, wissen, daß Verlängerungen der Dienstzeit über das 65. Lebensjahr hinaus nur in ganz, ganz besonderen Ausnahmsfällen gewährt wurden. Daher wollte ich einem Beschuß des Ministerrates nicht vorgreifen und nicht voreilig irgend etwas bekanntgeben, was der Ministerrat zu beschließen hat. — Das zu dieser Frage.

Herr Abgeordneter Czettel! Sie haben die Frage wegen der Besprechung im Hause angeschnitten. Das ist eigentlich der Hauptgrund, warum ich mich sofort zum Wort gemeldet habe, damit keine falschen Eindrücke entstehen.

Es ist richtig, daß diese Besprechung im Hause stattfand, und zwar aus dem einfachen Grund, weil zu diesem Zeitpunkt eben über Sektionschef Dr. Peterlunger in den Zeitungen Nachrichten verbreitet wurden, die unserer Auffassung nach jeder Grundlage entbehrten.

Der Zusammenhang mit dem Herrn Abgeordneten Weikhart ist dadurch entstanden, daß in der „Arbeiter-Zeitung“ etwas wörtlich gestanden ist. Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Moser, das ist keine Polemik, ich lese das nur vor, was in der „Arbeiter-Zeitung“ gestanden ist. (Abg. Moser: Ich habe nicht unterbrochen!) Weil Sie mich vorher unterbrochen haben. (Abg. Moser: Das war etwas anderes! — Zwischenruf des Abg. Weikhart.) Ich habe mich schon vorher entschuldigt. — Es heißt: „Auch mit Innenminister Soronics geriet Weikhart in eine Kontroverse, als er an ihn die Frage richtete, ob er tatsächlich mit dabei gewesen sei, als Eulers Schreibtisch aufgebrochen und durchsucht wurde. Soronics bestritt dies erregt. Seine Antwort wird aber mit Skepsis zu betrachten sein, da diese Tatsache von leitenden Beamten des Innenministeriums bestätigt worden war.“

Das haben Sie nicht gesagt hier im Haus, sondern das ist in der „Arbeiter-Zeitung“ gestanden, wofür auch — das hat der Abgeordnete Dr. Kranzlmayr damals gesagt — Sie überhaupt nicht verantwortlich gemacht werden.

Aber diese Besprechung ist ja nicht deswegen einberufen worden, sondern es war mit ein Bestandteil dieser Besprechung. Der Hauptbestandteil war die Verdächtigung, die Verleumdung — so möchte ich es bezeichnen — des Herrn Sektionschefs Dr. Peterlunger.

Hier bedaure ich es sehr, Herr Abgeordneter Czettel — ich glaube, es war nicht Absicht —, daß Sie den zweiten Teil der Resolution nicht verlesen haben. Da heißt es ausdrücklich: „Mit äußerstem Befremden haben die leitenden Beamten überdies aus den Tageszeitungen entnehmen müssen, daß ein Sektionschef, von dem bekannt ist, daß er seine Arbeitskraft und Einsatzbereitschaft der Republik Österreich seit Jahrzehnten weit über die normalen Pflichten eines Beamten hinaus zur Verfügung gestellt hat, nunmehr in diffamierender Weise mit einem strafgerichtlichen Verfahren in Zusammenhang gebracht wird.“

Das war der Hauptgrund, warum ich von den leitenden Beamten, die mit diesen Agenden zu tun haben, gebeten wurde, ob ich zustimme, daß eine Besprechung stattfindet. Dieser Besprechung habe ich meine Zustimmung erteilt. Die ist durchgeführt worden, und es haben daran alle leitenden Herren teilgenommen.

Nun dürfte hier wirklich ein Mißverständnis entstanden sein, und ich bin nicht angestanden, sofort, als ich davon erfahren habe, den Herrn Dr. Stöger, der Obmann der Personalvertretung ist, zu mir zu rufen und ihm den Sachverhalt zu sagen. Ich habe ihm auch eine Photokopie dieses Schreibens, das also die Grundlage

9806

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Bundesminister Soronics**

war, zur Verfügung gestellt und habe ihn gebeten, dies in geeigneter Weise in Ordnung zu bringen.

Das ist der Sachverhalt. Also um Ihre Frage zu beantworten: Ich habe von dieser Besprechung gewußt, ich habe zugestimmt, ich habe aber nicht gewußt und habe auch keinen Einfluß darauf genommen, in welcher Form diese Besprechung stattfindet.

Nun noch eines, Herr Abgeordneter Czettel! Sie haben hier mehr oder weniger eine Drohung ausgesprochen: Wehe, wenn diesen Beamten, diesen sozialistischen Akademikern, die diese Resolution oder diese Erklärung verfaßt haben, etwas passiert! Erstens möchte ich feststellen, daß sie bewußt falsch formuliert haben, denn sie schreiben hier: „Die Sozialistischen Akademiker im Bundesministerium für Inneres erklären, daß sie an der am 28. November 1968 im Auftrage des Herrn Bundesministers einberufenen und vom Herrn Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Sektionschef Dr. Seidler geleiteten Zusammenkunft . . .“ und so weiter. Also: nicht in meinem Auftrag, sondern mit meiner Zustimmung! Das ist schon eine wesentliche Sache.

Die zweite Sache: Hier haben sich drei, vier Herren während der Dienstzeit zusammen gesetzt, um diese Erklärung zu formulieren. (Abg. Czettel: Das andere war ja auch während der Dienstzeit!) Moment! Das eine war eine vom Amt genehmigte überparteiliche, und das ist eine reine Besprechung — ich will sie nicht als Versammlung bezeichnen — . . . (Abg. Weikhart: Das ist aber kein Argument!) Nur einen Augenblick, ich komme noch weiter, Herr Abgeordneter! Das ist eine reine Besprechung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialistischen Akademiker während der Dienstzeit.

Jetzt noch eines zu Ihrer Überraschung. Kaum war diese Erklärung beim Herrn Sektionschef Dr. Seidler, hat ein sehr maßgebender Mann der Arbeitsgemeinschaft der Sozialistischen Akademiker erklärt, daß er mit dieser Erklärung nichts zu tun haben will. Ich wäre sogar ermächtigt, seinen Namen hier zu nennen. Ich werde es nicht tun. Ich wollte das nur klarstellen, Herr Abgeordneter. Sie brauchen keine Angst zu haben, daß irgend etwas geschieht, als daß ich diese Leute nur ganz bescheiden darauf aufmerksam machen werde, daß während der Dienstzeit keine politischen Veranstaltungen im Bundesministerium für Inneres stattfinden. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Herr Minister! Ist das eine politische Veranstaltung, wenn drei Leute beisammen sind?) Herr Abgeordneter Weikhart, sehen Sie: Sie wissen schon wieder mehr, als ich weiß, denn ich weiß nicht, daß

drei beisammen waren. (Rufe bei der SPÖ: Sie haben es ja gesagt!) Ich habe gesagt, einige. Das habe ich gesagt. (Abg. Libal: Sie wissen ja gar nicht, was Sie reden! Vor fünf Minuten haben Sie gesagt, drei waren es!) Herr Abgeordneter Libal! Beruhigen Sie sich ein wenig! Ich habe gesagt, wer die Dinge unterschrieben hat. (Abg. Libal: Von der Regierungsbank hört man nur lauter Unwahrheiten!) Herr Abgeordneter Libal! Ich weise diesen an mich gerichteten Vorwurf energisch zurück! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mayr: Das ist ja unerhört!) Es wird gut sein, wenn Sie sich Ihre Äußerungen überlegen! (Heftige Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Freiheit! Das können Sie von der Regierungsbank aber auch nicht tun, sehr geehrter Herr Minister! So polemisieren können Sie nicht! Wir haben Sie ruhig angehört! Aber das ist zuviel! Das geht zu weit! — Abg. Moser: Da gehen Sie herunter!) Dann werde ich hinuntergehen und werde es unten sagen! (Weitere heftige Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das Recht steht Ihnen nicht zu! Schauen Sie sich die Geschäftsordnung an! — Abg. Moser: Wir sind keine Untertanen! Das ist noch immer das Abgeordnetenhaus! — Präsident Wallner gibt mehrmals das Glockenzeichen.) So geht das auch nicht, daß ich mich angreifen lassen soll, und ich darf nichts dazu sagen! (Abg. Weikhart: Dann gehen Sie herunter und sprechen Sie als Abgeordneter!) Ich gehe ruhig hinunter zum Rednerpult! (Ruf bei der SPÖ: Gehen Sie ans Rednerpult! — Abg. Mayr: Auch ein Minister darf sich verteidigen! — Zwischenruf des Abg. Glaser. — Abg. Libal: Was da schon für Unwahrheiten gesagt worden sind! — Abg. Moser: Gehen Sie nur hinunter! — Abg. Nimmervoll: Das wird noch der Moser bestimmen! — Abg. Moser: Das ist noch immer das Abgeordnetenhaus!) Ja, aber ich glaube, ich kann mich auf Zwischenrufe, die mir gemacht wurden, entsprechend verteidigen! (Abg. Weikhart: Nicht als Minister von der Regierungsbank! Das steht Ihnen nicht zu!) Wenn zu mir jemand sagt, ich habe die Unwahrheit gesagt, kann ich mich auch als Regierungsmitglied dagegen verwahren! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wallner (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, beruhigen Sie sich doch! (Abg. Libal: Sie haben gesagt: Drei! — Abg. Mayr: Der Libal muß den Ordnungsruf bekommen! Darauf werden wir bestehen! — Abg. Libal: Vor fünf Minuten hat der Herr Minister gesagt, drei Mann waren beisammen, und dann streitet er das ab, er habe es nicht gesagt! Überlegen Sie sich, was Sie reden! — Weitere heftige Zwischenrufe.) Ich bitte nun um Ruhe! Der Herr Minister hat das Wort!

Bundesminister für Inneres **Soromics** (*fortsetzend*): Ich möchte also zu diesem Kapitel noch einmal sagen, daß keiner Angst zu haben braucht, daß er dafür verfolgt wird. Herr Abgeordneter Czettel! Ihre Drohung war hier vollkommen vergeblich, aber ich werde selbstverständlich dieser Sache nachgehen, wie die Dinge zustande gekommen sind. Das haben Sie seinerzeit auch gemacht, und ich werde mir das auch erlauben.

Nun zur Frage der Wirtschaftspolizei. Ich habe Ihnen im Ausschuß schon gesagt, daß hier wohl eine Verordnung in Erwägung gezogen werden könnte, nach Ihrer Auffassung aber ein Verfassungsgesetz. Sie haben den entsprechenden Antrag an die Bundesregierung eingebbracht, und es wird Aufgabe der Bundesregierung sein, dazu Stellung zu nehmen.

Nun noch ein letztes Wort zu der Raumplanungskonferenz, weil auch hier die Dinge so dargestellt werden, als ob das eine Neueinführung wäre, seitdem ein ÖVP-Minister im Innenministerium sitzt. Herr Abgeordneter Czettel! Sie wissen genau, daß in gewissen Angelegenheiten — obwohl ich diese Auffassung nicht decke, das möchte ich sofort hier deponieren — die Sicherheitsdirektionen beim Bundesministerium für Inneres anfragen, ob sie das eine oder andere untersagen sollen oder nicht. Damit ist ja die zweite Instanz schon irgendwie festgelegt. Ich habe Ihnen, glaube ich, in aller Freundschaft damals den Sachverhalt klargelegt. Die Berufung wird kommen, und das Innenministerium wird dann darüber entscheiden, ob dieser Bescheid, der hier von der Sicherheitsdirektion Wien erlassen wurde, bestätigt wird oder nicht bestätigt wird. Aber ich glaube, dem Innenministerium einen Vorwurf zu machen, wie es durch Zwischenrufe wieder geschehen ist, das ist unangebracht. Ich möchte mich jetzt wirklich etwas beherrschen, damit ich nicht wieder jemanden herausfordere; aber durch Zwischenrufe sind die Dinge so dargestellt worden, als ob unter der neuen Ära durch einen ÖVP-Minister eine Gangart eingeschaltet worden wäre, die es noch nie gegeben hat. Ich möchte nur einfach und bescheiden feststellen, daß diese Praxis auch bei den früheren, bei den sozialistischen Innenministern vorhanden war. (*Abg. Czettel: Der Grund war Raumplanung!*) Selbstverständlich, es ist die Frage der Untersagung, die Einholung der Weisung des Bundesministeriums für Inneres. Ich habe es vor einigen Tagen schon erklärt gegenüber dem Herrn Generaldirektor. Ich könnte Ihnen sogar den Wortlaut verlesen, den ich damals hinausgegeben habe, daß man mit den Proponenten dieses Komitees sprechen soll, ob nicht eine

Möglichkeit bestünde, eine kleine Änderung dieses Namens durchzuführen.

Damit ich nicht gleich wieder einer Unwahrheit bezichtigt werde, werde ich es genau vorlesen: Laut telephonischer Rücksprache mit Herrn Sektionsrat Ramharter wurde vom Herrn Bundesminister für Inneres festgelegt, daß der Verein „Niederösterreichische Raumplanungskonferenz“ grundsätzlich nicht zu untersagen wäre, wenn der Verein seinen Namen ändert. Die Sicherheitsdirektion für Wien wurde (*Abg. Czettel: Auf das kommt es an, Herr Minister!*) — ja — in diesem Sinne telephonisch in Kenntnis gesetzt.

Hier hat an Ihrer Stelle der Herr Landtagsabgeordnete Marsch teilgenommen, und leider Gottes ist es in dieser Frage zu keinem Kontakt mehr gekommen, und die Sicherheitsdirektion Wien hat dann auf Grund dieses Schreibens von Herrn Sektionschef Seidler den Verein untersagt. Sie haben die Möglichkeit der Berufung, und ich kann Ihnen versprechen, daß das gewissenhaft geprüft und dann die entsprechende Entscheidung getroffen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Kranzlmayr. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Kranzlmayr** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem von mir gemachten Zwischenruf, der von Ihnen inkriminiert wurde, möchte ich folgendes sagen: Von Cicero soll der Satz stammen: Jeder Mensch kann irren; im Irrtum verharren jedoch wird nur der Tor. — Ich möchte hier deponieren, daß ich einem Irrtum zum Opfer gefallen bin, und ich stehe nicht an, zu bedauern, daß ich in einer sicherlich auch von Ihnen mir zuzubilligenden Erregung diesen Zwischenruf gemacht habe. Bei Kollegen Dr. Tull, der nicht im Hause ist, werde ich mich persönlich entschuldigen. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist durchaus verständlich, daß bei der Beratung des Kapitels Inneres die Staatssicherheit im besonderen Maße behandelt wird. Es ist aber ein Irrtum und ein Mißverständnis, wenn aus den Bänken der Regierungspartei der Vorwurf erhoben wird, wer über einzelne Fälle spricht und etwa den Fall Euler erwähnt, schädige das Ansehen der Beamten. Das ist ein Irrtum, meine Herren!

Erstens möchte ich klarstellen, daß ein Euler die Beamtenschaft gar nicht schädigen

9808

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Zeillinger**

kann, denn er ist kein Beamter, sondern im Grunde genommen ein Angestellter der ÖVP-Zentrale gewesen. Er ist nur als Protektionskind von der Volkspartei in das Innenministerium offenbar mit dem Auftrag geholt worden, im Ministerium für die Regierungspartei zu spionieren. Der Mann war aber geschickt genug, auf zwei Schultern zu tragen, und hat sein Wissen offenbar — wie die Untersuchungen noch ergeben werden — weiterverkauft.

Es ist eine wie schon im Bauskandal praktizierte Taktik von Ihnen, daß nicht derjenige, der etwas anstellt, schuld ist, sondern derjenige, der etwas aufdeckt und dann darüber spricht. Diese Taktik wenden Sie gegenüber dem Rechnungshof und der Opposition an, wenn sie die Finger auf Wunden legen, die Ihnen anscheinend sehr unangenehm sind.

Wenn hier gesagt worden ist, daß man im Falle Euler mit Recht mit der Verhaftung zugewartet habe, dann darf ich Sie fragen, ob Sie das auch tun, wenn irgendein kleiner Angestellter oder ein Beamter mit ein paar hundert Schilling eine Gesetzesübertretung begeht. Dann ist sofort der Staatsapparat da und greift zu. Darf ich Sie nur an jenen Fall in Oberösterreich erinnern, bei dem ein Bestoffener eine Stopptafel überfahren hat, womit sich sogar das Parlament beschäftigen mußte.

Auch in anderen Fällen sind Sie sehr schnell mit der Haft da. Ich erinnere den Herrn Innenminister an die beiden Südtiroler Forrer und Oberlechner, die zwar von einem ordentlichen Gericht freigesprochen worden sind, aber wo man sofort die Ausrede mit der Schubhaft gefunden hat, obwohl man sich darüber im klaren war, daß man wegen eines politischen Deliktes niemanden an Italien ausliefern kann. Man hat die beiden so lange in Haft gehalten, bis man dann genügend Konfidentenberichte hatte, um ein anderes Verfahren einleiten zu können.

Aus der Liste haben wir festgestellt, daß es allein im heurigen Jahr 238 Untersuchungen wegen Spionagefällen gab und daß in 75 Fällen nachgewiesen werden konnte, daß 76 Personen heuer bereits eine nachrichtendienstliche Tätigkeit zum Nachteil Österreichs ausgeübt haben. Es waren auch sehr viele Angehörige diplomatischer Vertretungen dabei. Wir haben aber auch aus dem politischen Nachrichtendienst einen Fall Adamek aus dem Bundeskanzleramt, wir haben den Fall Pascher, militärischer Nachrichtendienst, wir haben den Fall Kurz, wir haben den Fall Euler, und wir haben den Fall Ableitinger, der laut heutigen Zeitungsmeldungen zu einem Fall Ableitinger & Co. werden soll.

Wir haben heute aus der Zeitung erfahren — allerdings hat der Herr Innenminister jetzt die Presse berichtet —, daß bei 12 Staatspolizisten die Staatsanwaltschaft einen Untersuchungsantrag gestellt hat. Das heißt, 10 Prozent der Staatspolizisten in Wien werden derzeit auf Antrag der Staatsanwaltschaft über ihre Tätigkeit untersucht. Das sind schon Vorfälle, über die sich das Abgeordnetenhaus eingehend unterhalten muß, denn immerhin ist es eine Frage der Sicherheit, wieweit man sich noch auf die Staatspolizei verlassen kann.

Bei diesem Thema kommt nun eine Frage auf uns zu. Wir haben überall zuwenig Polizisten. Wir brauchen sie im Verkehr — da glaube ich, daß wir übereinstimmen —, um ihn flüssig zu erhalten. Ich werde darauf noch später zurückkommen. Auf der anderen Seite haben wir über 5000 Polizeibeamte im Verwaltungsdienst und müssen feststellen, daß sich dort 10 Prozent jahrelang einer Tätigkeit widmen können, die keineswegs im Interesse unseres Staates gelegen ist. All das sind Sicherheitsverhältnisse, über die das Abgeordnetenhaus hier mit Recht zu beraten hat.

Herr Minister! Wenn Sie zuvor das Gesetz zitiert haben, nach dem Spionage nur ein Vergehen ist, dann darf ich darauf hinweisen, daß ein Beamter, der beispielsweise Akten kopiert und sie weiterverkauft, auch das Verbrechen des Mißbrauchs der Amtsgewalt begeht. Das ist keine kleine Übertretung, das ist kein kleines Vergehen mehr, sondern da beginnt es über den Mißbrauch der Amtsgewalt zu einem Verbrechen zu werden. Ich glaube, daß darüber nicht nur ein offenes Wort im Hause gesprochen werden muß, sondern daß auch dringend Maßnahmen notwendig sind.

Vor allem sollte sich die Regierungspartei merken, daß es nicht gut ist, immer ungesehen den Beamtenapparat mit politischen Spitzeln, mit politischen Leuten zu unterwandern. Lassen Sie, meine Herren von der Regierungspartei, einmal die Beamten in Ruhe, lassen Sie sie in Ruhe arbeiten, dann wird die Beamtenchaft wesentlich weniger in Mißkredit geraten. Aber Sie sind diejenigen, die Ihre politischen Spitzeln immer in die einzelnen Ministerien einschleusen und dann erstaunt sind, wenn sich herausstellt, daß der eine oder andere wegen des Verdachtens eines Verbrechens verfolgt werden muß.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein anderes Thema anschneiden, das bereits wiederholt hier im Hause, vom Rechnungshof und auch vom Ministerium selbst, behandelt worden ist. Es ist das Thema der Trennung der Exekutive in Polizei und Gendarmerie. Wie Sie wissen, leisten wir uns in Österreich den Luxus, zwei getrennte Apparate zu haben. Bei diesen beiden Apparaten ist alles getrennt:

**Zeillinger**

Es gibt verschiedene Waffen bei der Polizei und bei der Gendarmerie, es gibt verschiedene Uniformen, die Ausrüstung ist verschieden, ja sogar das Kurzwellen-Funksprechnetz ist bei den einzelnen Exekutivkörpern so verschieden, daß in einem Ernstfall gar nicht ohne weiteres die Möglichkeit eines gemeinsamen Einsatzes gegeben wäre. Kraftfahrzeug-einsatz und Kraftfahrzeuganschaffung sind verschieden, es gibt natürlich verschiedene Werkstätten, und es sind selbstverständlich — und da beginnt das Übel — getrennte Direktionen, getrennte Kommanden und getrennte Leitungen. Es wird alles an allen Stellen und in allen Bundesländern doppelt geführt. Das ist mit einer der Gründe, warum es nicht gelingt, die Anregung, die schon seit langer Zeit gegeben worden ist, zu verwirklichen, die Exekutive zu einem einheitlichen Körper zusammenzufassen.

Wir haben in der Regierung eine eigene Kommission, die unter der Leitung des Staatssekretärs Gruber zusammentritt und tagt. Ich würde gerade dieser Kommission diese Frage ans Herz legen, um zu prüfen, was man alles ersparen könnte, wenn man die Vorschläge, die ja nicht nur von der freiheitlichen Opposition wiederholt an die Regierung gerichtet worden sind, eingehend untersucht. Ich darf daran erinnern, daß bereits vor vier oder fünf Jahren ein Rationalisierungsunternehmen beauftragt worden ist, das Innenministerium sachlich zu durchleuchten. Die Expertise, die erarbeitet wurde, kostete 1 Million Schilling, mit dem Ergebnis, daß sie jetzt irgendwo schubladisiert ist, das heißt, daß gar nichts geschieht und die Million praktisch zum Fenster hinausgeworfen worden ist. Die Ratschläge, die gegeben wurden, sind bis zum heutigen Tage nicht beachtet worden.

Ich glaube aber, daß gerade dieser Vorschlag — Sie wissen, daß wir Freiheitlichen ihn schon seit Jahren zur Diskussion stellen — einer ernsthaften Prüfung wert wäre. Es gibt kein sachliches Argument, das begründen würde, daß wir innerhalb unseres Staates — so groß ist unser Bundesstaat und unser Bundesgebiet nicht — getrennte Exekutivkörper haben. Diese Trennung ist nicht nur in den Bundesländern — es ist nicht etwa in Wien die Polizei und in den übrigen Bundesländern die Gendarmerie —, sondern wir haben immer wieder inmitten des Gendarmeriebereiches im Lande die einzelnen Polizeibereiche. Natürlich gibt es dort überall Extrazentralen, Extrakommandostellen, Extragaragen und Extrawerkstätten. Alles wird gesondert geführt — gesonderte Fernsprechnetze, gesonderte Funknetze — und alles muß doppelt bezahlt werden. Es entstehen doppelte Kosten und daher die relativ unerhört hohen

Ausgaben für diesen Bereich und die relativ geringe Wirkung dort, wo man sie dringend braucht: einerseits bei der Flüssighaltung des Verkehrs und andererseits bei der Verfolgung von Verbrechen und Gesetzesübertretungen.

In diesem Zusammenhang ist auch wiederholt vom Rechnungshof auf den Massafonds hingewiesen worden, der keine gesetzliche Deckung hat. Der Rechnungshof hat darauf hingewiesen, daß dieser Fonds sowohl formal- wie auch materiellrechtlich ungesetzlich ist und doch immerhin im Jahr einen Betrag, der etwa die 50 Millionen-Grenze erreicht, zur Verfügung bekommt. Auch das alles ist in dem Fachgutachten des Rationalisierungsunternehmens aufgedeckt worden. Es sind konkrete Vorschläge gemacht worden. Das Ergebnis war, wie der Herr Minister erklärt hat, daß man diesen Vorschlägen ein Begräbnis Erster Klasse bereitet hat.

Ich glaube aber, daß es gerade in der Zeit, in der das Geld bei uns so knapp geworden ist, in der jede Million, jeder Schilling zusammengekratzt werden muß, notwendig wäre, solche Vorschläge einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen.

Die Rationalisierungsversuche gehen auf Vorgänger des gegenwärtigen Innenministers zurück. Bis jetzt hat praktisch jeder anfangs eine solche Maßnahme als richtig erkannt; im Laufe der Zeit ist jeder bei der Verwirklichung dieser Vorschläge früher oder später wieder gescheitert. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß ein Minister die starke Rückendeckung seiner Partei braucht, wenn er solche Vorschläge verwirklichen soll, denn die Beamtenchaft wird sich natürlich mit aller Macht dagegen stellen. Das ist zu erwarten, weil so undso viele Posten dadurch eingespart werden könnten, vor allem hohe und leitende Posten, und gerade höhere Beamte haben ein großes Interesse, solche Stellen zu erlangen.

Auf der anderen Seite muß ich wieder sagen: Gerade das, was wir in den letzten ein, zwei Stunden der Debatte darüber gehört haben, war nicht gerade geeignet, das Wohlwollen oder die Sympathie eines Abgeordneten der höheren Beamtenchaft gegenüber zu erwecken. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an ein ähnliches Schicksal, das ich einmal anlässlich einer Rede hier im Hause erlitten habe. Es wurden sofort in einem anderen Ministerium durch ein Rundschreiben die Beamten gewarnt; auch durch eine unrichtige Zitierung dessen, was ich hier im Hause gesagt habe.

Das ist nicht die Aufgabe der Beamten. Wenn sie solche Aufgaben erfüllen, dann bewegen sie sich in sehr gefährlicher Nähe eines Mißbrauches der ihnen vom Staate verliehenen

9810

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Zeillinger**

Gewalt. Die Politik sollen sie den Politikern überlassen. Die Verwaltung sollen sie mit möglichster Vermeidung politischer Einflüsse durchführen. Sie sollen aber nicht die Politik in ihren Bereich weitertreiben und die Politiker und die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses beurteilen, denn letzten Endes soll das alles dazu dienen, den politischen Gegner einzuschüchtern, Abgeordnete, die allenfalls den Mut haben, hier im Hause den Mund aufzumachen, so weit einzuschüchtern, daß sie das in Zukunft unterlassen.

Je mehr wir das feststellen, desto mehr muß ich sagen: Im Innenministerium scheint man nicht allzuviel zu tun zu haben, wenn man für solche Aktionen Zeit hat, wenn man bestellte Resolutionen und bestellte Briefe schreibt, wenn die Beamten sich bereits anschicken, dem Minister Zensuren zu erteilen; er hat eine gute Note bekommen, er ist in Ordnung befunden worden. Dazu kann ich nur sagen: Es ist höchste Zeit, energisch durchzugreifen, um die vom Parlament und von uns Freiheitlichen wiederholt gemachten Einsparungsvorschläge zu verwirklichen.

Eine der ersten Aufgaben sollte es sein — das darf ich noch einmal sagen —, dieses Gutachten des Rationalisierungsunternehmens aus dem Jahre 1964 einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und die Vorschläge soweit wie möglich durchzuführen. Denn wenn man einerseits den Rechnungshofbericht und andererseits diese Vorschläge betrachtet, dann muß man sich wirklich fragen: Sind wir so reich, daß wir uns das alles leisten können: eine verschiedene Ausstattung von der Bewaffnung bis zu den Funkgeräten? Ja es ist nicht einmal möglich, den Amtsweg innerhalb eines Ministeriums in zweckentsprechender Form zu verringern.

Dabei haben wir überall einen Personalmangel dort, wo man tatsächlich die Sicherheitsorgane brauchen würde. Je länger die Debatte dauert, umso stärker entsteht der Eindruck, daß das Mißverhältnis darin besteht, daß sehr viele von den 6000, die Zeit haben, sich zu Dienstbesprechungen zu treffen und Zensuren über Abgeordnete auszuteilen, Dienst auf der Straße machen sollten. Dort fehlen sie nämlich. Dort haben wir viel zuwenig Beamte, um den Verkehr in Fuß zu halten.

Ich weiß und möchte es hier auch anerkennen, daß der Herr Bundesminister wiederholt den Standpunkt von uns Freiheitlichen unterstrichen hat, daß der fließende Verkehr den Vorrang hat. Ich weiß aber auch auf der anderen Seite, daß es bis zur Stunde nur sehr bedingt möglich war, diesen Standpunkt auch in der Praxis durchzusetzen. Ich möchte jetzt gar nicht an jenen Fall erinnern, der gerichtlich noch gar nicht

abgeschlossen ist, wo Funkstreifautos dafür verwendet worden sind, bäuerliche Protesttafeln, die entlang der Straße aufgestellt waren, zu entfernen. Ich darf dem Herrn Minister sagen: Es ist genau das eingetreten, was ich erwartet habe: Sie haben auf Ihre mangelnde Kompetenz hingewiesen und erklärt, der Herr Landeshauptmann werde mir Auskunft geben. Der Herr Landeshauptmann hat bei der Parallelfrage natürlich genauso auf die mangelnde Kompetenz hingewiesen und auch keine Auskunft gegeben. Es ist nämlich meistens so, daß dann keiner dafür kompetent sein will. Übrig geblieben ist — und das ist das, was die Bevölkerung festgestellt hat —, daß an einem Wochenende, an dem stärkster Verkehr herrscht und Unfall auf Unfall passiert, einige Funkstreifenwagen und etliche Polizisten dazu verwendet werden, fernab einen Minister dadurch zu schützen, daß sie Tafeln, auf die bäuerliche Parolen geschrieben waren, entfernen.

Dafür ist die Gendarmerie nicht da! Dafür ist die Polizei nicht da! Wir erleben es immer wieder, daß an den Brennpunkten der Verkehr einfach zusammenbricht, vor allem in den Städten. Die Polizisten klagen darüber, daß sie zuwenig Leute haben und auf den am meisten frequentierten Kreuzungen den einen oder anderen zur Assistenz brauchten. Man braucht nur um die Ecke zu gehen, um mindestens einen zweiten Polizisten zu sehen, der dort in einer Nebenstraße Organmandate auf Autos austeilt, die etwa bei Halteverbot geparkt haben. Wenn wir auch immer hören, daß der fließende Verkehr den Vorrang haben soll, so ist das ein Bild, das wir alle tagtäglich erleben, wobei es noch große Unterschiede gibt — das gehört eigentlich zum Kapitel Wien und nicht zum Bund —, ich möchte aber doch den Herrn Bundesminister darauf aufmerksam machen: Das gefährlichste ist, sich mit einer Nummer aus den Bundesländern in eine Straße zu stellen. Man kann es dann garantiert erleben, daß sämtliche Wiener Autos, die dort stehen, kein Strafmandat bekommen, aber der einzige mit einem S (*Bundesminister Soronics: Oder mit einem B! — Heiterkeit*) oder auch mit einem B ein Strafmandat bekommt. Ich sage ausdrücklich, daß es sich nicht um eine Benachteiligung eines bestimmten Bundeslandes handelt, sondern es besteht eben die Ansicht: Was dem Wiener erlaubt ist, ist noch lange nicht dem erlaubt, der etwa in Wien auf Besuch ist.

Tatsache ist, daß Hunderte und Hunderte Polizisten in den Zeiten des stärksten Verkehrs in Nebenstraßen gehen, in denen ohnehin nur das Parken verboten ist, aber das Halten erlaubt ist. Den ganzen Tag stehen Autos dort. Die Polizisten gehen einmal vorbei und schreiben die Nummern der Autos auf einer langen

**Zeillinger**

Liste auf; nach einer halben Stunde kommen sie zurück, und allen jenen, die noch immer da stehen, wird ein Mandat an die Windschutzscheibe gehängt.

Allgemeine Ansicht unter den Kraftfahrern ist, daß es einen Einfluß auf die Beurteilung oder die Beförderung eines Polizisten hat, wieviel Organmandate auszuschreiben er in der Lage ist. Ich würde vom Herrn Minister einmal nicht nur gerne die Feststellung hören, daß der fließende Verkehr den Vorrang hat, sondern warum es nicht gelingt, diesen Vorrang durchzusetzen, an wem es liegt. Ist es die mittlere Befehlsstelle oder die obere? Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Polizist, der auf der Straße Dienst macht, wenn er den Auftrag hat, den Verkehr zu regeln, sich in eine Nebenstraße verkrümelt und dort stundenlang Organmandate erteilt. Das wäre eine Frage, die im Zusammenhang mit dem Verkehr dringend einer Lösung bedarf. Solange wir die Verhältnisse so vorfinden wie jetzt, hat man natürlich in der Bevölkerung keineswegs den Eindruck, daß es zuwenig Polizisten gebe, sondern die Bevölkerung steht auf dem Standpunkt, es gibt noch immer zuviel, wenn sie sich solchen Diensten widmen können.

Im Zusammenhang damit hat der Herr Minister auch festgestellt, daß die Polizei zahlreiche wesensfremde Aufgaben zu erledigen hat. Eine Pressemeldung besagt etwa: Gendarmen müssen den Weinbau überwachen. Es wird darin festgestellt, daß die burgenländischen Gendarmen die Anbaubeschränkungen dadurch überwachen müssen, daß sie feststellen, wieviel neue, zusätzliche Rebstöcke von den Weinbauern angebaut worden sind. — Das ist durchaus richtig. Wir pflichten hiebei dem Herrn Innenminister oder dem Herrn Staatssekretär bei — ich weiß nicht, wer das festgestellt hat —, daß das eine wesensfremde Aufgabe ist. Ich darf aber dem Herrn Innenminister sagen: Es gibt sehr viele wesensfremde, ich möchte sagen, überflüssige Aufgaben, die von unserer Polizei und von unserer Gendarmerie wahrgenommen werden müssen. Wenn wir wirklich sparen und die Leute sinngemäß einsetzen wollen, dann sollen wir sie nicht nur vom Zählen der Rebstöcke fernhalten. — Um Ihnen nur ein Beispiel aus der allerjüngsten Zeit zu sagen: Die freiheitliche Studentenschaft hat in meinem Wahlkreis einen gemütlichen Abend gemacht, sie nannten es Oktoberfest, bei dem der Rektor anwesend war; keine einzige Rede ist gehalten worden, aber es mußte ein Polizist die ganze Zeit dort Dienst machen. Das hat nicht nur die Veranstalter geärgert, weil sie dafür viel Geld bezahlen müssen, sondern es wird auch ein Mann, der woanders Dienst machen könnte und sollte, blockiert. Es wäre wesentlich gescheiter, der Kriminal-

beamte, der dort stundenlang sitzen und zuschauen muß, wie Studenten Bier trinken oder beim Oktoberfest Schweinefleisch essen, würde Verbrecher verfolgen. Aber wenn heute eine solche Veranstaltung stattfindet, dann wird behördlich festgelegt, daß ein Polizist oder ein Gendarm als Aufpasser dabei sein muß. Das ist nicht nur eine finanzielle Belastung, sondern es ist auch eine wesensfremde Tätigkeit für Exekutivorgane.

Ich möchte dem Herrn Minister dieses Problem ans Herz legen. Wir haben durchaus Verständnis, daß man dann, wenn man irgend eine Tätigkeit bemerkt, die die Staatssicherheit gefährdet, mit entsprechender Schärfe überwacht und durchgreift. Wir glauben aber nicht, daß dann, wenn irgendwo eine im Haus vertretene Partei eine Versammlung abhält, es notwendig ist, daß dort befehlsgemäß stundenlang ein Gendarm sitzt, der alles mitschreiben muß, weil er dann berichten muß. Es ist mir passiert, daß mir ein Gendarm an einem Sonntag gesagt hat: Ich habe draußen auf der Kreuzung zu tun, Herr Abgeordneter, können Sie mir nicht vorher sagen, was Sie drinnen sagen werden, denn ich muß einen Bericht schreiben. Das sind überflüssige Tätigkeiten, die Millionen kosten und die die Polizisten und Gendarmen belasten. Dasselbe gilt, wenn sich Studenten irgendwo zu einer geselligen Veranstaltung zusammensetzen; dann sollte nicht behördlicherseits vorgeschrieben werden, daß den ganzen Abend oder gar die ganze Nacht ein Exekutivbeamter irgendwo in einer Ecke sitzen muß, weil das natürlich erstens Geld kostet, das der Veranstalter zum Teil bezahlen muß, und weil er in dieser Zeit entweder nicht für den Verkehr zur Verfügung steht oder eventuell der Verfolgung von Gesetzesübertretern entzogen wird.

Hier gäbe es sehr viel, was kein Geld kostet und was man besser organisieren könnte als bisher.

Das Wort „organisieren“ erinnert mich an etwas: Der Sprecher der Regierungspartei, Kollege Dr. Kranzlmayr, hat das Polizeiorganisationsgesetz urgirt. Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, Herr Kollege, daß das Polizeiorganisationsgesetz von uns Freiheitlichen wiederholt verlangt worden ist? Nur solange Sie in der Koalition waren, waren Sie auch immer dagegen und haben uns nicht ein einziges Mal bei diesen Anträgen unterstützt. Nur jetzt plötzlich, wo es keine Koalition mehr gibt, kommen Sie darauf, daß das, was wir Freiheitlichen zehn Jahre vorher schon verlangt haben, richtig wäre. Nun beklagen Sie das. Damals hätten Sie uns doch ohne weiteres bei diesen Aktionen unterstützen können. Ihr schlechtes Gewissen,

9812

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Zeillinger**

daß wir kein Polizeiorganisationsgesetz haben, kommt zweifellos zu spät. Sie hätten jahrelang Zeit gehabt, die Anträge, die wir Freiheitlichen in dieser Richtung gestellt haben, zu unterstützen.

Weil ich gerade über die Aufdeckung von Verbrechen und Gesetzesübertretungen gesprochen habe, möchte ich hier eine Neueinrichtung begrüßen: Wenn sich das Verbrechertum mit den neuesten Geräten modernisiert, mit modernsten Maschinen und Geräten heute arbeitet, kann sich die Polizei natürlich nicht mehr mit Geräten und Methoden, die vor 100 Jahren gegolten haben, erfolgreich gegenüberstellen. Die Idee mit der Fernsehsendung „XY — ungelöst“ hat sich bewährt. Wir haben hier gehört, daß von 52 Kriminalfällen, die gesendet wurden, 26 — das ist immerhin die Hälfte — innerhalb kürzester Zeit gelöst werden konnten, und von 45 gesuchten Verbrechern konnten 30 festgenommen werden. Das sollte man anerkennend feststellen und sollte auch die Bestrebungen unterstützen, solche Aktionen auszubauen, die übrigens auch beim Fernseher Anklang finden. Wenn sie dabei auch noch eine nützliche Aufgabe gut lösen, so ist das Grund genug dafür, diese Sendungen auszubauen.

Wir haben zuvor eine Mitteilung des Herrn Bundesministers gehört, wonach der Name des neuen Generaldirektors für öffentliche Sicherheit durch einen Regierungsbeschuß heute veröffentlicht worden ist. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir dabei insofern in einem Gegensatz zum Herrn Bundesminister stehen, als wir der Ansicht sind, daß, auch wenn er selbst darüber eine Meinung hat, wer diese Stellung bekommen solle, sie unter allen Umständen öffentlich ausgeschrieben werden sollte. Das kostet gar nichts, höchstens das Inserat in der „Wiener Zeitung“, aber es wäre einfach korrekt. Wenn jemand unter der Beamtenschaft das Gefühl hat, daß er die Eignung hat, und sich darum bewirbt ... (Abg. Doktor Gorbach: *Der Euler!*) — Na, der Euler, er ist ja nicht auf freiem Fuß, Herr Altbundeskanzler, wird sich nicht bewerben. Außerdem käme ja doch die höhere Hierarchie für diesen verantwortungsvollen Posten in Betracht. Da wir diese Ausschreibung, wo immer es möglich ist, verlangen, sollte man gerade auf diesem Gebiet mit gutem Beispiel vorangehen, und man sollte eine solche Stelle — jetzt ist ja die Frist verlängert worden — so rechtzeitig ausschreiben, daß man einen Überblick bekommt, wer glaubt, dafür Eignung zu besitzen, und sich um diese Stelle bewirbt.

Als vernünftige Maßnahme möchten wir noch die Tatsache anerkennen, daß die Zollwache an der Grenze teilweise die Paßkontrolle

übernommen hat. Das hat sich bewährt, sofern nicht örtlich Beschränkungen vorliegen. Gerade jetzt vor den Weihnachtsfeiertagen ist es zum Beispiel wenig sinnvoll, lange in der Handtasche irgendeiner Hausfrau, die im kleinen Grenzverkehr hinüberfährt, herumzuschnüffeln. Ich glaube, dabei kommt nur ein Bruchteil dessen heraus, was diese Maßnahme kostet, und überdies ruft es Verärgerung hervor. Mir ist es schon selber passiert, daß man im kleinen Grenzverkehr eine Stunde und länger stehen muß, und das an Grenzen, an denen man sonst spielend durchgekommen ist. Soweit ich das feststellen konnte, stehen jene Fälle, in denen tatsächlich ein Zollvergehen aufgedeckt werden konnte, bestimmt in keinem Verhältnis zu dem Aufwand. Es wäre insbesondere in der Vorweihnachtszeit ein etwas großzügigeres, ein etwas europäischeres Denken im kleinen Grenzverkehr durchaus begrüßenswert. Ich möchte noch einmal anerkennen, daß die Übernahme der Paßkontrolle durch die Zollwache eine durchaus begrüßenswerte Maßnahme ist.

Als letztes möchte ich noch dem Innenministerium einen Vorschlag unterbreiten. Es ist eine Sorge der Justiz. Die Justiz hat zwar ein Fernschreibnetz, ist aber nicht an das Sicherheitsnetz der Polizei angeschlossen, das heißt, die Justiz kann mit ihrem Fernschreibnetz ohne weiteres die Firma Kugelmann in Wels anschreiben und fragen, wie der Umsatz dort ist, sie kann aber nicht etwa eine Strafkarte in der zentralen Strafkartei in Wien damit anfordern. Soweit ich weiß, ist die Justiz bemüht, einen Anschluß an das sogenannte Sicherheitsnetz zu bekommen, denn ansonst ist die Investition, die die Justiz mit den ganzen Fernschreibern gemacht hat, ein hinausgeworfenes Geld gewesen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Kapitel Zivilschutz sagen. Soweit wir vom Herrn Bundesminister im Ausschuß gehört haben, sind für den Zivilschutz 7,4 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt worden. Diese Ziffer ist an und für sich so gering, daß man einem großen Werk wie der VÖEST fast zumuten könnte, daß es für den Zivilschutz mehr ausgibt als der österreichische Staat auf Bundesebene bereit ist, für den Schutz der Zivilbevölkerung in einem Kriegsfall auszugeben.

Auf dem Gebiet des Zivilschutzes herrschen insofern besondere Verhältnisse, als die Kompetenzfrage in diesem Falle bisher tatsächlich nicht eindeutig geklärt werden konnte. Darf ich kurz in Erinnerung rufen: Der Ministerrat hat mit Beschuß vom 21. Jänner 1958 die Bundesministerien für Inneres und für Landesverteidigung beauftragt, einen Gesamtplan für die

**Zeillinger**

Organisation des Zivilschutzes und den Entwurf eines Zivilschutzgesetzes auszuarbeiten. Das ist immerhin über zehn Jahre her. Im Februar 1962 hat dann die Bundesregierung den organisatorischen Rahmen für den Ausbau einer umfassenden Landesverteidigung, die sich auf militärische, zivile, wirtschaftliche und geistige Bereiche zu erstrecken hat, beschlossen. Trotz dieser Beschlüsse — ihre Notwendigkeit, glaube ich, brauche ich hier nicht mehr zu unterstreichen — mußten wir in einem Bericht, der uns vor kurzem vom Rechnungshof zugegangen ist, lesen: Eine gesetzliche Grundlage für die aufgezeigte Organisation des Zivilschutzes besteht noch immer nicht. Der Rechnungshof ist der Ansicht, daß eine alsbaldige gesetzliche Regelung der Organisation des Zivilschutzes notwendig ist, und er weist in diesem Zusammenhang auf die mit den Landeshauptleuten am 7. Dezember 1961 durchgeführte Zivilschutzenquete hin, in der die Notwendigkeit einer einheitlichen Ausrichtung des Zivilschutzes anerkannt wurde. Ein Zivilschutzgesetz sollte jedoch erst in die Wege geleitet werden, wenn auf Grund der praktischen Erfahrungen die Voraussetzungen hiefür gegeben sind.

Es heißt dann weiter in diesem Bericht: Sehr viele Aufgabenbereiche des Zivilschutzes konnten organisatorisch deshalb noch nicht erfaßt werden, weil es noch an den erforderlichen gesetzlichen Regelungen mangelt. Dies wiederum findet seinen Grund darin, daß noch keine allseits anerkannte Definition für den Begriff „Zivilschutz“ vorliegt, womit auch die Frage der Zuständigkeit zur gesetzlichen Regelung noch nicht hinreichend geklärt erscheint.

Ich glaube, man sollte sich nicht auf dem bequemen Stuhl der mangelnden Kompetenz ausruhen, sondern es müßte sich jeder in der Regierung und die Regierung in ihrer Gesamtheit kompetent erachten, denn wenn wir warten, bis geklärt ist, wer wirklich dafür kompetent ist, vergehen Jahre, und dann kann eines Tages der tragische Fall eintreten, daß die Bevölkerung unvorbereitet irgendwelchen Gefahren preisgegeben wird. Dann kommen die Vorwürfe zu spät.

Bevor aber die Kompetenz nicht geregelt und die gesetzliche Regelung nicht getroffen ist, werden wir immer nur kritisch feststellen können, daß die Bundesregierung nur bereit ist, 7,4 Millionen Schilling von 93.000 Millionen, die sie ausgibt, für die Sicherheit der Zivilbevölkerung im Ernstfalle auszugeben. Es wird daher von der Regierung dringend erwartet, daß sie ihrerseits die Initiative für die notwendige Gesetzgebung für den Zivilschutz ergreift. Der Herr Klubobmann der Regierungspartei — er ist gerade nicht im Saale — hat sich, kann ich

mich erinnern, in der Vorwoche noch für ein Internationales Kaffeeabkommen eingesetzt, das unbedingt noch vor Weihnachten erledigt werden muß. Ich könnte darauf sagen: Wir Freiheitlichen halten den Schutz der österreichischen Bevölkerung durch den Zivilschutz für wichtiger. Das müßte eher noch im heurigen Jahr geregelt werden — ich weiß, daß das nicht möglich ist —, eher geregelt werden als irgend ein Internationales Kaffeeabkommen oder ähnliche Gesetze, die in den nächsten Wochen das Parlament noch belasten werden.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen werden dem Kapitel Inneres sowie den anderen Kapiteln unsere Zustimmung nicht geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hartl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Hartl (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich weder mit der „roten Katze“ noch mit der blonden Helga beschäftigen (Heiterkeit bei der ÖVP), sondern mein Thema ist Polizei und Gendarmerie. (Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Der Hartl ist schon zu alt für die blonde Helga!) Aber bevor ich dieses Thema in Angriff nehme, gestatten Sie mir, auf zwei Dinge hinzuweisen:

Der Herr Abgeordnete Tull hat den Herrn Innenminister ein bißchen angegangen (Ruf bei der SPÖ: Ein bißchen?) und hat auf die Welser Angelegenheit hingewiesen. Ich darf den Herrn Abgeordneten Tull bitten, er möge dann zu mir kommen. Ich habe ein Schreiben hier, in dem Aufklärung gegeben wird. Das zweite ist ... (Abg. Weikhart: Herr Kollege, jetzt ist der Tull da! Sie können es ihm gleich sagen!) Ja. Herr Kollege Tull! Sie waren jetzt draußen. Sie haben den Herrn Minister wegen der Welser Weingeschichte — Winzergenossenschaft und so weiter — leicht angegangen. Darf ich Ihnen sagen, daß ich zufälligerweise einen Brief bei mir habe. Ich habe ihn nicht vom Minister bekommen. Sie können ihn dann lesen. (Abg. Dr. Tull: Ich kenne den Brief!) Sie kennen ihn. (Abg. Dr. Gorbach: Und trotzdem?) Dann ist die Sache in Ordnung. (Rufe bei der SPÖ: Der Gleißner hat es dann bezahlt! Der Gleißner!) Es ist doch klar, wenn ich als Minister aus dem Burgenland in ein burgenländisches Winzerhaus komme, daß ich alle einlade und daß ich das nicht persönlich mit dem Schilling berappe, sondern daß ich sage: Schicken Sie mir einen Erlagschein! Daß in der Zwischenzeit diese Angelegenheit vom Landeshauptmann Gleißner erledigt worden ist, das war sein Glück. (Abg. Weikhart: Irgendeiner wird's schon zahlen! — Heiterkeit.)

9814

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Hartl**

Meine Herren von der linken Seite, Sie haben mit Recht über die Spionage geredet. (Abg. Haas: „Spionage“!) „Spionage“ hat man früher einmal gesagt. Ich habe es auch einmal getan. Das hat der Herr Kollege Zeillinger auch hier kundgetan.

Nun darf ich Sie einmal fragen — ich höre dann schon gleich damit auf —: Dr. Stari-bacher hat hier von diesem Pult aus zwei- oder dreimal ein Papier hergezeigt und hat gesagt: Das ist von der ÖVP vertraulich ausgegeben worden. Wir haben natürlich sofort gefragt: Wie konnten Sie das erhalten? (Abg. Weik-hart: Ist das mit der Spionage zu vergleichen?) Sehen Sie: Wir machen ja kein wie immer geartetes Aufsehen. Es muß natürlich im Rahmen liegen. (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Ist das Spionage?)

Ich will nicht sagen, daß der Herr Minister sich vielleicht schuldig gemacht hat, daß er gefährliche Handlanger irgendwelcher fremder Mächte beschäftigt. Das wollen wir nicht sagen. Wir müssen hier immer das richtige Maß treffen.

Und nun zum Thema selbst. Die Polizei und Gendarmerie — in meinen weiteren Ausführungen werde ich sie mit dem Sammelbe-griß „Exekutive“ bezeichnen — werden all-jährlich bei den Haushaltsdebatten immer und immer wieder besprochen; es werden Wünsche dargelegt beziehungsweise — wie es auch heute der Fall war — Bitten und Beschwerden vorge-bracht. Gestatten Sie mir nun, daß ich eine der wichtigsten und eine der dringlichsten und speziellen Fragen heute hier anschneide. Obwohl ich im Laufe meiner Ausführungen noch auf die angedeuteten speziellen Fragen zurück-kommen werde, die das Kapitel Inneres — Po-lizei und Gendarmerie — betreffen, muß ich zunächst das Problem des Nachwuchses auf-werfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen, daß gerade bei der Bundesicher-heitswache — weniger vielleicht bei der Gen-darmerie — Not am Mann ist. Wir bemühen uns immer und immer wieder — auch die Herren Innenminister; ich spreche in der Mehrzahl —, das notwendige Material zu werben beziehungsweise zu erhalten.

Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat davon gesprochen, daß in den verschiedenen Neben-gassen Hunderte Polizisten aufschreibender-weise auf und ab gehen, lange Listen erstellen. Dazu darf ich sagen: Da gibt es keine Listen, sondern da gibt es nur die Zettel, die dem Be-treffenden ... (Abg. Zeillinger: Sie schreiben die Uhrzeit auf, wie lange er steht!) Nein, das wird auf diesen Zetteln gemacht. Herr Abge-ordneter Zeillinger! Sie sprechen von Hunder-ten Polizisten. Wenn einige davon mit dieser

Aufgabe betraut werden, so vor allem des-wegen, um gerade die eine oder andere Seiten-gasse, die als Querverbindung zu der einen oder anderen Hauptstraße notwendig ist, freihalten. (Abg. Zeillinger: Es ist ja Halten erlaubt!) Herr Kollege Zeillinger! Wenn Sie selbst unter Umständen mit einem Wagen fahren und einen Parkplatz haben und jetzt aus diesem Parkplatz nicht herauskönnen, weil eben in zweiter oder manchmal sogar in dritter Spur ein anderer steht, werden Sie natürlich sofort den Polizisten rufen (Abg. Zeillinger: In zweiter Spur steht der Funkstreifenwagen, der auf-schreibt!) und fragen: Wieso hat sich dieser Mann hierhergestellt?

Die Frage des Nachwuchses muß von allen Seiten betrachtet werden.

Lassen Sie mich hier vielleicht ganz kurz den Werdegang eines Wachanwärters schildern. Wie ist das meistens? Nach Abschluß der Schul-bildung kommt er in einen Beruf. Nach einigen Jahren meldet er sich nach Abschluß der Fach-prüfung dann unter Umständen mit 19 Jahren gleich zu einem Wachkörper. Aber dort muß er eine zweijährige Ausbildungszeit absolvieren. Er ist 24 Monate lang in der Kaserne, hat aber vorher seinen neunmonatigen Präsenzdienst abzuleisten. Man kann, wenn man das so be-zeichnen will, so einem jungen Menschen einen gewissen Freiheitsdrang nicht absprechen. Man kann auch nichts dagegen tun. Aber eines steht fest: den Militärdienst muß er ableisten zum einen, und zum anderen muß die Ausbildung bei der Sicherheitswache richtig durchgeführt werden. Es ist daher notwendig, während der Ausbildungszeit bei der Polizei, bei der Sicher-heitswache diese Kasernierungspflicht durch-zuführen.

Dazu kommen natürlich immer und immer wieder die Bezugsvergleiche mit der Privat-wirtschaft. Meiner Meinung nach müßte man in der Frage des Nachwuchses für die Wache-körper einen neuen Weg beschreiten. Ich konn-te feststellen, daß auch in einigen anderen Ländern und Staaten Schwierigkeiten in der Frage des Nachwuchses für die Polizei und Gendarmerie aufgetreten sind. Man hat dort einen Weg beschritten und wird ihn auch weiter beschreiten, der dieses Problem in diesen Ländern einer echten Lösung zuführt. Man hat die jungen Männer, die sich um den Dienst in der Exekutive beworben haben, zur Gänze vom Präsenzdienst befreit; allerdings mit der Auf-lage: wenn sie aus eigenem Antrieb vor dem 40. Lebensjahr den Dienst bei der Exekutive quittieren, dann müssen sie den Präsenzdienst im gesamten Ausmaß nachholen. (Abg. Doktor Gorbach: Das wird wohl schwer sein!) Viel-elleicht ergibt sich bei der Beschreibung dieses Weges eine echte Chance, die Nachwuchs-

**Hartl**

misere aus der Welt zu schaffen und junge, geeignete Wachewerber für die Exekutive zu finden. (Abg. Haas: *Ebenso ist es bei der Lehrerschaft!*) Ich gebe vollkommen zu, daß dieses Kapitel bei der Lehrerschaft ebenso triste ist.

Oder man könnte auch den von mir dem Hohen Haus bereits mehrmals vorgetragenen Plan, eine Art polizeiliche Kadettenschule zu schaffen, ventilieren. (Abg. Haas: *Das ist preußisch!*) Der Ausdruck „Kadettenschule“ ist für die linke Seite vielleicht zu militärisch (Ruf bei der SPÖ: *Polizeischule!*), — „Polizeischule“ ist wieder ein anderer Begriff —, aber vielleicht könnten wir uns auf diesem Wege finden.

Neben den dienstrechtlichen Angelegenheiten ist die Besoldungsfrage von ausschlaggebender Bedeutung. Das Hohe Haus hat vor einiger Zeit die 18. Gehaltsgesetz-Novelle beschlossen und damit die Bezüge der öffentlich Bediensteten einer Neuregelung zugeführt. Gestatten Sie mir aber, daß ich hier einen jener Fälle vortrage, die von den Wachebeamten in besonderem Maße immer und immer wieder vorgetragen werden, und zwar das Problem der sogenannten W3-Beamten, das sind die eingeteilten Beamten. Diese eingeteilten Beamten liegen heute mit ihren Bezügen meistens ungefähr in der Mitte zwischen D- und C-Beamten der allgemeinen Verwaltung. Nun ergibt sich aber aus der Eigenart der Tätigkeit der W3-Beamten, daß sie eine Arbeitsleistung vollbringen müssen, die bei objektiver Betrachtung weit über ihre besoldungsmäßige Stellung hinausgeht.

Ich möchte an dieser Stelle, ohne überheblich zu sein, deponieren, daß der Wachebeamte nicht nur Kriminalist, sondern auch kleiner Jurist und Verwaltungsbeamter sein muß und seine Entscheidung fast immer rasch und blitzschnell zu treffen hat. Es ist daher kein unbilliges Verlangen, wenn die eingeteilten Wachebeamten die Zuerkennung der Fachdienstwürdigkeit fordern. Ich bitte die verantwortlichen Funktionäre, diese Frage einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen. (Abg. Haas: *Es ist eh die ÖVP-Alleinregierung zuständig!*)

Ich möchte aber in dieser Angelegenheit dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Finanzminister und dem Herrn Innenminister noch den Dank aussprechen für ihre Einstellung bei der Behandlung der Nebengebühren für Wachebeamte. (Abg. Gertrude Wondrack: *Sind alle nicht da!*) Wenn Sie im vergangenen Jahr, Frau Abgeordnete, durch die Abgeordneten Jungwirth und Genossen einen Entschließungsantrag eingebracht haben (Abg. Haas: *Das ist schon eingewaltiger Unterschied!*) — ja, ja das ist klar —, dann möchte ich zum Ausdruck

bringen, daß die Formulierung dieser Anträge nicht richtig war. Soweit ich mit Bundesrat Seidl, der ja Ihrer Fraktion angehört und ebenfalls ein Polizeibeamter ist . . . (Abg. Gertrude Wondrack: *Welchen Antrag habe ich eingebracht?*) — Nein, nicht Sie! Ich habe ja gesagt, die Abgeordneten Jungwirth und Genossen! Ich habe mir, weil Sie den Zwischenruf gemacht haben, gedacht, jetzt muß ich Sie (Abg. Gertrude Wondrack: *Beruhigen!*) ansprechen. (Abg. Haas: *Warum haben Sie nicht bei der ÖVP-Alleinregierung diese Umreihung zuwegegebracht?*) Herr Kollege Haas! Zum W3-Problem und zu der Sache, die Sie meinen, nämlich der Umschichtung auf W2, darf ich sagen, daß wir in Verhandlung nicht nur mit den Personalvertretern, sondern auch mit den Vertretern der Gewerkschaft stehen. Wir hoffen, daß, wenn einerseits die 19. Gehaltsgesetz-Novelle kommt und zum anderen in absehbarer Zeit — ich weiß nicht, wann — das neue Gehaltsgesetz in Kraft treten wird, hier diesen Wünschen Rechnung getragen wird. (Abg. Haas: *Die Gewerkschaft fordert das schon lang!*) Sie können versichert sein, daß von uns alles gemacht wird. (Abg. Suppan: *Es geht halt auch nur schrittweise wie bei den Lehrern!*)

Bei der Besprechung der Besoldung der Wachebeamten muß ich auf zwei Punkte hinweisen. Der § 33 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956 lautet: „Für Beamte der Verwendungsgruppe E, D, und C kann eine Beförderung in die Dienstklasse III frühestens zwei Jahre vor der Zeitvorrückung in diese Dienstklasse erfolgen.“ Diese Bestimmung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist für die Wachebeamten bis heute nicht voll zum Tragen gekommen. Es wäre höchste Zeit, daß die Exekutive in dieser Frage genauso behandelt wird wie die Beamten der allgemeinen Verwaltung.

Der zweite unbedingt zu lösende Punkt betrifft die Wachdienstzulage gemäß § 74 des Gehaltsgesetzes 1956. Ich darf in diesem Zusammenhang auf meine Ausführungen zum Budget 1968 hinweisen und ergänzend folgendes sagen: Der derzeitige Text des § 74 geht davon aus, daß einem Wachebeamten nur dann die Wachdienstzulage weiter gebührt, wenn er einen Dienstunfall erlitten hat. Diese Textierung nimmt aber auf die Bestimmungen des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes keinerlei Rücksicht, und es wäre daher notwendig, im § 74 des Gehaltsgesetzes nach dem Absatz 2 einen Absatz 3 anzufügen, der ungefähr zu lauten hätte: „Wenn amtsärztlich festgestellt wird, daß er infolge einer auf den Wachdienst zurückzuführenden Gesundheitsschädigung diesen Dienst nicht mehr verrichten kann“.

9816

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Hartl**

Diese Textierung ist deswegen notwendig, weil die in der Anlage 1 zum ASVG. angeführten Berufskrankheiten nicht auf die besonderen Verhältnisse des Exekutivdienstes Rücksicht nehmen und daher für den aufgezeigten Zulagenbereich nicht ausreichend erscheinen. Es muß daher nicht von dem Begriff der Berufskrankheiten, sondern von der amtsärztlichen Feststellung ausgegangen werden, daß infolge einer auf den Wachexekutivdienst zurückzuführenden Gesundheitsschädigung der Bedienstete nicht mehr diesen Dienst verrichten kann.

Aber nicht nur die W2- und die W3-Beamten haben ihre Wünsche, sondern auch die W1-Beamten, die leitenden Beamten, haben ihre Anliegen vorzubringen. Ihr Hauptanliegen ist die Dienstzulage, die den Beamten, die der VI. und der VII. Dienstklasse angehören, vorenthalten wird.

Ein wichtiges, zurzeit in Behandlung stehendes Kapitel ist der Waffengebrauch durch Exekutivorgane. Der Entwurf dieses Bundesgesetzes über den Waffengebrauch wurde unter anderem am 14. November dieses Jahres im Verfassungsausschuß unter Beziehung von Experten behandelt.

Ich möchte hier nicht auf die Problematik einiger Bestimmungen, die insbesondere im § 7 Abs. 3 des Gesetzentwurfes aufscheinen, eingehen, sondern nur feststellen, daß die Exekutivbeamten ein Waffengebrauchsgesetz sehr dringend benötigen, daß aber dieses Gesetz so gehalten sein soll, daß nicht in letzter Konsequenz für den einzelnen Beamten Fallstricke daraus entstehen.

Es gibt da Leute, die halten die Tötung eines Exekutivbeamten im Dienste durch einen Unmenschen für eine Art Betriebsunfall und sind der Ansicht, daß ein besonderer Schutz dieses Exekutivbeamten in der Richtung hin nicht notwendig wäre. Solche Leute — muß ich ehrlich sagen — haben gut reden, da sie sich in solchen traurigen Situationen meist in einem von der Polizei geschützten Amt befinden, oder sie ziehen es überhaupt vor, solche kritische Bereiche zu meiden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang als Beispiel die Zahlen der seit 1945 im Dienst getöteten und schwerverletzten Gendarmeriebeamten bekanntgeben. Getötet wurden 59 Gendarmeriebeamte im Kampf mit Besatzungssoldaten, Ausländern und sonstigen Zivilisten. Ferner wurden 90 Gendarmeriebeamte bei Unfällen im Dienste getötet. Zusammen sind es 149 Beamte. Schwerverletzt wurden im Dienst 1481 Gendarmeriebeamte.

Welcher Berufsstand, meine sehr verehrten Damen und Herren, weist so viele Opfer der Pflicht auf? Wobei ich nochmals betone, daß es sich hier nur um Opfer der Bundesgendarmerie

ohne die Bundessicherheitswache und die Kriminalbeamten handelt.

Diese Zahlen bestätigen daher die Auffassung, daß auch die Exekutivbeamten Anspruch auf Schutz ihrer Tätigkeit haben, der in einem neuen Waffengebrauchsgesetz, das gegenwärtig in Behandlung steht, verankert sein muß.

Eine heikle beziehungsweise leidige Angelegenheit ist das Thema Exekutive und Presse. An der Spitze dieser Ausführungen möchte ich grundsätzlich feststellen, daß jeder Mensch, der an den Grundrechten der Pressefreiheit rüttelt, der Demokratie einen schlechten Dienst erweist. Das, was ich aber soeben gesagt habe, gilt in hohem Maße auch für die Presse. Zu meinem größten Bedauern muß man immer wieder lesen, daß von den vielen Amtshandlungen der Exekutivbeamten meist nur die wenigen negativen herausgegriffen werden und daß von Seiten ganz gewisser Presseerzeugnisse aus Gründen der Kommerzialität Dinge gebracht werden, die den einzelnen Beamten und seine Familie oft auf das schwerste diffamieren.

Ich möchte allerdings auch sagen, daß es unter den 30.000 Exekutivbeamten wie in jeder Berufsgruppe auch Menschen geben kann, die in ihrem Berufsleben Fehler begehen. Ich bin selbstverständlich dafür, daß Übergriffe, sofern sie tatsächlich geschehen sind, auch aufgezeigt werden.

Nicht verstehen kann ich allerdings — und ich habe auch kein Verständnis dafür —, daß man sogenannte Übergriffe von Exekutivbeamten in der Presse ausschlächtet, aber dann, wenn sich herausstellt — und das geschieht in der Regel sehr rasch —, daß der Wachebeamte vollkommen nach Recht und Gesetz gehandelt hat, bringt man diese Meldung nicht in der gleichen Form.

Man möge diese meine Ausführungen nicht verallgemeinern, da ich weiß, daß es viele Journalisten gibt, die den Dienst der Exekutive voll anerkennen und würdigen.

Ich möchte hier in diesem Zusammenhang aber auch auf eine Sache hinweisen, die von der Presse, aber auch von anderen Personen immer und immer wieder hochgespielt wird. Ich meine damit das derzeitige Dienstsystem bei der Bundessicherheitswache.

Polizeipräsident Schober hat seinerzeit das 3-Gruppen-System für die Sicherheitswache eingeführt und damit eine soziale Tat gegenüber der bis zu diesem Zeitpunkt bestehenden schlechten Dienstordnung geschaffen. Daß dieses 3-Gruppen-System leider Gottes von Nichtwissern immer wieder als Dienst mit viel zuviel Freizeit für den Wachebeamten hingestellt wird, liegt darin, daß sich noch keine dieser Personen der Mühe unterzogen

**Hartl**

hat, die Dienststunden, die der Sicherheitswachebeamte zu erbringen hat, zu errechnen.

Es wird in diesem Fall auch immer wieder davon gesprochen, daß der Sicherheitswachebeamte innerhalb seines 24stündigen Dienstes 12 Stunden Straßendienst und 12 Stunden Ruhezeit im Wachzimmer verbringt. Daß dies nicht der Fall ist, ergibt sich schon daraus, daß der Personalstand bei der Wiener Sicherheitswache und darüber hinaus auch bei den anderen Polizeidirektionen und Polizeikommissariaten andauernd sinkt, wodurch natürlich der Arbeitsanfall im Wachzimmer immer größer wird und auf die verbleibenden Beamten fällt. Mit anderen Worten heißt das, daß der Beamte neben seinem Außendienst einen immer schwieriger werdenden Innendienst leisten muß, da er eine Unzahl schriftlicher Arbeiten und auch Amtshandlungen im Wachzimmer zu bewältigen hat.

Dazu kommt noch, daß durch die immer mehr ansteigende Motorisierung und die damit verbundene Häufung von Verkehrsunfällen, die Schulüberwachung und vieles andere mehr der Beamte oft mehr als 16 bis 18 Stunden Außendienst innerhalb des 24stündigen Dienstes zu absolvieren hat.

Ich muß zu dieser Frage noch folgendes sagen: Grundsätzlich hat die bisherige Diensteinteilung zu bleiben. Wenn man aber dennoch für den Sicherheitswachebeamten eine andere Diensteinteilung schaffen will, so ist es unbedingt notwendig, daß man auch auf finanzielle und soziale Fragen Bedacht nimmt.

So konnte ich unter anderem feststellen, daß rund 30 Prozent der Sicherheitswachebeamten bis zu 65 km außerhalb ihres Dienstortes wohnen. Man ist bei einer Änderung der derzeitigen Diensteinteilung unter Umständen gar nicht in der Lage, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln den Dienstort zu erreichen.

Es muß aber auch bedacht werden, daß dann, wenn man sich mit diesem Gedanken einer Änderung der Diensteinteilung befaßt, die aber nicht sehr leicht sein wird, nicht nur eine Dienstzeitänderung durchgeführt werden, sondern daß die gesamte Organisation der Polizeibehörden, vor allem was den Verwaltungsgang betrifft, geändert werden müßte.

In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, die Frage der Auflösung von Gendarmerieposten und Sicherheitswachzimmern zu beleuchten. Ich bin mir darüber vollkommen im klaren, daß, bedingt durch den Personalmangel, ein Trend zur Auflösung von Gendarmerieposten und Sicherheitswachzimmern besteht. Was ich aber über die Änderung des 3-Gruppen-Systems bei der Sicherheitswache gesagt habe, gilt bei der Auflösung von Gendarmerieposten im gleichen Umfange.

Auch hier tritt der Zustand ein, daß der Gendarmeriebeamte lange Anmarschwege zu seinem neuen Dienstort in Kauf nehmen muß, für die er, obwohl es nicht in seinem Verschulden liegt, viel Freizeit opfern muß.

Ich möchte aber im Zusammenhang mit der Auflösung von Gendarmerieposten und Sicherheitswachzimmern noch auf eine weitere Problematik hinweisen. Wenn es auch dank der Initiative des Herrn Innenministers gelungen ist, die Motorisierung der Exekutive weiter auszubauen, so darf sich niemand einbilden, daß der motorisierte Streifendienst das Allheilmittel ist. Denn jeder Sicherheitswachebeamte und jeder Exekutivbeamte wird mir bestätigen: Der motorisierte Streifendienst ist beweglicher und kann rascher zum Einsatz geleitet werden. Aber der Beamte beziehungsweise die Beamten, die sich in den Kraftfahrzeugen befinden, verlieren jeden Kontakt mit der Bevölkerung und sind eben durch diesen fehlenden Kontakt nicht mehr in der Lage, manche Dinge vielleicht schon im Keime zu ersticken.

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich weit davon entfernt bin, gegen die Motorisierung zu sprechen, aber die Motorisierung von Gendarmerie und Sicherheitswache darf nicht auf Kosten der Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers auf der Straße erfolgen. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Und nun einiges zum Beschaffungsamt, über das Herr Abgeordneter Zeillinger gesprochen hat. (*Abg. Dr. Gorbach: Massafonds!*)

Der Rechnungshof hat in Berichten, die dem Hohen Haus vorgelegt wurden, angeregt, ein zentrales Beschaffungsamt für alle uniformierten Wachkörper zu schaffen. Nach eingehenden Erhebungen erlaube ich mir dazu folgendermaßen Stellung zu nehmen.

Schon allein die Zusammenlegung des Polizei- und Gendarmeriebeschaffungsamtes würde mit sich bringen, daß personell überhaupt nichts eingespart werden könnte, ja daß im Gegenteil der reine Personalaufwand noch größer werden müßte. Dazu kommt aber noch, daß auf Grund der Verschiedenheit der Bedürfnisse dieser beiden Beschaffungsämter der Weg vom Bedarf irgendeines Gegenstandes bis zum Erhalt wesentlich länger dauern würde als bisher.

Schon aus dieser Tatsache mögen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, ersehen, wie schwierig und kompliziert die Arbeit eines zentralen Beschaffungsamtes für alle uniformierten Wachkörper wäre.

Zur Frage des Dienstabzeichens der Sicherheitswache darf ich folgendes ausführen: In den letzten Monaten wurde in der Presse auf Grund eines einzigen Vorfallen sehr laut

9818

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Hartl**

die Forderung erhoben, für die Exekutivbeamten Dienstabzeichen oder Namensschilder einzuführen. Begründet wird diese Forderung damit, daß die Wachebeamten die Vorweisung des Dienstausweises angeblich verweigern und daher gegenüber dem Staatsbürger in der Anonymität bleiben.

Dazu möchte ich sagen, daß die entsprechenden Erlässe des Bundesministeriums für Inneres sehr klar und deutlich gehalten sind und darüber hinaus jederzeit festgestellt werden kann, welcher Wachebeamte wann und wo seinen Dienst verrichtet hat.

Ich sehe daher keine Notwendigkeit, Dienstnummern oder Namensschilder wieder einzuführen. Man möge bedenken, daß die Einführung von Namensschildern sehr viel Geld kosten würde, das man besser für die Ausrüstung und Ausbildung der Wachebeamten verwenden könnte. (Zwischenrufe bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Zeillinger.) Was? (Abg. Pay: Wenn man daran denkt, welches Geld Pisa immer verbraucht!) Das ist ein anderes Kapitel, Herr Collega! (Abg. Dr. Tull: Ein eigenes Kapitel! — Abg. Weikhart: Der hat einen Spitzbart und paßt daher gar nicht hierher!) Ich habe noch keinen bärigen Wachebeamten gesehen! (Heiterkeit. — Abg. Weikhart: Das meine ich ja!)

Wenn ich schon auf die Ausbildung zu sprechen kam, so möchte ich auch darauf hinweisen, daß die Ausbildungsvorschriften in ihrer Gesamtheit reformbedürftig sind. Ich ersuche den Herrn Innenminister, dieser Frage ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Zur Novellierung der Dienstpragmatik darf ich sagen: Von den Wachebeamten werden die Bestimmungen der Dienstpragmatik aus dem Jahre 1914, die sich mit der Qualifikation und mit dem Disziplinarrecht befassen, sehr oft und nicht zu Unrecht als eine „moderne Inquisition“ bezeichnet.

Ist es doch nach dem derzeit in Geltung stehenden Recht so, daß der Wachebeamte sehr wenig Chancen hat, Beschwerde gegen seine Qualifikation vorzubringen, da er gar nicht in der Lage ist festzustellen, was der einzelne Vorgesetzte über ihn geschrieben hat. Die Qualifikationsnoten lauten, wie Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen: „ausgezeichnet“, „sehr gut“, „gut“, „minder entsprechend“ und „nicht entsprechend“. (Abg. Dr. Gorbach: Wo bleibt das „befriedigend“?)

Der „ausgezeichnet“ und „sehr gut“ qualifizierte Beamte hat sehr viele Vorrechte im bezug auf Kursbesuche, Zuerkennung von Biennien, Beförderungen und so weiter. Der „gut“ qualifizierte Beamte hat hingegen sehr

viele Barrieren, die ihm in seinem Fortkommen sehr hinderlich sind.

Wenn dann solch ein Beamter bei seinem Vorgesetzten vorstellig wird und fragt: Wieso habe ich nur eine „gute“ Beschreibung erhalten?, dann bekommt er meistens die stereotype Antwort (Abg. Zeillinger: Er ist bei der falschen Partei! — Heiterkeit): Ja, hätte ich nur lauter solche gute Beamte wie Sie! Hier wird manchmal etwas praktiziert, bei dem man schon das eine oder andere abstellen müßte.

Ein ähnlicher, wenn auch nicht ganz so krasser Zustand liegt beim Disziplinarrecht vor.

Die Wachebeamten erwarten daher, daß die Novelle zur Dienstpragmatik ehestbaldig vom Hohen Haus verabschiedet wird, um eine menschliche Gestaltung des Disziplinarrechtes und des Qualifikationsrechtes herbeizuführen.

Und nun ein paar Sätze über die Dienstpostenbewertung für die Verwendungsgruppe W2, das sind die dienstführenden Beamten.

Seit zirka zwei Jahren wird einvernehmlich zwischen Gewerkschaft, Personalvertretung und der Bundesverwaltung der sehr schwierige Versuch unternommen, unter anderem auch eine Dienstpostenbewertung für die Verwendungsgruppe W2/2, das sind die Bezirksinspektoren, herzustellen. Jeder Vorschlag, der bisher erstellt wurde, hat die Beamten der Verwendungsgruppe W2 nicht befriedigt, und es ist daher nur eine Selbstverständlichkeit, daß diese Beamten fordern, den Dienstposten der Verwendungsgruppe W2/2 als sogenannten Topfposten im Bundesfinanzgesetz auszuwerfen.

Gestatten Sie mir, daß ich mich nun mit einer Frage beschäftige, die nicht die Polizei und die Gendarmerie direkt betrifft, aber mit der Polizei und Gendarmerie zu tun hat; sie ist heute hier schon ganz kurz angeschnitten worden, es sind die Tankwagenunfälle.

Über das Kapitel Verkehrsunfälle mit Tankfahrzeugen habe ich schon im vergangenen Jahr gesprochen. Bei Benzin- und Öltransporten handelt es sich wohl um die gefährlichste Fracht, die täglich in hunderten Tankwagen über die Straßen Österreichs transportiert wird. In Anbetracht der schwerwiegenden Folgen der Verkehrsunfälle mit Tankwagen darf ich die Situation auf dem Tankwagensektor kurz beleuchten.

Die immer mehr im Steigen begriffene Anzahl von Kraftfahrzeugen, aber auch die Umstellung vieler Haushalte und Betriebe auf Ölheizung bringen es mit sich, daß auch die Anzahl der „rollenden Bomben“, wie man sie nennt, ständig steigt. Damit steigt aber leider auch die Unfallquote, in die Tankfahrzeuge verwickelt sind.

**Hartl**

Was ist nun die Ursache für diese Unfälle, die nicht nur beträchtlichen Sachschaden verursachen, sondern auch das Leben unserer Bevölkerung in zweifacher Hinsicht gefährden: nämlich das Leben des einzelnen Verkehrsteilnehmers und in weiterer Folge das Leben aller durch die Verunreinigung des Grundwassers? 90 Prozent aller dieser Unfälle sind auf menschliches Versagen zurückzuführen. 80 Prozent der Tankwagenunfälle werden durch Übermüdung der Fahrer verursacht

Laut Arbeitszeitordnung darf die Arbeitszeit der Kraftfahrer und Beifahrer am Steuer eines Tankwagens nicht mehr als acht Stunden pro Tag betragen. Laut Aussage von Fahrern wird aber oft bis zu 20 Stunden am Tag gefahren. Daß das die Grenze der menschlichen Leistungsfähigkeit übersteigt, liegt wohl klar auf der Hand.

Bei Transporten, deren Ziel mehr als 500 km entfernt liegt, müßte ein Beifahrer gesetzlich vorgeschrieben werden.

Die Höchstgeschwindigkeit für Tankwagen beträgt 60 Stundenkilometer. Wie oft kann beobachtet werden, daß sie auf der Autobahn mehr als 100 km pro Stunde fahren.

Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß Tankwagen in besonderem Maße kontrolliert werden müssen, kontrolliert in technischer Hinsicht, aber auch im Hinblick auf die physische Verfassung des Fahrers.

Es wäre daher notwendig, die Konstruktion von Tanks, der Benzin- und Ölbehälter so zu gestalten, daß die zu transportierende Fracht in mehreren Kammern untergebracht ist, wie dies heute schon vereinzelt der Fall ist, sodaß bei einem Unglücksfall sich nicht der ganze Tankinhalt entleert.

Daher muß ich heute wie im vergangenen Jahr anregen, daß die Überwachung der Tankfahrzeuge einem speziellen Kommando der Exekutive übertragen wird. Das allein ist aber nicht genug! Auch bei lückenloser Kontrolle kann es zu einem technischen oder menschlichen Versagen kommen. Darum ist es auch notwendig, daß der Feuerwehr genug Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Schäden bei Unfällen mit Tankfahrzeugen auf ein Minimum zu reduzieren. Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Feuerwehr, außer in einigen Städten, Tankunfällen gegenüber geradezu hilflos. Es fehlt nämlich an Spezialfahrzeugen, die alles mitführen, was man braucht, wenn solch ein Gigant mit 25 Tonnen Heizöl oder Benzin in den Graben rutscht.

Da die Feuerwehr die einzige über alle Bundesländer verteilte, jederzeit alarmbereite Einsatzorganisation ist, die personell zu den sogenannten „Öleinsätzen“ herangezogen werden kann — dies verlangt auch die Bevölkerung,

die ja die Feuerwehren auf dem Lande trägt —, müßte man endlich über den Kompetenzkonflikt durch materielle Maßnahmen hinwegkommen.

Über den Zivilschutz wurde heute hier schon einiges gesagt. Ich möchte nur darum bitten, daß gerade hinsichtlich des Zivilschutzes — hier möchte ich das Land Wien erwähnen — von Seiten der zuständigen Funktionäre alles getan wird, um ihn auch im Lande Wien zu aktivieren.

Abschließend möchte ich so wie in den letzten Jahren darauf hinweisen, daß sich auch Österreich eingehendst damit befassen soll, daß die Vierte Genfer Konvention vom 12. August 1949 auch auf die Mitglieder der österreichischen Exekutive Anwendung findet. Die vorgenannte Genfer Konvention beinhaltet den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten. Gegenwärtig befaßt sich mit dieser Angelegenheit die Beratende Versammlung des Europarates, die Kommission für juridische Angelegenheiten. Da dieser Vorschlag kein parteipolitisches Interesse beinhaltet, glaube ich annehmen zu dürfen, daß alle Vertreter Österreichs im Europarat für eine baldige Realisierung dieser Angelegenheit eintreten werden. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Jungwirth. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Jungwirth (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Beim Kapitel Inneres obliegt es uns alljährlich, der Männer zu gedenken die in treuer Pflichterfüllung bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in unserer Heimat ihre Gesundheit, ja sogar ihr Leben geopfert haben. Im letzten Jahr hatte die Bundespolizei wiederum 4 Todesopfer, 18 Schwerverletzte und 181 Leichtverletzte zu beklagen. Seit 1945 mußten 146 Gendarmeriebedienstete ihr Leben lassen, und 1413 Beamte wurden schwer verletzt. Wir beugen uns in Ehrfurcht vor den Opfern und werden ihnen stets ein treues Andenken bewahren.

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich auf meiner Meinung nach bescheidene und berechtigte Wünsche der Exekutive eingehen. Herr Abgeordneter Hartl hat ja solche Wünsche zum Ausdruck gebracht. Meiner Meinung nach hat er zum leeren Fenster hinaus geredet. Das erste Anliegen betrifft die Zehrgeldauslagen der Kriminalpolizei, die seit Juli 1961 nicht mehr erhöht wurden. Die Zehrgelder sind Rückvergütungen für Barauslagen, die der Kriminalbeamte im Zusammenhang mit einer Amtshandlung getätigt hat. Das heißt, daß er bei Erhebungen und Ausforschungen in Lokalen, oder wenn er Erkundigungen einholt, die mit Spesen verbunden sind, diese Spesen aus seiner eigenen Tasche zu bezahlen hat und dafür monatlich noch immer lumpige 87 S erhält.

9820

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Jungwirth**

Durch die Preiserhöhungen seit dem Jahre 1961 hat sich der Realwert dieser Vergütungen natürlich wesentlich verringert. Da die Erhebungstätigkeit aber ein wesentlicher Teil für die Erfolge der Kriminalpolizei und für die Aufklärung von Verbrechen ist, frage ich Sie, Herr Minister, ob nicht hier am unrechten Platz gespart wird.

Ich möchte mir in diesem Zusammenhang gleichzeitig erlauben, in Güte einen Vorschlag zu machen: Im Budget 1969 sind unter dem Titel „Öffentlichkeitsarbeit im Innenministerium“ mehr als 2 Millionen Schilling vorgesehen. Unter anderem soll es — wie im Finanz- und Budgetausschuß zutage getreten ist — auch eine Broschüre für die Jungwähler geben. Sie, Herr Minister, sind geschickt meiner Frage ausgewichen, ob in dieser Broschüre die Jungwähler darüber aufgeklärt werden sollen, daß sie ÖVP wählen. Sie haben gesagt, daß nicht Sie für die Redaktion dieser Broschüre verantwortlich seien, sondern Herr Staatssekretär Pisa. Ich bin davon überzeugt, daß der Herr Staatssekretär, der „Fidel Castro“ der ÖVP-Regierung, unumwunden in seiner gewohnten Weise den Jungwählern beizubringen versuchen wird, daß sie der ÖVP die Stimme geben. (Abg. Dr. van Tongel: *Der Fidel Castro hat einen schöneren Bart!*)

Ich glaube, es kann nicht die Aufgabe des Innenministeriums sein, aus Steuergeldern aller Österreicher solche Mittel für einen so fragwürdigen Zweck zu verwenden. Letzten Endes sind die wahlwerbenden Parteien berufen, die Jungwähler über ihre Pflichten aufzuklären, und außerdem hat jede Gemeinde im Auftrage der Bezirkshauptmannschaften, also der Bezirkswahlbehörden, Anschläge über die Durchführung der Wahlen anzubringen. Die ÖVP beteuert noch dazu, daß sie nicht 1969, sondern erst im Jahre 1970 die Nationalratswahlen abzuhalten gedenkt. Darf ich dann fragen, wozu im Jahre 1969 im Budget ein Betrag von 450.000 S für eine Jungwähler-Broschüre enthalten ist?

Mein Vorschlag, Herr Minister, wäre der, diese Gelder für eine mindestens 30prozentige Erhöhung der zurückgebliebenen Zehrgelder für unsere Kriminalpolizei zu verwenden.

Herr Minister! Sie waren lange genug im Innenressort tätig und kennen das W 3-Problem zur Genüge. Freund Hartl hat es angeschnitten. Er hat zwar gejammert, aber keinen konkreten Vorschlag gebracht. Im Finanz- und Budgetausschuß haben Sie, Herr Bundesminister, selbst gesagt:

„Eine generelle Einstufung der Sicherheitswache- und Kriminalbeamten nach Abschluß der Grundausbildung in die Verwendungsgruppe W 2 konnte bisher aus dienstrechtlichen

Gründen nicht durchgeführt werden. Es wurde jedoch in den letzten Jahren die Anzahl der W 2-Posten im Kriminaldienst um 160 erhöht. Auch bei der Sicherheitswache ist eine relative Vermehrung der W 2-Posten erfolgt, indem bei den notwendigen Kürzungen nur W 3-Posten gestrichen wurden.“

Ich möchte der Wahrheit willen hier im Hohen Hause deponieren, daß der früher einmal so viel geschmähte Innenminister Afritsch erstmals auf diese Idee gekommen ist und dieses System eingeführt hat. Herr Bundesminister! Nun war der Nachfolger, der Herr Minister Czettel, ständig bemüht, dieses Problem schrittweise einer Lösung zuzuführen. Aber leider hat das Bundeskanzleramt für diese Fragen in der letzten Zeit nur taube Ohren gehabt. Ich möchte in Erinnerung rufen — ich weiß nicht, ob der Herr Abgeordnete Hartl hier ist — und mir erlauben, das vorzulesen, was damals der Herr Innenminister Czettel in einem Schreiben geschrieben hat, als es darum ging, dieses W 3-Problem im Einvernehmen mit den Gewerkschaften zu lösen:

„Da ich der Meinung war, daß die W 3-Frage unbedingt wenigstens teilweise gelöst werden müsse, habe ich mir durch einen Beschuß des Ministerrates die Ermächtigung eingeholt, aus Budgetmitteln des Innenressorts für die W 3-Regelung einen Betrag zur Verfügung stellen zu können.

Es handelt sich um Einsparungen, die wir dadurch erzielen, daß budgetierte Dienstposten nach dem Dienstpostenplan im Jahre 1965 nicht in Anspruch genommen werden. Um diesen Betrag unter allen Umständen sicherzustellen, habe ich auch Weisung erteilt, alle Vorbereitungen zur Teilnahme der Gendarmerie und Sicherheitswache an der Jubiläumsparade abzubrechen, um die dadurch ersparten Mittel ebenfalls für die Regelung der W 3-Frage zur Verfügung stellen zu können.

Der so erreichbare Betrag wird insgesamt etwas mehr als 25 Millionen Schilling betragen, sodaß ab 1. Mai 1965 für die rund 16.000 eingeteilten Beamten unseres Ressorts ein monatlicher Betrag von durchschnittlich 150 S pro Beamten aufgewendet werden könnte.

Die Verhandlungen mit dem Bundeskanzleramt werden ja von der Gewerkschaft bereits geführt, und ich würde mich freuen, wenn es gelingen könnte, sie so abzuschließen, daß mit 1. Mai 1965 nicht nur die 6½prozentige Gehaltserhöhung, sondern auch die von Ihnen behandelte W 3-Regelung in Kraft treten könnte.“

Das war damals eine Maßnahme eines sozialistischen Ministers im Interesse der öffentlich Bediensteten.

**Jungwirth**

Es ist eigenartig — weil in diesem Zusammenhang von einer Gehaltsregelung gesprochen wurde —, daß das erste Mal in einer ÖVP-Zeitung, und zwar in der „Tiriler Tageszeitung“, anlässlich der Gehaltsregelung ab 1. 10. 1968 für den öffentlichen Dienst es für unsere Wirtschaft als Segen betrachtet wird, daß die öffentlich Bediensteten mehr bekommen, damit die Ankurbelung des Konsums ermöglicht und unsere wirtschaftliche Situation verbessert wird. Bisher war es doch immer so, wenn die öffentlich Bediensteten oder die Gewerkschaft Gehaltsforderungen gestellt haben, daß die Presse sagte, der Schilling sei in Gefahr. Ich war damals wirklich ehrlich überrascht und hoffe, daß meine Wahrnehmung nicht die letzte dieser Art bleiben wird.

Herr Bundesminister! Aber all diese Schritte sind nur Teillösungen, die nicht zum Endziel führen können. Es ist vielmehr nötig, sich mit den Gewerkschaften und der Personalvertretung zusammenzusetzen und dieses leidige Problem einmal einer Lösung zuzuführen.

Nun zu einem weiteren wichtigen Problem, es betrifft den Personalmangel und die Überalterung bei der Sicherheitswache in Wien.

Herr Minister! Sie sagten im Finanzausschuß, daß die Werbung in Wien von wenig Erfolg begleitet war und daß diese Werbung zirka eine halbe Million Schilling gekostet hat. Aber nun kommt das Groteske: Nach Abschluß dieser angeblich unbefriedigenden Werbeaktion beschließt der Ministerrat eine totale Aufnahmesperre. Wo bleibt hier die vielgerühmte Sparsamkeit und Verwaltungsvereinfachung? Die Folge war natürlich, daß sich die wenigen Aufnahmewilligen inzwischen um andere Berufsplätze umgesehen haben.

Herr Bundesminister! Ich glaube, Ihnen sind die Verhältnisse bekannt, aber ich möchte nicht versäumen, dem Hohen Haus nun einen Situationsbericht über die Sicherheitswache zu geben. Auch der Herr Abgeordnete Hartl hat darüber Klage geführt.

Im Jahre 1958 gab es in Wien bei der Sicherheitswache noch 7417 Sicherheitswachebeamte. Zu Beginn des Jahres 1968 waren es nur mehr 6044. Von diesen sind in der Zeit vom 1. Jänner bis 20. Oktober 1968 wieder zirka 372 ausgeschieden; sie sind in den Ruhestand getreten, haben gekündigt oder sind zu anderen Behörden überstellt worden. Das heißt also, daß in dieser Zeit nahezu 400 Sicherheitswachebeamte abgegangen sind. Daher müssen zu den 372 Beamten noch weitere 90 Beamte dazugezählt werden.

Zirka 100 Beamte der Sicherheitswache sind bei einzelnen Dienststellen untergebracht. Ich möchte das Cypernkontingent nennen, das in dieser Debatte schon einige Male angezogen

worden ist: Bis 31. Dezember 1968 werden noch zirka 60 Sicherheitswachebeamte in den dauernden Ruhestand treten, zirka 20 werden freiwillig austreten. Auf Grund dieser statistischen Unterlagen muß für das Jahr 1968 mit einem Abgang von mehr als 500 Sicherheitswachebeamten in Wien gerechnet werden, dem nur zirka 194 Neuaunahmen gegenüberstehen.

Herr Bundesminister! Sie wissen selbst, daß von diesen Sicherheitswachebeamten wiederum 1025 exekutivdienstunfähig sind, sodaß in Wirklichkeit der Exekutivdienst in Wien nur von 4800 Beamten durchgeführt wird. Noch bedenklicher ist es, wenn man weiß, daß von diesen 4800 Beamten zirka 50 Prozent bereits über 45 Jahre alt sind.

Die Wiener Sicherheitswachebediensteten müssen auf Grund dieser verfehlten Politik die Schließung eines Wachzimmers nach dem anderen zur Kenntnis nehmen. Man verweigert ihnen sogar die Zuteilung der nötigen Fahrzeuge, damit sie in den nun vergrößerten Revieren ihren Dienst ordnungsgemäß leisten können.

Wie vorher erwähnt, steuert man hier einer Katastrophe entgegen. Es drängt sich mit Berechtigung auch für den Außenstehenden die Frage auf, ob man mit diesem Nichtstun und Resignieren des Ministeriums bewußt der sozialistischen Verwaltung von Wien die Verantwortung für die in der Folge zweifelsohne eintretende Beeinträchtigung der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit anlasten möchte. Herr Bundesminister! Ich möchte hier deutlich zum Ausdruck bringen: Hiefür tragen Sie allein die Verantwortung!

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch etwas sagen, was in den Finanz- und Budgetausschuß-Sitzungen zutage getreten ist. Es wurden im Sicherheitswachdienst und in der Exekutive angeblich 1,1 Prozent, das sind 355 Dienstposten, eingespart. Von diesen 355 Dienstposten sind allein 253 Dienstposten der Sicherheitswache in Wien, die auf Grund dieser Situation nicht besetzt werden können. Das ist also auch wieder eine „Frisur“ des Budgets, das angeblich von Verwaltungsvereinfachungen und Einsparungen nur so strotzt.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das von Minister Czettel im Jahre 1965 mit den Gewerkschaften einvernehmlich beschlossene interne Sozialprogramm. Hierin waren auch Mittel vorgesehen, die Werbung für die Wiener Sicherheitswache in wirtschaftlich schwachen, ländlichen Gebieten durchzuführen und mit den Mitteln aus diesem Sozialprogramm für solche Bewerber Wohnraum zu beschaffen. Was

9822

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Jungwirth**

ist in dieser Angelegenheit geschehen, Herr Bundesminister? — Fast nichts, denn Sie haben im Finanz- und Budgetausschuß gesagt:

„Das interne Sozialprogramm des Innenministeriums geht auf die Zeit der Minister-schaft Czettel zurück, in der Soronics selbst Staatssekretär war. Das Ministerium ist be-strebt, dieses Programm weiterzuführen — so werden die Prüfungsgebühren nach wie vor vergütet —, allerdings sollen jene Punkte daraus, die, wie etwa die Betriebsausflüge, nicht in Anspruch genommen wurden, in Hinkunft wegfallen.“

Auch hier haben Sie, Herr Bundesminister, nicht die reine Wahrheit gesagt, denn die St. Pöltner Sicherheitswache hat einen Betriebsausflug gemacht und für die Autobusfahrt die Kosten aus dem Sozialprogramm beansprucht. Es wurde ihnen abgelehnt. (*Bundesminister Soronics: Das wurde zu spät eingebbracht!*) Ich glaube, Sie haben damals einvernehmlich mit Herrn Minister Czettel dieses Sozialprogramm mit seinen fünf Punkten Wohnbauförderung, Kulturförderung, Sportförderung, Sozialbetreuung und Kontaktpflege erstellt. Das letztere hat zur Kontaktpflege gehört.

Herr Abgeordneter Hartl ist bedauerlicherweise nicht da. Er hat es verabsäumt, einen Entschließungsantrag einzubringen. Auf Grund dieser tristen Situation möchte ich mir in diesem Zusammenhang erlauben, im Namen meiner Fraktion einen Entschließungsantrag einbringen, den ich hiemit zur Verlesung bringe:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Inneres sowie die mitbeteiligten übrigen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um den bei der Sicherheitswache der Bundespolizeibehörden herrschenden akuten Personalmangel zu beheben und dabei insbesondere auf folgende Gesichtspunkte Bedacht zu nehmen:

1. Durchgehende statt fallweise Aufnahme von Bewerbern.

2. Aufnahme von Bewerbern, die noch nicht das erforderliche Mindestalter erreicht haben, zwecks Vorschulung.

3. Zumindest teilweise Anrechnung der Ausbildungszeit auf den ordentlichen Präsenzdienst.

4. Bessere Vorsorge für Dienstwohnungen, insbesondere für ledige Beamte und Bewerber, die außerhalb des Amtsbereiches der jeweiligen Bundespolizeibehörde wohnhaft sind.

5. Modernisierung der Ausbildungspläne der Polizeischule.

6. Durchführung der Werbeaktion für die Aufnahme in die Sicherheitswache der Bundespolizeibehörden, nicht nur in den Städten, sondern auch in den ländlichen Gebieten beziehungsweise im gesamten Bundesgebiet.

Ich glaube, dieser Initiativantrag entspricht nahezu wörtlich den Intentionen, die Herr Abgeordneter Hartl vor mir hier dargelegt hat. Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, diesen Entschließungsantrag mit in die Debatte einzubeziehen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Eines steht fest: 1967 und 1968 sind aus dem Sozialprogramm nur die Prüfungsgebühren bezahlt worden.

Aber gerechterweise soll auch Positives nicht unerwähnt bleiben. Herr Minister! Sie haben im Finanz- und Budgetausschuß unsere Ansicht geteilt, daß der Bundesheereinsatz an der italienischen Grenze vollkommen überflüssig war. Gestatten Sie mir mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten den „Kurier“ vom 2. November 1968 zu zitieren. Sie sagten folgendes:

„Was den seinerzeitigen Bundesheereinsatz an der italienischen Grenze betrifft, erklärte Soronics, man hätte ihn sich möglicherweise ersparen können, wenn die sogenannte ‚konzentrierte Gendarmerieabteilung‘, die jetzt die Grenzbewachung durchführt, damals schon taktisch besser stationiert und eingesetzt worden wäre. Die Gendarmen werden jetzt zu überraschenden Grenzaktionen eingesetzt, ein System, das sich besser bewähre als die ständige Bewachung der Grenze durch verstreute Patrouillen.“ — Und noch dazu durch eine „berittene Gebirgsmarine“, wie es der Herr Verteidigungsminister für den Winter geplant hat.

Herr Bundesminister! Hier sind Sie unseren Intentionen sehr nahegekommen.

Die die ganze westliche Welt schockierenden Vorfälle am 21. August 1968 in der ČSSR haben unsere Exekutive, die Gendarmerie und Zollwache, vom ersten Augenblick an an der vordersten Front gesehen; sie haben an der Grenze ihre Pflicht erfüllt und waren — das muß auch gesagt werden — stundenlang allein auf weiter Flur, bis das Bundesheer eingesetzt wurde. Diesen Männern den Dank für ihren Opfermut auszusprechen, sei mir ein bescheidenes Zeichen.

Das Positive, das ich jetzt gesagt habe, sollte aber Sie, Herr Minister, nicht dazu verleiten, so wie der Herr Bundeskanzler etwa Ihr Konterfei von den Plakatwänden sprechen zu lassen: Der schönste und beste Innenminister, den es je gab. Der schönste — das wollen wir noch gelten lassen, — aber als den besten hat bereits der Herr Staatssekretär

**Jungwirth**

Kranzlmayr (*Zwischenruf des Abg. Zeillinger*) den Böhm-Schani deklariert. (*Bundesminister Soronics: Den Helmer! Wenn schon, dann bleiben wir bei der Wahrheit!*) Ja, den Helmer!

Ihre Personalpolitik, Herr Bundesminister, der ich mich jetzt zuwenden möchte, entspricht nicht den Intentionen beziehungsweise den Ausführungen Ihres Bundeskanzlers bei seiner Antrittsrede, in der er sagte, es werde niemandem im öffentlichen Dienst auf Grund seiner politischen Einstellung innerhalb der ÖVP-Regierung ein Unrecht geschehen.

Ich werde mir jetzt erlauben, wie unser Parteivorsitzender Dr. Kreisky angekündigt hat, solche Ungerechtigkeiten schonungslos im offenen Hause aufzuzeigen. (*Abg. Guggenberger: Das war früher!*) Herr Kollege Guggenberger! Darf ich Ihnen eines sagen: Ich weiß zwar, daß Sie Vater von acht legitimen Kindern sind. (*Heiterkeit.*) Voriges Jahr bei den Budgetberatungen haben Sie uns überrascht, daß Ihnen dieses Hohe Haus ein neuntes illegitimes Kind in die Wiege gelegt hat, und ich möchte hoffen, daß Ihnen der Lindwurm in Klagenfurt nicht noch ein zehntes in die Wiege legen wird. Aber eines wünsche ich Ihnen nicht: daß eines Ihrer acht legitimen Kinder einmal so vorlaut werden möge, wie Sie es hier im Hause sind. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun zu Punkt 1. Herr Bundesminister, darf ich Sie jetzt um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Es sind zwei Posten von Gendarmerieabteilungskommandanten offen, der eine in Judenburg ab 1. Jänner 1968 durch Pensionierung und der zweite in Bregenz, der bereits seit 1. März 1967 durch Todesfall vakant ist. In beiden Fällen bewerben sich Sozialisten um diesen Posten.

Zum ersten: Gendarmerieoberleutnant Scheerleitner aus Gmunden, Spätheimkehrer — er wurde mit 15 Jahren von den Russen verschleppt und erst nach zehn Jahren nach Hause gelassen —, hat eine ausgezeichnete Dienstbeschreibung. Herr Bundesminister! Wenn Sie sich noch daran erinnern können: Es ist ihm dieser Dienstposten in Gegenwart des sozialistischen Gewerkschaftsvertreters Simon in Linz versprochen worden. Herr Bundesminister! Ich erlaube mir jetzt die Frage: Wann werden Sie Ihr Wort halten?

Nun zum Fall 2: Der Gendarmeriemajor Stampfer, ebenfalls ein Sozialist, fachlich mit „ausgezeichnet“ beschrieben, hat sich vor langem um den Posten in Bregenz beworben, weil seine Familie dort wohnt. Auch in diesem Fall ist bisher, obwohl der Posten seit 1. März 1967 vakant ist, keine Entscheidung und Erledigung in Ihrem Ministerium gefallen.

Herr Bundesminister, ich frage Sie: Warum machen Sie in diesen Fällen nicht von Ihrem Beharrungsrecht Gebrauch? Noch dazu, wo in den betreffenden Bereichen keine geeigneten Bewerber vorhanden sind!

Nun ein dritter Fall, der des Bezirksinspektors Wliszczak von Wien. Der Herr Bezirksinspektor ist im April 1945 in die Bundes sicherheitswache in Wien eingetreten und wurde mit 1. Juli 1955 zum Polizeirevierinspektor befördert. Als Folge eines Dienstunfalles, Herr Bundesminister, wurde er durch den Polizeichefarz für nicht straßendienstfähig befunden. Er war vom Jahre 1956 bis 1965 als selbständiger Sachbearbeiter im Generalinspektorat tätig. Dann machte er einen Lehrkurs bei der Firma IBM für elektronische Datenverarbeitung mit und wurde nach erfolgreicher Absolvierung dieses Kurses als Gruppenführer und Programmierer bei der Datenverarbeitung verwendet. (*Bundesminister Soronics: Bitte nochmals den Namen!*) Der Mann heißt — ich buchstabiere —: W-l-i-s-z-c-z-a-k.

Am 1. Jänner 1968 wurde er gegen Karenz der Bezüge beurlaubt und erhielt einen Sondervertrag als Programmierer bei der Bundespolizeidirektion in Wien wie einige andere seiner Kollegen. Er erkrankte dann an einer schweren Spondylarthrose und war nicht imstande, den bei der Datenverarbeitung erforderlichen Mehrdienstleistungen ohne schwere gesundheitliche Schädigungen nachzukommen.

Am 9. Mai 1968 ersuchte er um vorzeitige Lösung des Sondervertrages aus gesundheitlichen Gründen, obwohl dies für ihn eine beträchtliche finanzielle Schädigung bedeutete.

Gleichzeitig ersuchte er um Zuteilung zum Polizeimassafonds beim Bundesministerium für Inneres, wo ein für ihn entsprechender Dienstposten freigeworden war.

Die Beurteilung dieses Beamten lautete seit über zehn Jahren „ausgezeichnet“. Er war weder disziplinär noch wegen einer Ordnungswidrigkeit bestraft worden. Das Gesuch wurde vom Bundesministerium für Inneres mit der Begründung abgewiesen, daß das Bundesministerium infolge der von der Bundesregierung angekündigten Personalsparmaßnahmen nicht in der Lage sei, Beamte zu übernehmen.

Herr Bundesminister! Nun kommt das Groteske: Trotz Ihrer Abweisung sind in der Zwischenzeit zwei Beamte Ihres Ministeriums zu dieser Dienstleistung beim Massafonds eingestellt worden, und zwar sind es Mitglieder der ÖVP-Kameradschaft der Exekutive. Ich werde Ihnen nachher die Namen bekanntgeben. Ich möchte sie nicht vor dem Haus sagen. Es handelt sich um einen Revier-

9824

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Jungwirth**

inspektor und einen Rayonsinspektor. Und hier, Herr Bundesminister, ist das Ansuchen des betreffenden Herrn um Übernahme in diesen Dienst. (Redner weist es vor.)

Diese drei Maßnahmen, die ich jetzt aufgezählt habe — ich glaube, es gäbe noch mehr —, bringen mich auf den Gedanken, daß der ÖAAB eigentlich seinen Vereinsnamen ändern sollte, und zwar auf „Österreichische Postenbeschaffungs Ges. m. b. H.“. Das wäre viel vernünftiger.

Gestatten Sie mir, daß ich mich nun ebenfalls mit der dem Rotstift des Finanzministers zum Opfer gefallenen Ausrüstung der Exekutive befasse, und zwar mit der Motorisierung. Im Jahre 1965 unter Minister Czettel waren es noch 11 Millionen, 1968 7 Millionen und im 69er Jahr sind es nur mehr 5,6 Millionen geworden. Sie selbst haben im Finanz- und Budgetausschuß gesagt: „Die vom Finanzminister verlangte 20prozentige Kürzung der Anlagenkredite findet selbstverständlich auch im Budget des Innenministeriums ihren Niederschlag.“

Herr Bundesminister! Es muß ein Sprechfehler gewesen sein — oder auch nicht —, denn im Spezialbericht heißt es, daß eine 25prozentige Kürzung durchgeführt worden ist.

„Auf dem Kraftfahrzeugsektor wird die eingetretene Kreditkürzung zum Großteil durch eine intensivierte“ — das haben Sie damals gesagt — „Tätigkeit der Reparaturwerkstätten ausgeglichen werden können“. Es ist mir aber unverständlich, wie dies bei der Kürzung der Posten für Reparaturwerkstätten möglich ist.

Ich möchte Sie an eines erinnern: Vergleichen Sie die Post 6171 im Teilheft auf Seite 23, und zwar „Instandhaltung von Fahrzeugen“, mit der Post im Vorjahr. Hier standen 1968 3,900.000 zu Buch, und im Jahre 1969 sind es nur mehr 3,200.000, also um 700.000 S weniger als im Jahre 1968, und Sie wollen mit diesem verringerten Betrag die Werkstätten auslasten, um damit die Instandhaltung dieser Wagen durchführen zu können.

Aber interessant ist auch, daß die Ansätze für die Ersatzteile gekürzt wurden. Wie wollen Sie denn die alten Fahrzeuge wieder instandsetzen, wenn man gleichzeitig neben den Posten für die Werkstätten auch die für die Ersatzteile kürzt und für die Post 1042, „Ersatzteile für Fahrzeuge“, die im Jahre 1968 noch mit 700.000 S präliminiert war, im Jahre 1969 nur eine halbe Million Schilling, also 500.000 S, festgesetzt hat. Ich muß ganz offen sagen, daß mein Freund Dr. Androsch doch

anscheinend recht hatte, als er sagte, daß Ihnen damals bei der Regierungssitzung nur ein Budgetgerippe vorgelegt wurde.

Außerdem wurde im Finanz- und Budgetausschuß festgestellt — das haben Sie selbst gesagt, Herr Bundesminister —, daß noch 300 Gendarmerieposten ohne Motorfahrzeuge sind. Ich glaube, hier wird ebenfalls am falschen Platz gespart. Im Jahre 1969 werden zwar 129 Kraftfahrzeuge neu angeschafft, aber 95 werden ausgetauscht, weil sie nicht mehr brauchbar sind; also beträgt die effektive Erhöhung der Fahrzeuge für das Innenministerium nur 34.

Herr Bundesminister! Im Jahre 1964, also vor vier Jahren, sind 167 Funkpatrouillenwagen angeschafft worden, und alle diese Wagen haben bereits mehr als 200.000 Kilometer auf dem Rücken. Angeblich soll es in Ihrem Ministerium noch zwei Mercedes geben, die mehr als 300.000 Kilometer auf dem Rücken haben. Herr Bundesminister! Ich frage mich, wie Sie mit diesen Budgetposten diese Funkfahrzeuge, die zweifelsohne mehr reparaturbedürftig sind, nach Verminderung der Budgetposten reparieren wollen beziehungsweise wiedann die Werkstätten das Wunder vollbringen sollen, daß diese Wagen weiterhin im Einsatz bleiben.

Noch etwas, Herr Bundesminister: Die Mannschaftswagen für den Großeinsatz. Schauen Sie sich bitte die doch einmal an. Die gehören wirklich nicht mehr auf die Straße, sondern die sind reif für das Technische Museum.

Die geschilderten Verhältnisse, Herr Bundesminister, gefährden meiner Meinung nach nicht nur die Bediensteten Ihres Ressorts, sondern sind eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit geworden. Dafür, Herr Bundesminister, tragen wiederum allein Sie die Verantwortung.

Dasselbe gilt für die Treibstofffrage. Diese Frage steht seit zwei Jahren in diesem Raum. Es wurden mündliche Anfragen gestellt. Ich erinnere mich noch, als mich der Herr Landesgendarmeriekommendant Oberst Fuchs zu sich gebeten hat und mich ersucht hat, doch zu versuchen, dem Parlament — da war noch Ihr Vorgänger, Herr Bundesminister Doktor Hetzenauer im Amt — klarzumachen, daß man mit den Globalzuteilungen der Landesgendarmeriekommenden nicht mehr das Auslangen finden könne und daß die Gendarmerie gezwungen ist, ihre Patrouillenfahrzeugtätigkeit einzustellen. Was das für ein Fremdenverkehrsland wie Tirol, wo gerade im Sommer eine ungeheure Zahl von solchen Patrouillenfahrzeugen im Einsatz sein sollte, bedeutet, wissen Sie selbst.

**Jungwirth**

Auch die Ansätze für Treibstoffkosten sind herabgesetzt worden, wenn wir die Teuerungen einschließen.

Nun noch etwas, Herr Bundesminister. Zur Bewaffnung der Gendarmerie. Im Dienst darf die Gendarmerie nur die alten belgischen 9 mm 16schüssigen Armeepistolen tragen — ich möchte sagen: „nächste Nummer — Kindersarg“; so groß sind diese Kaliber; sie sind unhandlich und schwer —, und dies, obwohl auf Drängen der Gewerkschaft bereits 2300 Stück 6,5 mm-Revolver zur Verfügung stehen, die aber im Dienst nicht getragen werden dürfen. Außerdem verursachen — Herr Bundesminister, ich bitte Sie, jetzt zuzuhören, weil ich glaube, daß das vielleicht interessant ist für die bereits in Gang befindliche Debatte über das Waffengebrauchsgesetz — diese 9 mm-kalibrigen Pistolen, selbst wenn der Beamte nicht die Absicht hat — die hat er ja zweifelsohne nie —, den betreffenden Flüchtenden zu töten, selbst wenn er ihn in den Fuß trifft mit dieser 9 mm-Pistole, eine Verletzung, die zu einer Amputation des Fußes führen muß, denn ein Geschoß aus dieser Pistole wirkt wie ein Dum dum Geschoß. Vielleicht kann jetzt gerade im Zusammenhang — das ist ein Vorschlag meinerseits — mit der Beratung des Waffengebrauchsgesetzes auch dafür eine Lösung gefunden werden.

Ich möchte abschließend noch einmal allen Bediensteten der Exekutive für ihre treue Pflichterfüllung im verflossenen Jahr im Namen meiner Fraktion den aufrichtigen Dank sagen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich fühle mich dazu verpflichtet, da es diese Bediensteten nicht verdient haben, ein solches Budget zur Kenntnis zu nehmen. Aus diesem Grunde lehnen wir Sozialisten das Budgetkapitel Inneres ab. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Jungwirth und Genossen, den der Erstantragsteller soeben verlesen hat, ist genügend unterstützt und steht daher mit in Diskussion.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Landmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Landmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich nicht, wie es heute die linke Seite fast durch alle ihre Redner gemacht hat, mit der Spionageaffäre befassen, denn wir haben in dem heute geschaffenen Sonderausschuß Zeit, gründlich über diese Materie zu beraten. Ich habe vor, über die Probleme des Straßenverkehrs und der Verkehrsüberwachung im Westen Österreichs zu sprechen und ein paar Gedanken zum Zivilschutz in der Landwirtschaft vorzubringen.

Vorhin hat der Herr Abgeordnete Czettel ausgeführt, daß im Jahre 1965 die Stierkälber 17 S pro Kilo gekostet haben, heute aber nur 15 Skosten. Ich glaube, Herr Kollege, es ist Ihnen da ein Fehler unterlaufen, denn bei den sogenannten Stierkälbern handelt es sich um Einsteller, deren Preis durch den Export nach Italien einer Abschöpfung unterliegt. Unter Stierkälbern verstehe ich die Schlachtkälber, die mit einem Gewicht von 100 kg nach den heutigen modernen Gesichtspunkten der Schlachtung zugeführt werden. Was Sie meinen, sind die sogenannten Einsteller, deren Preis seit 1965 einer erhöhten Abschöpfung unterliegt, wenn sie in das Ausland exportiert werden. Das liegt aber nicht im Machtbereich Österreichs. (*Abg. Czettel: Der Bauer kriegt weniger, das ist ja wurst!*) Das ist nicht eine Folge der Alleinregierung der ÖVP, wie Sie es hinzustellen versucht haben, sondern das entspringt der Diskriminierung beim Export in die EWG-Länder.

Wenn ich mich jetzt meinen eigentlichen Ausführungen zuwenden darf, so glaube ich, daß ich mich als Außenstehender bei diesem Kapitel oder einer, der sich nicht direkt mit diesem Kapitel beschäftigt oder in diesem Kapitel tätig ist, doch mit einigen Worten an der Debatte beteiligen darf, die ich mir im Laufe des Jahres, sei es durch eigene Anschauung, sei es teils durch eigenes Erleben, zurechtgelegt habe.

Ich möchte an erster Stelle ausführen, daß das Land Tirol im Fremdenverkehr Gott sei Dank eine Steigerung von etlichen Prozenten im vergangenen Jahr aufzuweisen hat. Der Prozentsatz ist natürlich gebietsweise verschieden. Das hat aber eine enorme Mehrbelastung der Polizei und Gendarmerie mit sich gebracht, vor allem eine starke Belastung der Verkehrsüberwachung. Ich bin daher der Anschauung, daß — so wie es schon mehrere Vorredner ausgeführt haben — bei Parksündern und bei kleinen Vergehen im Straßenverkehr möglichst wenig Anstoß genommen werden soll, daß aber der Verkehrsüberwachung auf Durchzugsstraßen und wichtigen Verbindungsstraßen, auf denen sich der Großteil des Verkehrs abwickelt und wo sich leider auch die schwersten Unfälle ereignen, ein erhöhtes Augenmerk zugewendet werden muß.

Daß die Bundesstraße Nr. 1 im Tiroler Gebiet in Saisonzeiten nur im Kolonnenverkehr befahrbar ist, ist eine Tatsache, die jedem bekannt ist; ich brauche mich daher nicht näher damit zu beschäftigen. Als Tiroler hoffe ich in diesem Zusammenhang — ich weiß, Herr Bundesminister, daß es nicht hierher gehört —, daß der Autobahnbau zügig vorangetrieben werden wird und so auf der Bundes-

9826

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Landmann**

straße Nr. 1 der Anliegerverkehr normalisiert werden kann, was den Verkehrsüberwachungsorganen eine große Erleichterung bringen würde.

Infolge der Eröffnung der von uns lange gewünschten Felbertauernstraße wurde es uns erst möglich, mit unseren Landsleuten in Osttirol in direkte Verbindung zu treten. Für die Bewohner Osttirols wurde insofern das Tor geöffnet, als sie jetzt ihre Landeshauptstadt erreichen können, ohne ein fremdes Landdurchfahren zu müssen oder große Umwege auf sich zu nehmen, um in die Landeshauptstadt zu gelangen. Zwar brachte die Eröffnung der Felbertauernstraße eine große Belastung für die Bundesstraße Nr. 159 mit sich. Man konnte daher nur mit stärkstem Einsatz aller verfügbaren Verkehrsüberwachungsorgane die Unfallquote möglichst niedrig halten. Dies ist aber nur durch den unermüdlichen Einsatz der Verkehrsüberwachungsorgane möglich, die fast Tag und Nacht im Einsatz waren und die nicht nur als Dienst, sondern auch aus eigener Initiative die Verkehrsüberwachung durchgeführt haben. Dadurch ist es erreicht worden, und nur dadurch ist es gelungen, daß man die Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten oder mit tödlichem Ausgang auf einem niedrigen Ausmaß halten konnte.

Auf meinen Wunsch, den ich mir schon im Finanz- und Budgetausschuß vorzubringen erlaubte, für den Bezirk Kitzbühel eine eigene Verkehrsuntergruppe zu bilden, konnten Sie, Herr Bundesminister, mir leider noch keine positive Antwort erteilen. 85 Prozent des Verkehrs, der den Felbertauernstraßentunnel passiert, kommen aus dem Verkehrsraum Kitzbühel.

Von großem Interesse ist, daß sich im Sommer 1967 im Bereich nur eines Gendarmeriepostens, des Gendarmeriepostens Jochberg, der die Packstraße zu betreuen hat, 37 schwere Verkehrsunfälle ereigneten, eine Zahl, die heuer im gleichen Zeitraum auf 7 Verkehrsunfälle mit schwereren Verletzungen reduziert werden konnte. Daher glaube ich, ist es wohl gerechtfertigt — man muß das auch einsehen —, daß man immer wieder diesen Wunsch an Sie heranträgt. Ich ersuche Sie, Herr Bundesminister, daher noch einmal, da es Ihnen ja aus eigener Anschauung bekannt ist, welche Schwierigkeiten dabei zu bewältigen sind, der Bundesverwaltungsbehörde, da es doch heuer 100 Jahre sind, daß man die Bezirkshauptmannschaften gegründet hat, die Erfüllung dieses Wunsches der Bezirkshauptmannschaft Kitzbühel als Präsent zu überreichen.

Diese Beanspruchung im Straßenverkehr bringt es mit sich, daß starke Bereitschaftsdienste eingeteilt werden müssen, die in unse-

rem Gebiete fast doppelt so groß sein müssen als in den verkehrsarmen Gebieten. Die Mittel, die im Bundesministerium für Inneres dafür zur Verfügung stehen, sind meinen Ermittlungen nach — ich kann es nicht beweisen und auch nicht behaupten — prozentuell auf die Bundesländer aufgeteilt. Es wäre daher sehr angebracht, wenn man die Beträge für die Entschädigung der Mehrleistung auf dem Gebiete der Verkehrsüberwachung in Fremdenverkehrsgebieten höher einsetzen würde als in Gebieten, die verkehrsmäßig nicht so stark frequentiert sind.

Ich habe unlängst in einer Zeitung gelesen, im Westen seien mehr Unfälle und die Autobahn sei sicherer. Ich möchte mich mit dieser Aussage kurz befassen. Die Statistik der Gendarmerie über die Verkehrsunfälle ermöglicht eine aufschlußreiche Detaillierung des Unfallgeschehens. Diese Statistik enthält natürlich wieder nur jene Unfälle, bei denen die Gendarmerie oder Polizei zur Unfallerhebung herangezogen wurde. Im Bereich der 1095 Gendarmerieposten ereigneten sich im Berichtsjahr 1967 69.856 Verkehrsunfälle. Das entspricht einem Durchschnitt je Gendarmerieposten von zirka 64 Unfällen. Die Durchschnittszahl der Unfälle in den Bundesländern ergibt, daß sich im Burgenland und in Niederösterreich die wenigsten, in Tirol und Vorarlberg leider die meisten Unfälle ereignen. Es ist interessant, daß über 40 Prozent der Verkehrsunfälle sich im Bereich von einem Fünftel der gesamten Postenkommanden ereigneten, hiebei erwiesen sich jedoch wieder Tirol und Vorarlberg als Zentren des Unfallgeschehens. In beiden Bundesländern mußt mehr als ein Viertel aller Postenkommando bei mehr als hundert Unfällen pro Posten intervenieren. Auf diese Bereiche entfielen wieder mehr als 66 Prozent aller Unfälle.

Ich möchte daher das Ersuchen stellen, alle Kräfte, die zur Verfügung stehen, für die Verkehrsüberwachung einzusetzen, um dieser hohen Unfallzahl in unseren stark frequentierten Fremdenverkehrsgebieten Einhalt zu gebieten.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch erwähnen, daß sich auf den rund 350 Kilometern der Autobahn 1617 Verkehrsunfälle ereignet haben. Gemessen an der Streckenlänge und der hohen Frequenzierung der Autobahn sind diese Unfallzahlen gegenüber anderen Verkehrsträgern als gering zu bezeichnen.

Ich darf daher allen Beamten, die in den Belangen des Straßenverkehrswesens tätig sind, herzlich danken, sie aber gleichzeitig bitten, alles daranzusetzen, um dem Straßen-tod eine weitere Ausweitung zu verwehren.

**Landmann**

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich noch kurz auf den Zivilschutz in der Landwirtschaft zu sprechen komme.

Als Bauer und Bewirtschafter einer Alm mache ich mir immer wieder über den Zivilschutz Gedanken. Wenn es zu einem Katastrophenfall käme, wäre die Versorgung mit nicht verseuchtem Trinkwasser an die erste Stelle zu setzen. Ich möchte daher die Anregung geben, daß man bei der Planung von Trinkwasser-versorgungsanlagen mehr auf Tiefbrunnen hindeuten soll, denn auf diese Art ist die Reinhaltung meines Erachtens leichter möglich.

Bei den Futtervorräten und bei den Weidetieren ist natürlich die Gefahr einer Verseuchung, wenn es zu einem Katastrophenfall kommt, sehr groß. Ich möchte daher die Frage aufwerfen, ob es nicht günstig wäre, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht in den Pflichtschulen, in den Volks-, Haupt- und Mittelschulen, und vor allem in den landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen den Zivilschutz in der Landwirtschaft als Pflichtgegenstand aufzunehmen. Ich bin der Überzeugung, daß man bei solchen Katastrophen, hinsichtlich derer man in unseren Gebieten keine praktische Erfahrung hat, die Folgen doch wesentlich eindämmen könnte, wenn in den Schulen und in der Bevölkerung noch intensiver als bisher eine Aufklärung betrieben würde.

Damit möchte ich zum Schluß kommen und der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es uns vergönnt sein möge, von einer solchen Katastrophe verschont zu bleiben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mondl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Mondl** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem sich schon so viele Abgeordnete mit den Problemen des Zivilschutzes beschäftigt haben, gestatten Sie auch mir, daß ich mich nur ganz kurz mit dem Problem der zivilen Landesverteidigung auseinandersetze.

Nach dem Regierungsbeschuß vom Juli 1961 über die „umfassende Landesverteidigung“ heißt es „zivile Landesverteidigung“. Jedoch propagiert wird diese komplexe Materie in Österreich unter der Bezeichnung „Zivilschutz“. Allein daraus ist schon zu entnehmen, daß wir bisher nicht einmal über die Bezeichnung eine klare Auffassung haben. Empfinden wir — und unter „wir“ meine ich nicht nur meine sozialistischen Fraktionskollegen oder die sozialistischen Wähler, sondern den größten Teil der österreichischen Bevölkerung — die militärische Landesverteidigung als un-

friedigend bis dort hinaus gelöst, so muß ich leider feststellen, daß man auf dem Gebiet der zivilen Landesverteidigung überhaupt keine allumfassenden realisierbaren Lösungsmöglichkeiten gefunden hat.

Der Herr Abgeordnete Regensburger hat den derzeitigen Stand der zivilen Landesverteidigung in sehr rosigen Farben geschildert. Er ist ein Tiroler Abgeordneter.

Die „Tiroler Tageszeitung“ vom 23. November 1968 sieht diese Angelegenheit folgendermaßen: „Während andere neutrale Länder Europas, insbesondere die Schweiz und Schweden, alle nur möglichen Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung in Krisen- und Kriegszeiten treffen, spielt man in Österreich auch auf diesem Gebiet weitgehend ‘Vogel-Strauß-Politik‘ nach dem bewährten Motto: „Es wird schon nichts passieren!“ Dabei genügt, wie der letzte Israelkrieg gezeigt hat, schon eine weitentfernte internationale Krisensituation, um zum Beispiel die Versorgung der österreichischen Wirtschaft mit Rohmaterial, Brenn- und Treibstoff in Frage zu stellen, ganz abgesehen von den Problemen, die ein politischer oder gar militärischer Zusammenstoß in Europa auch für das neutrale Österreich auslösen würde.“

Sicherlich wird man nun sagen: Das stimmt doch nicht! Es geschieht doch in Österreich sehr viel auf diesem Gebiet! — Das stimmt zum Teil, und wir haben es heute aus verschiedenem Munde gehört. Es war aber nichts Konkretes, straff Koordiniertes, allgemein Gültiges und vor allem, sehr geehrter Herr Minister, in Krisen und in einem Verteidigungsfall Wirkungsvolles, der Öffentlichkeit Sichtbares.

Ich habe schon im Zusammenhang mit der militärischen Landesverteidigung — und ich möchte das bei der zivilen Landesverteidigung noch einmal deponieren — gesagt, daß es notwendig ist, den Zivilschutz und die zivile Landesverteidigung überschaubar, populär, realisierbar und vor allem — das ist das entscheidende — finanziell tragbar zu gestalten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man experimentiert, man versucht, wie es so schön heißt, die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Dabei läßt sich nicht feststellen — zumindest ich habe es noch nicht herausfinden können —, ob man damit die organisatorischen Möglichkeiten, die vorhandenen logistischen Möglichkeiten oder die spärlichen finanziellen Möglichkeiten meint.

Darf ich daran erinnern — es ist übrigens heute schon mehrmals in diesem Hohen Hause darauf hingewiesen worden —, daß sich nach dem Regierungsbeschuß über die „umfassende Landesverteidigung“ im Juli 1961 schon am 7. Dezember 1961 eine Landeshauptmänner-

9828

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Mondl**

Konferenz ausschließlich mit diesem Problem beschäftigt hat. In dieser Landeshauptmänner-Tagung oder „Zivilschutz-Enquête“, wie diese Tagung genannt wurde, gelangte man zu der Auffassung, daß dem Zivilschutz in Österreich zwar eine Bedeutung beizumessen ist, die konkrete Regelung aber erst nach Sammeln praktischer Erfahrungen erfolgen sollte. Ein Jahr, so mutmaßte damals Herr Landeshauptmann Gleißner als Antragsteller, würde dieses Sammeln praktischer Erfahrungen in Anspruch nehmen.

Behörden, Ämter, Exekutive, Hilfsorganisationen und Vereine sammelten auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene praktische Erfahrungen. Einige taten etwas, sie wollten sogar mehr tun, konnten aber nicht, zumindest nicht so, daß es auch zu einem effektiven Erfolg geführt hätte. Andere hätten etwas tun können, zumindest noch mehr, als sie getan haben, und wollten aus vielerlei Gründen nicht.

Es versteht sich natürlich ganz von selbst, daß sich innerhalb kürzester Zeit die verschiedenen Auffassungen und Auslegungen heraustranskristallisierten, sodaß die schwachen Ansätze, die geschaffen wurden, differenziert bis dort hinaus im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden vorzufinden sind, sodaß, sollte das Ausschöpfen der Möglichkeiten, was letztlich doch einmal notwendig sein wird, beendet und die ganze Materie gesetzlich komplex gelöst werden, zweifellos in manchen Bereichen ganz neu begonnen werden muß.

Diese Tatsache ist insofern unangenehm, meine sehr geehrten Damen und Herren, als die wenigen Mittel, die derzeit für den zivilen Bevölkerungsschutz zur Verfügung stehen, womöglich zum Teil nicht nutzbringend ausgetragen werden unter Umständen Doppelanschaffungen finanziert werden. Das Beispiel anderer Länder, vor allem aber der Schweiz, beweist uns, daß ohne eine Kompetenzlösung durch die Schaffung eines Kompetenztatbestandes in der Bundesverfassung ein einheitlicher wirkungsvoller Aus- und Aufbau des Zivilschutzes in Österreich nicht möglich ist. Darüber, meine sehr geehrten Damen und Herren, können auch noch so viele Öffentlichkeitsveranstaltungen nicht hinweghelfen.

Bisher habe ich fälschlicherweise immer geglaubt, daß die gesetzliche Regelung dieser Materie ausschließlich auf Grund des Widerstandes der Länderregierungen sehr schwer durchsetzbar sein wird. Ich habe daher nach zahlreichen positiven Äußerungen der Herren Landeshauptmänner schon im Vorjahr angeregt, die Landeshauptmänner zu ersuchen, sich nochmals mit dem Thema Zivilschutz in einer Landeshauptmänner-Konferenz zu beschäftigen. Wie ich gehört habe, hat man sich

in der Zwischenzeit mit dieser Materie in einer Landeshauptmänner-Konferenz beschäftigt. Das Thema Zivilschutz wurde am 30. und 31. Oktober 1968 in der Landeshauptmänner-Konferenz behandelt.

Es wurde aber nicht, wie man glauben müßte, der Bericht über die in den sieben Jahren gesammelten Erfahrungen diskutiert und daraus die Konsequenzen gezogen, sondern ganz im Gegenteil: seitens des Innenministeriums wurde ein konkreter Vorschlag unterbreitet, der da lautete — darf ich bitte den Herrn Staatssekretär Minkowitsch wörtlich zitieren, der dort diesen Vorschlag unterbreitet hat —:

„... der Tatsache Rechnung tragend, daß die Agenden der zivilen Landesverteidigung, insbesondere des Zivilschutzes komplexer Natur sind und nur durch den Bundesverfassungsgesetzgeber geregelt werden könnten“, was stimmt, „— eine Regierungsvorlage im Parlament glaubhaft derzeit jedoch keine Mehrheit finden würde —“ das weiß ich nicht, wieso man zu dieser konkreten Auffassung gelangt „—, sei vom Arbeitsausschuß 'Z' im Bundesministerium für Inneres ein Organisationskonzept ausgearbeitet worden, das die gegebene Kompetenzlage berücksichtige und nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten beinhaltet.“ — Auf diese Pflichten werde ich noch im Laufe meiner Ausführungen zu sprechen kommen. Und nun meint Herr Staatssekretär Minkowitsch:

„Je rascher und umfassender dieses Organisationskonzept auf allen Ebenen und in allen Bundesländern zum Tragen kommt, desto eher wird der Ruf nach einem Bundeszivilschutzgesetz künftig verstummen.“ — Geachten Sie mir, daß ich das sehr in Zweifel ziehe, Herr Staatssekretär. — „Der Vorschlag schafft kein Provisorium“ — heißt es weiter — „sondern bietet bei Beachtung eine praktikable Lösung, die sich auf bestehende Institutionen, hier vor allem auf die Exekutive abstützt, sowie auf Behörden, die sich gewisser Hilfsorganisationen bedienen können und sollen.“

Dankenswerterweise haben nämlich der Österreichische Bundesfeuerwehrverband, das Österreichische Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs und der Österreichische Zivilschutzverband ihre freiwillige Mitarbeit zugesagt, die zum Teil schon aus statutenmäßigen Bedenken von einem Gesetzgeber gar nicht generell erzwungen werden könnte.“

Das stimmt; aber ich habe aus dem Munde eines Vorredners gehört, man könne sich da in Krisen- und Kriegszeiten mit dem sogenannten Notverordnungsrecht des Herrn Bundes-

**Mondl**

präsidenten beziehungsweise der Herren Bürgermeister helfen. Ja, zu Notzeiten, aber man wird überhaupt keinerlei umfassende Übungsmaßnahmen durchführen können, weil hier das Notverordnungsrecht leider nicht angewendet werden kann. Daher ist also diese Lösung nicht ideal, das heißt, sie kann überhaupt zu keinem guten Ende führen. (Abg. Regensburger: *Ein Übungsnotverordnungsrecht gibt es nicht!*) Ich weiß, auf freiwilliger Basis.

Der Herr Staatssekretär Minkowitsch sagte dann weiter:

„Um eine koordinierte Vorgangsweise zu gewährleisten, wurde beim Bundesministerium für Inneres neben dem großen Arbeitsausschuß ‚Z‘, dessen Zusammensetzung ich als bekannt voraussetzen darf“ — fuhr dann der Herr Staatssekretär Minkowitsch fort — „ein Koordinationskomitee der Hilfsdienste ins Leben gerufen, das die Aufgabe hat, die Arbeitsergebnisse den zum Teil völlig autonomen Landesorganisationen entsprechend zu empfehlen, sodaß der gewünschte Koordinierungseffekt eintritt. So wird es ermöglicht, etwa 240.000 Mitarbeiter für Teilbereiche der ZLV, vor allem für den humanitären Schutzbereich dienstbar zu machen — eine Organisationsform, die nicht nur zweckmäßig erscheint, sondern auch sparsam ist und vor allem den größtmöglichen Erfolg gewährleistet.“

Zum zweiten Teil dieses Vorschlags kann man sagen: Recht gut und sehr schön, aber, Herr Staatssekretär, nicht neu.

Um im Falle technischer Katastrophen oder Naturkatastrophen großen Ausmaßes den koordinierten Einsatz der Behörden, der Exekutive und freiwilliger Hilfsorganisationen über die Landesgrenzen hinaus zu ermöglichen, sollte schon unter Herrn Innenminister Czettel eine ähnliche Einrichtung geschaffen werden: der Katastrophenrat, der damals allerdings von der ÖVP nicht gut geheißen wurde.

Aber mit diesem angebotenen Lösungsvorschlag wird man zu Krisen- und Kriegszeiten niemals ein Auslangen finden können, und der Ruf nach einer bundesgesetzlichen Regelung wird nie verstummen und kann auch nie verstummen! Es wurde richtig festgestellt, daß die gegebene Kompetenzlage nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten beinhaltet. Eine gesetzliche Regelung müßte aber gleichzeitig auch die finanzielle Regelung berücksichtigen.

Wir haben in diesem Budget — das ist heute schon mehrmals festgestellt worden — für das Jahr 1969 7,4 Millionen Schilling für Zivilschutzmaßnahmen vorgesehen. Ein allgemeiner internationaler Vergleich — der Herr Abgeordnete Regensburger hat ihn ebenfalls

angestellt — beweist, daß die Schweiz, Dänemark, Schweden, Finnland und eine Reihe von anderen Ländern und Staaten für den zivilen Bevölkerungsschutz Mittel in der Höhe von rund 10 Prozent des jeweiligen Militärbudgets ausgibt.

Selbst dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir in Österreich noch so sehr den Grundsatz verfolgen, uns auf das Notwendigste zu beschränken beziehungsweise das bereits Vorhandene zu benutzen und auszubauen, wird man mit den 7,4 Millionen Schilling nicht das Auslangen finden können. Wollte man daher tatsächlich den Auf- und Ausbau des zivilen Bevölkerungsschutzes ernstlich in Angriff nehmen und würden die Länder tatsächlich die aus der berücksichtigten Kompetenzlage resultierenden Pflichten nur im bescheidensten Ausmaß übernehmen, müßten sie, um diese Pflichten realisieren zu können, gemeinsam beachtliche Mittel aufbringen, jedenfalls viel mehr als 7,4 Millionen Schilling. Aber da darf man, Herr Abgeordneter Regensburger, alle diese Mittel, die für den Feuerschutz allein aufgebracht werden, nicht mit ins Kalkül ziehen, wie Sie das bereits heute gemacht haben (Abg. Regensburger: *Warum denn nicht?*), weil das ganz andere Mittel sind. In anderen Staaten werden wesentlich höhere Mittel dafür aufgebracht, und die kann man mit unseren Mitteln nicht vergleichen. Das müßte noch zusätzlich geschehen! (Abg. Regensburger: *Da sind Sie im Irrtum, Herr Kollege!*) Das ist kein Irrtum, Herr Abgeordneter!

Aber es wird niemals geschehen, daß diese Mittel aufgebracht werden, daher wird auf Grund von Absprachen wohl weiterhin viel geredet und viel geschrieben, aber herzlich wenig tatsächlich getan werden.

Ohne gesetzliche Regelung mit gleichzeitiger Überlegung der Finanzierung — und damit meine ich Paktieren im Finanzausgleich — kann meiner Meinung nach diese komplexe Materie des Zivilschutzes niemals gelöst werden. Das möchte ich heute nur zu diesem Kapitel deponiert haben. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ulbrich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ulbrich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Meine Wortmeldung erfolgt auf Grund der Erklärung des Herrn Abgeordneten Regensburger, die dahin ging, daß bei den Eisenbahnen der „rote Terror“ wütet. Es ist dies die Fortsetzung jener Argumentation, die der Herr Abgeordnete Mayr voriges Jahr in der Budgetdebatte begann. Die rote Gewerkschaft! Wenn Ihnen das leid tut, daß die

9830

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Ulbrich**

Eisenbahner rot sind, uns freut es; nehmen Sie das freundlichst zur Kenntnis. (*Beifall bei der SPÖ*)

Sie werden mit keiner Maßnahme, egal, welche Sie sich wünschen, dieses Verhältnis ändern können, wenn Sie im Rahmen demokratischer Handlungsweisen verbleiben. Wenn Sie die Verleumdungstheorie Ihrer Rede verwenden, könnte es vielleicht gelingen, daß von den 7 Prozent Ihrer Wähler bei den Eisenbahnhern nur mehr 4 oder 3 Prozent übrigbleiben, aber dann schreiben Sie das Ihrer Taktik zu. Denn ich finde das als demokratisch unanständig, neuerlich immer Theorien über Umstände fortzupflanzen, die nicht bestehen.

Ich führe als Zeuge unserer Organisation und des Verhältnisses bei den Bundesbahnen Ihren Kollegen Burtscher Hans an. Kennen Sie den? (*Abg. Regensburger: Natürlich!*) Dann fragen Sie ihn einmal über die Verhältnisse bei der Bundesbahn und über den „Terror“. Denn Burtscher Hans stieg beim Gewerkschaftstag der Eisenbahnen zur Rednertribüne hinauf und sagte: Ich bedanke mich bei der Gewerkschaft der Eisenbahner, bei der Personalvertretung für die Offenheit, für die Möglichkeit der Debatte und freue mich darüber, daß uns als christlichen Gewerkschaftern alle Möglichkeiten eröffnet sind, zu handeln und zu reden. (*Abg. Regensburger: Früher hat er das sicher nicht gesagt, das ist erst seit Minister Weiß!*) Lassen Sie sich ein bissel Zeit.

Siesprechen aller Wahrscheinlichkeit nach von dem „roten Terror“ unter den Ministern Waldbrunner und Probst. Bringen Sie die Beweise! (*Abg. Regensburger: Jawohl! Hundertprozentig!*) „Jawohl“ ist ein Haarwasser. Bringen Sie die Beweise! Sie können keinen einzigen bringen. Sie leben von Pauschalverdächtigungen, Herr Regensburger. Beweise blieben Sie bis heute alle schuldig, alle! Denn wenn es den „roten Terror“ bei den Eisenbahnhern gegeben hätte, den Sie behaupten, dann frage ich Sie: Von wo kommt beispielsweise das gesamte Ministerbüro des Herrn Bundesministers Weiß her? Von wo kommt der Herr Dr. Kalz mit seiner Beförderung her? Von wo kommt der Herr Dr. Plätz her, von wo kommt der Herr Dr. Petz? Alles ausgesprochene ÖVP-Mitglieder oder Mitglieder des CV oder Mitglieder des ÖAAB. Ich beweise Ihnen damit nur eines: Wir haben gar keine Notwendigkeit, sie unter Terror zu setzen. (*Abg. Regensburger: Wie hat denn das früher ausgesehen?*) Viel schlechter noch! (*Abg. Mayr: Ganz richtig! Viel schlechter!*) Sie kommen nicht durch mit Ihrer Behauptung, daß bei uns Terror besteht. Damit, nehmen Sie das zur Kenntnis, sind Sie daneben.

Ich werde Ihnen jetzt einiges sagen. Sie haben im Jahr 1966 ein Memorandum herausgegeben. Kennen Sie das, Herr Regensburger? (*Abg. Regensburger: Ich hoffe!*) Nicht hoffen! Ja oder nein? Kennen Sie das Memorandum der ÖVP zur Sanierung der Bundesbahnen? Da gibt es einen Punkt, der heißt: Entpolitisierung des Personals. Sagen Sie, wie wollen Sie denn das fertigbringen? 86 Prozent wählen in demokratischer, unbeeinflußter Wahl die sozialistische Fraktion, 7 Prozent die Ihre und der Rest die anderen. Ich darf behaupten, der Wahlvorgang bei der Personalvertretung der Bundesbahnen ist sauber. Das tut Ihnen weh, das kann ich mir vorstellen. Sie hätten ja ganz gerne Terror-Bewegungen bei uns, aber wir haben es nicht notwendig. Wir stehen auf dem Standpunkt, man soll die Kleinen nicht schlagen, und Sie gehören zu den Kleinen bei uns, zu den ganz kleinen Batzern gehörten Sie bei uns bei der Personalvertretung der Eisenbahner. Maßen Sie sich nicht so viel an, es könnte Ihnen weh tun!

Ein Beispiel, wie demokratisch wir denken. Fragen Sie den Obmann-Stellvertreter des Zentralausschusses in der Personalvertretung, der unter 7 Prozent liegt, Ihren Kollegen Stanzel. Was uns da alles gesagt worden ist, und wer da alles gekommen ist und gesagt hat: Könnt ihr nicht irgendwie Rücksicht nehmen auf die Minderheiten bei euch? Und wenn man das alles genau abwiegt, dann fragt man sich: Wie kommt man zu einer Erklärung des sogenannten roten Terrors?

Aber ich erinnere Sie an noch etwas: Da hat es einmal ein wunderbares Zwischenspiel gegeben; ich erinnere Sie an das Frühjahr 1966, wo Sie mit einem gewaltigen Elan in den Wahlkampf gezogen sind. Die Folge davon war Ihr Erfolg, brustgeschwellt: Jetzt sanieren wir die Bundesbahnen! Darüber reden wir wahrscheinlich am 16. Dezember. Aber da hat es in Salzburg eine Tagung des ÖAAB gegeben, und bei dieser Tagung sprach Ihr Kollege Glaser. Er ist nicht da, das tut mir leid. Da hat man eine Presseaussendung gemacht. Bei dieser Tagung waren, mir scheint, 25 oder 30 Leute, und die haben viel Wind in die Gegend geblasen, mehr war nicht dahinter; aber da hat man erklärt: der „rote Terror“! Einverstanden! Ich habe in einer Zentralleitungssitzung den Herrn Dr. Kalz gefragt: Herr Dr. Kalz — da war er noch 3. Obmann der Gewerkschaft der Eisenbahner —, bitte erklär uns einmal: Wo gibt es den „roten Terror“ bei der Gewerkschaft der Eisenbahner oder bei den ÖBB? — Da hat der Dr. Kalz gesagt: Ernstl, das ist doch nicht von mir! Da habe ich gefragt: Nun, von wem denn? Da hat er gesagt: Na, vom

**Ulbrich**

Glaser! (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Und nun erinnern Sie sich: Hier bin ich gestanden, und dort ist der Dr. Kalz gesessen. Da habe ich gefragt: Karl, was sagst du jetzt? War's der Glaser? — Und der Glaser hat gesagt: Ich war's nicht! — War das der liebe Gott? Wer war es dann? Eine von Ihren Personen. (*Ruf bei der SPÖ: Der Regensburger war es!*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Hohes Haus! Minister Soronics wird froh sein, daß wir einmal von der Eisenbahn reden. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Abgeordneter **Ulbrich** (*fortsetzend*): Nun, da hätten Sie zumindest ein gutes Unternehmen in der Hand, Herr Minister. Viel weniger Ärger!

Und nun möchte ich noch etwas sagen, weil Sie behauptet haben — ich meine, es ist ja kostlich, was Sie uns gebracht haben —: ÖVP-Mitglieder wählen die SPÖ bei der Eisenbahn. Wollen Sie eine Antwort darauf? — Ganz einfach: Weil die ÖVP-Mitglieder bei der Eisenbahn durch uns besser vertreten werden als durch Sie. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*) Haben Sie das Beamtenopfer beschlossen oder wir? Herr Regensburger! Waren das am Semmering Ihre Genossen oder meine, die gesagt haben: Jeder Eisenbahner, jeder öffentlich Bedienstete, jeder Bundesangestellte, jeder Landesangestellte zahlt um 2500 S mehr an den Staat, als Beamtenopfer! Waren das Ihre Leute oder meine? Ihre sogenannten christlichen Gewerkschafter, Ihre ÖAAB-Funktionäre kamen zu uns, zu uns als rote Gewerkschafter, und haben gesagt: Wir danken euch, daß ihr aufgestanden seid, denn unsere haben sich nicht mehr zu reden ge- traut! Daher die Folge, daß ÖVP-Mitglieder aus Tirol, wo sie einen schwarzen Bürgermeister haben und die sich vor seiner Freundschaft fürchten, bei der Eisenbahn sozialistisch wählen. Nichts für ungut. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wir kommen schon noch zusammen, wir zwei. (*Abg. Mayr: Eine Versammlungsrede!*) Eine gute Versammlungsrede ist etwas wert, und Sie können sie sich dann abschreiben, wenn Sie es einmal brauchen, Herr Mayr.

Und jetzt kommen wir dem „roten Terror“ ein bissel näher — weil Sie ja behauptet haben, das gäbe es nicht, daß jemand aus politischer Einstellung zurückgesetzt wird. Wie war das denn nach dem Generaldirektor Schantl, als wir festgestellt haben, es gibt hier mehrere Anwärter. Sicherlich, bei einer solchen Position gibt es bei jeder Partei den Wunsch, sie zu besetzen. Nun, bei einem schwarzen Minister einen schwarzen Generaldirektor und einen schwarzen Personalchef und so weiter, das wäre doch die Geschichte. Leider ist es

nicht ganz gelungen. Da haben wir gesagt: Wir nominieren in dieser Frage den Dr. Dultinger. Da haben Sie erklärt: Der liegt phantastisch in Tirol! Was nützt denn das, wenn er in Tirol phantastisch liegt, und in Wien hat er nichts gegolten in der Kärntner Straße. (*Ruf bei der ÖVP: So ein Pech!*) Das ist ein Pech, gelt? Warum ist denn der Dr. Dultinger abgelehnt worden? Wollen Sie jetzt behaupten, aus fachlichen Gründen, aus Unfähigkeit, weil er vielleicht sachlich nicht die Materie beherrscht? Warum haben Sie ihn abgelehnt? Weil er Obmann des BSA und sozialistisches Parteimitglied ist! Ich kann Ihnen sagen, das wurde mir von einem hohen Funktionär Ihrer Partei bestätigt.

Dann sollen Sie aber nicht hierhergehen und plaudern. Sie müssen vorher denken, bevor Sie reden, oder ... Es ist besser, ich bin staaad, sonst heißt es wieder: es ist der Würde des Hohen Hauses nicht entsprechend, was ich jetzt sagen möchte. (*Heiterkeit.*)

Und jetzt noch ein Stückerk weiter: Wer interveniert denn beim Herrn Bundesminister Weiß? Der ÖAAB! Und wer interveniert gegenwärtig in der Besetzungsfrage des Maschinen- direktorpostens der ÖBB und bietet uns Konzessionen zum Tausch an, damit der Rang 1 verzichtet zugunsten eines ÖAAB-Funktionärs? — Wir? — Wir haben dem Herrn Minister gesagt: Herr Minister, Sie müssen entscheiden, das können wir nicht tun! — Rang 1 ist der Herr Soundso. Wenn der Rang 39 wie im Falle des Herrn Dr. Kalz zum Zug kommen sollte — seien Sie nicht böse, wenn man Ihnen dann sagt, das ist eine politische Besetzung und keine sachlich-fachliche gewesen. Das müssen Sie schon akzeptieren. Wir kennen diese Tradiwaberl alle, die Sie spielen. Man fragt heute keinen Beamten. (*Abg. Ofenböck: Ihr habt es jahrelang vorexerziert!*) Lieber Freund Ofenrohr, gib a Ruah, das ist ja viel gescheiter! (*Heiterkeit bei der SPÖ.* — *Abg. Ofenböck: Da kommt er sich ulzig und gut vor, wenn er solche Namen sagt!*) Das war einmal ein Goal, das du nicht gehalten hast.

Wie macht man denn das? Da wird man zum Herrn Minister geholt, und der Herr Minister sagt: Schauen Sie, ich habe meine Probleme und Schwierigkeiten! — Welcher Minister hat das nicht? Das sieht man ja beim Minister Soronics, der ist ja schon froh, wenn der ganze Diskurs zu Ende kommt, was ich ja auch begreife.

Aber da ändert man dann die Organisation solcher Unternehmungen. Oder haben Sie von dem noch nie etwas gehört? Kennen Sie noch nichts von der Organisationsänderung der ÖBB? Mit 1. 1. 1969 wollten Sie es haben. Haben Sie davon noch nie etwas gehört?

9832

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Ulbrich**

Möglich, daß das nicht bis Tirol kommt, denn da sind die Berge dazwischen. (*Heiterkeit.*) Man braucht nicht degradieren, man hebt die Posten, und räumt dabei das Geschäft weg. Man kriegt um ein paar Tausender mehr, man hat keine Arbeit, und die politische Mischkulanz geht hinter der Budel mit Dr. Knappl und Dr. Kalz und Genossen vor sich. (*Abg. Lola Solar: Das wißt ihr gut von euch!*) Sie dürfen doch nicht glauben, daß wir das nicht wissen. Wenn Sie es nicht wissen, dann tun Sie mir leid; dann strengen Sie sich bei diesen Dingen ein bißchen an.

Hier wurde heute vormittag sehr ernst debattiert. Dazu möchte ich eines sagen: Was mir imponiert hat, war die Stellungnahme des Herrn Dr. Kranzlmayr. Wissen Sie, was mich freuen tät? Wenn der Herr Dr. Halder da herkäme und seinen Irrtum bekennen würde. Denn dieser Herr hat offiziell hier in diesem Haus die Unwahrheit gesprochen. Nur hinter dem Haus, in den Wandelgängen hat er dann gesagt: Bitt' schön um Entschuldigung — ich habe mich geirrt.

Nun sage ich Ihnen noch etwas: Nicht mein Ausdruck, nicht meine Sprache und meine Rede schadet dem Parlament. Diesem Parlament und der österreichischen Demokratie schadet es vor allem, wenn Unwahrheiten von diesem Platz und von der Regierungsbank aus gesprochen werden! Das nehmen Sie einmal zur Kenntnis! (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich habe noch keine Erläuterung dazu geben müssen — nirgends noch —, was Unwahrheit oder was Lüge ist. Es war dem Herrn Präsidenten vorbehalten, damit Sie aufgeklärt sind, was da vorgegangen ist. Und ob das vorteilhaft ist für eine Demokratie und für ein Parlament? Das schreiben Sie sich in Ihr Stammbüchl und nicht in unseres.

Aber jetzt eine sehr ernste Frage: Was ist das, wenn im Bundesministerium für Inneres, im Einvernehmen mit dem Bundesminister, unter dem Vorsitz des höchsten Beamten eine Besprechung stattfindet und man am Schluß abstimmt? Das ist politischer Terror! Nehmen Sie das freundlichst zur Kenntnis: Das ist schwarzer politischer Terror! Denn Sie müssen doch wissen, daß ein Großteil der teilnehmenden Beamten nicht wagt, nein zu sagen — aus Angst um ihre Existenz! Ich mache deswegen niemandem einen Vorwurf. Aber wenn Sie behaupten, das eine sei „überparteilich“ und das andere politisch, dann, bitte, Herr Minister, erklären Sie mir eines: ob überparteilich gleich unpolitisch ist. — Das gibt es doch nicht! Ich habe Verständnis für Ihre Notwendigkeiten, ich habe Verständnis dafür, daß Sie sich alle Ihre Funktionäre zusammenholen und sagen: Im Parlament ist mir etwas passiert; wenn mir das noch einmal passiert — ich weiß nicht,

was ich dann tue! — Das begreife ich alles. Aber bleiben Sie doch im Rahmen des Möglichen und geben Sie doch zu: Wenn wo falsch informiert wird, dann müssen Sie auch den falsch Informierten die Möglichkeit geben, wenn sie die Wahrheit erfahren, diese zum Ausdruck zu bringen. Und mehr ist ja nicht passiert.

Wir lassen uns als sozialistische Abgeordnete von keinem Minister Vorschreibungen über die Art unserer Debatten und Diskussionen machen. Wir nehmen auch keinen Ordnungsruf von dieser Bank dort entgegen. Ein Terror der Regierungsbank gegenüber den Abgeordneten kommt niemals in Frage. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Gruber: Das hat ja eh niemand gemacht!* — *Abg. Mayr: Wann war denn das? Das war noch nie, das sind ja Unterstellungen, Herr Kollege!*)

Ich will Sie über noch etwas aufklären. Herr Mayr, bleiben Sie freundlich, ich sage Ihnen noch etwas. Sie werden schauen, was es unter der Herrschaft Ihrer Innenminister noch gibt. Wer war denn im Jahre 1966/67 nach dem Regierungswechsel Innenminister? Es war Kollege Hetzenauer! Wissen Sie, was damals geschehen ist? Da hat man die erste Astronautenausbildung forciert. Man hat einen Kriminalbeamten, einen Beamten der Staatspolizei über den Hausbesorger des Eisenbahnerheimes in das Kongreßhaus geschmuggelt, um die Kongresse und die Gespräche des Hauses abzuhören. (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.* — *Abg. Weikhart: Das ist richtig! Das ist bewiesen!*) Ist das anständig? Sie lachen darüber, aber das ist wahr! Ich kann es beweisen, von A bis Z. (*Ruf bei der ÖVP: Sie sehen ja weiße Mäuse!*) Ja, aber da schaue ich Sie an. Da muß ich Sie anschauen, denn Sie sind eine weiße Maus, das gebe ich zu. Aber nicht die, die im Auto fährt, sondern die, die von etwas anderem weiß wird.

Dazu sage ich Ihnen eines: Das sind Methoden, die einer Demokratie nicht entsprechen. Man hat den Hausbesorger unter Druck gesetzt, weil er persönliche Schwächen gezeigt hat. Das ausnützend, hat man unser Haus kontrolliert. Man hat die Büroräume unserer Organisation aufgesperrt, man hat die Tische unseres Hauses untersucht. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Wollen Sie sagen, daß das fair und anständig ist? Und da stellen Sie sich her und reden von einem „roten Terror“? (*Abg. Weikhart: Das ist Terror!* — *Rufe bei der SPÖ: Das ist ja allerhand!*) Der schwarze war viel schlimmer, denn auf Grund des schwarzen Terrors — nehmen Sie das zur Kenntnis — sind unsere Männer und Frauen in die Kerker und noch wohin gewandert, ersparen Sie es mir, daß ich Ihnen das sage. (*Abg. Regensburger: Das ist eine Gemeinheit, so etwas macht ein*

**Ulbrich**

*Minister Hetzenauer nie!)* Ich habe ja nicht gesagt, daß er es gemacht hat. (Abg. Ströer: *Das ist die Antwort auf Ihre Provokation!* — Abg. Regensburger: *Das sind Verleumdungen, das weise ich zurück!*)

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Ich bitte, sich jetzt nicht zu weit vom Thema weg zu verirren.

Abgeordneter **Ulbrich (fortsetzend):** Sie können zurückweisen, was Sie wollen. Ich sage Ihnen das noch einmal. Glauben Sie, das regt mich auf, wenn Sie das zurückweisen? (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ja, ja, an der Dummheit erkennt man ein paar von euch. Da sind Sie nicht allein, ihr seid ein ganzer Haufen Dumme da drüben. Wenn Sie es haben wollen — bitte schön, von mir können Sie es ruhig kriegen. Aber nehmen Sie zur Kenntnis, was ich gesagt habe. (Abg. Ofenböck: *Sie müssen ja eine Erklärung dazu geben, damit wir wissen, was Sie meinen!*)

Ich habe erklärt, daß unter der Minister- schaft des Herrn Abgeordneten Hetzenauer das passiert ist. Das kann nicht abgestritten werden, weil es wahr ist. (Abg. Dr. Hetzenauer: *Nur weiß ich nichts davon!*) Einverstanden! Ich habe ja nicht gesagt, daß Sie es wissen. (Heiterkeit.) Das habe ich ja nicht behauptet. (Abg. Weikart: *Aber wahr ist es!* — Abg. Mayr: *Das sind gemeine Unterstellungen!*) Nein, nein, das sind keine Unterstellungen, Herr Mayr. (Ruf bei der ÖVP: *Warum nennen Sie dann den Namen, wenn Sie ihn nicht damit in Verbindung bringen wollen?* — Abg. Ofenböck: *Das ist eine Gemeinheit!*) Warten Sie nur ein bissel. Wir werden die „Gemeinheit“ gleich sehen, Herr Ofenrohr.

Erinnern Sie sich: Da bin ich gestanden und habe einen Artikel aus dem „Volksblatt“ vor- gelesen und habe das sogar dem Herrn Vize- kanzler Withalm vorgehalten. Im „Volksblatt“ ist ein Artikel gestanden mit dem Hinweis, daß aus Kreisen der Gewerkschaft der Eisen- bahner Gerüchte laut werden, daß einige Unzulänglichkeiten in verschiedenen Geld- fragen bestehen. Erinnern Sie sich? — Das war im November des Jahres 1966. Glauben Sie, daß wir das vergessen? Damals gab es bei uns Untersuchungen durch die Wirtschaftspolizei, durch die Kriminalpolizei — man hat aber nichts gefunden, weil nichts da war zum Fin- den. Ich habe Ihnen damals gesagt: Herr Vizekanzler, seien Sie vorsichtig mit solchen Dingen! Das könnte verkehrt losgehen. Auf diese Art habe ich es erklärt.

Wenn Sie in fairer und anständiger Weise mit uns die Klingen kreuzen, dann trage ich nicht einmal ein Visier im Streit, damit bin ich ein-

verstanden, aber wenn man hinterrücks ver- sucht, mit so einer Politik zu meucheln, dann nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir uns dagegen zur Wehr setzen. Dann sagen wir das hier. Dann soll sich der Herr Abgeordnete Regens- burger überlegen, was er sagt. Er kann nicht von einem „roten Terror“ sprechen, wenn der schwarze viel stärker war! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: *Und Sie möchten jetzt Hetzenauer hinterrücks meucheln!*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Inneres **Soronic:** Hohes Haus! Der Herr Präsident hat zwar ge- sagt, ich werde froh sein, wenn der Herr Abge- ordnete Ulbrich über die Eisenbahn spricht, aber der Herr Abgeordnete hat sich am Schluß auch mit dem Innenressort beschäftigt.

Zunächst einmal zu der Abstimmung: Es würde mir wirklich daran liegen, daß Sie das Gefühl haben, daß dabei nichts gelenkt wurde. Es ist einfach dadurch zustandegekommen, daß bei dieser Besprechung eine Abstimmung erfolgt ist. Ich war nicht dabei. Ich habe keinen Auftrag gegeben. Ich kann nicht mehr als Ihnen die Versicherung geben; wenn Sie es mir nicht glauben, tut es mir leid.

Ich habe gerade in einem kurzen Zwischen- gespräch mit Herrn Minister Hetzenauer a. D. über die Frage Staatspolizei und den Fall, den Sie hier geschildert haben, gesprochen. Er weiß nichts. Herr Abgeordneter! Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir den Sach- verhalt genau bekanntgeben würden. Ich bin bereit, nachträglich noch die Sache unter- suchen zu lassen. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolizei möchte ich sagen: Sie wissen, daß die Wirtschaftspolizei nirgends gerne gesehen ist und daß wir hinsichtlich der Wirtschaftspolizei in den letzten Monaten im- mer wieder gehört haben, daß sie dort hin- kommt, wo sie nicht gerne erwartet wird. Es ist anscheinend keine einseitige Aktion. Aber — wie gesagt — ich möchte mich hier nicht verbreitern, ich bin gerne bereit, die Dinge noch nachträglich zu untersuchen.

Hohes Haus! Ich glaube, Sie sind einver- standen, daß ich nicht jede einzelne Frage hier beantwortete. Soweit es möglich war, habe ich es im Finanz- und Budgetausschuß schon getan.

Herr Abgeordneter Dr. van Tongel hat sich mit den Fragen des Zivilschutzes beschäftigt. Ich möchte, wenn Sie gestatten, am Schluß bei der Beantwortung des Debattenbeitrages des Herrn Abgeordneten Mondl auf diese Fragen nochmals eingehen.

9834

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Bundesminister Soronics**

Die Frage der Wirtschaftspolizei ist bereits ausführlich behandelt worden.

Ich glaube, Sie werden zustimmen, wenn ich das Verkehrsproblem bei der entsprechenden Anfrage behandle, die der Abgeordnete Eberhard in diesem Zusammenhang an mich gerichtet hat.

Heute Abgeordneter Suppan hat neben einer Reihe von Anfragen die Frage der Gendarmerieinstruktion hier angeschnitten. Ich möchte mitteilen, daß hier laufend die Instruktionen geändert werden. Wenn es uns gelingt, das Waffengebrauchsgesetz über die parlamentarischen Hürden zu bringen, werden wir eine Neufassung dieser Bestimmungen herausgeben. Ich glaube, daß auch auf diesem Gebiet dann Klarheit geschaffen ist.

Ich möchte absichtlich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Tull nicht eingehen — er ist ohnehin nicht hier —, weil ich die Atmosphäre nicht mehr vergiften möchte. Er hat mir hier Dinge gesagt, die eigentlich nicht unwidersprochen bleiben sollten, aber ich nehme zur Kenntnis, daß ich mir als Regierungsmitglied auf dieser Bank verschiedenes gefallen lassen muß. Ich werde aber doch vielleicht die Gelegenheit wahrnehmen, da ich Gott sei Dank auch Abgeordneter bin, von einer anderen Stelle in einer ebensolchen Art und Weise zu antworten. Damit möchte ich diese Frage als erledigt betrachten.

Herr Abgeordneter Eberhard hat sich sehr ausführlich mit der Verkehrskonferenz befaßt. Ich habe schon bei meiner ersten Wortmeldung versucht, auf diesen Fragenkomplex einzugehen. Wir werden weiter diese Koordinierung durchführen. Ich glaube, daß es noch verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden gilt. Aber die Demonstration, daß hier alle mitgemacht haben und daß vor allem die Bereitschaft vorhanden ist, keine Kompetenzschwierigkeiten auftauchen zu lassen, beweist, daß wir einen Weg beschritten haben, der uns die Möglichkeit gibt, wenigstens schrittweise vorwärtszukommen. Auch die Bilanz des Sommerverkehrs zeigt, daß wir zwar nicht überragende Erfolge erzielt haben, aber immerhin waren unsere Bemühungen, die einvernehmlich erfolgt sind, nicht vergeblich. Es zeigt sich, daß die Koordinierung der Länder doch erreicht werden konnte. Während des ganzen Pfingstverkehrs haben sich, glaube ich, nur zwei Bezirkshauptleute nicht an diese Empfehlung gehalten. Alle anderen haben das durchgeführt, was diese große Verkehrssicherheitskonferenz behandelt hat.

Die wichtigsten Punkte aus der Rede des Herrn Abgeordneten Czettel, zu denen ich auf-

gefordert wurde, Stellung zu nehmen, habe ich bereits beantwortet. Ich glaube nicht, daß wir noch irgendeine Fehde auf diesem Gebiet auszutragen haben.

Herr Abgeordneter Zeillinger hat sich mit der Staatspolizei beschäftigt. Vielleicht gestattet er mir, daß ich am Schluß grundsätzlich zu diesem Fragenkomplex noch einmal Stellung nehme, weil heute ja den ganzen Tag hindurch so ziemlich die Frage der Staatspolizei im Vordergrund gestanden ist.

Er hat auch die Frage der Trennung von Polizei und Gendarmerie angeschnitten. Es ist nicht so, daß diese Frage ganz beiseite gestellt wurde. Aber es ist ein derart großer Fragenkomplex, daß er nicht über Nacht gelöst werden kann. Ich bin diesbezüglich nicht der Auffassung, daß eine Monsterkommission eingesetzt werden soll, sondern ich glaube, daß man in Gesprächen versuchen soll, doch die eine oder andere Vereinheitlichung durchzuführen. Ich habe daher auch den Auftrag erteilt, daß die Beschaffungsämter — wir haben drei verschiedene Beschaffungsämter im Ministerium: eines für das Haus, eines für die Gendarmerie und eines für die Polizei —, soweit es die allgemeine Beschaffung betrifft, einmal zusammengelegt werden, damit wir auch auf diesem Gebiete eine Einsparung feststellen können.

Die Rationalisierungskommission, die vom Herrn Abgeordneten Zeillinger angeschnitten wurde — sie wird ja im Rechnungshofbericht sehr heftig kritisiert —, wird noch Gegenstand einer Besprechung anläßlich der Behandlung des Rechnungshofberichtes sein. Ich glaube, daß es uns dort möglich sein wird, gewisse Dinge aufzuklären.

Die Frage bezüglich Versammlungen oder Anmeldung von Versammlungen habe ich auf eine Anfrage, die der Herr Abgeordnete van Tongel an mich gestellt hat, bereits einmal beantwortet. Wir werden auch darauf achten, daß sich die Bezirkshauptmannschaften an diesen grundsätzlichen Erlaß halten.

Die Übernahme der Grenzkontrolle durch die Zollbeamten ist bereits erfolgt. Von den insgesamt 192 Grenzübergangsstellen wird nun die Grenzüberwachung an 168 Übergängen von Zollbeamten durchgeführt, 19 Grenzübergänge werden weiter von der Polizei und 5 von der Gendarmerie betreut. Es sind 53 Übertragungen an die Zollwache erfolgt.

Vom Herrn Abgeordneten Zeillinger ist auch die Verbindung mit der Justiz angeschnitten worden. Ich möchte nur mitteilen, daß alle Polizeidirektionen und Sicherheitsdirektionen Niederösterreichs und Vorarlbergs an den

**Bundesminister Soronics**

Telex angeschlossen wurden. Somit ist auch die Möglichkeit gegeben, mit der Justiz die Verbindung aufzunehmen.

Die Abgeordneten Hartl und Jungwirth haben sich sehr ausführlich mit Problemen besoldungsrechtlicher Natur der Exekutivbeamten beschäftigt. Ich möchte zunächst auf die Frage des Zehrgeldes eingehen. Bei den Zehrauslagen handelt es sich um Barauslagen, die auch als solche zu ersetzen sind. Was die Erhöhung der Zehrgelder betrifft, kann eine solche nur die Gesamtsumme betreffen. Seit 13. Mai sind nun neuerliche Verhandlungen im Bundeskanzleramt im Gange, um diese Gebühren zu erhöhen. Wenn eine Möglichkeit besteht, werde ich gerne diese Anregung aufgreifen, im Ressort selbst diese Dinge zumindest vorübergehend zu bereinigen. (Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)

Es wurde auch angeführt, daß Herr Minister Czettel damals bei der Nebengebühr eine Zwischenregelung getroffen hat. Es ist richtig, daß im Ministerrat darüber gesprochen wurde. Das hat damals nur bis zum 1. Jänner gegolten. Dann ist die allgemeine Einführung wirksam geworden. Ich möchte mitteilen, daß die Nebengebühren ungefähr das Vierfache vom Sachaufwand insgesamt ausmachen. Sie können sich daher vorstellen, daß es sehr schwierig ist, auf diesem Gebiet eine Zwischenlösung zu finden, solange nicht mit dem Bundeskanzleramt die entsprechenden Verhandlungen abgeschlossen sind.

Das W 3-Problem steht im Mittelpunkt aller Beratungen. Ich kann Ihnen nur versichern, was ich schon einige Male gesagt habe: So weit ich die Möglichkeit habe, werde ich mich bemühen, daß das W 3-Problem einer Erledigung zugeführt wird.

Nun zu einigen anderen Dingen: Sie haben auch die Fahrzeugzuteilung bei der Gemeinde Wien bekräftelt, Herr Abgeordneter Jungwirth. Ich muß Ihnen mitteilen — Sie können sich jederzeit davon überzeugen, ich habe mich vor drei Wochen davon überzeugt —, daß sogar für jede zweite Gruppe die Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Es sind zu viele Stehzeiten. Vielleicht werden wir diese Stehzeiten verringern müssen, um dadurch die Gewähr zu geben, daß die Patrouillenfahrzeuge hinausgehen können. Ich übernehme gerne für alles, das ich wirklich verantworten muß, die Verantwortung, aber dafür kann ich nicht die Verantwortung übernehmen. Das ist in erster Linie Angelegenheit des Polizeipräsidenten beziehungsweise der Polizeidirektion Wien. Ich werde mich aber bemühen, daß diese Dinge in Ordnung gehen.

Nun zum Sozialprogramm. Herr Abgeordneter! Sie haben auch hier gemeint, ich hätte nicht die Wahrheit gesagt. Ich habe im Finanz- und Budgetausschuß erklärt, daß die Betriebsausflüge nicht oder kaum in Anspruch genommen werden. Es ist richtig, daß St. Pölten heuer angesucht hat. Ich glaube, das ist die einzige Dienststelle, die überhaupt diesen Punkt des Sozialprogramms in Anspruch genommen hat. Aber das Ansuchen ist so spät eingelangt, daß es nicht mehr möglich war, rechtzeitig die Genehmigung zu erteilen. Hier von ist die Personalvertretung dann verständigt worden.

Hinsichtlich des Grenzeinsatzes gegenüber Italien ist es richtig, daß damals nicht die Voraussetzungen vorhanden waren. Sie wissen ja, daß die Unterbringung vorübergehend in der neuen Klinik erfolgte; es ist uns erst später gelungen, eine entsprechende Unterkunft für die Gendarmeriebeamten zu finden. Ich glaube, daß seit diesem Zeitpunkt die Konzentrierte Abteilung ihre Aufgaben erfüllt.

Herr Abgeordneter! Nun haben Sie mir wieder drei Personalfragen vorgehalten, bei denen ich nicht entsprechend vorgegangen sein soll. Ich werde mir gleich erlauben, auch die Fragen, die der Herr Abgeordnete Robert Weisz schon beim Kapitel Bundeskanzleramt gestellt hat, zu beantworten.

Zunächst einmal Judenburg: Ich habe dem Herrn Landeshauptmann der Steiermark, von Sie sich jederzeit überzeugen können, am 20. September geschrieben, daß der beim Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich eingeteilte Rittmeister Johann Scherleitner den Wunsch hat, in die Steiermark versetzt zu werden. Nach dem Vorschlag des Zentralkommandos soll er in Judenburg als Abteilungskommandant eingeteilt werden. Ich habe mich bei einem Besuch in Oberösterreich davon überzeugen können, daß es sich bei Scherleitner um einen ausgezeichneten Beamten handelt, und habe den Landeshauptmann gebeten, dafür zu sorgen, daß dieser Mann nach Judenburg komme. Er hat mir zurückgeschrieben, daß sowohl das Landesgendarmeriekommando, aber im besonderen die Personalvertretung diese Versetzung ablehnt. Sie wissen, daß ich auf Grund des Kompetenzgesetzes verpflichtet bin, hier den Landeshauptmann zu hören beziehungsweise das Einvernehmen herzustellen. Sie werden jetzt natürlich sagen: Halten Sie sich nicht daran! Sie können es sowieso anders machen! — Wehe, wenn ich es in einem anderen Fall anders machen würde! Dann würde man mir wieder vorwerfen, daß ich nach politischen Gesichtspunkten vorgehe.

9836

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Bundesminister Soronics**

Das gleiche trifft für den Fall in Vorarlberg zu, wobei der Landeshauptmann von Vorarlberg bisher nicht die Zustimmung gegeben hat, obwohl wir uns sehr bemühen, den in Kärnten — ich glaube, dieser Fall ist in Kärnten — tätigen Gendarmerieoffizier nach Vorarlberg zu versetzen. Ich werde mich jedenfalls bemühen, die Zustimmung der Landeshauptleute zu erhalten.

Es ist auch noch die Frage der Einstellung von Gendarmerie- beziehungsweise Exekutivbeamten angeschnitten worden. Herr Abgeordneter! Ich möchte nur sagen, daß hier keine Aufnahmesperre besteht. (Abg. Robert Weisz: *Fallweise werden aufgenommen!*) Ja. Es besteht hier keine Aufnahmesperre, wir haben sogar die Ermächtigung gegeben, daß die Leute, ohne daß etwa ein kompletter Kurs zustandekommen muß, aufgenommen werden können. Wir haben im Jahre 1968 bei der Sicherheitswache in Wien 225 Leute aufgenommen, bei den übrigen Bundespolizeibehörden 129, das sind insgesamt 354.

Weil ich schon beim Personal bin: Der Herr Abgeordnete Weisz hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich mich nicht an das Personalvertretungsgesetz halte. Ich möchte zunächst noch einmal zur sogenannten Postenbewertung Stellung nehmen. Ich habe auch die zuständigen Herren des Bundesministeriums für Inneres befragt. Auch sie bestätigten so wie die Herren des Bundeskanzleramtes, daß eine derartige Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium oder dem Bundeskanzleramt und den Gewerkschaften nicht zustandegekommen ist. Richtig ist, daß über bestimmte Dienstposten gesprochen wurde.

Herr Abgeordneter Weisz hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich die Personalvertretung ausschalte, mit der Personalvertretung nicht auf Grund des Gesetzes die entsprechende Fühlungnahme aufnehme. Herr Abgeordneter! Ich habe mit fünf Personalvertretungen zu verhandeln. Ich darf Ihnen mitteilen, daß am 27. November vom Dienststellenausschuß des Bundesministeriums für Inneres Herr Dr. Stöger und Fachinspektor Melzer, also Vertreter beider Fraktionen, dem Leiter der Zentralsektion mitgeteilt haben, daß sie überhaupt keine Beschwerden vorzubringen haben, daß hier keine Beschwerdefälle existieren und daß bisher das Personalvertretungsgesetz ... (Abg. Robert Weisz: *Zwei Fälle: Kuso und Frei!*) Moment, ich komme schon darauf zu sprechen.

Der Zentralkausschuß für die Bediensteten der Sicherheitswache, Popp und Weinmar: keine Beschwerden! Zentralkausschuß für Kriminalbeamte: Strutzenberger und Hauser — also wieder beide Fraktionen —: keine Be-

schwerden. Allerdings hätten sie vor der Hinausgabe des Jubiläumserlasses gerne gehört werden wollen, obwohl das keine Frage ist, die mit der Personalvertretung abgesprochen werden müßte. Herr Abgeordneter! Ich habe Ihnen trotzdem kurz vorher, bevor der Erlass hinausgegangen ist, diese Sache zur Einsicht gegeben.

Jetzt kommt der berühmte Personalausschuß den Sie anscheinend im Auge haben. Hier sagt der Zentralkausschuß für die sonstigen Bediensteten — der Vertragsbedienstete Ableidinger in Vertretung des erkrankten Amtsrates Müller und der Obmann-Stellvertreter Weghofer —: keine Beschwerden; es wurde lediglich bemängelt, daß der Zentralkausschuß auf eine erbetene Vorsprache beim Herrn Bundesminister sehr lange warten mußte und die Vorsprache erst nach mehreren Monaten, am 6. 11. 1968, durchführen konnte.

Es wird also nicht einmal der Fall Kuso angeschnitten, weil der Fall Kuso ja dem Bundesministerium vorgelegt wurde. Über die Angelegenheit Frei habe ich Ihnen bereits dahingehend Auskunft gegeben, daß ich hiefür die Verantwortung übernehme. In diesem Fall habe ich die Weisung erteilt, und dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Ich glaube, daß ich im wesentlichen alle Fragen beantwortet habe.

Herr Abgeordneter Jungwirth! Gestatten Sie mir, daß ich den dritten Fall nicht gleich behandle. Ich habe zwar die Unterlagen hier, es ist mir aber nicht möglich, im Augenblick die Dinge genau durchzusehen; ich möchte nicht Gefahr laufen, daß ich irgendeine Auskunft gebe, die dann nicht ganz richtig ist. Ich werde Ihnen das schriftlich zur Kenntnis bringen. Soweit ich aber bereits informiert bin, sind hier die Dinge etwas vertauscht; ich werde Ihnen eine genaue schriftliche Darstellung geben und bitte um Ihr Einverständnis, damit ich hier nicht in Kürze irgend etwas sage, was dann vielleicht nicht ganz hieb- und stichfest ist.

Hohes Haus! Gestatten Sie mir, zum Abschluß zu einer grundsätzlichen Frage Stellung zu nehmen — ich will dies vor allem dem Herrn Abgeordneten Zeillinger sagen, der ja diese Frage ebenfalls angeschnitten hat —: zur Frage der Staatspolizei oder des Staatsschutzes überhaupt.

Wie verhält es sich im besonderen mit der Organisation des sogenannten Staatsschutzes, wie er von der Staatspolizei in Österreich besorgt wird? Wie verhält es sich mit der Lage in Österreich und in anderen Ländern?

**Bundesminister Soronics**

Das deutsche Bundesministerium des Innern hat im Jahre 1966 ein großes Buch über den „Verfassungsschutz“ — das ist eben jene Materie, die in Österreich von der Staatspolizei besorgt wird — herausgebracht. In diesem Buch haben verschiedene deutsche und ausländische Autoren die Lage des Verfassungsschutzes in Europa und in den Vereinigten Staaten dargelegt. Bei Lektüre dieses Buches findet man, daß auch in anderen Staaten die Organisation des Verfassungsschutzes hinter der Zeit und den Forderungen des demokratischen Rechtsstaates zurückgeblieben ist. Die österreichische Rechts- und Tatsachenlage hat Professor Pernthaler dargelegt. Bemerkenswert sind die Schlußfolgerungen dieser sehr gründlichen Arbeit. Er schreibt, daß die Organisation und die dienstlichen Befugnisse der Staatspolizei in Rechtsvorschriften geregelt seien, die in ihren historischen Schichten seit 1850 eine „Rechtsverdunkelung und Unsicherheit“ hervorgerufen haben, die wiederum das „Erlaßwesen“ zur Blüte gebracht habe. Dieses Erlaßwesen habe der Rechtsordnung — wie er sich ausdrückt — „schwersten Schaden zugefügt“. Hier haben also die Versäumnisse von Jahrzehnten, um nicht zu sagen, eines Jahrhunderts jenes Rechtschaos heraufbeschworen, das nun zu Lasten der Beamten der Staatspolizei und des Bundesministeriums für Inneres geht.

Interessant ist, daß Pernthaler gerade in diesem Zusammenhang folgendes sagt:

„Noch einmal sei ausdrücklich hervorgehoben, daß dies nicht den Organen des staatspolizeilichen Dienstes angelastet werden darf, die gegenwärtig — trotz der geschilderten Rechtslage — ihre Befugnisse im großen und ganzen in der gerade hier unumgänglichen Verbundenheit und Verantwortung gegenüber der demokratischen rechtsstaatlichen Ordnung ausüben.“

Das schreibt ein Professor, und man wird ihm, soweit es die große Masse der Polizeibeamten betrifft, nur voll und ganz zustimmen können.

Vor allem gilt es, ein entsprechendes Polizeiorganisationsgesetz zu schaffen. Wie notwendig eine Neugestaltung der Organisation und darüber hinaus auch der Befugnisse derzeit ist, beweist deutlich das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes betreffend die Tätigkeit der Wirtschaftspolizei.

Was im besonderen die Staatspolizei betrifft, ist noch einmal festzuhalten: Wenn man Vergleiche mit anderen Ländern anstellt, sieht man: Es ist auch dort kaum eine andere Situation gegeben wie in Österreich; dennoch

fordern es durch die Verfassung gebotene rechtsstaatliche Erwägungen, das Recht der polizeilichen Ära zu beseitigen und zumindest eine klare Organisation zu normieren.

Dem stimmt offenbar auch die SPÖ, zumindest Chefredakteur Blau zu, denn er schreibt in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 1. Dezember 1968, Seite 2, daß die Einrichtung der Staatspolizei noch aus alten Zeiten stammt und daß man kaum Gesetze finden wird, die entweder in der Ersten oder Zweiten Republik deren Aufgabenkreis und Vollmachten klar festlegen.

Ich möchte hier nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß das sicher kein Fehler ist, der in den letzten zwei Jahren begangen wurde, sondern es war einfach nicht möglich, diese Materie bisher zu regeln.

Große Aufgaben stehen in dieser Richtung bevor. Sie sind besonders auch deshalb sehr schwierig zu lösen, weil es gilt, eine Materie, deren rechtliche Regelung, sofern überhaupt Normen bestehen, über alle staatsrechtlichen Umbrüche aus der Zeit der Monarchie in die Gegenwart herübergeschleppt wurden, zeitgemäß, modern und der Verfassung gemäß zu gestalten. Es geht dabei nicht nur darum, dem Staatsbürger Vertrauen in den Staat und seine Organe, auch zu den Polizeiorganen zu vermitteln, sondern auch darum, unseren Polizeiorganen das Gefühl zu geben, im Falle des Mißlingens polizeilicher Aktionen nicht als Freiwild und Prügelknabe angesehen zu werden. Sowohl die Bevölkerung als auch die Polizeiorgane haben darauf Anspruch, daß sich die Tätigkeit der Polizei auf Grund klarer Rechtsnormen abwickelt.

Hohes Haus! Ich wollte auch diese Ausführungen noch machen und habe am Schluß noch eine Bitte: Ich bin mir vollkommen bewußt, daß das Bundesministerium für Inneres immer wieder im Blickfeld der Öffentlichkeit steht, daß hier am heftigsten kritisiert wird. Ich bitte Sie aber nur um folgendes: Seien wir uns bei all dieser Kritik dessen bewußt, daß sich die Beamten des Ministeriums vor allem bemühen, nach bestem Wissen und Gewissen zu arbeiten. Ich kann Ihnen auch die Versicherung geben, daß ich mich als Ressortleiter bemühen werde, dem Grundsatz, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit in diesem Staate zu sorgen, treu zu sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. — Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

9838

Nationalrat XI. GP. — 119. Sitzung — 3. Dezember 1968

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner**

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe IV beendet. Wir kommen zur Abstimmung darüber.

Die Beratungsgruppe IV umfaßt Kapitel 11: Inneres.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich breche die Verhandlungen nunmehr ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, den 3. Dezember, um 17 Uhr 20 Minuten mit folgender Tagesordnung ein:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (990 und Zu 990 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 (1040 der Beilagen): Spezialdebatte über die Beratungsgruppe III, Kapitel 20: Äußeres.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 17 Uhr 15 Minuten**